



edition noir

Christian Sebastian Moser (Hg.):

# Konservative Korrekturen

edition noir **Band07**

## Inhaltsverzeichnis

Vorwort .....	8
Tafelsilber für die Waagschale: Über den Neokonservatismusstreit der 2000er-Jahre in Politik und Feuilleton. Kritische Bestandsaufnahme und Sichtung einer metapolitischen Debatte <i>Christian Sebastian Moser</i> .....	11
Der starke Staat als Ideal und Illusion Ordnungspolitik nach der Finanzkrise <i>Philip Plickert</i> .....	79
Achtundsechzig und wir: Bürgerliche (und linke) Reaktionen auf die Studentenrevolte und ihre Folgewirkungen <i>Roland Freudenstein</i> .....	150
Volk ohne Volksparteien? Fortschritt oder Gefahr für die Demokratie? <i>Christian Sebastian Moser</i> .....	169
Konservative Theorie – konservative Praxis: Bildungspolitik <i>Till Kinzel</i> .....	190
Ratlos in der Krise – die Sozialdemokratie im 21. Jahrhundert <i>Christian Kasper</i> .....	213
Autorenporträts .....	251

Dieses Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

edition noir

© 2011 Verlag noir, Wien  
Verlag noir, 1120 Wien, Tivoligasse 73  
www.verlagnoir.at | office@verlagnoir.at

Redaktion: Christian Sebastian Moser  
Grafik / Satz: Bertram Könighofer  
Lektorat: Bernhard Anton  
Druck: agensketterl  
Printed in Austria

ISBN: 978 -3- 9502494-2-2



## Vorwort

Der deutsch-jüdische Philosoph Leo Strauss unterschied die Aufgaben der Politik von jenen der Wirtschaft, da das Endergebnis von Politik nicht an Quartalszahlen gemessen oder auf diese reduziert werden kann. Im Unterschied zur Wirtschaft muss die Politik eine Vielzahl unterschiedlicher Interessen berücksichtigen und ausgleichen; nur so kann Gemeinwohlorientierung verwirklicht werden. Daher kann es auch keinen allgemeingültigen politischen „Masterplan“ geben und Politik nicht monokausal auf Sieg/Niederlage (wie beim Militär) oder Gewinn/Verlust (wie in der Ökonomie) reduziert werden. Diese prinzipielle Offenheit der Politik ist Stärke und Schwäche zugleich, auf jeden Fall das für die Politik Spezifische und Wesenhafte.

Dieser Janusköpfigkeit des politischen Geschäfts war sich der Philosoph Edmund Burke bewusst, der darauf aufbauend das Idealbild des politisch Tätigen definierte: „Es ist die Aufgabe des spekulativen Philosophen, die wahren Ziele des Regierens aufzuzeigen. Es ist die Aufgabe des Politikers, der ein handelnder Philosoph ist, die richtigen Mittel zu diesen Zielen zu finden und sie wirkungsvoll einzusetzen.“ Gute Politik verbindet immer Theorie und Praxis, Analyse und Handlung. Der gute Staatsmann und Politiker ist immer ein handelnder Philosoph, ein „Philosoph in Action“, der seine Überzeugungen und Haltungen nicht nur im geschützten Bereich der Universität, sondern im tagespolitischen Kampf mit Pressure Groups, Zivilgesellschaft und politischen Mitbewerbern verteidigen und durchsetzen muss. Dabei vertreten in Wettbewerbsdemokratien Parteien unterschiedliche Schwerpunkte, Themen, Interessen und Wählersegmente. Ein Beispiel: Konservative Überzeugungen wie beschränkter Staatsumfang, klare ordnungspolitische Richtlinien, strenge Kartellgesetzgebung, Einstehen für Haftungen, der Glaube an Eigenver-

antwortung sowie die Bindung an Rechtsstaatlichkeit, die auf den Werten Freiheit und Eigentum fußt, bilden überzeitliche Richtlinien bürgerlicher Politik.

Die Sozialdemokratie geht in ihrem Politikverständnis von anderen Voraussetzungen und einem anderen Menschenbild aus. Sie argumentiert historistisch, das heißt, sie definiert und begreift jeden politischen Sachverhalt als Produkt einer bestimmten Zeit und gewisser (sozialer, persönlicher, ökonomischer oder gesellschaftlicher) Umstände. Im Unterschied dazu glaubt die Christdemokratie an bleibende Wahrheiten. Konkret heißt das, dass bestimmte politische Überzeugungen wie Subsidiarität Ort und Zeit überwinden und immer für sich Richtigkeit beanspruchen. Diese metapolitische Verortung und Selbstvergewisserung steht am Beginn jeder politischen Debatte. Als zweiter Schritt ist dann eine weitere Kernfrage zu beantworten: Wie sollen wir leben? Durch die Weltwirtschaftskrise und die schon länger virulente Vertrauenskrise der Bürger gegenüber Institutionen, Politik und Wirtschaft müssen politische Grundwerte und wirtschaftspolitische Usancen (z. B. quantitative Lockerung) kritisch hinterfragt und auf ihre Zukunftstauglichkeit hinterfragt werden, wollen die westlichen Demokratien ihre Legitimierung behalten und nicht, befeuert durch Wutbürger und Bürokratien, mittel- bis langfristig postdemokratischen Zuständen weichen.

Der vorliegende Sammelband erörtert Schwach- und Bruchstellen des politischen Systems und zeigt, wie mit einem Rekurs auf konservative Tugenden Demokratien und Wirtschaft wieder prosperieren können. Die konservativen Korrekturen sind ein Signal, dass es ein politisches Leben abseits vom utilitaristisch-materialistischen Einheitsdenken gibt.

*Christian Sebastian Moser*

## Tafelsilber für die Waagschale:

Über den Neokonservatismusstreit der 2000er-Jahre in Politik und Feuilleton. Kritische Bestandsaufnahme und Sichtung einer metapolitischen Debatte

Es war ein für alle Beteiligten entwürdigendes Schauspiel, aber erhellend. Schließlich entlarvte der kleine Film anschaulich die realpolitischen Machtverhältnisse. *Spiegel*-Autor Jan Fleischhauer drehte in schöner deutscher Schelmentradition nach Vorlage seines Bestsellers „Unter Linken“ für *Spiegel TV* eine Reportage über Ansprüche, Ziele und Widersprüche linker politischer Lebensstile. Gleich zu Beginn gibt es eine Schlüsselszene, die viel über das linke Selbstverständnis verrät: Im bekannten Berliner Szenekiez Kreuzberg hat auch der CDU-Ortsverband am 1. Mai einen Info-Stand aufgebaut, um für seine Gesinnung zu werben. Ein 61-jähriger Schlossermeister und CDU-Funktionär, ein Mann der Basis, der sich in seiner Freizeit für seinen Kiez politisch engagiert und für die Erhaltung der historischen Bausubstanz in seinem Viertel einsetzt, sollte auch von politischen Mitbewerbern und Andersdenkenden akzeptiert und respektiert werden, denkt der unvoreingenommene Zuseher.

Doch weit gefehlt: Gegenüber dem Kommunalpolitiker gelten scheinbar keine gesellschaftlichen Umgangs- und Höflichkeitsregeln. Er wird in der Reportage vor laufender Kamera von „alternativen“ Passanten angepöbelt, Infomaterialien werden zerrissen, seinem CDU-Mitstreiter schüttet ein Vorbeikommender Wasser über den Kopf. Die Brutalität und physisch spürbare Geringschätzung, mit der hier ein demokratisch legitimierter Mitbewerber behandelt wird, verstört zwar den Zuseher, zeigt aber deutlich, wie Parteigänger der Linken sich und ihre Umwelt wahrnehmen:

Die Linke ist gut, jeden Andersdenkenden sollte man ungestraft, unhinterfragt und je nach Lust und Laune schikanieren können. Die Reportage von Fleischhauer, die die Linke als gierige, selbstgefällige, unreflektierte Sektierer und eben nicht als uneigennützig und selbstlose Kämpfer für das Schöne, Wahre und Gute entzaubert, hinterlässt den Zuseher ratlos, weil sie den herrschenden Verhältnissen widerspricht.

Das Thema kulturelle Hegemonie der Linken hatte Fleischhauer schon als Generalthema für sein Buch „Unter Linken“ gewählt. Fleischhauer zeichnet dort den Weg nach, wie es der Linken in den letzten vierzig Jahren gelungen ist, zum alles beherrschenden „Juste Milieu“ aufzusteigen, das über Karrieren und politische Schwerpunktsetzungen entscheidet: Gäbe es heute einen Politiker, der statt des Life Ball einen Familienball im Rathaus sowie ein Ende der anhaltenden Familiendiskriminierung in Österreich fordert, seine Laufbahn wäre beendet.

Konservative Theorie wird auf Universitäten nicht gelehrt und rezipiert, auch in bürgerlichen Medien druckt man im Zweifelsfalle lieber Zeitgeistiges von Attac ab. Das Elend der Linken beginnt für Fleischhauer damit, dass sie an die Plan- und Perfektionierbarkeit der Menschen glauben, weshalb sie ihr Politikverständnis nicht an dem ausrichten, was ist, sondern an dem, was sein soll.

Da werden neben Rauchverboten<sup>1</sup> in reformistischem Eifer gerne auch Fettsteuern oder von der deutschen Grünen Jugend „das Ende der unsäglichen Subventionierung heterosexueller Liebe durch das Ehegattensplitting“ gefordert, während gleichzeitig ständig steigender Bedarf nach Quotenregelungen, Gleichstellungsprogrammen und Fördergeldern angemeldet wird. Es ist seltsam: Die Linke erwartet sich die Emanzipation durch Staats-

1 Vgl. Wippersberg, Walter: Der Krieg gegen die Raucher (Wien 2010), wo Wippersberg die Dogmen der „Gesundheitsreligion“ und die organisierte Hetze sowie den puritanischen Fanatismus der Anti-Raucher-Lobby beschreibt.

programme, während sie die Einschränkung der Freiheitsrechte des Einzelnen durch staatliche Gängelung nicht stört. Linker Politik liegt der Möglichkeitssinn näher als der Wirklichkeitssinn. Jede noch so lächerliche Forderung und These wird als Großtat zur Verbesserung der bitterbösen Realität camoufliert. Während bürgerliche Parteien sich mit der Erleichterung des menschlichen Schicksals bescheiden, verfolgen linke Sozialtechniker vermeintlich höhere Ziele und träumen von der perfekten und gerechten Gesellschaft. Fleischhauer stört an dieser Attitüde die Tarnung handfester eigennütziger Interessen unter dem Deckmantel des Dienstes an der Allgemeinheit. Liest man sich das Subventionsgebaren von NGOs und anderen Vereinen des ökologisch-sozialindustriellen Komplexes durch, wird schnell klar, dass hier nicht nur Immaterielles verhandelt wird. Wer mit fremdem Geld ausgestattet die Welt retten will, handelt eben per definitionem nicht altruistisch.<sup>2</sup>

Fleischhauer bemängelt, dass sich die linke politische Klasse bei ihren Bemühungen um eine andere Gesellschaft regelmäßig vom Staat sowie vom gerne als Spießier denunzierten braven Steuerzahler alimentieren lässt. Diese Chuzpe der „politmoralischen Selbsterhöhung und Selbstgerechtigkeit“ sei zu Zeiten von Vollbeschäftigung und Wirtschaftswachstum zwar ärgerlich, für die Demokratie aber noch leist- und verkraftbar gewesen. Durch die Weltwirtschaftskrise müsse jetzt aber endlich mit der linken Allmacht gebrochen werden. Schließlich habe dieses Politikverständnis die Anstrengungskultur aus dem Bildungswesen vertrieben, Abschlüsse von Universitäten, Hauptschulen und Gymnasien qualitativ entwertet, Technikfeindlichkeit begünstigt, triebgesteuerten Hedonismus statt Verzicht und Solidarität gepredigt, die Deindustrialisierung des produzierenden Gewer-

2 Vgl.: Schelsky, Helmut: Die Arbeit tun die anderen. Klassenkampf und Priesterherrschaft der Intellektuellen. München 1977.

bes beschleunigt und die Massenmigration halbalphabetisierter Menschen ohne Berufskennntnisse erlaubt. Die bittere Ironie des linken Siegeszugs der vergangenen 40 Jahre sei, dass die Verursacher dieser Misere jetzt als Empfänger von Staatspensionen weiterhin vom so gehassten System profitieren, während nachwachsenden Generationen härtere Zeiten bevorstehen. Dennoch verfällt Fleischhauer nicht in Larmoyanz. Schließlich wisse er als Konservativer, dass die Menschen „halt feige, opportunistisch und gierig sind“ und warum sollte diese Konstante menschlichen Verhaltens ausgerechnet für Linke nicht gelten?

Als Konservativem reicht es Fleischhauer nicht, einfach nur den politischen Gegner zu schelten; von den bürgerlichen Parteien wünscht er sich mehr Offensivgeist und mehr Angriffs willen. Speziell die vermeintlichen Schwächen der CDU seien ihre wahren Stärken. Bürgerliche Parteien müssten sich nicht schämen, die Stimme des arbeitenden, steuerzahlenden Volkes und der braven und schweigenden Mehrheit zu vertreten. Die oft gehörte Forderung, wonach bürgerliche Parteien „moderner, aufgeschlossener, zeitgemäßer, jugendlicher und weiblicher“ werden müssten, um bei Wahlen Erfolg zu haben, sei ein Irrweg. Schließlich werde keine bürgerliche Partei wegen Gender-Mainstreaming, positiver Diskriminierung, Notenabschaffung, Homo-Ehe und Mülltrennung gewählt, sondern wegen nachhaltiger Steuer- und Fiskalpolitik, funktionierender Infrastruktur, Förderung von Familie und guter Ausbildung sowie Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung innerhalb des Staatsgebietes. Schon der Sänger Iggy Pop wusste es: „Conservatism ain't no easy job.“<sup>3</sup> Bürgerliche Politik will keine Schönheitskonkurrenzen oder Beliebtheitswettbewerbe gewinnen, sondern dem Volk und seinen Bedürfnissen dienen.

3 Vgl.: [http://www.lyricsbay.com/im\\_a\\_conservative\\_lyrics-iggy\\_pop.html](http://www.lyricsbay.com/im_a_conservative_lyrics-iggy_pop.html)

Nach diesem Vorstoß bekam Fleischhauer erwartungsgemäß viel Häme, aber man stellte auch erstaunt die Frage: „Ja, darf denn der das überhaupt?“ Die Wellnesslinke war sichtlich „not amused“. Dass einer aus dem Meinungsmainstream ausscherete, war man schlicht nicht mehr gewohnt. Doch dieser seit den 1970er-Jahren in Europa verbreitete Konsens begann zu Beginn der 2000er-Jahre zu bröckeln.<sup>4</sup> Blicken wir kurz zurück auf den Beginn des Jahrzehnts: „Konservativ“ war damals noch ein Schimpfwort; selbst bürgerliche Parteien wie die ÖVP schämten sich für dieses Etikett, und es gab in der Oral History der Partei gut dokumentierte Versuche, den Begriff „konservativ“ aus Broschüren und Grundsatzprogrammen zu entfernen.

Dass Identitäten im Fluss sind und nichts Statisches, war auch eine These bei der ASCA Conference in Amsterdam zum Thema „Trajectories of Commitment and Complicity: Knowledge, Politics, Cultural Production“. Auf dieser Tagung traf ich 2005 den Werbetexter Hannes Winkler von der international renommierten Werbeagentur StrawberryFrog. Winkler hatte vorher in Deutschland für Jung von Matt und in Österreich lange Jahre bei Demner, Merlicek & Bergmann als Werbetexter gearbeitet – nicht die schlechtesten Adressen der Branche. Bei diesem Gespräch habe ich ihn gefragt, warum ein schönes Wort wie „konservativ“ mittlerweile in der Alltags- und Werbesprache

4 Im wiedervereinigten Deutschland gab es in den 1990er-Jahren eine intensiv geführte Debatte zum Schlagwort „Neue Rechte“. Sie unterscheidet sich in Themen, Akteuren und verhandelten Begriffen von der Neocon-Debatte, es gibt aber in manchen Aspekten und Teilfragen Schnittmengen. Sachbücher wie Schwilk, Heimo (Hg.): Die selbstbewusste Nation. „Anschwellender Bocksgesang“ und weitere Beiträge zu einer deutschen Debatte. Berlin 1994, und Schacht, Ulrich / Schwilk, Heimo: Für eine Berliner Republik. Streitschriften, Reden, Essays nach 1989. München 1997, verkündeten selbstbewusst eine Neue Rechte für Deutschland, verhandelt wurden Begriffe wie „Nation“ (Berliner Republik) und „Patriotismus“, gefordert wurde ein neues und selbstbewusstes Auftreten Deutschlands. Auch in der Belletristik tauchte mit Christian Kracht (Faserland, Kiepen-



(mit Ausnahme der Volkswirtschaft, wo etwa der Terminus „konservatives Budget“ positiv besetzt ist) so übel beleumundet sein kann. Außerdem fragte ich Winkler, ob er es mittelfristig für möglich halte, das Wort in einen modernen und positiven Kontext zu stellen. Winkler schüttelte den Kopf – das Wort sei „kontaminiert“. Nicht einmal für viel Geld könnte man es wieder positiv belegen; es sei „so gut wie tot“. „Mit abschließenden Urteilen wäre ich vorsichtig“, entgegnete ich, schließlich ging es bei der Tagung in Amsterdam ja um die Volatilität und Brüchigkeit von Identitäten, und während meines Cultural-Studies-Studiums in London hatte ich gelernt, dass es der Homo-Subkultur sowie den Afroamerikanern im Hip-Hop gelungen war, früher abwertend gemeinte Begriffe wie „Queer“, „Dyke“ und „Nigger“ positiv umzucodieren und mit Stolz zu besetzen. Ob so eine Strategie der sprachlichen Selbstermächtigung auch für Konservative gangbar wäre? Schließlich sind – *reductio ad absurdum* – konservative Positionen mittlerweile so marginalisiert wie die Schwulensubkultur vor Stonewall.

Und dann geschah etwas Unerwartetes: Plötzlich und ohne konkreten Anlassfall veröffentlichten in Deutschland Autoren Bücher, die aus dem linksliberalen Meinungskartell ausscherten. Zuerst schüchtern und verschämt, aus Angst vor Verbannung aus dem öffentlichen Raum, dann ständig lauter und selbstbewusster für Alternativen zum herrschenden Diskurs eintretend. Der Erzieher Rüdiger Bubner etwa sang ein Loblied auf die Disziplin,

heuer & Witsch, Köln 1995) eine nihilistisch-rechte und einen pseudoelitären Gestus pflegende Stimme auf. Mangels inhaltlicher Substanz wurde die Debatte um die Neue Rechte bereits 1998 von Jan Ross für beendet erklärt. Die Neue Rechte taugte weder als Feindbild für linksliberale Feuilletonisten noch als ernst zu nehmende politische Stimme, die die Realpolitik Deutschlands sinnvollerweise mitgestalten kann, so Ross' abschließendes Urteil. Im Jahr 2000 veröffentlichte der Journalist und Sachbuchautor Florian Illies dann seine seichte Warenkunde „Generation Golf“, die *avant la lettre* die neokonservative Debatte der Nullerjahre einläutete.

sein Berufskollege Albert Wunsch forderte ein Ende der Kuschelpädagogik, und der Bremer Historiker Paul Nolte diagnostizierte 2001 in einem Essay für die *Zeit* eine neue Klassengesellschaft und forderte 2004 Auswege aus der blockierten Republik. Die Glaubenssätze und Lebensweisheiten der Achtundsechziger, kurz ihre politischen Ansprüche, seien Makulatur und durch gesellschaftliche Realität widerlegt worden.

Egal, ob in der Pädagogik, Familienpolitik, Forschung oder in der Integrationspolitik, das Unbehagen der Bürger wuchs und wuchs – und formierte sich zu einer Protestbewegung, die am Ende der Nullerjahre mit den Publikationen von Sloterdijk und Sarrazin ihren kommerziellen Höhepunkt erreichte.

Ein schüchterner Vorbote dieses Trends, sich zweidimensional gegen Sozialstaatspaternalismus und jakobinischen Gesinnungsterror zur Wehr zu setzen, war – wie so oft – die Belletristik: Ein junger französischer Autor namens Michel Houellebecq hatte in seinen Büchern „Ausweitung der Kampfzone“ und „Elementarteilchen“ die Linke und ihre mikropolitischen Forderungen als egozentrisch, gemein und verschlagen beschrieben und damit Demonstrationen von Feministinnen und zahlreichen Gesinnungs-NGOs provoziert.<sup>5</sup> Was damals wie ein einsamer Hilferuf eines von einer selbstsüchtigen Hippiemutter zerstörten und nach Liebe, Zuneigung, Loyalität und Treue suchenden unsicheren Individuums erschien, markiert *ex post* nicht weniger als den Beginn vom Ende des Achtundsechziger-Äons.

Viele folgten Houellebecq – wenngleich mit anderen Schwerpunkten. Der deutsche Verfassungsrichter Udo Di Fabio forderte von seinen Landsleuten „Die Kultur der Freiheit“, Paul Kirchhof

5 Von Pressure Groups als Rassist, Frauenfeind und Islamhasser denunziert, beschreibt er im Buch „Volksfeinde“, wie er publizistisch zum Vogelfreien erklärt wurde, obwohl Houellebecq sich selbst nicht zur demokratischen „Neuen Rechten“ zählt, sondern er, so seine Selbstbeschreibung, eigentlich nur ein „durchschnittlicher Spießler“ sei.

kritisierte in „Das Gesetz der Hydra“ die Schattenseiten und Auswüchse des modernen Sozialstaates, Matthias Matussek entdeckte in „Die vaterlose Gesellschaft“ strukturelle Bubendiskriminierung und der Journalist Frank Schirrmacher wies 2004 in seinem Buch „Das Methusalem-Komplott: Die Macht des Alterns – 2004–2050“ darauf hin, dass eine Gesellschaft ohne Kinder, die nur auf dem Primat der Selbstverwirklichung aufbaut und kinderlose Doppelverdiener, sogenannte DINKs<sup>6</sup>, als Vorbilder feiert, langfristig nicht überlebensfähig ist. Der Fernsehjournalist Peter Hahne proklamierte das Ende der Spaßgesellschaft, und der Schweizer Verlag Ringier lancierte unter Führung von Wolfram Weimer das Magazin *Cicero*, eine politische Zeitschrift, die sich dezidiert als konservativ-bürgerlich verstand. Zudem erhoben sich mit Botho Strauß und Martin Mosebach zwei literarische Stimmen, die sich wohltuend von der Bekenntnisliteratur eines Günter Grass abhoben.

Was diese unterschiedlichen Autoren eint und den Boom neubürgerlicher und neokonservativer Literatur antreibt, ist keine einigende Ideologie, auch kein gemeinsames Thema, es ist ein generelles Unbehagen bezüglich der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung. Eine Gegenrevolution gegen nihilistischen Wirtschaftsliberalismus und gegen das von den Achtundsechzigern eingeführte Primat der Triebbefriedigung zur Verteidigung bürgerlicher Freiheiten mutet auf den ersten Blick seltsam an. Statt Ruhe weiterhin als erste Bürgerpflicht zu leben, stemmt sich die bürgerliche Basis in einer Protestwelle instinktiv gegen die Logik der Sozialingenieure, die die Grundfesten von Gesellschaft, Familie und Staat umgebaut haben, und deren destruktive Seiten dringend realpolitische Antworten erfordern.

Ähnlich wie im Jahr 1968 stehen wir heute vor einer Epochenwende, einer Zäsur, nur dass diesmal nicht politische Utopien,

<sup>6</sup> DINK = *Double Income No Kids* oder *Dual Income No Kids*.

sondern Systemreparaturen gefordert sind. Denn im Unterschied zu damals, als Deutschland nach Adenauer/Erhard und Österreich nach der Alleinregierung von Josef Klaus wirtschaftlich prosperierten, beschreiben Soziologen heute gravierendere Probleme als postmaterialistische Sinnkrisen: steigende Demokratieskepsis, Krise des Vertrauens in Institutionen, Wirtschaft und Personen, Entdeckung der Postdemokratie (Colin Crouch), zunehmende Ungleichheiten bei der Vermögensverteilung, Verfestigung der Unterschicht ohne Aufstiegsambitionen und -möglichkeiten, die Gefahren von Peak Oil und Klimawandel, der sich beschleunigende und die Finanzierung des Sozialstaates erschwerende demografische Wandel ...

Dieses stetig anschwellende Unbehagen speist sich aus anderen Motiven als früher: Gingen die Protestbewegungen der Neuen Sozialen Bewegungen zumeist von Special-Interest-Themen (Feminismus, Schwulen- und Queer-Bewegung etc.) aus, entspringt der gegenwärtige zivilgesellschaftliche Protest (beispielsweise die deutschen Proteste gegen „Stuttgart 21“ oder die US-amerikanische Tea Party) aus der Mitte der Gesellschaft. Mit Bürokratie, Politik und Entwicklung der Marktwirtschaft Unzufriedene experimentieren mit politischen Aktionsformen im Web 2.0 und artikulieren einen politischen Protest, der bürgerliche Forderungen verhandelt. Für den Kulturtheoretiker Georg Seeßlen sind diese Proteste Indizien einer tiefgreifenden Spaltung des Bürgertums;<sup>7</sup> auf der einen Seite Vertreter eines alten, von Besitz, Kultur, Bildung und bürgerlicher Liberalität geprägten Bürgertums, auf der anderen Seite Vertreter eines neuen Bürgertums, das für Effizienz, Populismus und Technologie steht. Seeßlen zufolge ist es zu einer Spaltung innerhalb des Bürgertums zwischen einem progressistisch-ökonomischen und einem konservativen Werte-Flügel gekommen. Das Problem der

<sup>7</sup> Vgl. <http://jungle-world.com/artikel/2010/41/41856.html>

bürgerlichen Gesellschaft sei, dass Fortschritt und Fortschritts- glaube für die Gesellschaft nicht mehr automatisch soziales Beiwerk mit sich bringen. Der bürgerliche Protest gegen diese neue Unsicherheit wolle nicht den Wandel des Systems, sondern die Begrenzung der Macht der Regierenden sowie den Austausch der Regierenden.

So vielfältig diese Protestformen auch sind, fällt dennoch auf, dass sie sich über Parteipolitik und Politik generell abwertend äußern.<sup>8</sup> Verdikte der Zivilgesellschaft, wonach Politik „ein garstig Lied“ sei und – frei nach dem Diktum von Eugen Sierke – den Charakter verderbe, gehören heute zu den gerne verwendeten Gemeinplätzen.

### Politik der Überzeugung statt Politik der Beliebigkeit

In den Chor der Politikverdrossenen einzustimmen und Politik als verdrießliches Geschäft, das an die niederen Instinkte appelliert, zu denunzieren, ist gegenwärtig gleichsam Common Sense der Sozialwissenschaft, hat aber einen Fehler: Diese Kritik beschränkt sich auf das Beschreiben und Beanstanden von Defiziten, vergisst aber das Entwerfen positiver Gegenmodelle. Wie aber gegen „Das Verschwinden der Politik“ anzugehen ist, beschreibt Wolfgang Fach in seinem gleichnamigen Buch. Der Denkfehler der modernen Politik ist ihre einseitige Orientierung am engen Politikverständnis von Niccolò Machiavelli.<sup>9</sup> Ein solches Politikverständnis bedingt gemeine und pragmatische Politik, deren Denken „in moralfreiem Schachern und in perspektivlosem Schieben versumpft“. Politiker in diesem Verständnis dürfen weder über ein schlechtes Gewissen noch über eine gute Seele

8 Vgl. Werlberger, Nina: Verweigerer. Leben ohne Politik. Innsbruck 2010.

9 Vgl. Fach, Wolfgang: Das Verschwinden der Politik. Frankfurt/Main 2010, S. 8

verfügen noch an ewige und höhere Menschheitsziele glauben.

Demgegenüber gibt es aber noch ein zweites, heute freilich kaum mehr bekanntes oder von Politikern angestrebtes Politikverständnis, das Politik als „transzendente Sorge ums Ganze“ begreift. Dieses platonische Politikverständnis der Antike will ein gutes Leben im falschen und fordert von Staatsbürgern und Politikern Einsatz für Staat und Gemeinwohl. Wenn Aristoteles eine Staatstheorie entwirft, wo für ihn das „Ziel des Staates das edle Leben“ ist, so mag das für von innenpolitischen Possen geschändete Ohren zwar idealistisch klingen, ist aber als Aufforderung zu Mäßigung und Umkehr durchaus zeitgemäß.

Idealismus als politische Tugend ist nicht notwendigerweise als naiv zu bewerten. Nicht jede politische Handlung kann pragmatisch oder mit materiellen Kategorien erklärt werden; Politik braucht die Vorstellung einer höheren Sphäre. Und die momentan Protestierenden eint eben die Sehnsucht nach einer höheren Sphäre, nach einem Politikverständnis, das sich nicht nur Pragmatismus und dem Regieren mit ruhiger Hand verschreibt. Daher werde ich in diesem Essay versuchen, die bürgerlichen Protestformen und publizistischen Offensiven neukonservativen Denkens ideengeschichtlich zu verorten: Sind die neuen Proteste nur lauer Aufguss bzw. ein Protest der Enkelgeneration gegen ihre „Achtundsechziger-Opas“, mithin nur das austauschbare Lifestyle-Thema der Saison und somit eigentlich nicht der Rede wert? Oder sind diese politischen Willensbekundungen tatsächlich Vorboten einer neuen politischen Ära? Dann erscheint es sinnvoll, zuerst die Entstehung der sogenannten Neokonservatismusdebatte der 1970er-Jahre zu diskutieren, dann auf die linke Kritik dieser neuen Bürgerlichkeit einzugehen und schließlich Forderungen dieser neuen Bürgerlichen – oft spöttisch Feuilleton-Konservatismus und Feuilleton-Katholizismus genannt – vorzustellen und zu überprüfen, ob diese Versuche, die Macht der gesellschaftspolitisch Progressiven zu brechen, mehr Erfolg

versprechen als die gescheiterten Versuche, politisch eine *geistig-moralische Wende* (Helmut Kohl) oder philosophisch eine *Tendenzwende* (Arnold Gehlen) herbeizuführen. „Tendenzwende“ war auch der Titel eines Kongresses, der 1974 als Folge von Ölschock und Terroranschlägen der außerparlamentarischen Opposition stattfand, wo unter anderem „bekehrte“ Linke wie Hermann Lübbe, katholische Philosophen wie Robert Spaemann und liberale Denker wie Ralf Dahrendorf sich erstmals mit den unerfüllten Erwartungen der Bewegung von 1968 auseinandersetzten. Dieser Versuch einer Wende war damals gescheitert, die gesellschaftspolitisch argumentierende Linke hat ihren Tonfall seitdem gemäßigt, der Siegeszug der progressiven Mikropolitik im Bereich der Gesellschaftspolitik (Kampf der Kernfamilie, Queer- bzw. Gender-Studies, positive Diskriminierung, Quoten etc.) ist aber längst durch eigene Studiengänge und Bürokratien institutionalisiert. Die Strategien der gesellschaftspolitischen Mikropolitik beschrieb der französische Philosoph Jean-François Lyotard in seinem Buch „Das Patchwork der Minderheiten“. Er entdeckte, dass sexuelle, ethnische und religiöse Minderheiten (z. B. Black-Power-Bewegung, Gay Pride, Zentralrat Deutscher Sinti und Roma etc.) als neue gesellschaftlich relevante Akteure auftreten, die durch ihr öffentliches Sichtbarwerden die Macht der zentralisierten Verwaltung beschränken und vermindern. Dieses öffentliche Sichtbarwerden bislang ausgeschlossener Gruppen, z. B. die Politisierung der Homosexuellenbewegung und die Neuen Sozialen Bewegungen, ist für Lyotard deshalb emanzipatorisch, weil diese Minderheiten nicht glauben, „dass das GESETZ und die zentrale Macht miteinander identisch oder verwachsen sind“, sondern „sie sagen Ja zu einem anderen Raum, der aus einem Patchwork von Gesetzen und Sitten (heutzutage sagt man Kulturen) ohne Zentrum besteht“.<sup>10</sup> Somit wird der

10 Lyotard, Jean-François: Das Patchwork der Minderheiten. Berlin 1977, S. 8.

Begriff der Minderheit zur Perspektive, zu einem Loblied über die Stärken der Schwachen, zum gesellschaftlich notwendig anderem. Diese erste Phase der Single-Issue- bzw. Differenzpolitik begreift sich als Antipode zum gesellschaftlichen Mainstream.

Diese positive Einschätzung des Begriffes Minderheit ist in der kulturwissenschaftlichen Theorie fragwürdig geworden. In nicht zufälliger Anlehnung an Lyotard formulieren die Kulturwissenschaftler Mark Terkessidis und Tom Holert das Axiom vom Mainstream der Minderheiten. Die Gesellschaft selbst verwendet nun das symbolische Zeichenrepertoire der Minderheiten, viele kleine Splittergruppierungen bilden ein neues Zentrum, es gibt kaum mehr allgemein Verbindliches, worauf sich die Gesamtgesellschaft beruft – außer vielleicht bei Fußballweltmeisterschaften. Das führt für den slowenischen Psychoanalytiker und Philosophen Slavoj Žižek zu einer formalen Scheinpluralisierung der Gesellschaft bei gleichzeitiger Stärkung der ökonomischen Mitte. Empirisch durch Inhaltsanalyse nachweisbar ist mittlerweile etwa, dass der Nichtraucherschutz und die Einführung von Fettsteuern auf ungesunde Lebensmittel in der politischen Debatte einen höheren Stellenwert haben als die Schaffung neuer Jobs. Die entscheidende Frage für Žižek lautet, ob die ökonomische Mitte selbst die Taktiken der Minderheitenpolitik kopiert hat. Für Žižek scheint diese Frage bereits entschieden. Er ersetzt den politischen Zentrumsbegriff durch einen ökonomischen. Der Kapitalismus als globales System verenge den Minderheitsbegriff Lyotards auf eine kulturelle Ebene. „Der eigentliche politische Kampf wird in einen Kulturkampf um die Anerkennung der marginalen Identitäten und für die Toleranz gegenüber den Unterschieden verwandelt.“<sup>11</sup> Žižek kritisiert, dass dadurch nur partikuläre Anliegen politisiert würden, der globale Prozess des Kapitals aber intakt bleibe und begünstigt werde. Auf

11 Žižek, Slavoj: Ein Plädoyer für die Intoleranz. Wien 2003, S. 7.

einer symbolischen Ebene kann es durchaus zum Einschluss der Minderheiten (herkunftsfremde Minister, Minister mit Migrationshintergrund, Behinderte und Homosexuelle als Spitzenpolitiker) kommen, aber das neo-individualliberalistische Abfeiern des Minoritären verhindert eine Identifikation mit der universalen Dimension der partikulären Identitäten, womit de facto ein Ausschluss großer Bevölkerungsschichten vom ökonomischen Zentrum gemeint ist. Mit anderen Worten: Zwar können heute Schwarze Präsident (Barack Obama), Frauen Bundeskanzler (Angela Merkel) und Homosexuelle Bürgermeister und Minister werden (Ole von Beust, Guido Westerwelle), der Anteil der Unter- und Mittelschicht am wirtschaftlichen Wohlstand schrumpft aber seit einigen Jahrzehnten, was zeitgenössisch oft als „Ende des amerikanischen Traums“ oder „Verschwinden der Mittelschicht“ bezeichnet wird. Der persönliche Erfolg eines Obama oder Westerwelle erlaubt also keine Rückschlüsse auf die durchschnittlichen ökonomischen Erfolgchancen von Angehörigen einzelner Minderheiten.

Diese von Lyotard noch begrüßte, von Žižek regressiv genannte Tendenz, Minderheiten medial und durch Quoten optisch und im politischen System zu stärken, ist für Žižek repressive Toleranz, da dieser Minderheitenbegriff die politische Dimension ausblende und auf einer Ebene des Konsums und der Warengesellschaft verharre. Nur wenn sich die Ausgeschlossenen als Gemeinschaft ökonomisch und politisch Marginalisierter begreifen, kann der Begriff der Minderheit „die Hybridität als einen Ort des Universalen behaupten“<sup>12</sup> und politisch-inhaltlich wirksam werden. Zur gleichen Schlussfolgerung kommt auch Thomas Frank, Herausgeber des US-Magazins *The Baffler*: Die sogenannte Gegenkultur der 1960er-Jahre sei keine politische gewesen, sondern habe in erster Linie zu einer Ausweitung und Beschleunigung der

12 Ebd. S. 90.

Warenökonomie geführt.

Diese Inversion der gesellschaftlichen Werte durch die Kulturrevolution von 1968, die ewige Rebellion gegen Tradition, ermöglicht es dem einzelnen Konsumenten, seine Werte aus dem Angebot der multinationalen Konzerne zusammenzubasteln und sich so als Gegner des traditionellen Wertekanon (Kirche, Tradition, Kernfamilie) zu definieren. Diese Revolution der Werte auf der Ebene der Waren – die Subversion des gesellschaftlichen Status quo durch Konsum – funktionierte nach folgender Logik: Die Gegenkultur der Sechzigerjahre (Hippies, Neue Soziale Bewegungen) emanzipiert den Einzelnen vom gesellschaftlichen Diktat der anonymen Massengesellschaft, was ihn scheinbar zu einem Gegner des Establishments macht. Die Gegenkultur definiert zwar eine Gegnerschaft zum vorherrschenden kulturellen Kanon, bildet aber gleichzeitig eine Allianz mit den Interessen der Wirtschaft.

Thomas Frank erklärt den scheinbaren Widerspruch zwischen den Interessen der Gegenkultur und der amerikanischen Wirtschaft, der eigentlich eine perfekte Symbiose bedeutet: „The counterculture served corporate revolutionaries as a projection of the new ideology of business, a living embodiment of attitudes that reflected their own. In its hospitality to established tastes, the counterculture seemed to be preparing young people to rebel whatever they had patronized before and to view the cycles of the new without the suspicion of the earlier eras.“<sup>13</sup> Das „kritische“ Bewusstsein der Konsumenten braucht den ständigen Tabubruch und die Überschreitung traditioneller Werte, die in letzter Konsequenz nur den „ever-accelerating wheels of consumption“<sup>14</sup> dienen können. Für Frank wie für Žižek markieren die 1960er-Jahre den Beginn einer Epoche, in der Konzerne alle Bereiche von

13 Frank, Thomas: *The Conquest of Cool. Business Culture, Counterculture, and the Rise of Hip Consumerism*. Chicago 1997, S. 27.

14 Ebd. S. 31.

Geschäftsinteressen unabhängiger Kultur, aber auch tradierte gesellschaftliche Normen zu verdrängen begannen. Die Idee des „minderheitsaffinen“ Nischenkonsums und der sich über Single Issues definierende Bürger (Gender, Gay, Umwelt) wurde zum bestimmenden Marketingwerkzeug des Postfordismus.<sup>15</sup> Für Frank ist die Erfindung des Differenzkapitalismus, Distinktion durch Waren auszudrücken, keine emanzipatorische Errungenschaft der politischen Kultur, sondern „just a different spin to sell products to a different group“.<sup>16</sup> Mit Žižek und Frank deuten zwei neomarxistisch argumentierende Denker die Errungenschaften der Achtundsechziger als Beschleunigung und Intensivierung des Konsumkapitalismus und als Etablierung einer Triebökonomie; dies ist auch die Überzeugung des griechisch-deutschen Philosophen Panajotis Kondylis.<sup>17</sup> Ihm zufolge sind die westlichen Demokratien mit der Kulturrevolution von 1968 vom Stadium des bürgerlichen Liberalismus in eine Epoche der Massendemokratie getreten. Kondylis hält das klassische, dem 19. Jahrhundert entstammende politische Vokabular für überholt, da zahlreiche Leitbegriffe wie Liberalismus und Bürger-tum heute keine konkreten sozialhistorischen Sachverhalte mehr bezeichnen. Der Westen habe im Laufe des 20. Jahrhunderts eine tiefgreifende soziale und geistige Wandlung durchlebt. Der oligarchisch und hierarchisch strukturierte bürgerliche Liberalismus des 19. Jahrhunderts sei durch massendemokratische Verhältnisse ersetzt worden. Laut Kondylis hatte die bürgerlich-liberale Moderne die Tendenz, eine Harmonisierung der gesell-

15 Zur Beschreibung der heutigen postfordistischen Gesellschaft vgl. auch Boltanski, Luc / Chiapello, Ève: Der neue Geist des Kapitalismus. Konstanz 2003.

16 Ebd. S. 26.

17 Vgl. dazu: Kondylis, Panajotis: Der Niedergang der bürgerlichen Denk- und Lebensformen. Die liberale Moderne und die massendemokratische Postmoderne, Weinheim 1991.

schaftlichen Verhältnisse unter übergeordneten Kategorien wie etwa dem Staat oder Institutionen anzustreben. Die klassische bürgerliche Gesellschaft ist ein Gebilde, in dem die sozialen Unterschiede substanziell sind: Herkunft und Stand bildeten den Rahmen für die bereits vorgegebenen Möglichkeiten. Der bürgerliche Individualismus kannte Grenzen, die physische Individualität war noch keine ausreichende Bedingung für die politische, soziale und juristische Gleichberechtigung aller Individuen. Der klassische Liberalismus verband mit dem Konzept des Individualismus keine Gleichsetzung von formeller und materieller Gleichheit. Gesellschaftliche Ungleichheiten werden nicht durch institutionelle oder dirigistische Maßnahmen beseitigt, der klassisch Liberale vertraut stattdessen darauf, dass die unsichtbare Hand die (für die Gesamtgesellschaft) nützlichste Lösung finden wird. Wünsche und materielle Bedürfnisse der Menschen werden pragmatisch und nicht moralisch beurteilt.

Erst in der Massendemokratie wird der Begriff des *Individualismus* von seinen substanziellen Bindungen und sozialen Voraussetzungen wie Beruf, Familie und Klasse getrennt und zu einem materiellen Gleichheitsideal umgedeutet. Soziale und familiäre Herkunft haben für die Beurteilung einer Person prinzipiell keine Bedeutung mehr, der Einzelne atomisiert sich, er ist Gleicher unter Gleichen – beim Konsum sind alle gleich. Dieses neue massendemokratische Verständnis vom Individualismus entwickelte die politische Forderung, dass die Gesellschaft und der Staat jedem Individuum alle sozialen Rollen nicht nur formal, sondern auch faktisch zur Verfügung stellen sollen. Alleiniger Maßstab für die soziale Einstufung einer Person wird jetzt der sozialwissenschaftlich hochproblematische Begriff der *Leistung*. Leistung bildet jene Variable, mit der Gleichheit gemessen werden soll. Voraussetzung für diesen egalitären Individualismusbegriff ist die durch Massenproduktion und Massenkonsum bestimmte Massendemokratie. Die Massendemokratie ist

ohne historisches Vorbild, da es erstmalig in der Menschheitsgeschichte gelang, die Güterknappheit zu überwinden. Erst diese neuartige materielle und sozialpsychologische Ausgangssituation schuf die Grundlage, um den Begriff *Individualismus* mit jedem Menschen a priori zustehenden materiellen Versprechungen und Grundrechten zu verknüpfen. Wer um 1900 die soziale Frage stellte, thematisierte Klassenunterschiede. Hundert Jahre später tauchen dieselben Streitfragen und Konflikte auf. Klassenunterschiede spielen dabei aber keine Rolle mehr, vielmehr geht es um materielle Ansprüche, die jetzt weltweit gestellt werden. Die Preise für Stahl, Erdöl und andere wichtige Rohstoffe klettern in die Höhe, da zum Beispiel chinesische und indische Konsumenten die Befriedigung der gleichen Konsumwünsche einfordern wie die Bewohner des Westens.

### Materialismus als linke Utopie

Kollektiver Konsum und hohe Produktivität haben einen massendemokratischen Konsumhedonismus hervorgerufen, der jetzt entsprechende Ansprüche auf globaler Ebene stellt. Dieser weltweite Verteilungskampf spielt sich innerhalb enger werdender demografischer und ökologischer Grenzen ab. Durch die Globalisierung von Produktion und Kommunikation prophezeit Kondylis eine Verschärfung des politischen Verteilungskampfes, die er in folgende Formel gießt: Sechs, acht oder zehn Milliarden Menschen wollen pro Kopf so viel konsumieren wie die Seligen im hoch industrialisierten Erdteil. Ob vor dem Hintergrund der Begrenztheit der Ressourcen und des globalen Bevölkerungswachstums globaler Wohlstand für alle verwirklicht ist? Kondylis verneint dies und sieht im materiellen Gleichheitsversprechen der westlichen Massendemokratien ihr utopisches Moment, da auch die Massendemokratie weder die Gleichheit des Herrschens noch die Gleichheit des Konsumie-

rens verwirklicht habe. Überhaupt sei das Gefühl der Gleichheit in der Massendemokratie viel stärker als die Realität der Gleichheit. Dieser Widerspruch zwischen den postulierten Gleichheitsprinzipien und der faktischen Herrschaft von Eliten bilde nur einen von vielen Widersprüchen. So bemerkt Kondylis scharfsinnig, es sei eine seltsame Paradoxie der Massendemokratie, dem Einzelnen seine Individualität durch den Konsum von Massenprodukten zu versprechen. Als weiteren der Massendemokratie immanenten Dualismus nennt er die Spannung zwischen technischer Rationalität und hedonistischen Einstellungen der Konsumenten. Erst das Konsumierenwollen der Bürger trägt den Massenkonsum und sichert den Bestand der Wirtschaft.

Den endgültigen Übergang vom bürgerlichen Liberalismus hin zur hedonistischen Massendemokratie datiert Kondylis auf das Jahr 1968. Erst der Kulturrevolution der Achtundsechziger sei es gelungen, die sozialen, ideologischen und psychologischen Grundfesten des bürgerlichen Zeitalters nachhaltig zu zerstören und die der Massendemokratie angemessenen Lebensweisen und Mentalitäten zu popularisieren. Das Wesen der Kulturrevolution manifestiert sich in der Vorrangstellung des Lustprinzips. Lust ist nicht länger der Lohn für eine Tätigkeit, sondern erscheint vielmehr als unvermittelter und existenzieller Höhepunkt. Lust ist ein elementarer, natürlicher und jedem immer zustehender Akt – jederzeit abrufbare Befriedigung auf Knopfdruck. Die Achtundsechziger verbanden mit dem Lustprinzip die Forderung nach Selbstverwirklichung, was spontanes und unmittelbares Erleben meint. Mit dieser Umwertung der Werte ersetzen die Kulturrevolutionäre die im früheren Bürgertum für alle verbindliche Wertehierarchie durch einen unverbindlichen Werteppluralismus. Denn der Werteppluralismus postuliert die Gleichwertigkeit und Austauschbarkeit aller Lebensentwürfe. Der Übergang von einer eindeutigen und für alle Bürger verbindlichen Wertehierarchie hin zu einem Werteppluralismus ist für Kondylis allerdings keine

Revolution, sondern markiert den Beginn einer Massendemokratie der massenhaft Konsumierenden. Zur Illustration seiner These nennt Kondylis die sogenannte Sexuelle Revolution. Die damals verwirklichte Abtreibungsfreiheit, die beginnende Schwulen- und Transgender-Bewegung und die Forderung nach Promiskuität haben seiner Ansicht nach die weitere Atomisierung der Gesellschaft und die Intensivierung der sozialen Mobilität beschleunigt. Den inneren Zusammenhang der Forderungen der Kulturrevolution mit der Funktionsweise der Massendemokratie beschreibt Kondylis mit einem Paradoxon: Die Massenproduktion von Konsumgütern musste nach 1968 steigen, um jene Bedürfnisse zu befriedigen, die eben infolge der Kulturrevolution geweckt oder verbreitet wurden.

### Konservativer Widerstand

Dass die Kulturrevolution von 1968 auch destruktive Gedanken und Ideologeme entwickelte, artikulierten zuerst das Bauchgefühl der sogenannten kleinen Leute (in abfälligen Reden über „ungewaschene Gammler“) und vereinzelte Stimmen des akademischen Diskurses der frühen 1970er-Jahre. Neben geläuterten Linken wie Hermann Lübke hat sich damals vor allem der Philosoph Jürgen Habermas mit dem deutschen und US-amerikanischen Neokonservatismus beschäftigt.<sup>18</sup> Er konstatiert als Reaktion auf die 68er-Kulturrevolution einen reaktionären Zeitgeist unter Intellektuellen. Der Neokonservatismus sei kein Massenphänomen und nehme keine Rücksicht auf Befindlichkeiten und Ressentiments innerhalb der Bevölkerung. Damit habe er sich vom Populismus der Neuen Rechten abgesetzt und

18 Vgl. Fetscher, Iring (Hg.): Neokonservative und „Neue Rechte“. Der Angriff gegen Sozialstaat und liberale Demokratie in den Vereinigten Staaten, Westeuropa und der Bundesrepublik. München 1983.

sei erstmals seit einem halben Jahrhundert eine ideengeschichtlich ernst zu nehmende politische Bewegung, die eine Alternative zur theoretischen Linken formulierte. Für Habermas weisen US-amerikanischer und deutscher Neokonservatismus ein Bündel von kritischen Einstellungen und Auffassungen auf, die aus ähnlichen Enttäuschungen resultieren. Habermas deutete den Neokonservatismus als „Ergebnis einer Enttäuschungsverarbeitung“<sup>19</sup> und als Zeitgeistphänomen. Phänomen deshalb, weil viele Neokonservative „enttäuschte Linke“<sup>20</sup> waren, gemäß dem alten Scherz „Was ist ein Neokonservativer? Ein Linker, der gerade von der Wirklichkeit überfallen wurde“. Für den SPD-Vordenker Peter Glotz war Neokonservatismus ein Sicherheitsnetz für Liberale, die vor den Konsequenzen des Liberalismus Angst bekommen haben. Beide Bonmots drücken ein Unbehagen einiger Intellektueller aus, die die Forderungen der Kulturrevolutionäre zu Ende dachten. Für Habermas zeichnen sich die Neokonservativen der 1970er-Jahre dadurch aus, dass sie die Krise der westlichen Demokratie nicht „in der Funktionsweise der Ökonomie und des Staatsapparats, sondern in kulturell legitimierten Legitimationsproblemen“<sup>21</sup> sehen, einen Autoritätsverlust der tragenden Institutionen konstatieren, diesen auch bedauern und als Gefahr für das Gemeinwesen betrachten. Neokonservative warnten, dass durch den Sozialstaat der Erwartungsdruck der Bürger an die Politik explodiere, wodurch eine drastische Erweiterung des staatlichen Aufgabenvolumens bevorstehe und sich die Politik die Loyalität der Bürger nur mehr durch materielle Leistungen

19 Habermas, Jürgen: Die neue Unübersichtlichkeit. Kleine politische Schriften V. Frankfurt/Main 1985, S. 32.

20 In erster Linie allerdings Intellektuelle in den USA, in Deutschland mit Ausnahme von beispielsweise Hermann Lübke nur so wenige, dass man meines Erachtens von keiner allgemeinen Tendenz sprechen kann.

21 Habermas, Jürgen, a. a. O. S. 33.



sichern (also kaufen) könne. Diese Anspruchsinflation werde gleichzeitig von einem Wegbrechen überlieferter Traditionen und dem Fehlen eines Wertekonsenses begleitet. Ein typischer Vertreter dieses Neokonservatismus ist Daniel Bell<sup>22</sup>, da er affirmativ zur gesellschaftlichen Moderne steht, die kulturelle Moderne aber ablehnt und abwertet. Bell sieht einen Widerstreit zwischen einer modernen Gesellschaft, die nach ökonomischen und bürokratischen Parametern funktioniert, und den vermittelten Werten der Konsumkultur, die moralische Grundlagen dieser Parameter angreift und unterminiert.

Indem sie die ökonomische Moderne befürworten, unterscheiden sich die Konservativen in den Vereinigten Staaten von den deutschen Jungkonservativen der 1920er-Jahre, die die Idee des zivilisatorischen Fortschritts ablehnten und generell antikapitalistisch, antimodern, antiamerikanisch argumentierten und das Elitäre gegen das Massenhafte stellten. Zudem hatten die Jungkonservativen vor allem eine auf Sekundärtugenden basierende Pädagogik eingefordert, die unter anderem mit Begriffen wie *Gehorsam*, *Pflicht*, *Dienst*, *Opferbereitschaft* und *Glaube* arbeitete. Habermas stellt fest, dass sich die Neokonservativen in Deutschland erst in den 1970er-Jahren mit der ökonomischen und politischen Moderne versöhnt haben; von den Jungkonservativen habe man lediglich den elitären Gestus und den hohen Stellenwert der Pädagogik übernommen, von der amerikanischen Debatte die Kulturkritik. Habermas zufolge ist der Neokonservatismus durch die Bejahung von technischem Fortschritt und kapitalistischem Wachstum gekennzeichnet, während für die Gesellschaft gleichzeitig Gefahr durch kulturellen Wandel entsteht. Um diesen kulturellen Wandel zu mildern, argumentierten Neokonservative, so Habermas, mit drei Elementen<sup>23</sup>:

22 Vgl. Bell, Daniel: *The Cultural Contradictions of Capitalism*. London 1976.

23 Vgl. ebd.

Erstens übten sie moralische und persönliche Kritik an den Intellektuellen und Protagonisten der Kulturrevolution. Zweitens erklärten Neokonservative wie Gehlen und Schelsky die Kulturrevolution überhaupt für gescheitert. Drittens könne die durch Kulturrevolution bedingte geistige und moralische Krise der westlichen Gesellschaft nur durch einen unverbildeten Common Sense, ein Geschichtsbewusstsein und einen Rekurs auf Religion kompensiert werden. Habermas kritisiert, dass die Neokonservativen nicht die ökonomischen und administrativen Imperative angreifen, sondern im Gegenteil immer weitere Lebensbereiche monetarisieren und bürokratisieren und somit die entscheidenden Krisenherde aussparen würden; anstelle einer Ökonomiekritik würden sie nur das Gespenst einer subversiv überbordenden Kultur malen und so den für Habermas fatalen Fehlschluss ziehen: Abgang auf die kulturelle Moderne bei gleichzeitiger Verehrung für die kapitalistische Modernisierung.

Habermas wollte mit dem Begriff *neokonservativ* die Reaktionen auf die Kulturrevolution von 1968 bündeln und kennzeichnen. Neben den Neokonservativen, deren Entstehung er als direkte Reaktion auf die Achtundsechziger deutet, und denen er ein affirmatives Verhältnis zur Moderne zuschreibt, unterscheidet er noch in Jungkonservative und Altkonservative.<sup>24</sup> Jungkonservativen attestiert er einen unversöhnlichen Antimodernismus: „Die Jungkonservativen machen sich die Grunderfahrung der ästhetischen Moderne, die Enthüllung der dezentrierten, von allen Beschränkungen der Kognition und der Zweckmäßigkeit, allen Imperativen der Arbeit und der Nützlichkeit befreiten Subjektivität zu eigen – und brechen mit ihr aus der modernen Welt aus.“ Seltsamerweise nennt Habermas als Vertreter des Jungkonservatismus französische Denker wie Michel Foucault

24 Habermas, Jürgen: *Kleine politische Schriften I–IV*. Frankfurt/Main 1981, S. 463.

und Jacques Derrida, die in der akademischen Welt üblicherweise unter Stichwörtern wie *Poststrukturalismus* und *Postmoderne* eingeordnet werden.

Altkonservative definiert Habermas als Gegner der Moderne. Altkonservative „verfolgen den Zerfall der substanziellen Vernunft, die Ausdifferenzierung von Wissenschaft, Moral und Kunst, das moderne Weltverständnis und deren nur noch prozedurale Rationalität mit Misstrauen ...“<sup>25</sup>. Als Vertreter des Altkonservatismus nennt er Leo Strauss und Robert Spaemann. Wenngleich diese Einteilung Schwächen aufweist, ist sie insofern hilfreich, als mit dem neuen Begriff das erste Mal eine Spielart des Konservatismus auftaucht, die positiv zur Moderne steht.

Für Niklas Luhmann hingegen bedeutet *neokonservativ* etwas anderes. Für ihn ist Unterstützung und Gefolgschaft von Herrschaft konservativ und das Eintreten für Emanzipation progressiv. Luhmann erklärt aber, dass diese Unterscheidung nicht trennscharf sei: „Die Progressiven sind ihrerseits ideenkonservativ geworden, und sie selbst oszillieren jetzt, da sie über keine Gesellschaftstheorie mehr verfügen, zwischen Reflexion und Polemik. Der sogenannte Neokonservatismus ist ihre Erfindung, nicht die Selbstbezeichnung einer anderen Gruppe.“<sup>26</sup> Luhmann macht hier auf zweierlei aufmerksam: Neokonservatismus ist eine ideologische Kampfvokabel der Linken. Diese versucht, eine hochkomplexe ökonomisch-gesellschaftliche Struktur mit dem vertrauten, aber nicht mehr zutreffenden Begriffspaar *progressiv/konservativ* zu beschreiben. *Neokonservativ* als Fremdzuschreibung für nicht-linke Positionen ist – neben der Totschlagvokabel *neoliberal* – in Debatten ein häufig gebrauchter Textbaustein, der wenig Konkretes meint und oft unliebsame inhaltliche

25 Ebd.

26 Luhmann, Niklas: Die Gesellschaft der Gesellschaft, 1. Band. Frankfurt/Main 1997, S. 1078.

Positionen politischer Mitbewerber markiert.

Eine weitere Spielart des Konservatismus, auf die Habermas nicht eingeht, ist der *technokratische Konservatismus*. Auch diesen Begriff führte sein Urheber, der Politikwissenschaftler Martin Greiffenhagen, in polemischer Absicht ein. Greiffenhagen bezeichnete mit diesem Begriff eine Gruppe von Sozialwissenschaftlern wie Helmut Schelsky, Hans Freyer und Arnold Gehlen, die als Gelehrte Forschungsarbeiten über die moderne Zivilisation und Ökonomie publizierten. Das Verbindende dieser Arbeiten war die Überzeugung, dass der für (post-)industrielle Dienstleistungsgesellschaften typische Komplex aus Wirtschaft, Bürokratie, Wissenschaft, Technik, IT und Militär notwendig für das Funktionieren moderner Gesellschaften ist, sich sowohl die politischen Institutionen als auch die Ökonomie im Endstadium befinden und es Weiterentwicklungen nur mehr innerhalb dieses Komplexes gibt, weshalb man das Zeitalter der Nachkriegsgesellschaften auch als *Posthistoire* bezeichnen kann. Der *technokratische Konservatismus* unterscheidet sich insofern von den anderen Konservatismen, als er die Restauration vormoderner ökonomischer und politischer Ordnungsmodelle für unmöglich und nicht wünschenswert erklärt.

Nach der Neokonservatismusdebatte, der Proklamation bzw. dem Schlagwort einer Tendenzwende<sup>27</sup> und der von Helmut Kohl ausgerufenen geistig-moralischen Wende entschlummerte die Debatte für zwei Jahrzehnte. Die westlichen Gesellschaften und hier vor allem die Jugendlichen<sup>28</sup> werden seit den 1990er-Jahren in der kommerziellen Sozialforschung wieder als wertebewusster und konservativer beschrieben, das Wort *neokonservativ* selbst tauchte erst in den Nullerjahren wieder gehäuft auf. Zuerst als

27 Dem Buchtitel Gerd-Klaus Kaltenbrunners „Signale einer Tendenzwende“ aus dem Jahr 1974 entlehnt.

28 Vgl. dazu die „Shell Jugendstudien“ seit den 1990er-Jahren.

Import aus der US-amerikanischen Debatte über die sogenannten Neocons, die in der Bush-Regierung eine neue Außenpolitik entwickelten, dann als Bezeichnung für eine neue deutsche Bürgerlichkeit um Denker wie Paul Nolte und Udo di Fabio.

Zur neuerlichen Hausse des Labels trug in den USA im Unterschied zu den 1970er-Jahren keine Gruppe von Wissenschaftlern bei, die mit der Gegenkultur haderte, sondern eine Gruppe von einflussreichen Beratern der Regierung George Bush, die entgegen altkonservativer Überzeugung den Irak-Krieg theoretisch als Kampf für Freiheit und Menschenrechte legitimierten. Dieser Kampf für die Demokratisierung totalitärer islamistischer Staaten war eine neue konservative Strategie, welche die *Die Zeit* spöttisch als „Babysitter im Kampfanzug“<sup>29</sup> bezeichnete. Lästerten früher US-Konservative oft über Menschenrechte und imperiale Außenpolitik, bezeichneten sie jetzt den Irak-Krieg als notwendigen Kampf für Demokratie und Menschenrechte. Dieser Strategiewechsel der Republikaner ist gut dokumentiert, wobei sich im Laufe der Debatte ein „Mythos der NeoCons“<sup>30</sup> verfestigte. Leitartikler orakelten über neokonservative Seilschaften in der Bush-Regierung, die diese für ihre Zwecke und Ziele instrumentalisierten; Paul Wolfowitz sei ein treuer Parteigänger, und der Philosophieprofessor Leo Strauss sei gleichzeitig Stichwortgeber und Meisterdenker der Neocons. Das war insofern bizarr, als Leo Strauss erstens an Fragen der Tagespolitik nicht interessiert war und zweitens in seinem Werk immer modernitätskritische, also altkonservative und nicht neokonservative, Thesen entwickelte. Dieses Missverständnis beruhte auf der Tatsache, dass viele Mitarbeiter der Regierung Bush bei Leo Strauss studiert hatten,

29 Assheuer, Thomas: Der Babysitter kommt im Kampfanzug. *Die Zeit* 22/2003. S. 35.

30 Laqueur, Walter: Der Mythos der NeoCons. *Europäische Rundschau* 2/2003, S. 3 ff.

der ein fantastischer und mitreißender Lehrer<sup>31</sup> war und sie für die Notwendigkeit einer politischen Philosophie sensibilisierte. Das Werk von Leo Strauss, dessen Werkausgabe mittlerweile auch auf Deutsch im Verlag Metzler erscheint<sup>32</sup>, ist faszinierend vielschichtig, philologisch gehaltvoll, wird von Rezensenten gelegentlich als „Platon-Exegese“ bezeichnet und zeichnet sich auch dadurch aus, dass sie auf originelle Weise die Möglichkeit zur Re-Lektüre philosophischer und religiöser Klassiker bietet. Der Ausdruck *Neocon* wurde Mitte der 1970er-Jahre vom amerikanischen Politikwissenschaftler und Sozialisten Michael Harrington als abwertende Bezeichnung für abtrünnige Linke eingeführt. Dabei handelte es sich nicht um eine homogene Gruppe, sondern um einen losen Kreis von Intellektuellen wie Irving Kristol, Daniel Bell und Daniel Patrick Moynihan, die sich von ihrer Vergangenheit inhaltlich distanzieren und sich dem linken Flügel der Republikaner annäherten. Die Zeitschrift *The Public Interest* bildete das publizistische Sprachrohr der Neocons<sup>33</sup>, obwohl die avisierte Zielgruppe der Zeitschrift zu Beginn Parteigänger der US-Demokraten waren; auch hier gab es Abgrenzungen zur Ideologie der Kulturrevolution von 1968.

Seit Beginn des Zweiten Irak-Krieges wurde die Außenpolitik der Bush-Regierung auch in der deutschsprachigen politischen Berichterstattung als „neokonservativ“ bezeichnet, und diese Bezeichnung hat sich seitdem durchgesetzt. Amerikanischer Neokonservatismus steht für den gewaltsamen Demokratieexport in muslimische Länder, ist negativ codiert und wird als Adjektiv seitdem synonym für die Positionen der sogenannten

31 Vgl. dazu [http://online.wsj.com/article/SB10001424052748704271804575405532811938748.html?mod=WSJ\\_Opinion\\_LEFTTopOpinion](http://online.wsj.com/article/SB10001424052748704271804575405532811938748.html?mod=WSJ_Opinion_LEFTTopOpinion)

32 Strauss, Leo: Gesammelte Schriften. Stuttgart, 6 Bände. Bisher sind 3 Bände erschienen.

33 Laqueur, a. a. O., S. 4.

neuen Bürgerlichkeit<sup>34</sup> verwendet. Bemerkenswert an dieser zweiten deutschen Neokonservatismusdebatte, die man als Zitat postmoderner Sprechweise auch *zweite Welle des Neokonservatismus* oder *Neokonservatismus 2.0* nennen kann, ist, dass sie im Unterschied zu den 1970er-Jahren die Mitte der Bevölkerung und verschiedene soziale Milieus erreicht und nicht in der akademischen Nische verharrt. Daher werden zur zweiten deutschen Welle des Neokonservatismus auch argumentativ schwache Bücher wie jenes von Eva Hermann gezählt; nicht nur, weil die neue Bürgerlichkeit gemessen an Verkaufszahlen wächst, sondern auch, weil sich in den Nullerjahren auch Formen politischen Protestes wie etwa die Tea Party oder die Bewegung gegen „Stuttgart 21“ etablierten, welche die Entfremdung des Mittelstands von den traditionellen Ritualen und Usancen der Parteiendemokratie thematisieren. Dass der Begriff Schwächen aufweist, hat Konrad Paul Liessmann 2004 im Rahmen einer Ringvorlesung<sup>35</sup> herausgearbeitet: „In der Tat ist der Begriff Neokonservatismus eine Unmöglichkeit: Aus logischen Gründen deshalb, weil die Vorsilbe *neo-* ja *Neuerung* bedeutet. Und zwar: Die Erneuerung, das Setzen von etwas Neuem anstelle des Alten. Das Wort Konservatismus, wenn man es allgemein beschreibt und keinen Wert auf eine bestimmte politische Präzisierung legt, heißt: Das Alte bewahren. Es kann das Alte bewahren nichts Neues sein, weil es im Begriff des Konservatismus schon drinnen steckt, dass es um das Alte geht. Neokonservatismus kann so also nicht bedeuten, in einer neuen Weise das Alte zu bewahren. Es kann auch

34 Vgl. Bude, Heinz / Fischer, Joachim / Kaufmann, Bernd (Hg.): *Bürgerlichkeit ohne Bürgertum. In welchem Land leben wir?* Paderborn 2010.

35 Vgl. Liessmann, Konrad Paul: *Über die Unmöglichkeit, Neo-Konservativ zu sein*, in: Burkert-Dottolo, Günther / Moser, Christian Sebastian: *Zukunftsmodell Liberalkonservativ. Perspektiven für die ÖVP.* Wien 2004, S. 49.

nicht bedeuten, man muss verändern, um zu bewahren. Ganz im Gegenteil – der Begriff Neokonservatismus deutet ja an, dass jene Haltung, die bewahren will, sich all jenen Strömungen anschließt, die nicht bewahren wollen. Denn in der Vorsilbe *neo-* oder *neu-* steckt ja drinnen: ‚Lassen wir das Alte weg und machen alles neu; ÖBB neu, Parlament neu, Pensionsreform neu.‘ Der Konservative jedoch ist von seiner Geisteshaltung und von seinen Traditionen her überzeugt, dass das Alte, weil es alt ist, immer schon besser ist als das Neue. Aus dem Grund ist ein Konservativer, der sich als neokonservativ bezeichnet, schizophran, wenn er behauptet, er ist für das Alte, weil das Alte besser ist als das Neue. Ist er es aber in einer Art und Weise, die behauptet, das Neue ist besser als das Alte, dann ist er neokonservativ und nicht einfach konservativ. Das geht allerdings nicht, weil ich kann nicht sagen: ‚Ich bin für das Alte, weil ich für das Neue bin.‘ Und auf diese Spitzfindigkeit läuft der Begriff Neokonservativ hinaus.“ Mit dieser semantischen Kritik trifft Liessmann einen entscheidenden Punkt; im vorliegenden Essay wird *neokonservativ* aber nach der habermasschen Definition verwendet. Da dieser Begriff auch in der Debatte der Nullerjahre wieder gebraucht wird, erscheint es sinnvoll, dieses Zeitgeistphänomen *Neokonservatismus (2.0)* zu nennen.

## Zweite Welle des Neokonservatismus

Was sind die wichtigsten Argumentationsfiguren dieser zweiten Welle des Neokonservatismus? Um diese Frage zu erörtern, werde ich zuerst Werke der Kritiker diskutieren, anschließend die bekanntesten Vertreter der zweiten Welle vorstellen und abschließend die neuen Formen der bürgerlichen Protestwelle auf ihr politisches Potenzial hin untersuchen.

Als erste deutschsprachige Publikation veröffentlichte die Berliner Kunst- und Theoriezeitschrift *Texte zur Kunst* im September 2004 ein Schwerpunktheft zum Thema Neokonserva-

tismus. Neben einer neokonservativen Warenkunde<sup>36</sup>, in welcher populärkulturelle Genres wie Film und Musik auf neokonservatives Gedankengut hin untersucht werden (Rückkehr zum klassischen Rocksongformat, ästhetische Retrograde und kennerhaftes Durchstöbern bzw. Zweitverwerten bereits kanonisierter Genrestandards), definieren die Autoren *neokonservativ* als zielgruppengerechte Produktproduktion, die gleichzeitig für sich in Anspruch nimmt, Vielfalt und Differenzierung zu repräsentieren, in Wirklichkeit aber nur Lagerbildung anstrebt. Eine Kanonbildung, die Benutzerfreundlichkeit als journalistisches Ethos begreift und Pop als konkrete Identität listen- und lexikonförmig denkt, begünstigt das Denken in vorgefertigten Schablonen und sei als konservativ zu bezeichnen, da der Begriff sich gut zur Zustandsbeschreibung aktueller Produkte der Populärkultur eigne. Schließlich habe die Popkultur in den Nullerjahren vermehrt neokonservative Formate und Akteure produziert. Gleich, ob Retrobands wie The Strokes, Bücher wie „Generation Golf“ oder Filme wie „Die fetten Jahre sind vorbei“, neokonservative Produkte seien durch eine implizite Präferenz für ein Stilprinzip definiert. Auch der Journalismus sei gegenwärtig von neokonservativen Tendenzen bestimmt. Neokonservative Schreibweisen argumentierten organisch, konkret und feudalistisch, was im Popkontext am besten mit *Glamour* zu umschreiben wäre. Das heißt, der Neokonservative setzt dem Abstrakten, der Vernunft oder dem Intellektualismus das Leben, die Persönlichkeit, Individualität oder die Geschichte (eines Genres, eines Künstlers) entgegen und verzichtet auf die Arbeit am Begriff.<sup>37</sup> Die Personalisierung von Themen, ein Hang zur Unmittelbarkeitspoesie und die Ästhetisierung des Lebens (Berichte von „legendären“ Partys,

36 Vgl. Eine neokonservative Warenkunde. *Texte zur Kunst* 3/2004, S. 73 ff.

37 Maye, Harun: Die Rückkehr zum Konkreten. Der Neue Journalismus in deutschen Magazinen für Popkultur. *Texte zur Kunst* 3/2004, S. 100.

Autor A backstage bei Band B) sind für Maye typisch neokonservative Schreibweisen. Deren Denkfehler bestehe darin, für sich selbst „Dandytum“, „Subversion“ und „Charisma“ zu beanspruchen, dabei aber nur Stereotype der Vergangenheit nachzuspielen und so eben nichts wahrhaft Konkretes zu beschreiben, sondern nur Schablonen zu produzieren. Dieser neue Subjektivismus bediene sich der Schreibweisen des New Journalism, vergesse aber darauf, dass heute andere gesellschaftspolitische Kontexte herrschen als noch vor 20 oder 40 Jahren. Wenn etwa im Jahr 2010 in Amerika ein afroamerikanischer Präsident regiert und in Deutschland eine konservative Frau Kanzlerin und ein Homosexueller Außenminister ist, erscheine es nicht länger gangbar und redlich, mit Schreibweisen der Vergangenheit Originalität für sich zu beanspruchen. Generell sei es ein neokonservatives Anliegen, bürgerliche Traditionen unter den Bedingungen einer spätkapitalistischen Massen- und Konsumgesellschaft neu zu definieren.

Träger des Neokonservatismus sind für Richard Gebhardt von Abstiegsängsten geplagte Mittelständler und die Mittelschicht, für die ein Unbehagen gegenüber der Massenkultur zum Gefühlshaushalt zählt. Der Neokonservative verortete sich selbst in der „gesunden Mitte“ und setze seine Leistungen sowie kulturelle Ge- und Verbote gerne als universale Moralnormen.<sup>38</sup> Typisch für das Werk Noltes sei, dass er moderne wissenschaftliche Ansätze mit einer elitären Gesinnung verbinde. Neokonservative entwerfen wertegeleitete Politikkonzeptionen, die eine moderne Verantwortungskultur zum Leitbild erheben. Gebhardt kritisiert, dass die gesellschaftliche Aufklärung von Nolte nur eine Selbstaufklärung im Dienste der herrschenden Ordnung sei und dass Neokon-

38 Vgl. Gebhardt, Richard: Vollkornbrote für die Unterschicht. Paul Noltes neokonservative Wertepolitik und die „Generation Reform“. *Texte zur Kunst* 3/2004, S. 44 ff.

servative Werte- statt Klassenpolitik bevorzugten. Politisches Subjekt dieser neuen Bürgerlichkeit ist der selbstverantwortliche Konsument. Gebhardt spöttelt über Noltes politisches Wollen: „In seinem Lob des Verbrauchers als politischer Akteur setzt er diesen gegen das Bild vom passiven, von der Großindustrie manipulierten Konsumenten, welcher der gebrauchswertfreien Warenästhetik des nutzlosen Plunders unterliegt.“<sup>39</sup>

Was allerdings an einer modernen Verantwortungskultur, in der jeder Mensch und Bürger für sein Tun und seine Taten Verantwortung übernimmt und diese nicht an Bürokratien oder Vertreter des ökologisch-sozialindustriellen Komplexes delegiert, so schrecklich ist, lässt Gebhardt offen. Während Gebhardt und das „Texte zur Kunst“-Schwerpunktheft kritisch-objektiv über das „Lifestyle-Phänomen neokonservativ“ berichten, nützt die Journalistin Claudia Pinl ihr Buch „Das Biedermeier-Komplott“<sup>40</sup> für die Pflege persönlicher Idiosynkrasien. Jede Position, die nicht ihre ist, bezeichnet sie als neokonservativ: Angst vor demografischem Wandel, Bekenntnis zu Marktwirtschaft, Familie, Heimat und Religion sind für sie neokonservative Sündenfälle. Das Entlarvende an ihrer Argumentation ist, dass sie alle ihr nicht genehmen Argumentationsfiguren mit abwertenden Adjektiven belegt, diese aber nicht begründet. Fleiß ist in dieser Lesart Teil einer „autoritären Erziehung“, eine intakte Familie nur eine „Form der Weichzeichnung“, die Sprache bürgerlicher Autoren ist „altbacken“ und der „autoritäre Charakter“ sowie das Verdikt „Biedermeier“ trifft all jene, die ein selbstbestimmtes Leben innerhalb der rechtsstaatlichen Ordnung für lebenswert erachten. Selbstredend fehlt auch der obligate Vorwurf nicht, dass die Neokonservativen „einen Angriff auf die Demokratie starten“.

39 Vgl. ebd. S. 50.

40 Vgl. dazu Pinl, Claudia: Das Biedermeier-Komplott. Wie Neokonservative Deutschland retten wollen, Hamburg 2007.

Man muss schon einen besonderen Zugang zur Wirklichkeit haben, wenn man Autoren wie dem Verfassungsrichter Di Fabio oder Professoren wie Nolte Demokratiefeindschaft andichtet. Damit nicht genug: Sämtliche Positionen politisch Andersdenkender werden mit diskriminierenden Begriffen belegt. Familien mutieren bei ihr zu wenig vertrauenserweckenden Werte-Brutstätten, Gläubige stehen unter dem Generalverdacht des religiösen Furors und eines voraufklärerischen Religionsbegriffs, das Festhalten an Werten und Überzeugungen wird zum Angriff auf die Demokratie umgedeutet. Beim Lesen des Pinl-Buches kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, dass sich hier eine Frau aufrichtig echauffiert, weil sie es nach 40 Jahren Hegemonie nicht mehr gewöhnt ist, abweichende Meinungen zu tolerieren. Die daraus resultierende Wahrnehmung treibt seltsame Blüten: „Der Provokationsgehalt der Aussagen des Biedermeier-Komplots rührt nicht von deren vermeintlicher Bürgerlichkeit, sondern von deren Unverfrorenheit, mit der einerseits im Sinne neoliberaler Wirtschaftspolitik der Staat als demokratisch legitimierte Regulierungsinstanz kleingeredet wird, und gleichzeitig Denkfiguren der Rechten in der Mitte der Gesellschaft hoffähig gemacht werden: Nationalstolz als gesellschaftliches Integrationsmittel; Frauenemanzipation als Irrweg; Geburtenrückgang als nationales, um nicht zu sagen, völkisches Unglück; die Vorstellung, dass Unterschiede zwischen Menschen genetisch determiniert und somit ‚natürlich‘ sind, das Lob der autoritären Erziehung, nahtlos verbunden mit der Forderung nach weiterer Entmachtung demokratisch gewählter Parlamente und Regierungen zugunsten der Märkte.“ So ist das also, der Leser ahnte es: Hinter jedem sauberen Haarschnitt, jedem Dirndl und jeder korrekt gebundenen Krawatte lauert letztendlich die Fratze des Faschismus, weshalb Pinl fatalerweise in ihrer Schlussfolgerung „erleckliche Schnittmengen“ zwischen bürgerlichen Werten und dem rechten, völkischen Rand herbeifantasiert. Diese letzte

Trumpfkarte wird dann gezogen, wenn man sich der eigenen Unfehlbarkeit versichern will und gleichzeitig der politische Mitbewerber moralisch in die Defensive gedrängt werden soll. Dass speziell die Nazis eine antibürgerliche, antireligiöse und sozialistisch-egalitäre Bewegung waren ... wen kümmert's?

In ihrer dogmatischen Frömmerei ist Pinl für den Leser nicht nur unterhaltsam, sondern auch lehrreich. Denn hier wird paradigmatisch ein vielen Post-Achtundsechzigern inhärenter Wesenszug augenscheinlich: der Hang zur Inquisition und zur Aburteilung jeder Position, die nicht dem eigenen Weltbild entspricht. Mit dieser Strategie wird moralischer Druck erzeugt, um eigene Ideologien wirkmächtig durchzusetzen und einen zivilgesellschaftlichen Totalitarismus zu etablieren. Wer moralisch auf der richtigen Seite steht, muss auch beim Bücherschreiben nicht mehr argumentieren, beweisen, recherchieren, belegen, deduzieren, neugierig sein und forschen, schließlich weiß man auf alles die richtige Antwort. Dass dieses „Denken“ zu Trägheit und Denkfaulheit aufseiten der neuen Lifestyle-Linken<sup>41</sup> führt, ist stellvertretend für diese Gattung von Wunsch- und Warnschriften an den Sachbüchern des österreichischen Publizisten Robert Misik nachweisbar. In dessen missglückter Abrechnung mit dem politischen Willen der Neokonservativen pathologisiert er schon im Titel „Politik der Paranoia“ ihm nicht genehme politische Ideen. Er urteilt ohne Arbeit am Begriff und verliert sich in Ad-personam-Argumenten, wo eine Auseinandersetzung mit Thesen notwendig wäre. Eine solche Arbeitsweise schlägt sich auf die Lesbarkeit des Buches nieder. Schon bei der ideengeschichtlichen Einordnung des Themas blendet der Autor entscheidende Fakten

41 Robert Kurz, Autor der Theoriegruppe Exit (<http://www.exit-online.org>), die sich mit Krise und Kritik der Warengesellschaft beschäftigt, überzieht in seinem Buch „Die Welt als Wille und Design“ die Lifestyle-Linke mit Spott und Hohn.

aus – mit dramatischen Folgen für Sinngehalt und Verständnis des Sachverhaltes. Misik mischt in seiner Argumentation nach Belieben deutsche, österreichische und angloamerikanische Denktraditionen und verzichtet auf Quellenrecherche. So wird der Philosoph Leo Strauss als Ahnherr und Vater der Neokonservativen [sic!] vorgestellt, dessen zentrale Gedanken und Werke aber nur mit einem Internetverweis auf einen kurzen, keineswegs repräsentativen oder zentralen Aufsatz belegt. Ein 20-seitiger Essay kann nicht beanspruchen, die zentralen Denkbewegungen eines so arbeitsamen Denkers wie Leo Strauss wiederzugeben. Nun verlangt bei einem populärwissenschaftlichen Sachbuch niemand eine intensive Auseinandersetzung mit dem Gesamtwerk von Strauss, etwas mehr Zurückhaltung bei der abschließenden Beurteilung oder zumindest die Lektüre einer Einführung hätten Misik vor krassen Fehlurteilen und Verkürzungen bewahren können. Warum aber maßt sich ein Autor an, Werke und Positionen zu beurteilen, die er offensichtlich weder kennt, versteht noch rezipiert hat? Eine weitere Seltsamkeit des Misik-Universums ist, dass die Unterschiede zwischen einzelnen politischen Systemen negiert werden. Seriöse deutsche Verfassungsrichter wie der Luhmann-Schüler Udo Di Fabio werden hier mit durchgeknallten US-Publizistinnen wie Ann Coulter als monolithischer Block und einheitliche Schule dargestellt. Solche Parallelisierungen sind unredlich. Es kommt auch niemand auf die Idee, Misiks Pennälerprosa mit Werken von Siegfried Kracauer, Walter Benjamin oder Richard Rorty gleichzusetzen.

Dass Misik die Essenz des Konservativseins nicht versteht, wird in seinem kulturalistischen Fehlschluss ersichtlich, wonach die Werte, die „Neokonservative so hochhalten, irgendwann einmal neu waren, und die, die sie verteufeln, keineswegs mehr taufersch sind.“ Jeder Konservative schmuzzelt bei dieser Argumentation. Der Dekalog war, ist und bleibt die zentrale Bestimmung des anthropologischen Selbstverständnisses jedes Konservativen.

Wie aber kommt Misik zu seinen Fehlurteilen? Ideengeschichtlich betrachtet ist die Beurteilung einfach: Misik verwechselt und vermischt inkommensurable neokonservative und neoliberale Positionen. Das wird in Kapitel fünf seines Buches deutlich. Dort kritisiert Misik zu Recht, dass eine neue schicke Spießerei den Neiddiskurs mit dem Geist der Revolte, des Nonkonformismus und des Individualismus kurzgeschlossen habe. Nur sind kennerhafter Konsum und der Vorrang des Individuums vor dem Gemeinwohl eben keine konservativen, sondern neoliberale „Tugenden“. Werte sind für Liberale nur Optimierungstools für Ich-AGs, für Konservative ist Werte zu haben eine dem Gemeinwohl dienende Tugend. Radikalindividualisten wie Ulf Poschardt, vor zehn Jahren noch Parteigänger der Poplinken, heute Neoliberaler und als solcher der Idealtypus der neuen Spießigkeit, hätten mit Freiheitsdrang und Selbstverwirklichung das Freelancertum (sprich den flexiblen, ortsunabhängigen, ständig verfügbaren und Innovationen bejahenden Konsumrebell) zum Vorbild der postindustriellen Gesellschaft gemacht. Das stimmt, nur hat diese Art ökonomischer Determinismus und die freiwillige Unterwerfung des menschlichen Lebens unter die Megaphilosophie Ökonomie nichts mit konservativen Überzeugungen zu tun.

### Konservative Überzeugungen

Nachdem ich kurz die Standpunkte der politischen und publizistischen Gegner der neokonservativen Erneuerungs- und Reformbewegung vorgestellt habe, zeige ich abschließend, welche Denker, Argumente und Themen die Klammer des Neokonservatismus-Hypes bilden. Denn das Eigenartige an der derzeitigen Situation ist ja: Es gibt in Medien eine Themenkonjunktur für konservative politische Standpunkte, aber keine glaubwürdigen politischen Vertreter dieser politischen Ordnungsidee. Dieses

Paradoxon eines Feuilletonkonservatismus ohne Erdung und Machtposition in der Realpolitik ist für Johann Möller nichts Neues<sup>42</sup>, schließlich habe Panajotis Kondylis schon vor 20 Jahren den Konservatismus als Epoche mit der Französischen Revolution ideengeschichtlich begraben. Die seitdem periodisch auftauchenden Reprisen sind für ihn eine Folkloreveranstaltung. Wenn heute Politiker konservative Positionen einfordern, entspreche das weder einem konsistenten Weltbild noch einer gesellschaftlichen Realität. Auch das konservative Milieu existiert nicht mehr. Ein Tischgebet ist ebenso wie der sonntägliche Kirchgang nicht mehr die Regel, sondern die Ausnahme. Es gibt heute keine natürlichen Orte und kein parteipolitisches Lager eines authentischen Konservatismus. Die einzige Chance des Konservativen sei heute, die Erfahrung des historischen Wandels gegen einen schlechthin versteinerten Begriff von Emanzipation zu wenden. Bewahren könne nur reformulieren heißen, zu rabiat seien die Traditionsstränge abgerissen worden: Familie, Staat, Kirche, Schule, das Verhältnis von Individuum zur Gemeinschaft – alle Institutionen sind geschwächt, stehen teilweise unter Generalverdacht und leiden unter einem massiven Vertrauensverlust. Die letzte Trumpfkarte des Konservatismus sei sein Zweifel an der These vom logischen Fortschritt der Geschichte; nur in dieser Position liege emanzipatorische Kraft.

Der Politologe Franz Walter argumentiert ähnlich.<sup>43</sup> Im Unterschied zu anderen politischen Schulen entwerfe der Konservatismus keine leuchtenden Bilder von der Zukunft, er sei im Gegenteil eine politische Haltung, die allen Utopien vom Anderssein mit Misstrauen begegnet. Der Konservative setze

42 Vgl. Möller, Johann Michael: Zweifel am Fortschritt der Geschichte. *Rotary Magazin* Januar/2009, S. 36–37.

43 Vgl. Walter, Franz: Heimatlos im eigenen Land. *Rotary Magazin* Januar/2009, S. 40 ff.



auf die Begriffspaare *Bestand* und *Empirie*, *das Konkrete* und *das Dauerhafte* sowie *Überlieferung* und *Geschichte*. Der Konservatismus erkenne die entlastende Funktion von Institutionen und habitualisierten Traditionen. Erst Sicherheiten im Alltag lassen dem postmodernen, hyperaktiven Menschen die Energie für das Wesentliche und befreien ihn vom Diktat der Multioptionengesellschaft, von permanentem Leistungsdruck und neoliberalen Deregulierungsparadigma. Der Konservative verachtet das wuchernde Penetrationsprinzip der Marktgesetze und lehnt einen eindimensionalen Freiheits- und Leistungsbegriff ab.

Das sei zwar eine ehrenwerte politische Haltung, aber es gebe keine glaubwürdigen politischen Repräsentanten dieses Typus in der Politik mehr. Bei Eduard Wallnöfer und Franz Josef Strauß wusste jeder Bürger sofort, welche Werte diese Politiker auch privat hochhielten. So etwas gibt es heutzutage kaum mehr; selbst Politiker bürgerlicher Parteien wie der CDU leben nicht mehr automatisch lebenslang in festen Beziehungen. Kinderlose, Patchworkfamilien, Mehrfachheiraten, homosexuelle Partnerschaften (wie etwa beim ehemaligen Hamburger Bürgermeister Ole von Beust) – die Lebensstile sind individualisiert, und auch von CDU-Politikern wird keine authentisch konservative Lebensführung mehr verlangt. Auch CDU-Politiker leben eine verpflichtungsfreie und multioptionale Lebensweise mit einer „Kantinenmentalität“<sup>44</sup> – jeder nimmt sich, was er braucht. So hat sich die Christdemokratie bei Themen wie Familienpolitik und Embryonenschutz längst säkularisiert. Selbst Bundeskanzlerin Angela Merkel hat einmal zugegeben, dass sie an Sonntagen lieber ausschlafe als den Gottesdienst zu besuchen. Aber nicht nur die CDU-Elite hat für sich die Vorzüge bindungslockerer Individualität entdeckt, auch der durchschnittliche Wähler – man werfe nur einen Blick auf Scheidungsstatistiken – bindet sich

44 Vgl. ebd. S. 42.

nicht lebenslänglich an Normen. In einem Klima der Beliebigkeit ist eine christlich-konservative Prinzipienorthodoxie marginalisiert, allerdings haben auch die Liberalisierungsschübe der vergangenen 40 Jahre zu einem Sinn- und Wertevakuum geführt, das viele Bürger für verborgene Sehnsüchte anfällig werden lässt. Dennoch: Für den verweltlichten und individualisierten Bürger sind kirchliche Gebote und Verbote nicht mehr bindend und Loyalitäten im Abnehmen begriffen. An dieser Stelle zieht Walter einen überraschenden Schluss: Er findet es erstaunlich, dass der Konservatismus die Schlacht gegen den Modernismus genau zu jenem Zeitpunkt verliert, an dem die Segnungen der Totalliberalisierung an Attraktivität einbüßen. Empirische Lebensstilstudien weisen schon länger in den unbewussten Tiefenschichten der westlichen Gesellschaft eine Sehnsucht nach Bindungen, Sicherheit und Gemeinschaft nach. Bindungslosigkeit wird nicht mehr nur positiv gesehen, sondern auch mit negativen Begleiterscheinungen wie Atomisierung und Einsamkeit verbunden. Es gibt Indizien dafür, dass diese Sehnsüchte von konservativen Ideen und Überzeugungen bedient werden könnten. Ein mit der Moderne und Demokratie versöhnter parlamentarischer Konservatismus geht mit dem englischen Philosophen Michael Oakeshott von einer interessanten anthropologischen Festlegung aus: Der Mensch ist nicht schlecht, der Mensch ist schwach.

Konservatismus ist mehr als eine Verweigerungshaltung und die Ideologie verstockter Nostalgiker. Wie schon im 17. Jahrhundert ist konservatives Denken eine Reaktion auf die dunklen, nihilistischen Flecken des Liberalismus. Während Kondylis Konservatismus als historisch fixierte Bewegung – als Protest gegen die Französische Revolution und für die Beibehaltung der *societas civilis* – festlegt und es für ihn einen zeitgenössischen Konservatismus gar nicht geben kann, vertritt Oakeshott einen Konservatismusbegriff, den er nicht historisch verortet, sondern der für ihn so etwas wie eine Konstante des politischen und

sozialen Lebens darstellt.<sup>45</sup> Konservatismus ist laut Oakeshott nicht nur eine Reaktion auf konkrete progressive Tendenzen in einer Gesellschaft, sondern ein skeptischer Politikstil *sui generis* (eine eigenständige politische Haltung und Überzeugung), der neben einer antirationalistischen (und wissenschaftskritischen) Grundpositionierung im Wesentlichen durch drei Punkte gekennzeichnet ist:<sup>46</sup>

- Einen ausgeprägten Traditionalismus im Sinne der Beibehaltung bisheriger Praktiken auf dem Gebiet der Politik

- Eine grundlegende Skepsis gegenüber politischem Wissen, sofern es sich, ausgehend von universalistischen Vorstellungen des Rechten bzw. Richtigen, die Konstruktion „guter Gesellschaften“ zutraut

- Die organozistische Auffassung des Verhältnisses zwischen Individuum und Gesellschaft ist ein Hauptgrund für das Spannungsverhältnis zwischen Konservatismus und Liberalismus

Dieser Drei-Punkte-Katalog ist kein starres System, sondern nur ein grobes Schema, das Spielraum für regionale und historische Varianten frei lässt; schließlich gibt es weder eine „Konservative Internationale“ noch eine konsistente konservative Ideologie, da der Konservatismus theorie-skeptisch ist und Erfahrungen und das konkrete Erleben über die Abstraktion stellt. Mit der konservativen Ansicht, dass jeder Bürger sozial in Gemeinschaften eingebunden ist, kann der Konservatismus auch als Vorläufer des Kommunitarismus gelten. Konservatismus mit seiner Kritik an rationalen Gesellschafts- und Politikmodellen bzw. mit seiner Skepsis gegenüber Sozialtechnologien und einem paternalistischen und therapeutischen Superstaat, der mit

45 Vgl. Oakeshott, Michael: *On human conduct*. Oxford 1975.

46 Vgl. Becker, Michael: *Die politische Theorie des Konservatismus*: Michael Oakeshott, in: Brodacz, André / Schaal, Gary S. (Hg.): *Politische Theorien der Gegenwart*, 3. Auflage. Opladen & Farmington Hills 2009, S. 219–220.

Kinderkrippen, Rauchverboten, Fett- und Alkoholsteuern massiv in die Privatsphäre des Bürgers hineinregieren will, ist kein kohärentes Gedankengebäude, sondern für Oakeshott Neigung und Haltung: „To be conservative, then, is to prefer the familiar to the unknown, the tried to the untried, fact to mystery, the actual to the possible, the limited to the unbounded, the near to the distant, the sufficient to the superabundant, the conveniense to the perfect, present laughter to utopian bliss.“<sup>47</sup>

Konservatives Denken ist mehr als die Formulierung von politischen Grundsatzprogrammen und Ideologien, ja auch mehr als eine Gesinnung. Es ist eine Frage der Haltung. Eine Haltung speist sich aus einem tradierten Wertekanon, verlangt vom Einzelnen aber wesentlich mehr als das Einhalten und unkritische Nachbeten von Gesetzen, Normen und Werten. Die redliche Haltung interveniert und opponiert dann gegen vorherrschende Gesinnungen und gesellschaftlich-hegemoniale Werte, wenn ein Unwohlsein in der Bauchgegend eine klare Positionierung für oder gegen einen Sachverhalt erfordert.

Wie sich eine konservative Haltung im Alltag manifestiert, hat der US-Schauspieler und Regisseur Vincent Gallo am anschaulichsten formuliert. Für Gallo, der damit die gleiche Argumentation wie die Konservativen der Weimarer Republik aufgreift, liegt der Fehler der Linken darin, dass deren Politikverständnis materialistisch verkürzt ist, das heißt, dass sie außerökonomische Kriterien nicht in ihre Analysen einbeziehen und somit blind für die nicht-ökonomischen Bedürfnisse und Leidenschaften der Bürger sind. Dass für Konservative metaphysische Grundlagen, Traditionen und irrationale Leidenschaften gleichberechtigte Bestandteile der *Conditio humana* neben volkswirtschaftlichen Kennzahlen sind, veranschaulicht Gallo mit einem Vergleich

47 Oakeshot, Michael: *On Being Conservative*, in: Oakeshott, Michael: *Rationalism in Politics and Other Essays: New and Expanded Edition*. Indianapolis 1991, S. 408.

der unterschiedlichen Amtsauffassungen bei Republikanern und Demokraten, den beiden großen amerikanischen Traditionsparteien: „Demokraten wollen um jeden Preis an die Macht, während Republikaner ihre hochqualifizierten, gutbezahlten Jobs aufgeben, um ihrer Überzeugung zu folgen.“<sup>48</sup> Konservativ zu sein bedeutet für Gallo, eine „profunde Vision“ vom Menschsein jenseits von Quartalszahlen, Bruttoinlandsprodukt und keynesianischen Eingriffen in die Volkswirtschaften zu haben.

### Familie als Keimzelle von Gesellschaft und Staat

Ähnlich materialismuskritisch argumentiert der Verfassungsrichter Udo di Fabio: Familien, Gemeinwohl und Gemeinschaft bilden Rückgrat und Fundament von Demokratie und Gesellschaft. Konservative gehen analog zum Böckenförde-Diktum davon aus, dass Demokratie zum Funktionieren auf Voraussetzungen rekurriert, die sie selbst nicht durch Gesetze erzeugen kann. Di Fabio kritisiert, dass die Ökonomisierung und Verrechtlichung der Lebensverhältnisse kontinuierlich zunehmen und es für den postfordistisch nomadisierten Bürger der Jetztzeit kaum mehr Sicherheiten gebe, dafür aber ein Mobilitäts- und Flexibilitätsdiktat, das riskante Biografien und Ängste vor sozialem Abstieg mit sich bringe. Konservatives politisches Denken fordert eine „Politik jenseits von Angebot und Nachfrage“, wie schon Wilhelm Röpke in seinem gleichnamigen Hauptwerk aus dem Jahr 1961 festhielt.<sup>49</sup> Dort erteilt Röpke dem materialistischen Weltbild liberaler Utilitaristen und staatsgläubiger Sozialisten

48 Gallo, Vincent: *The Good, The Bad & The Ugly*. *Spex – Magazin für Popkultur* 09/2001, S. 58.

49 Vgl. Rieter, Heinz: *Kulturkonservativer Kämpfer für den Bürgergeist. Wilhelm Röpkes „jenseits von Angebot und Nachfrage“*. *Merkur-Sonderheft „Die Grenzen der Wirksamkeit des Staates. Über Freiheit und Paternalismus“*, S. 837 ff.

eine Absage. Das Streben des Einzelnen nach Glück, Gewinnstreben und aufgeklärter Egoismus können nicht selbst jene sittlichen Grundlagen und Reserven erzeugen, die jede Gesellschaft für ihr Funktionieren und Überleben braucht. Im Gegenteil setzt jeder Markt immaterielle Werte voraus und verbraucht sie. Röpke erstellt einen Katalog sittlicher Reserven, die es zu behüten gilt. Erst Sekundärtugenden wie Fleiß, Maßhalten, Gemeinsinn oder Ehrlichkeit sind für Röpke Voraussetzungen, damit die Menschen fair miteinander umgehen und es nicht zu Dekadenzerscheinungen wie Gier (z. B. nach Bonuszahlungen) oder schattenwirtschaftlichen Strukturen kommt. Damit sich der einzelne Bürger mit dem Gemeinwesen identifiziert, muss er mehr sein als Steuerzahler und Verfassungspatriot. Diese kulturelle Herzensbildung kann laut Röpke weder von Schule, Pädagogen, Sozialarbeitern oder sonstigen Vertretern des ökologisch-sozialindustriellen Komplexes noch von Antidiskriminierungsgesetzen mit staatlicher Verfügungsgewalt produziert, sondern nur vom Familienverband geleistet werden. Das Bekenntnis zum Eigentum ist für Röpke die wesentliche Voraussetzung einer solchen Ordnung. Röpkes klassischer Konservatismus bleibt zeitlos und wurde in der Neocon-Debatte nur um Nuancierungen erweitert.

So kritisiert der deutsche Journalist Alexander Gauland in seiner „Anleitung zum Konservativsein“, dass die von der Wirtschaft heute vermittelten Werte auf der linken und „aufklärerischen“ Seite stehen. Mit dem Universalismus der Globalisierung sei ein die Gemeinschaften zersetzender Standort- und Steuerwettbewerb zwischen den Nationen entstanden. Diese Ökonomisierung der Lebenswelten sei ein ähnlich abstrakter Gesellschaftsentwurf wie jener, den Edmund Burke schon bei seinen Betrachtungen über die Französische Revolution kenntnisreich kritisiert hatte. Burke wie Gauland stellen gegen Fernemoral (Arnold Gehlen) und die rhetorische Anrufung der Menschheit die Unvollkommenheit des Menschen sowie ein Festhalten am Konkreten. Eine

Gesellschaft, die auf Traditionen vertraut, habe mehr Kraft, die gesellschaftliche Wirklichkeit pragmatisch zu reformieren. Evolutionäre Reform des Bestehenden statt revolutionäre Veränderung und Umbruch sei erfolgversprechender, einfach aus dem historischen Wissen heraus, dass der Mensch ein unvollkommenes Wesen ist und jede egalitäre Utopie der Moderne in eine der drei „G-Katastrophen“ mündete: Guillotine, Gulag oder Gaskammer (Kühnelt-Leddihn).

Konservatives Denken ist keine Schöpfung aus dem Nichts. Es ist im Inneren wie nach außen hin bestimmt von einem pessimistischen Gradualismus: Kampf für Prinzipien, verbunden mit Konzessionen, wo es nicht anders geht. Auch Konservative können nicht immer verhindern, dass sich Lebensumstände verändern, aber sie können den Lauf der Dinge verlangsamen, den Kurs ändern und das Schlimmste verhindern oder zumindest vermeiden. Das Problematische an der modernen Vorstellung von Fortschritt besteht darin, dass dieser mit dem Sprengen von Fesseln, dem Beseitigen von Schranken und dem Abschaffen von Dogmen assoziiert wird. Die konservative Reaktion darauf muss eine Entwicklung hin zu mehr festen Überzeugungen, zu mehr Tabus und Dogmen sein. Die Verlangsamung des Fortschritts, das Bewahren von Traditionen und Lebenswelten und die Unverfügbarkeit des menschlichen Lebens bilden den Kern konservativer Überzeugungen.

Verantwortung nicht delegieren, sich, sein Leben und seine Begierden nicht absolut sehen, sondern als Teil einer Generationenabfolge und der Geschichte begreifen will auch der Bremer Historiker Paul Nolte, dessen Politikkonzeption ein spezifisches Bekenntnis zur Verantwortung mit sich bringt und auf fünf Eckpunkten<sup>50</sup> basiert:

50 Vgl. Nolte, Paul: *Generation Reform. Jenseits der blockierten Republik*. München 2004 sowie Nolte, Paul: *Risikante Moderne. Die Deutschen und der neue Kapitalismus*. München 2006.

Erstens glaubt Nolte, dass religiöse Fundamente gut und notwendig für eine Gesellschaft sind. Ein moderner Konservatismus zeichnet sich gegenüber anderen politischen Strömungen dadurch aus, dass er für die religiösen Potenziale der Moderne ein besonderes Gespür entwickelt.

Zweitens steht für Nolte außer Streit, dass die Zeit gekommen ist, in der auch die Politik aufgefordert ist, die Kehrseiten des Individualismus einzudämmen. Ego-Gesellschaft und Spaßgesellschaft haben dazu geführt, dass in den westeuropäischen Wohlfahrtsstaaten die Verantwortung für das Leben von Dritten – von Mitgliedern der Familie, von Nachbarn, von Mitbürgern – allzu leicht dem Staat übertragen wird. Dieses Delegieren von persönlicher Verantwortung an die Bürokratie hat zu Entsolidarisierung und zur Abnahme sozialer Verantwortung des Einzelnen für die Gesellschaft geführt. Konservativ zu sein bedeutet, an die soziale Verantwortung des Einzelnen zu erinnern und die Mobilisierungskräfte des Einzelnen zu unterstützen. Konservative beziehen Stellung gegen jede Form von Egoismus, der das Gemeinwesen schädigt.

Drittes Wesensmerkmal ist das Wissen um die Kraft von Subsidiarität. In den beiden letzten Jahrzehnten ist auch im deutschsprachigen Raum die Skepsis gegenüber der Allmacht und Allzuständigkeit des Staates gewachsen. Das gilt einerseits für die Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme, andererseits auch im Hinblick auf wirtschaftliches Handeln und Unternehmertätigkeit. Gemäß dem Prinzip der Subsidiarität zu handeln bedeutet für Nolte auf Verwaltungsebene vor allem: Die jeweils höheren, zentraleren Instanzen greifen nur dann ein, wenn die untergeordneten mit der Problemlösung überfordert sind. Politik kann am effizientesten in lokalen und regionalen Netzwerkstrukturen gestalten, die Anonymität fällt auf dieser Ebene weg. In der (Dorf-)Gemeinschaft erarbeitete Politik von unten ist effiziente „Graswurzelpolitik“; sie folgt den Prinzipien von Verantwor-

tung und Eigeninitiative. Das Bekenntnis zu Subsidiarität bringt für den Einzelnen auch staatsbürgerliche Pflichten mit sich – er soll und muss Verantwortung für das Ganze übernehmen – freiwillig und von sich aus. Mit der Formel „Mehr Freiheit und mehr Gemeinschaft“ möchte Nolte auch die alte „Feindschaft“ zwischen Liberalismus und Kommunitarismus überwinden. Denn gemeinschaftsorientierter Liberalismus bezieht sich immer auf „das größte Glück der größten Zahl“. Ein der Gemeinschaft dienender Egoismus will mehr als persönliche Nutzenmaximierung. Zu lange wurde im deutschen Sprachraum Liberalismus auf die Schrumpfform eines Ego-Utilitarismus reduziert. Anstelle der Bindungslosigkeit des Einzelnen setzt Nolte auf den Begriff der Personalität, der den Nächsten, den Mitbürger immer schon mit einschließt.

Als vierte konservative Tugend nennt Nolte das Maßhalten, das immer auch mit prinzipieller Machbarkeitskepsis einhergeht. Damit soll der Konservatismus zum Katalysator einer neuen Ethik der Behutsamkeit für das 21. Jahrhundert werden. Diese neue Ethik verlangt durchaus Akzentverschiebungen und Korrekturen gegenüber den bisherigen christdemokratischen Programmen und Überzeugungen. Der Nachkriegskonservatismus der Bundesrepublik Deutschland vertraute zu lange auf technische Machbarkeit. Heute ist die Überzeugung gewachsen, dass die Gesellschaft der Eigendynamik von Wissenschaft und Technik durchaus auch Grenzen setzen kann. Nicht alles, was prinzipiell plan- und machbar ist, ist auch gut für die Menschheit. Diese skeptische Grundhaltung bedeutet für Nolte aber keine Rückkehr zur Technik- und Industrie Feindlichkeit des 19. Jahrhunderts, sondern einen ethisch und religiös fundierten Fortschrittsbegriff. Wachstum in dieser Lesart ist immer ganzheitliches Wachstum, ein Wachstum, das dem Gemeinwesen nützt und nicht nur den Interessen des Einzelnen dient.

Fünftes Element bilden Identitäten und Identifikationsräume.

Damit die Bürger ein erfülltes Leben führen können, brauchen sie auch in der globalisierten Welt fassbare Orte – Gemeinden, an denen Erinnerungen haften und mit denen der Bürger emotional verbunden ist. Nur dort, wo der Mensch mit der Landschaft und den Mitbürgern verbunden ist, können Loyalitäten wachsen. Diese Verbundenheit zum Lokalen und zur Heimat, sei es nun ein kleines Dorf oder ein Stadtteil in der Großstadt, ist für ein Gemeinschaftsgefühl wesentlich. Nicht aus romantischen oder nationalistischen Ressentiments heraus, sondern im Interesse individuellen Lebensglücks und der Stärkung der Kräfte demokratischer Gemeinschaft. Wenn sich der Einzelne mit dem Gemeinwesen identifiziert, ist auch ein positiv besetzter Patriotismus möglich. Dabei geht es darum, stolz auf die Errungenschaften seiner Arbeit für das Land zu sein.

Sechstes Element eines modernen Konservatismus, auf das Nolte nicht eingeht, muss eine verbesserte Migrationspolitik sein. Die Migrationsdebatte wurde im Jahr 2010 – ausgehend von Sachbüchern wie „Deutschland schafft sich ab“ (vom ehemaligen Berliner Finanzsenator und SPD-Mitglied Thilo Sarrazin) und „Die große Verschleierung: Für Integration, gegen Islamismus“ der deutschen Feministin Alice Schwarzer – auch in Österreich emotionalisiert (und von den Freiheitlichen im Wiener Wahlkampf 2010 instrumentalisiert) und war in der Diskussionskultur ein atmosphärischer Rückschritt um gefühlte zwei Jahrzehnte.

Sowohl Sarrazin als auch Schwarzer sprechen Versäumnisse in der Integrationspolitik der letzten Jahrzehnte an – die sie übrigens als Angehörige der damaligen politischen Funktions- und Medienelite selbst mitzuverantworten hatten – und vergessen dabei sowohl eine vorurteilsfreie Sachverhaltsanalyse als auch das Erarbeiten von Lösungsvorschlägen. Mit ihrem Alarmismus vergrößern sie Spannungen und Probleme und entwerfen einen dem Freund-Feind-Schema verpflichteten politischen Dualismus, der das Trennende über das Vereinende stellt. Besser

und politisch zielführender, als auf schlecht integrierte und bildungsferne Jugendliche einzuhämmern, wäre es gewesen, darauf hinzuweisen, dass durch die demografischen Änderungen in der österreichischen Bevölkerung mittlerweile in Wien 54 Prozent der Neugeborenen Migrationshintergrund haben und in Restösterreich von etwas mehr als 76.000 Neugeborenen im Jahr 2009 mehr als 22.000 Migrationshintergrund hatten.<sup>51</sup> Österreich ist ethnisch schon lange nicht mehr homogen. Auf dieser Tatsache sollte die politische Debatte aufbauen. Aufgrund des demografischen Knicks wird es in Österreich bereits um 2015 einen massiven Einbruch bei den Berufsanfängern geben. Ein Großteil der Facharbeiter wird dann – laut Schätzungen in Wien etwa zu 85 Prozent – aus herkunftsfremden Österreichern bestehen. Anders gesagt: In 20 Jahren wird es nicht mehr nur vereinzelt erfolgreiche türkisch- oder serbischstämmige Unternehmer geben, sondern mehr als ein Drittel der herkunftsfremden Österreicher wird als Teil der Mittel- und Oberschicht wesentlich die politische und wirtschaftliche Kultur des Landes aktiv mitbestimmen. Schulabbrecherquoten von bis zu 10 Prozent pro Jahrgang und die Entstehung und Verfestigung eines neuen Subproletariats sind gefährliche Entwicklungen für den österreichischen Wohlfahrtsstaat. Der türkischstämmige deutsche Schriftsteller Feridun Zaimoglu hat bereits versucht, aus den Veränderungen eine positive politische Erzählung herauszudestillieren: Die Politik sollte erkennen, dass von den Migranten eine enorme soziale Dynamik sowie ein großer Aufstiegswille ausgehen.<sup>52</sup>

51 Vgl. dazu [http://www.statistik.at/web\\_de/statistiken/bevoelkerung/geburten/index.html](http://www.statistik.at/web_de/statistiken/bevoelkerung/geburten/index.html)

52 Vgl. Zaimoglu, Feridun: Neugierige Konservative braucht das Land, in: Burkert-Dottolo / Moser, a. a. O. S. 75–76, und Dernbach, A.: Deutschlands neue Eliten, [http://de.qantara.de/webcom/show\\_article.php/\\_c-469\\_nr-1052/i.html](http://de.qantara.de/webcom/show_article.php/_c-469_nr-1052/i.html), 1. Oktober 2010.

Viel öfter als unter ethnisch Deutschen sind es unter den Türken nicht die Kinder von Eltern mit Abitur und Studium, die in die Hörsäle drängen, sondern die von Putzfrauen, Maurern und anderen Arbeitern. Bei 30 Prozent herkunftsfremden Maturanten und Akademikern und mehr als 40 Prozent Facharbeitern sind die herkunftsfremden Österreicher ein wertvoller Schatz für die Zukunft des Landes. Wenn in 20 Jahren jeder Fünfte in den Bundesländern und jeder Dritte in Wien herkunftsfremder Österreicher sein wird, werden solche Aufstiegsbiografien wesentlich zur kulturellen und wirtschaftlichen Prosperität Österreichs beitragen. Völkisches Geraune übersieht wie das Beklagen einer „Ethnogenese“, dass durch schlecht ausgebildete Migrantenkinder ungeheure Begabungsreserven verloren gehen. Vor allem Aufsteiger aus bildungsfernen Schichten sind mit ihrem Ehrgeiz und ihrem Aufstiegswillen wichtig für junge und innovative Marktwirtschaften. Nicht umsonst studieren Migranten überproportional oft eines der anspruchsvollen MINT-Fächer (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik) und geben als Berufswunsch Mediziner, Jurist oder Facharbeiter im produzierenden Gewerbe an. Es sind Menschen mit Aufstiegswillen, die auch keine Angst davor haben, sich „die Hände schmutzig zu machen“. Viele Angehörige der zweiten und dritten Generation verkörpern mit ihren Biografien einen Aufstiegswillen und eine Lust auf Anstrengung, die – im Unterschied zur defensiven Larmoyanz der saturierten Postmaterialisten – etwas Neues will und nicht nur den Status quo verwalten.

Um diese sechs Politikfelder optimal abzudecken, muss, so Noltes Schlussfolgerung, jeder Einzelne für das Gemeinwesen Verantwortung übernehmen. Damit jeder Bürger Verantwortung lebt und diese nicht nur eine abstrakt moralische Forderung bleibt, will Nolte den Staat von einem Steuerstaat in eine Gebührengesellschaft umbauen. Als Beispiel für die Gebührengesellschaft nennt er das Einheben von Straßenmaut. Denn eine allgemeine

Maut lässt im Gegensatz zur Kfz-Steuer nur jene Bürger zahlen, die tatsächlich Nutzer von Straßen sind. Eine solche Trendwende von direkten zu indirekten Steuern (also Nutzungsgebühren) unterstützt und fördert maßvollen Verbrauch. Wer konsumiert, soll dafür auch zahlen. Wenn jeder Bürger mit Nutzungsgebühren anstelle von Steuern seinen materiellen Beitrag zum Gesellschaftsvertrag leistet, kann der Einzelne durch sein Konsum-, Freizeit- und Sparverhalten selbst und autonom entscheiden, wie viel und welche Steuern er zahlt. Nolte will mit seinem Konzept der Gebührengesellschaft die Nachfrageseite stärken. Dadurch erhofft er sich eine indirekte Stärkung des Verantwortungsgefühls des Einzelnen für die Gemeinschaft. Dieses neue System einer staatlich-gesellschaftlichen Mischfinanzierung soll auf vier Säulen beruhen: erstens weniger Steuern, zweitens Gebühren und Beiträge der Bürger für bestimmte Leistungen, drittens Versicherungen für Risikofälle und viertens freiwillige individuelle oder gemeinschaftliche Leistungen wie Spenden, Stiftungen und Mäzenatentum.

Ähnliches forderte auch der sozialdemokratische Philosoph Peter Sloterdijk, der mit seinem „Bürgerlichen Manifest“ einen Feuilletonstreit provozierte.<sup>53</sup> Sloterdijk überraschte im Jahr drei der großen Wirtschaftskrise mit einem ungewöhnlichen Vorschlag zur zukünftigen Wirtschaftsordnung: einer Aufforderung zur Abschaffung von Steuern. Sloterdijk möchte damit die Wohlfahrtsstaatsmentalität beenden – den Sozialstaat nennt er „institutionalisierte Kleptokratie“ – und erklärt sich selbst zur Avantgarde eines „fiskalpolitischen Bürgerkrieges“. Die sozialdemokratische Logik des Additiven sei an ihr natürliches Ende gekommen, auf jedes Problem sozialpolitisch mit

53 Dieser Streit wird dokumentiert und diskutiert in: Rehmann, Jan / Wagner, Thomas (Hg.): Angriff der Leistungsträger? Das Buch zur Sloterdijk-Debatte. Hamburg 2010.

einer Ausweitung von Sozialtransfers und wirtschaftspolitisch mit Konjunkturprogrammen zu antworten, habe schon lange nicht mehr die gewünschten Lenkungs- und Steuerungseffekte. Aktuelle Harvard-Studien widerlegen die langfristig wirkende konjunkturstimulierende Wirkung von Deficit Spending und belegen, dass jeder auf Pump investierte Euro zwar die Schulden anwachsen lässt, nicht aber die Wirtschaft ankurbelt. Ähnlich die Entwicklung in der Sozialpolitik: Trotz des Ausbaus der Sozialtransfers ist in den letzten 20 Jahren in Europa eine neue Unterschicht entstanden, die sich kaum mehr ins Erwerbsleben integrieren lässt und ihren Lebensunterhalt ausschließlich passiv aus Transferzahlungen bestreitet. Der sozialdemokratische Wohlfahrtsstaat steckt also in einer strukturellen Krise – mit dieser Bestandsaufnahme hat Sloterdijk sicherlich recht. Folgt man Sloterdijks Gedanken, drängen sich weitere Fragen auf: Was sind die Grenzen der steuerlichen Belastbarkeit für Arbeitnehmer? Bringt Zuwanderung dem Souverän mehr als sie kostet? Warum hat der Sozialstaat nicht die Entstehung einer neuen Unterschicht verhindern können? Warum produziert das österreichische Bildungssystem pro Jahr 10.000 Schüler, die die Schule ohne Abschluss verlassen?

Sloterdijk hat sich mit seiner Aufforderung zum fiskalischen Bürgerkrieg in den anschwellenden Beschwerdechör jener Sozialstaatskritiker eingereiht, die Verteilungsgerechtigkeit anders definieren wollen. Denn die Belastbarkeitsgrenzen des Mittelstands sind überschritten – rechnet man Beitragsbemessungsgrundlagen und Versicherungspflichtgrenzen in die Abgabenquoten mit ein, sind mittlere Einkommen schon heute ungleich stärker besteuert als hohe und niedrige. Wenn, wie in Berlin, bereits mehr als die Hälfte der Wähler direkt von Transferleistungen abhängig ist, scheint die Finanzierung von Wohlfahrtsstaat und Demokratie mittelfristig nicht mehr gesichert zu sein. Kostenwahrheit in der Demokratie zu etablieren ist auch das

politische Ziel des von Josef Pröll erarbeiteten Transferkontos<sup>54</sup>, von dem jeder Steuerzahler mehr Transparenz, was den Bezug staatlicher Leistungen angeht, erwarten darf.

Neben der Verteilungsgerechtigkeit ist Konservativen auch ein qualitativer Wachstumsbegriff ein Anliegen. Schon Ludwig Erhard war der Überzeugung, dass in gesättigten Volkswirtschaften kein Bürger „allein in der fortdauernden Expansion des Materiellen noch länger das Heil erblicken“ sollte. Neben der Megaphilosophie Ökonomie (Joachim Koch) mit ihrem Absolutheitsanspruch und Utilitarismus verweisen Konservative im Unterschied zu Verfechtern von Liberalismus oder Sozialismus auf die nicht materialistischen und nicht durchökonomisierten Lebensbereiche, die für ein erfülltes menschliches Leben notwendig sind. Der Mensch lebt nicht von Brot allein, sagt man, und so glauben Konservative wie der britische Premierminister David Cameron, dass das Wohlergehen einer Nation nicht mehr ausschließlich an deren Wachstum, sondern auch an Kategorien wie Zufriedenheit der Bürger zu messen ist.<sup>55</sup> Konservatives Wachstum heißt nicht nur umweltverträglich, nachhaltig und gerecht zu wirtschaften, sondern immer auch, die Orientierung am Gemeinwohl mitzudenken. Dass diese Gemeinwohlorientierung eine zutiefst bürgerliche Tugend ist, es um die klassischen Tugenden des Bürgertums aber schlecht bestellt ist, und heute die Frage gestellt werden muss, ob die Kategorie Bürgertum nur mehr eine historische ist, ist die Ausgangsfrage des Sammelbandes „Bürgerlichkeit ohne Bürgertum“<sup>56</sup>.

54 Vgl. Poier, Klaus (Hg.): Das Transferkonto aus wissenschaftlicher und politischer Sicht. *Gesellschaft & Politik*, Doppelnummer 4/09–1/10.

55 Pinzler, Petra / Vorholz, Fritz: Sind das Spinner? *Die Zeit* 39/2010, S. 23 f.

56 Bude, Heinz / Fischer, Joachim / Kaufmann, Bernd (Hg.): Bürgerlichkeit ohne Bürgertum. In welchem Land leben wir? Paderborn 2010.

Wird das ergrünt-liberale Bürgertum wieder konservativ?

So wie Gauland, Nolte, Sloterdijk, aber auch die Kritiker Pinl und Misik argumentieren, gibt es große inhaltliche Schnittmengen zwischen der Konservatismusdebatte und der parallel seit den 1990er-Jahren periodisch auflammenden Diskussion über die „Neue Bürgerlichkeit“. Bei den politischen Debatten rund um den Neoliberalismus, die Zivil- und Bürgergesellschaft, bei den Streitereien über neue Ausgeschlossene (Prekariat, neue Überflüssige, neue Unterschicht) und der Diskussion über den Leistungsbegriff geht es im Kern um das Thema und den (bürgerlichen) Anspruch, dass der Einzelne Anspruch auf exemplarische Teilhabe am Ganzen hat, ja geradezu dazu verpflichtet ist. Für Bude zeichnet sich Bürgerlichkeit dadurch aus, dass der Bürger „ans Allgemeine“ denkt und sich dem Ganzen verpflichtet. Dafür kann man die aristotelische Sprache der Tugend, die katholische des bonum commune, die liberale der Fairness oder die kommunitaristische der Gemeinschaft in Anschlag bringen. In jedem Fall geht es um einen Bezug auf einen allgemeinen Zweck und eine übergreifende Ordnung, wodurch sich der Bürger nach klassischem Verständnis unterscheidet, der immer nur an sich selbst denkt.“<sup>57</sup> Idealtypisch beschrieben ist Bürgerlichkeit ein „Regelsystem von Werten und Handlungsmustern, das sich an den Prinzipien der individuellen Selbsttätigkeit und Selbstvervollkommnung (Bildung) und der kollektiven Selbstorganisation (kulturelle Vergesellschaftung) ausrichtet“<sup>58</sup> und sich mit den vier Leitbegriffen *Autonomie, Gleichheit, Moralität* und *Perfektibili-*

57 Bude, Heinz: Einübung in Bürgerlichkeit, in: Bude, Heinz / Fischer, Joachim / Kaufmann, Bernd (Hg.): Bürgerlichkeit ohne Bürgertum. In welchem Land leben wir? Paderborn 2010, S. 200.

58 Albrecht, Clemens: Die Substantialität bürgerlicher Kultur, in: Bude, Heinz / Fischer, Joachim / Kaufmann, Bernd (Hg.): Bürgerlichkeit ohne Bürgertum. In welchem Land leben wir? Paderborn 2010, S. 133 f.



tät beschreiben lässt. Für den Bürger bedeutet Erziehung nicht Unterdrückung und Schleifung zum Angepasstsein, sondern eine Chance zur Persönlichkeitsentfaltung. Bürgerlichkeit so definiert umfasst nicht den nur am privaten Fortkommen interessierten Wirtschaftsbürger und Homo oeconomicus, sondern den sich aktiv in den politischen Diskurs einbringenden Bürger. Der aktive Bürger ist somit die politische Gegenfigur zur neuen Unterschicht, die es sich ohne Aufstiegsambitionen gemütlich in der Parallelwelt von Transferzahlungen eingerichtet hat und deren charakteristisches Merkmal der deutsche Philosoph Karl Heinz Bohrer wie folgt definiert: „Nicht zu wollen, heißt vor allem: Reduktion von Politik auf Sozialhilfe.“<sup>59</sup> Das äußert sich darin, dass viele Wähler sich heute nicht mehr fragen: „Was können wir tun?“, sondern ängstlich die Frage stellen: „Was wird uns geschehen?“ Diese passive Anspruchshaltung ist Bohrer zufolge ein Zeichen für Dekadenz und ein Hinweis darauf, dass die westlichen Demokratien in das Stadium der *Posthistoire* eingetreten sind, was nichts anderes als den Niedergang der bürgerlichen Denk- und Lebensform bedeute.<sup>60</sup> In der Konsumgesellschaft herrsche in der Politik das geballte Ressentiment gegen Talent und Begabung; ein falsch interpretierter Egalitarismus habe zu illoyalen Staatsbürgern geführt, die den Souverän nur dann unterstützen, wenn dieser die Loyalität mit Transferleistungen gleichsam erkaufte; eine immaterielle Solidarität seitens der von der Konsumgesellschaft sozialisierten Wähler zu erwarten, sei unrealistisch.

Dieser linke Egalitarismus speist sich aus der bürgerlichen Bürgertumskritik des 19. Jahrhunderts, wo erstmals die Kritik am

59 Bohrer, Karl Heinz: Kein Wille zur Macht, in: Bude, Heinz / Fischer, Joachim / Kaufmann, Bernd (Hg.): *Bürgerlichkeit ohne Bürgertum. In welchem Land leben wir?* Paderborn 2010 S. 97.

60 Vgl. Kondylis, Panajotis: *Der Niedergang der bürgerlichen Denk- und Lebensform: Die liberale Moderne und die massendemokratische Postmoderne.* Weinheim 1991.

geldgesteuerten universalen Tauschprinzip ausformuliert wurde. Zu dieser Sozialkritik gehören der Verdacht gegen das individuelle Autonomieprinzip des Subjekts sowie der Glaube an die Emanzipationskraft durch staatliche Einrichtungen. Die multiple Kritik am Bürgertum, kurioserweise meist von Bildungsbürgern selbst formuliert, hat sich, nach der Kritik der Bourgeoisie, der Anklage aufgrund von Gewinnstreben, Biedermeier und Spießbürgertum, immer wieder gewandelt. Die von Kondylis eingeführte These, wonach die Gegenwart eine moderne Massendemokratie und daher ein postbürgerliches Zeitalter sei, ist die jüngste Adaption dieser Kulturkritik. Die Massen- und Populärkultur habe die Sozialformation des Bürgertums hinter sich gelassen und zur Ausbildung einer Kauf- und Wegwerfkultur geführt. Der Soziologe Joachim Fischer bezweifelt die Validität dieser These Kondylis' und regt an, empirisch zu überprüfen, ob seit Mitte des 20. Jahrhunderts die bürgerliche Gesellschaft nicht faktisch das Medium der Weltgesellschaft ist: „Die soziale Formation des Bürgertums besteht fort, verbreitert sich, rekrutiert sich aus Aufsteigern und regeneriert dabei auch eine Mentalität im Sinne der Bürgerlichkeit. Wir leben nicht in einer Massengesellschaft statt der bürgerlichen Gesellschaft, sondern in der verbürgerlichten Massengesellschaft, in der sich konstant eine Mehrheit zur Mitte der Gesellschaft rechnet.“<sup>61</sup> Neben Konsumvorlieben und Bedürfnisbefriedigung sei ein *Novum* der Massengesellschaftlichkeit, dass seit den 1970er-Jahren „das Prinzip einer Gesellschaft der Eigentümer mit einem breiten Spektrum ungleicher, immer auch riskanter, instabiler, von Insolvenz bedrohter Vermögensverhältnisse, nun tendenziell allen Mitgliedern der Gesellschaft gegönnt oder zugemutet wird“.<sup>62</sup>

61 Fischer, Joachim: *Bürgerliche Gesellschaft – zur analytischen Kraft der Gesellschaftstheorie*, in: Bude, Heinz / Fischer, Joachim / Kaufmann, Bernd (Hg.): *Bürgerlichkeit ohne Bürgertum. In welchem Land leben wir?* Paderborn 2010, S. 218.

62 Ebd.

Mit anderen Worten: Weltrisikogesellschaft, Zwei-Drittel-Gesellschaft, Prekariat, Abstiegsängste einer verunsicherten und von Reallohnverlust verängstigten Mittelschicht gehören zum Habitus einer bürgerlichen Gesellschaft genauso dazu wie Distinktionsgewinne durch kennerhaften Konsum.

### Zeitenwende? Epilog

Beobachtet man nun die Neocon-Debatte der Nullerjahre und vergleicht die Proteste der Achtundsechziger und NGOs mit jenen der Tea Party oder jenen gegen „Stuttgart 21“, fällt auf, dass die neuen Protestformationen nicht nur dem politischen Establishment, sondern auch Special Interest Groups (Gay-Aktivistinnen etc.), NGOs und sonstigen Lobbyinggruppen des ökologisch-sozialindustriellen Komplexes kritisch und ablehnend gegenüberstehen. Für *Presse*-Chefredakteur Michael Fleischhacker steht fest, dass NGOs mit ihrer selektiven und tendenziösen Arbeit das politische System mit delegitimieren: „Dort, wo es um prinzipielle Fragen geht, haben sich Caritas, Diakonie und andere NGOs entschlossen, Politik zu machen. Sie agieren als Lobbys mit den handelsüblichen Praktiken der Branche, von Polemik über Vereinfachung bis zur selektiven Faktendarstellung.“<sup>63</sup> Während in den 1970er-Jahren der zivilgesellschaftliche Protest meist links codiert war, treten die neuen Bürgerproteste als „Rebellen vom rechten Rand“ (*Die Presse*) auf und polemisieren gegen Sprachdiktate der puritanisch-jakobinischen Linken und Bevormundungen des Einzelnen durch den Staat (Rauchverbote in von Privaten geführten Restaurants, Steuererhöhungen, Zwangsquoten etc.) sowie allgemein gegen das politische und wirtschaftliche Establishment. In ihrer Selbstinszenierung bilden

63 Fleischhacker, Michael: Die NGOs sind zu einem Teil des Problems geworden. *Die Presse* 1/10 2010.

die Protestierer die „Stimme des gemeinen Volkes“.

Die Geburtsstunde der Tea Party war im Februar 2009 in Chicago anlässlich eines Wutausbruchs des CNBC-Börsenreporters Rick Santelli, der US-Präsident Barack Obama fragte: „Herr Präsident, hören Sie zu?“<sup>64</sup> Santellis Unmut richtet sich gegen die staatliche Unterstützung für durch ungedeckte Kredite verschuldete Hausbesitzer. Als Reaktion auf Santellis Zornausbruch gründeten sich in den folgenden Monaten USA-weit Tea-Party-Gruppierungen. Am 15. April 2009 äußerte die Tea-Party-Bewegung erstmals landesweit ihren Unmut, als sie gegen Obamas Gesundheitsreform protestierte. Den ersten realpolitischen Sieg errang sie beim Wahlsieg des republikanischen Außenseiters Scott Brown bei einer Nachwahl in Massachusetts. Besonders bemerkenswert an der Tea Party ist der hohe Frauenanteil. Mehr als die Hälfte aller Mitglieder sind Frauen, die damit tragende Kraft und das Rückgrat der Widerstandsbewegung darstellen. Hausfrauen wie Amy Kremer und Jenny Beth Martin führen heute mit dem Tea Party Express und den Tea Party Patriots zwei der wichtigsten Suborganisationen der Bewegung an und erklären den weiblich dominierten Widerstand gegen die staatlichen Interventionen von Barack Obama folgendermaßen: „Es sind meistens Frauen, die das Familienbudget verwalten. Sie wissen aus eigener Erfahrung, was es heißt, Schulden zu machen. Und sie wissen, dass man langfristig so nicht leben kann.“<sup>65</sup> Als Revolution von Hausfrauen aus der Mittelschicht richtet sich die Tea Party<sup>66</sup>

64 Vgl. Vieregge, Thomas: Die Rebellen vom rechten Rand Amerikas. *Die Presse* 17/10 2010.

65 Die rechte Rebellion der rabiatischen weißen Hausfrauen. *Die Presse* 4/11 2010, S. 3.

66 Der deutsche Versuch, eine Tea-Party, eine Solidaritätsdemo für Minister Guttenberg zu organisieren, startete im Netz zwar ambitioniert (mehr als 400.000 Facebook-Unterschriften gegen einen Rücktritt Guttenbergs wurden gesammelt), die Demonstrationen für Guttenberg auf der Straße

gegen zwei Dinge: die Dogmen des orthodoxen Feminismus (Pro Life statt Pro Choice; Lebensschutz statt Abtreibungsfreiheit) und gegen milliardenschwere, steuergeldfinanzierte Konjunkturspritzen, die weder den US-Häusermarkt beleben noch Arbeitsplätze schaffen, sondern nur zu noch höheren Staatsschulden führen. Dieser Widerstand gegen keynesianisches Deficit Spending ist somit auch ein Protest gegen einen übermächtigen Staat.

Der Kulturtheoretiker Lawrence Grossberg hat die Tea Party untersucht und glaubt nicht nur, dass die neue Rechte teilweise als Reaktion auf die Gegenkultur und ihre Konsequenzen entstand, sondern sich im Laufe der Jahrzehnte auch eine Vielzahl von gegenkulturellen Strategien zu eigen gemacht hat.<sup>67</sup> Für ihn ist die Tea Party ein auf den Kopf gestelltes 1968. Diese Mimikry von Aktionsformen der neuen sozialen Bewegungen ließ konservative Kommentatoren spötteln, dass die Neue Rechte anscheinend wirklich glaube, dass sie beim Bürger mit der Übernahme gestriger linker Klischees punkten könnte.

Eine andere bürgerliche Interpretationslinie geht sogar noch weiter und kritisiert aus einer internationalistisch-liberalen, pro-westlichen Haltung heraus das spezifisch Deutsche an den Studentenrevolten des Jahres 1968 mit folgendem Argumentationsstrang: Die Gesellschaft des Jahres 2010 ist das Ergebnis des Jahres 1968. Es gibt keinen Weg zurück zur Gesellschaft der Nachkriegszeit; zumindest lifestylmäßig sind wir daher heute alle Kinder von Achtundsechzig, auch Konservative unter 60 Jahren. Was 1968 zu einem deutschen Phänomen macht, ist die Kontinuität im Denken von der Weimarer Republik über die „Haschre-

waren aber aufgrund geringer Teilnehmerzahlen ein Flop, vgl. dazu <http://de-bug.de/medien/archives/deutsche-teepartei-scheitert-auf-der-strase.html>.

<sup>67</sup> Grossberg, Lawrence: Linke und rechte Gegenkulturen. Gedanken zu gegenwärtigen politischen Formationen und ihren Kontexten. *springerin* 3/2010, S. 23 f.

bellens“ bis hin zur RAF. Wo Autoren wie Alexander Gauland und die Junge Freiheit den Schulterchluss der Achtundsechziger mit dem (globalisierten) Neoliberalismus ziehen, gibt es ideengeschichtlich erstaunliche Parallelen zwischen den Achtundsechzigern und der konservativen Revolution der 1920er- und 1930er-Jahre. Im antirationalen, antiliberalen, antikapitalistischen und daher unweigerlich antiwestlichen Gestus und ihrem Hass auf Parteien sowie die parlamentarische Demokratie gleichen sich die Stürmer und Dränger beider Bewegungen. So hat sich Günter Grass endgültig entlarvt, als er bezüglich seiner Waffen-SS-Mitgliedschaft brabbelte, die Waffen-SS sei wenigstens weniger spießig als das erstarrte deutsche Bürgertum gewesen. Massenmord als wenigstens antibürgerlichen Affekt zu deuten, diese menschenverachtende wie zynische Aussage ist in ihrer Dreistigkeit einzigartig. Mit ihrem Hass aufs Bürgertum und dem Vorrang von unmittelbarem Erleben vor reflexiven und triebsublimierten Manieren und Handeln sind Dutschke und Konsorten die legitimen Nachfolger der konservativen Revolutionäre, nur dass statt Blut und Boden hier eine Körper- und Hoden-Rhetorik gepflegt wird.<sup>68</sup> Spießler und steuerzahlende Bürger schocken ist eine im Differenzkapitalismus lohnende Tagesbeschäftigung, für jungrevolutionäre Militärfreaks und die „Leben-als-Kampf-Fraktion“ gleichermaßen wie für alternde Rock-Millionäre wie die Rolling Stones. Der Selbsteinschätzung des ehemaligen deutschen Außenministers Joschka Fischer ist unbedingt beizupflichten, der von sich selbst behauptete „der letzte Live-Rock-‘n’-Roller der deutschen Politik“ gewesen zu sein. Man kann mit Fischer nur hoffen, dass jetzt wirklich „in allen Parteien die Playback-Generation“ nachfolgt. Nach 30 Jahren Ego-Utilitarismus sowie

<sup>68</sup> Nicht umsonst bewertet der 68er-Renegat Bernd Rabehl heute Rudi Dutschke als „deutschen Revolutionär“ und die 68er-Bewegung als antiwestlichen Freiheitskampf.

ausgelebtem Drang zur innerweltlichen Heiligung können sich die von den Reformideen der Achtundsechziger (Dosenpfand, freies Tanztheater, Gender Mainstreaming) geschwächten und geplünderten Volkswirtschaften und Gesellschaften Europas keine weiteren Idiosynkrasien selbsternannter Weltenretter finanziell mehr leisten.<sup>69</sup>

In dieser skeptisch-resignativen Lesart weist das neue Wutbürgerertum auch für die Demokratie regressive Potenziale auf, da es nicht merkt, wie es von linken Kampagnenprofis instrumentalisiert wird. Die heutige NGO-Armada hat die Techniken der APO und Neuen Linken gründlich gelernt. Der Begriff Zivilgesellschaft steht heute synonym für die Durchsetzung linker politischer Inhalte. Neue Kampagnenorganisationen<sup>70</sup> wie Move on (USA), Campact (Deutschland) und die Bewegungsstiftung (Österreich) sind linke Lobbyingorganisationen, die als Vollzeitaktivisten partielle Eigeninteressen als Gemeinwohlinteresse ausgeben, egal ob es dabei um Atomkraftgegnerschaft, Gentechnik-Verhinderung oder diverse Rechtsberatungen geht. Das Internet spielt bei diesem neuen NGO-Typ eine entscheidende Rolle. Statt der gewohnten Top-Down-Strukturierung inszeniert sich der neue Massenprotest als Graswurzelbewegung von der Straße und des gemeinen Volkes, obwohl er von (im Gegensatz zu Parteienvertretern demokratisch nicht legitimierten) Kampagnenprofis genauestens geplant und orchestriert wird. Aktionen wie Petitionen, Bürgervereine, Spendenaktionen, Blockaden, Lichterketten etc. werden zuerst im Internet angekündigt und nach Verbreitung durch virales Marketing in Sozialen Netzwerken wie Facebook

69 <http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/der-letzte-rock-n-roller-der-deutschen-politik.964487>

70 <http://www.moveon.org/?skip=1>  
<http://www.campact.de/campact/home>  
<http://www.bewegungsstiftung.de>

und Twitter anschließend gestreut. Die Bewegungsstiftung und ihre Kampagnen sind immer exakt getimt und geplant. Aktuell engagiert sich die Bewegungsstiftung gegen Atomkraft, gegen die Castor-Transporte und für ein Verbot von Massentierhaltung, die sie – wordingmäßig gekonnt – Agrarfabriken nennt. Hoch professionelle Kampagnenprofis wie die Bewegungsstiftung sind sichtbarer Ausdruck für die Professionalisierung dieser neuen Form der außerparteilichen Opposition. Diese neuen Kampagneninstrumente sind nicht nur effiziente Fundraisinginstrumente, sondern unterminieren auch die demokratische Willensbildung durch die Parteien und gewählte Interessenvertretungen, denen qua österreichischer Verfassung eigentlich eine besondere Rolle im politischen Willensbildungsprozess zugeschrieben ist.

Lawrence Grossberg hingegen bewertet die Funktion der neuen Bürgerbewegungen anders und positiver, nämlich als populistische Bewegung ohne Führungspersönlichkeit, die sich eine „Vielzahl von gegenkulturellen Strategien der 60er-Jahre-Gegenkultur“ angeeignet und reartikuliert hat. Grossberg bemängelt, dass die theoretische Linke diese Wutbürgerbewegungen nur als „falsches Bewusstsein“ denunziere, aber vergesse, dass die Tea Party die Menschen dort abhole, wo sie sind, und es keine legitime Antwort sei, populäre Hoffnungen und Ängste der neuen Protestbewegung zu ignorieren. Die Tea Party, die zwischen den Feldern Politik (gegen Regierung und Steuern) und Kultur (Nationalismus, Konstitutionalismus, oftmals Religion) agiert, handelt laut Grossberg affektiv und inszeniert ihr politisches Wollen „eher in und durch kulturelle Formen als durch traditionelle und offenkundig politische Taktiken.“<sup>71</sup> Die Tea Party spreche ein „Gefühl von Unmittelbarkeit und Frustration“ an, das persönlich und historisch und aus einem „Gefühl der gelebten Unmöglichkeit der gegenwärtigen Umstände“ heraus

71 Grossberg, Lawrence, a. a. O. S. 24.

argumentiere. Die Bewegung spreche vom Populären durch das Populäre mit kulturellen Begriffen und entfalte genau daraus ihr großes Wirkungspotenzial. Die diffuse Gefühlsstruktur der Tea Party sei gekennzeichnet von „einem zunehmenden Gefühl der Angst und Unsicherheit (weitgehend verursacht durch staatliche Liberalisierungen, die das wirtschaftliche Risiko erhöhen), von einer Sakralisierung von Märkten als etwas, das sowohl Freiheit als auch Moral definiert, von einem Gefühl des nationalen Niedergangs mit einem fast schon paranoiden Überlegenheits- und/oder Minderwertigkeitsgefühl und von einer wachsenden Parteilichkeit und Verweigerung von Kompromissen mit und Respekt gegenüber der anderen Seite.“<sup>72</sup> Die liberale Moderne seit den 1960er-Jahren habe den Alltag der Bürger zunehmend prekärer gemacht und risikoreicher werden lassen; Politik artikuliere sich seitdem auf der Ebene des Affektiven und Alltäglichen; auch die Tea Party und die neue bürgerliche Protestkultur seien also so etwas wie konservative Gegenkultur, da sie „affektive Verstimmungen und Erwartungen, Hoffnungen und Träume der Menschen in Bezug auf den Zustand der Gesellschaft in neue Formen der politischen Praxis und Handlungsfähigkeit“ verwandeln. Die Tea Party und die Neubürgerlichen Protestbewegungen sind ein neues Phänomen. Von den Medien als „Wutbürger“ und „frustrierte Aktivisten in eigener Sache“ bezeichnet, hat die Jury der Gesellschaft für deutsche Sprache das Wort Wutbürger zum Wort des Jahres 2010 gewählt. Diese Neubildung wurde von zahlreichen Zeitungen und Fernsehsendern verwendet, um einer Empörung in der Bevölkerung darüber, dass politische Entscheidungen über ihren Kopf hinweg getroffen werden, einen Namen zu geben. Der Wutbürger als Vertreter der neuen

72 Grossberg, Lawrence: Linke und rechte Gegenkulturen. Gedanken zu gegenwärtigen politischen Formationen und ihren Kontexten. *springerin* 3/2010, S. 2.

Protestkultur ist von den Usancen des politischen Betriebs tief enttäuscht. „Viele sind das Gegenteil von Gutmenschen, das *Ich* liegt ihnen näher als das *Wir*“<sup>73</sup>, so das distanzierte Urteil durch die *Standard*-Journalistin Birgit Baumann. Auch der Alt-Achtundsechziger Michael Scharang bewertet die bürgerliche Protestkultur als „finale Raserei“<sup>74</sup> einer absteigenden Schicht, da das Bürgertum seine Stellung als dominante Klasse verloren habe. Die neuen Bürgerproteste richten sich in einer positiveren Lesart gegen den paternalistischen Sozialstaat: „Bürgerlich sein hieß zunächst, selbst auf sein Fortkommen in der Gesellschaft zu achten und sich anzustrengen, Ziele zu erreichen. (...) Durch die Entwicklung des Wohlfahrtsstaates sind diese Werte kontinuierlich verdrängt worden. Kollektivismus, ausufernde staatliche Obsorge und Umverteilung haben das auf dem Individuum aufbauende Wertgebäude des Bürgertums vielfach ersetzt. (...) Wo einst Eigenverantwortung war, sollen nun staatliche Fürsorge und soziale Verhätschelung walten. Die vielbeklagte Armut wird mit *more of the same* bekämpft. Die Antwort auf dysfunktionale Strukturen heißt regelhaft, noch mehr soziale Strukturen zu schaffen. Alle Nachfragen, warum jemand sozial schwach ist und ob er vielleicht selbst etwas an seiner Situation verbessern könnte, gelten nach heutigen politischen Moralvorstellungen als neoliberales Skandalon“<sup>75</sup>, wie der ärztliche Direktor des Hartmannspitals, Marcus Franz, leicht resigniert feststellt. Die neue Protestkultur ist also mehr als eine reine Protestkultur; sie bildet die Antithese zu den Neuen Sozialen Bewegungen und den

73 Baumann, Birgit: Frustrierter Aktivist in eigener Sache. *Der Standard* 18–19/12 2010, S 36.

74 Scharang, Michael: Finale Raserei. *Die Presse/Spectrum* 11/12 2010, S. I–II.

75 Franz, Marcus: Bürgerlich ist nur noch die Küche, in: *Die Presse* 18/12 2010, S. 35.

Single-Issue-Differenzpolitiken der Gegenkulturen. Forderten Gegenkulturen Systemumbrüche und einen Neuanfang, verlangt jetzt eine von Krisen und Hyperindividualismus erschöpfte Gesellschaft mehr Sicherheit im Alltag, Freiraum für den einzelnen Bürger und Steuersenkungen – Reparatur statt Umbruch.

### *Literatur:*

Assheuer, Thomas: Der Babysitter kommt im Kampfanzug.  
*Die Zeit* 22/2003

Baumann, Birgit: Frustrierter Aktivist in eigener Sache.  
*Der Standard* 18–19/12 2010

Becker, Michael: Die politische Theorie des Konservatismus: Michael Oakeshott, in: Brodocz, André / Schaal, Gary S. (Hg.): Politische Theorien der Gegenwart. Opladen & Farmington Hills 2009

Bell, Daniel: *The Cultural Contradictions of Capitalism*. London 1976  
Boltanski, Luc / Chiapello, Ève: *Der neue Geist des Kapitalismus*. Konstanz 2003

Bude, Heinz / Fischer, Joachim / Kaufmann, Bernd (Hg.): *Bürgerlichkeit ohne Bürgertum. In welchem Land leben wir?* Paderborn 2010

Burkert-Dottolo, Günther / Moser, Christian Sebastian (Hg.): *Zukunftsmodell Liberalkonservativ*. Wien 2004

Di Fabio, Udo. *Die Kultur der Freiheit*. München 2005

Fach, Wolfgang: *Das Verschwinden der Politik*. Frankfurt/Main 2010

Fetscher, Iring (Hg.): *Neokonservative und „Neue Rechte“*. Der Angriff gegen Sozialstaat und liberale Demokratie in den Vereinigten Staaten, Westeuropa und der Bundesrepublik. München 1983

Fleischhacker, Michael: Die NGOs sind zu einem Teil des Problems geworden. *Die Presse* 1/10 2010

Fleischhauer, Jan: *Unter Linken*. Von einem, der aus Versehen konservativ wurde. Reinbek bei Hamburg 2009

Frank, Thomas: *The Conquest of Cool. Business Culture, Counterculture, and the Rise of Hip Consumerism*. Chicago 1997

Franz, Marcus: Bürgerlich ist nur noch die Küche, in:  
*Die Presse* 18/12 2010

Gallo, Vincent: *The Good, The Bad & The Ugly*.  
*Spex – Magazin für Popkultur* 09/2001

Gauland, Alexander: *Anleitung zum Konservativsein*. Stuttgart/München 2002

Gebhardt, Richard: *Vollkornbrote für die Unterschicht*. Paul Noltes neokonservative Wertepolitik und die „Generation Reform“. *Texte zur Kunst* 3/2004

Grossberg, Lawrence: *Linke und rechte Gegenkulturen*. Gedanken zu gegenwärtigen politischen Formationen und ihren Kontexten. *springerin* 3/2010

Habermas, Jürgen: *Die neue Unübersichtlichkeit*. Kleine politische Schriften V. Frankfurt/Main 1985

Habermas, Jürgen: *Kleine politische Schriften I–IV*. Frankfurt/Main 1981

Houellebecq, Michel: *Elementarteilchen*. Köln 1999

Hennecke, Hans Jörg: *Wilhelm Röpke – ein Leben in der Brandung*. Stuttgart 2005

Koch, Roland: *Konservativ*. Ohne Werte und Prinzipien ist kein Staat zu machen. Freiburg im Breisgau 2010

Kondylis, Panajotis: Konservativismus. Geschichtlicher Gehalt und Untergang. Stuttgart 1986

Laqueur, Walter: Der Mythos der NeoCons.  
*Europäische Rundschau* 2/2003

Liessmann, Konrad Paul: Über die Unmöglichkeit, Neo-Konservativ zu sein, in: Burkert-Dottolo, Günther / Moser, Christian Sebastian: Zukunftsmodell Liberalkonservativ. Perspektiven für die ÖVP. Wien 2004

Luhmann, Niklas: Die Gesellschaft der Gesellschaft, 1. Band.  
Frankfurt/Main 1997

Luhmann, Niklas: Der politische Code. „Konservativ“ und „progressiv“ in systemtheoretischer Sicht, in: Soziologische Aufklärung 3. Opladen 1981

Lytard, Jean-François: Das Patchwork der Minderheiten. Berlin 1977

Mannheim, Karl: Konservativismus, Ein Beitrag zur Soziologie des Wissens. Frankfurt/Main 1984

Maye, Harun: Die Rückkehr zum Konkreten. Der Neue Journalismus in deutschen Magazinen für Popkultur. *Texte zur Kunst* 3/2004

Misik, Robert: Politik der Paranoia. Gegen die neuen Konservativen.  
Berlin 2009.

Möller, Johann Michael: Zweifel am Fortschritt der Geschichte.  
*Rotary Magazin* Januar/2009

Moser, Christian: Wir sind hier nicht in London, Dirk. *De:bug* 11/05

Moser, Christian: Auf zum konservativen Gefecht! Datum 11/05

N. N.: Die rechte Rebellion der rabiaten weißen Hausfrauen.  
*Die Presse*, 4/11 2010

Nolte, Paul: Generation Reform. Jenseits der blockierten Republik.  
München 2004

Nolte, Paul: Riskante Moderne. Die Deutschen und der neue Kapitalismus.  
München 2006

Oakeshott, Michael: On human conduct. Oxford 1975

Oakeshott, Michael: Rationalism in Politics and Other Essays: New and Expanded Edition. Indianapolis 1991

Pinl, Claudia: Das Biedermeier-Komplott. Wie Neokonservative Deutschland retten wollen. Hamburg 2007

Pinzler, Petra / Vorholz, Fritz: Sind das Spinner? *Die Zeit* 39/2010

Poier, Klaus (Hg.): Das Transferkonto aus wissenschaftlicher und politischer Sicht. *Gesellschaft & Politik*, Doppelnummer 4/09–1/10

Porsche-Ludwig, Markus / Bellers, Jürgen (Hg.): Konservativ! Perspektiven neuen Denkens. Proto-Politik, lokales Wissen, Via Bukolika, konservativ versus extrem. Nordhausen 2010

Rehmann, Jan / Wagner, Thomas (Hg.): Angriff der Leistungsträger? Das Buch zur Sloterdijk-Debatte. Hamburg 2010

Rieter, Heinz: Kulturkonservativer Kämpfer für den Bürgergeist. Wilhelm Röpkes „Jenseits von Angebot und Nachfrage“. *Merkur-Sonderheft* „Die Grenzen der Wirksamkeit des Staates. Über Freiheit und Paternalismus“ 2010

Schacht, Ulrich / Schwilk, Heimo: Für eine Berliner Republik. Streit-schriften, Reden, Essays nach 1989. München 1997

Scharang, Michael: Finale Raserei. *Die Presse/Spectrum* 11/12 2010

Schelsky, Helmut: Die Arbeit tun die anderen. Klassenkampf und Priesterherrschaft der Intellektuellen. München 1977

Schwilk, Heimo (Hg.): Die selbstbewusste Nation. „Anschwellender Bocksgesang“ und weitere Beiträge zu einer deutschen Debatte.  
Berlin 1994

Strauss, Leo: Gesammelte Schriften. Hrsg. v. Heinrich Meier. Stuttgart. Bislang sind die ersten drei von sechs Bänden erschienen.

Tomberg, Friedrich: Habermas und der Marxismus. Zur Aktualität einer Rekonstruktion des historischen Materialismus. Würzburg 2003

Von Schrenck-Notzing, Caspar: Lexikon des Konservatismus. Graz/Stuttgart 1996

Vierегge, Thomas: Die Rebellen vom rechten Rand Amerikas. *Die Presse* 17/10/1010

Walter, Franz: Heimatlos im eigenen Land. *Rotary Magazin* Januar/2009

Werlberger, Nina: Verweigerer. Leben ohne Politik. Innsbruck 2010

Wippersberg, Walter: Der Krieg gegen die Raucher. Wien 2010

Žižek, Slavoj: Ein Plädoyer für die Intoleranz. Wien 2003

### *Onlinequellen:*

Bolz, Norbert: Die politische Rechte steht für Bürgerlichkeit.  
<http://www.tagesspiegel.de/meinung/andere-meinung/die-politische-rechte-steht-fuer-buergerlichkeit/1902294.html>

Kaube, Jürgen: Sehnsucht nach vorgestern.  
[http://www.cicero.de/97.php?ress\\_id=4&item=5153](http://www.cicero.de/97.php?ress_id=4&item=5153)

Gerhardt, Volker: Das Konservative ist heute progressiv.  
<http://www.cicero.de/97.php?item=5227>

Pofalla, Ronald: Konservativ heute.  
[http://www.cdu.de/archiv/2370\\_20372.htm](http://www.cdu.de/archiv/2370_20372.htm)  
(recherchiert am 23. 11. 2010)

### *Philip Plickert*

## Der starke Staat als Ideal und Illusion Ordnungspolitik nach der Finanzkrise

Im vierten Jahr nach Ausbruch der Krise befindet sich die Weltwirtschaft in einem ambivalenten Zustand: Auf der einen Seite erholt sich die Realwirtschaft, angetrieben von den Schwellenländern, auf der anderen Seite sind manche Probleme nur verschoben, verschleiert und übertüncht worden. Aus der Überschuldungskrise amerikanischer Häuserkäufer und dem Platzen der Kreditblase in den Bankbilanzen, gefolgt von der Rezession der Realwirtschaft, ist eine bedrohliche Staatsschuldenkrise geworden. Einige Staaten stehen nahe am Abgrund. Alte Schuldengebirge wurden mit neuen Schuldenwellen bekämpft. Das bittere Ende – das Schulden-„Endgame“ (Kenneth Rogoff) – steht womöglich noch bevor.

Manche hat es richtig gefreut, als die Weltfinanz- und -wirtschaftskrise ausbrach. Endlich krachte das morsche Gebäude des Kapitalismus in sich zusammen, dachten hartgesottene Linke. Auch weniger ideologisch festgelegte Zeitgenossen erkannten Endzeitsignale. Im September 2008 gab es Tage, da auch bürgerliche Politiker und Fachleute bis in die Spitzen der Zentralbanken eine Kernschmelze des Finanzsystems nicht für ausgeschlossen hielten. Drohte der Welt ein ökonomisches Tschernobyl? Es stand Spitz auf Knopf.

Doch dann trat er auf: der Staat, der Retter. Mit Notmaßnahmen wurde das System stabilisiert. Er spannte gigantische Rettungsschirme über die wankenden Banken; Bürgschaften in Billionenhöhe beruhigten die Märkte. Es gab nach der Lehman-Pleite keine unkontrollierte Kettenreaktion im Finanzsystem. Auch der rasante Einbruch der Realwirtschaft zum Jahreswechsel



2008/2009, dessen Tempo und Tiefe durchaus mit dem Anfang der Großen Depression nach 1929 vergleichbar war<sup>1</sup>, verlangsamte sich zur Jahresmitte 2009. Gegen Jahresende hatten fast alle Industriestaaten die Rezession gestoppt, eine Erholung begann. Just in dieser Zeit griffen auch die ersten großen Konjunkturpakete. Die zeitliche Koinzidenz ließ auf eine Kausalität schließen: Ohne den rettenden Eingriff des Staates hätte es einen Totalabsturz gegeben.

Achtzig Jahre zuvor hatte die Große Depression einen wirtschaftspolitischen Klimawandel hin zu einer „Großen Repression“ wirtschaftlicher und politischer Freiheit gebracht. Das Vertrauen in die Marktwirtschaft – den ungeliebten Kapitalismus – war dahin. Es traten Regime hervor, die das scheinbare Chaos der Märkte durch Interventionen und Steuerung zu überwinden trachteten. Intellektuelle schauten neidisch auf die Sowjetunion, die von keiner Rezession berührt war. Nicht nur im faschistischen Italien und im NS-Deutschland, sondern auch im Amerika des „New Deal“, dem Herzland des Kapitalismus, nahm der Staat die Wirtschaft an den Zügeln.<sup>2</sup> Zentrale politische oder korporatistische Kontrolle ersetzte die dezentrale Koordination durch Märkte.

Diese Geschichte wiederholt sich nicht, Gott sei Dank. Doch das Vertrauen in die Marktwirtschaft ist auch heute wieder erschüttert, nicht nur unter linken und linksliberalen Intellektuellen. Unter den Ökonomen finden jene mehr Gehör, welche wie die Nobelpreisträger Joseph Stiglitz und Paul Krugman für mehr Regulierung und Staatseinfluss werben. Die Finanzkrise sei eine

historische Zäsur, meinte Stiglitz: 1989 habe der Fall der Berliner Mauer den Kommunismus diskreditiert, nun sei 2009 eine zweite Illusion zerstört worden: der „Marktfundamentalismus“ und Neoliberalismus.<sup>3</sup>

Solche historischen Parallelen sollte das bürgerliche Lager zurückweisen. Sie beruhen auf einer Legende. Nicht die Marktwirtschaft oder neoliberale Politik haben in die große Finanzkrise geführt, sondern die Verletzung zentraler Regeln der Marktwirtschaft. Vor allem das Grundprinzip der privaten Haftung wurde außer Kraft gesetzt. Da sich an den impliziten Garantien der Staaten für große Finanzinstitute nichts Grundlegendes geändert hat, bleibt eine wesentliche Krisenursache latent bestehen. Noch beunruhigender: Auch das Muster der expansiven Geldpolitik, die in Amerika die Kreditpyramide entstehen ließ, deren Zusammenbruch die Welt erschütterte, scheint sich nicht grundsätzlich zu ändern.

So unbestritten das Versagen und die moralische Schuld skrupelloser Banken und Spekulanten auch ist, so bleibt das Klagen darüber doch oberflächlich und lenkt von den tieferen Ursachen der Krise ab: Dem viel beklagten Marktversagen ging, wie im Folgenden erklärt wird, ein (Geld- und Fiskal-)Politikversagen voraus. Im Ursprungsland der Krise, den Vereinigten Staaten, war über Jahre eine Mischung aus expansiver Geldpolitik, stimulierender Fiskalpolitik und fehlgeleiteter Sozialpolitik am Werke, die mit viel „billigem Geld“ die Immobilienpreisblase schuf, deren Platzen die Weltwirtschaft erschütterte. Die staatlichen Akteure, die sich 2008/2009 als Feuerwehr betätigten, waren zuvor die Brandstifter.<sup>4</sup>

1 Siehe Eichengreen, Barry / O'Rourke, Kevin: A Tale of Two Depressions. <http://www.voxeu.org/index.php?q=node/3421#jun09>

2 Vgl. dazu die brillante kulturhistorische Studie von Wolfgang Schivelbusch: Entfernte Verwandtschaft. Faschismus, Nationalsozialismus, New Deal, 1933–1939. München/Wien 2005.

3 Stiglitz, Joseph: The Fall of Wall Street Is to Market Fundamentalism What the Fall of the Berlin Wall Was to Communism. [http://www.huffingtonpost.com/nathan-gardels/stiglitz-the-fall-of-wall\\_b\\_126911.html](http://www.huffingtonpost.com/nathan-gardels/stiglitz-the-fall-of-wall_b_126911.html)

4 Vgl. Wohlgenuth, Michael: Asche auf ihrem Haupt. *Internationale Politik* 12/2008, S. 48–53.

In der Krise wird nun Feuer mit Feuer bekämpft. Nicht mehr tragbare private Schuldenberge werden durch neue Schuldengebirge der Staaten ersetzt und übertroffen. Mit Massen an billigem Geld, das die Zentralbanken, vor allem die amerikanische Federal Reserve (Fed), in die Märkte pressen, sollen Verluste vermieden werden. Dabei wächst die Gefahr neuer Preisblasen und Fehlallokationen, längerfristig auch das Risiko hoher Inflation.

Als Konsequenz der Krise ertönt allseits der Ruf nach einer Rückkehr des „starken Staats“, der die Finanzmärkte in die Schranken weist und „den Kapitalismus“ zähmt. Der Krisenökonom John Maynard Keynes, der für konjunkturstimulierende Ausgabenprogramme eintrat, erlebt ein Revival. Umfragen zeigen, dass sich die Bürger insgesamt wieder mehr staatlichen Einfluss auf die Wirtschaft wünschen. Doch was sich als „starker Staat“ darstellt, der Banken rettet, Unternehmen stützt, Branchen fördert, Subventionen vergibt und die Bevölkerung durch Sozialpolitik ruhigstellt, ist in Wirklichkeit ein schwacher, ein erpressbarer, ein getriebener Staat. In seinem Buch „Grundsätze der Wirtschaftspolitik“ benannte Walter Eucken vor mehr als einem halben Jahrhundert das paradoxe Phänomen: „Die Zunahme der Staatstätigkeit nach Umfang und Art verschleiert den Verlust der Autorität des Staates, der mächtig scheint, aber abhängig ist.“<sup>5</sup>

Statt sich auf die Schaffung einer festen Rahmenordnung für die Wirtschaft zu beschränken, wird der Staat in den Wirtschaftsprozess hineingezogen. Der Versuch einer (pseudo-)keynesianischen Dauerstimulierung der Konjunktur, wie sie besonders Amerika seit längerem betreibt, schafft neue Risiken. Es besteht die Gefahr, dass die Konjunkturstimulierung nur Strohfeuer entfacht. Am Ende ist alles finanzpolitische Pulver verschossen. Wie in den 1970er-Jahren droht verbrannte Erde.

5 Eucken, Walter: Grundsätze der Wirtschaftspolitik. Tübingen 1990 (Erstauflage 1952), S. 327.

Mit der gewaltigen Verschuldungswelle zur Bekämpfung der Krise sind einige Staaten nahe an den finanziellen Abgrund gekommen. Kenneth Rogoff, der ehemalige IWF-Chefökonom, nahm schon im März 2009 – mitten in der großen Rettungssorgie – das „Deficit Endgame“ in den Blick: „Während die Schulden steigen und die Rezession anhält, werden wir sicherlich erleben, wie eine ganze Reihe von Regierungen versucht, ihre Last durch finanzielle Repression, höhere Inflation, teilweise Zahlungsunfähigkeit oder eine Kombination aus allen dreien zu erleichtern.“<sup>6</sup> Obwohl die Rezession einer Erholung gewichen ist und die Weltwirtschaft wieder wächst, geht das „Deficit Endgame“ der Staatsfinanzen weiter.

Drei Jahre nach Ausbruch der Finanzkrise hat eine dritte Welle die Staatsfinanzen erfasst. Die Vereinigten Staaten haben weiterhin zweistellige Defizitquoten. Aber nicht sie, sondern einige kleinere europäische Staaten wie Griechenland, Irland und Portugal, die mit dem Staatsbankrott kämpfen, stehen im Fokus der Finanzmärkte. Zur Stabilisierung ihrer Finanzen (und zur Schonung der privaten Gläubigerbanken) haben die Staaten der Euro-Währungsunion ihnen Notkredite gewährt. Wohin soll das führen? In eine gewaltige Transferunion, lautet die bittere Erkenntnis. Die europäischen Kernstaaten haften mittlerweile mit gigantischen Summen für die unsoliden Peripherieländer. Auf Dauer droht Europa daran Schaden zu nehmen.

Neben den akuten Schuldenproblemen gibt es weitere mittel- und langfristige Risiken für die Handlungsfähigkeit der Staaten. Die Belastungen werden in der Zukunft zunehmen. Während das Wachstumspotenzial abnimmt, steigen die Ansprüche an den Sozial- und Interventionsstaat. In diesem Essay wird beleuchtet, wie mittel- und längerfristig seine demografischen Grundlagen

6 Rogoff, Kenneth S.: What is the Deficit Endgame? <http://www.project-syndicate.org/commentary/rogoff54/German>

schwinden. All dies sind düstere Perspektiven, nur ein entschiedenes Gegensteuern könnte einige Fehlentwicklungen aufhalten. Doch die Politik hält sich mit Scheinlösungen, Ablenkungsmanövern und oberflächlichen, opportunistischen Korrekturen auf, sie bedient Interessengruppen, statt das Gemeinwohl durch einen stabilen ordnungspolitischen Rahmen zu fördern.

Die Phrase vom „starken Staat“ ist trügerisch. Wir sehen „Big Government“ am Werk, doch es überdehnt sich und droht zu scheitern. Konservative und Liberale hegen unterschiedliche Vorstellungen von den Grenzen der legitimen Staatstätigkeit. Grundsätzlich aber stimmen sie im Ziel eines handlungsfähigen, nicht überbordenden Staates überein. Die vergangenen Jahrzehnte waren vom Gegenteil geprägt: Trotz einer hohen Staatsquote ließ die Handlungsfähigkeit nach, der Staat wurde in den Wirtschaftsprozess und in Lobbyinteressen hineingezogen. Wachstumsstimulierende Subventionen und verzerrende Eingriffe in den Markt machten korrigierende Gegeneingriffe notwendig – die berüchtigte „Interventionsspirale“ (Ludwig von Mises) drehte sich immer weiter. Im schlimmsten Fall wird der Staat zur „Rettung“ einzelner großer Akteure auf Kosten der Allgemeinheit genötigt.

Die fundamentale konservative Korrektur bestünde darin, Abschied vom Staat als Marktteilnehmer zu nehmen und den Staat wieder als glaubwürdigen Schiedsrichter über die Spielregeln eines transparenten Marktes zu etablieren. Darin zeigt sich die Autorität des Staates. Den Weg, diese Autorität wiederherzustellen, weist das geistige Erbe des frühen Neo- bzw. Ordoliberalismus, der die Soziale Marktwirtschaft in den Anfangsjahren der Bundesrepublik Deutschland geprägt und zum Erfolg geführt hat. Dazu ist es notwendig, den Staat gegen die Versuchung opportunistischer Eingriffe zu immunisieren. Dies geschieht, wie am Schluss dieses Essays dargestellt, durch regelgebundene Wettbewerbs-, Geld- und Finanzpolitik.

## Politikversagen als Ursache der Krise

Bis heute gilt die Finanzkrise vielen als „Marktversagen“. Der Beinahezusammenbruch des Systems zeige, wohin unverantwortliche Spekulation von großemwahnigen und profitgierigen Bankern die Welt bringen könne. Dass es gierige, verantwortungs- und skrupellose Banker gibt, die in unentschuldbarer Weise mit dem Feuer spielen, ist offenkundig. Doch die Deutung der Krise als Folge eines reinen „Marktversagens“ greift zu kurz.

Vielmehr liegen die Gründe in einem komplexen, verhängnisvollen Zusammenspiel aus Markt- und Staatsversagen. Staatliche Geldpolitik hat das Aufblähen der Finanzblase ermöglicht, wie John B. Taylor, einer der renommiertesten Makroökonomien, gezeigt hat.<sup>7</sup> Die große Krise wäre nicht entstanden ohne die Politik des „billigen Geldes“, die ein exorbitantes Kreditwachstum zugelassen hat. Dass die Kreditlawine in den USA zu einem großen Teil über den Häusermarkt rollte, lag an der sozialpolitischen Zielsetzung, möglichst vielen Leuten zum Hauseigentum zu verhelfen. Diese beiden Faktoren sollen zunächst erklärt werden, bevor dann die mikroökonomischen Fehlanreize in den Banken untersucht werden.

Als Reaktion auf den Börsencrash nach dem Internet-Aktienboom sowie nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 senkte die US-Notenbank Fed unter ihrem Vorsitzenden Alan Greenspan sturzartig den Leitzins von 6,5 auf 1 Prozent. Auf diesem tiefen Niveau blieb er lange stehen. Die Fed war besorgt, weil die Wirtschaft nicht schnell genug nach der Rezession neue Arbeitsplätze schuf („jobless recovery“), zudem gab es eine verfehlte Deflationsdebatte. Erst Mitte 2004 begann Greenspan,

<sup>7</sup> Taylor, John B.: Getting off Track. How Government Actions and Interventions Caused, Prolonged, and Worsened the Financial Crisis. Stanford 2009.

„der Magier“, in kleinen Schritten die Geldpolitik zaghaft zu strafen. Da befand sich die Wirtschaft aber schon in einem kräftigen Aufschwung, die Preise auf dem Immobilienmarkt kletterten in die Höhe.

Die Normalisierung des Zinsniveaus kam viel zu spät. Schon 2002 hätte die Fed nach der Taylor-Regel die Kreditexpansion drosseln müssen. Doch die Fed blieb auf expansivem Kurs. Ihre Devise lautete damals, dass man entstehende Blasen nicht erkennen könne. Und wenn eine Blase platze, dann könne man die Scherben aufsammeln und der Wirtschaft durch abermalige Zinssenkungen neuen Schwung geben. Das war Greenspans Devise, der damit die extrem expansive Geldpolitik rechtfertigte. Die wenigen warnenden Stimmen galten als Nörgler, etwa Raghuram Rajan, der IWF-Chefökonom, der 2005 in Jackson Hole vor Risiken durch die Kreditaufblähung warnte, oder William White, der Chefökonom der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, der schon 2003 den überexpansiven Kurs kritisierte. Beide ernteten feindselige Reaktionen, die Fed wollte allenfalls langsam die Zügel straffen. Das Potenzial für eine große Krise aus dem großen Kreditwachstum sah sie nicht.

Ein „asymmetrisches Muster“ der Geldpolitik – schnelle Zinssenkungen im Abschwung, zögerliche Zinserhöhungen im Aufschwung – ist schon seit den späten 80er-Jahren zu beobachten. Daraus folgt eine Welle wandernder Blasen in verschiedenen Märkten und Ländern – und letztlich ein Teufelskreis aus Geldschwemme, Euphorie, Blasen und Krisen.<sup>8</sup> Die Notenbanken haben in jeder Wirtschaftskrise, beginnend mit der geplatzen Immobilienblase in Japan, immer mehr Liquidität in die Märkte gepumpt. Besonders stark war der geldpolitische Impuls der Fed

8 Hoffmann, Andreas / Schnabl, Gunther: A Vicious Cycle of Manias, Crashes and Asymmetric Policy Responses - An Overinvestment View. CESifo Working Paper Nr. 2855, November 2009.

nach 2001 und wurde noch verstärkt durch die gewaltigen Kapitallexporte der Chinesen nach Amerika, die das dortige Leistungs-bilanzdefizit finanzierten. Hunderte Milliarden vagabundierten um die Welt und suchten nach Anlagemöglichkeiten. Nicht nur verzerrt der „billige Kredit“ die Preissignale an den Kapitalmärkten, er verführt auch zu übermäßigem Risiko und zu Über- bzw. Fehlinvestitionen.

Hintergrund dieser Krisenanalyse sind die Konjunkturtheorien der österreichischen Ökonomen Ludwig von Mises, Joseph Schumpeter und Friedrich August von Hayek, die im Zuge der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise wiederentdeckt wurden.<sup>9</sup> Sie interpretierten einen konjunkturellen Absturz als logische Folge des vorangegangenen, fehlgeleiteten Aufschwungs, der von zu billigem Geld und übertrieben positiven Erwartungen befeuert war. Die überzogenen Erwartungen können verschiedene Gründe haben, etwa einen „Hype“ um neue Produkte und Märkte („New Economy“) oder Finanzinnovationen (die Verbriefung von Subprime-Krediten, die den Kreditboom verstärkt hat). Die Märkte sind zunächst euphorisiert, doch kann der Herdentrieb der Anleger, den Hyman Minsky beschrieb, auch in die andere Richtung drehen und in Panik umschlagen.

Das Muster des geldpolitisch getriebenen „Boom“ und „Bust“ verläuft immer ähnlich: Im Boom wird mächtig investiert. Die Banken geben mehr und mehr Kredite aus. Der Risikoappetit der Investoren steigt, sie beginnen immer gewagtere und größere Projekte. Zugleich fühlt sich auch die Bevölkerung insgesamt reicher, sie gönnt sich mehr Konsum. Die Unternehmen machen mehr Profit, die Aktienkurse steigen. Irgendwann sind jedoch die Preise auf ein unhaltbares Niveau gestiegen. Das war am ameri-

9 Sogar der frühere EZB-Chefvolkswirt Otmar Issing erinnerte 2010 im Gespräch mit dem Autor an Hayeks Buch „Prices and Production“ von 1931.

kanischen Immobilienmarkt 2007 der Fall. Die Euphorie der Spekulanten kann nun in Panik umschlagen. Banken verweigern neue Kredite, Unternehmen stoppen Investitionen. Am Ende steckt die ganze Wirtschaft in einer Rezession.

Eine solche Krise hat wenig mit Marktversagen zu tun; vielmehr war es eine staatlich ermunterte und verzerrte Spekulationsblase, die schließlich platzte. Der ehemalige IWF-Chefökonom Rajan erinnert daran, dass Greenspan schon 2002 den Märkten versichert hatte, dass er nicht gegen Blasenbildung einschreiten werde. Die Fed werde aber im Fall eines Platzens einschreiten und den Übergang zur nächsten Expansion erleichtern. Dies war der berühmte „Greenspan-Put“ – mit fatalen Folgen. Rajan schreibt dazu: „Die Logik war (...) eindeutig gefährlich. Sie schürte die Flammen der Vermögenspreisaufblähung (Asset Price Inflation), indem der Wall Street und den Banken quer durchs Land gesagt wurde, dass die Fed die Zinsen nicht anheben werde, um die Vermögenspreise zu drosseln, und dass sie, falls die Sache schrecklich schiefginge, einschreiten würde, um die Preise zu stützen.“<sup>10</sup> Das Versprechen der Rettung weckte „Moral Hazard“, die Versuchung zu unverantwortlich riskantem Handeln der Marktteilnehmer.

Während die lockere Geldpolitik die Kreditmassen schuf, die später wie Sprengstoff in den Bankbilanzen explodierten, war es eine gut meinende Sozialpolitik, die das billige Kapital in den amerikanischen Häusermarkt lenkte. Auch hier war nicht ein unverzerrter Markt, sondern die lenkende Hand des Staates am Werke. Das sozialpolitische Ziel hieß „Wohneigentum für jedermann“. Dazu wurde eine großzügige Hypothekenfinanzierung gewünscht und gefördert. Triebwerke waren die halbstaatlichen Immobilienfinanzierer Fannie Mae (gegründet 1936 vom linken

<sup>10</sup> Rajan, Raghuram G.: *Fault Lines. How Hidden Fractures Still Threaten the World Economy*. Princeton/Oxford 2010, S. 113.

New-Deal-Präsidenten Roosevelt) und Freddie Mac (gegründet 1968 vom linksliberalen Lyndon B. Johnson). „Fannie und Freddie“ übernahmen die Finanzierung eines Großteils der Hypotheken, die von Banken ausgeben wurden.

Dass ein erheblicher Teil der Darlehen auch an Minderheiten und sozial Schwache vergeben wurde, die sich später als „subprime“ entpuppten, geht auf den Community Reinvestment Act (CRA) zurück, der 1977 vom sozial engagierten Präsidenten Carter eingeführt und danach vielfach verschärft wurde. Das Gesetz war ein typisches Produkt der Antidiskriminierungs- und Quotenpolitik. Unter Präsident Clinton wurde der CRA verschärft. Das Wohnungs- und Stadtplanungsdepartment schrieb 1995 den Banken eine Quote von 42 Prozent Hypotheken für sozial Schwache vor, nach 2000 sollten es 50 Prozent sein. Unter Bush wurde die Quote nochmals auf 56 Prozent erhöht – alles im Zeichen der „Ownership Society“, die auch aus Menschen mit wenig finanziellen Sicherheiten stolze Eigenheimbesitzer machen sollte. Im Extrem wurden sogar „Ninjas“ (No Income, No Job, No Assets) mit Hypotheken bedacht.

Ein gewaltiger Preisboom gerade für Häuser im unteren Segment war die Folge. Die Zahlen der Hypothekengiganten Fannie Mae und Freddie Mac und der Federal Housing Administration (FHA), die Rajan erwähnt, machen schwindeln: 1997 wurden Subprime-Hypotheken für rund 85 Milliarden US-Dollar vergeben, bis 2003 stieg das jährliche Volumen auf 446 Milliarden Dollar und lag danach bei 300 bis 400 Milliarden Dollar an neuen Krediten. Nach Schätzung von Edward Pinto, einem früheren Chief Credit Officer, hielten die Hypothekenriesen Fannie und Freddie, die FHA und andere staatliche Institutionen im Juni 2008 Subprime- oder Alt-A-Kredite für rund 2,7 Billionen US-Dollar. Das waren 59 Prozent aller Darlehen in dieser Kategorie. „Es ist sehr schwer, zu einer anderen Schlussfolgerung zu gelangen, als dass dieser Markt weitgehend vom Staat und von staatsbeeinflusstem Geld

getrieben war“, urteilt Rajan.<sup>11</sup>

Als die Medien über die Subprime-Krise zu berichten begannen, wurde kaum klar, was sich dahinter verbarg. Es galt auch als politisch nicht korrekt, geradewegs zu sagen, wer die „schlechten Hypotheken“ erhalten hatte. Der an der Harvard Universität lehrende schottische Wirtschaftshistoriker Niall Ferguson fuhr damals nach Detroit, eine von der Krise besonders schwer getroffene Stadt, und besuchte die Stadtviertel mit den höchsten Kreditausfallraten. Eine „überproportionale Zahl von Subprime-Schuldnern gehörte ethnischen Minoritäten an“, berichtete Ferguson. „Als ich durch Detroit fuhr, begann ich mich zu fragen, ob ‚subprime‘ in Wahrheit ein neuer Finanz euphemismus für ‚schwarz‘ war.“<sup>12</sup>

Auch wenn es überspitzt formuliert klingt, ist doch sicher, dass die Subprime-Kreditschwemme im Wesentlichen aus einer staatlichen Lenkung in sozialpolitisch erwünschte Bereiche resultierte. Der Verkaufsdruck der Hypothekenvermittler, der vielfach angeprangert wurde, entstand unter dem Druck der CRA-Quoten. Der Immobilienboom endete für viele Hauseigentümer im Ruin. Die Hypotheken und andere Kreditschulden hingen wie Mühlsteine um ihren Hals, als der Wert der Immobilien zu sinken begann. Millionen Hauseigentümer wurden zahlungsunfähig. Sie entledigten sich der Last, indem sie den Hausschlüssel ihrer Bank zurückgaben. Die hatte nun faule Kredite in den Büchern, die mit unverkäuflichen Häusern besichert waren.

Und mit dem Vermögensverlust mussten die US-Bürger auch ihren Konsum reduzieren. Die schlichte Wahrheit ist, dass Amerika viele Jahre lang über seine Verhältnisse gelebt hatte: Mit der Politik des billigen Geldes, verstärkt durch die chinesischen Kapitalzuflüsse, wurde in den Vereinigten Staaten eine kreditge-

<sup>11</sup> Ebd. S. 38.

<sup>12</sup> Ferguson, Niall: Wall Street Lays Another Egg. *Vanity Fair*, Dezember 2008.

triebene Investitions- und Konsumorgie gefeiert, die schon lange nicht mehr durch reale Ersparnisse gedeckt war. Von 1980 bis 2006, dem Vorabend der Finanzkrise, verdoppelte sich die private Verschuldung von 50 auf 100 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Sowohl die Geld- als auch die Fiskalpolitik half bei dem Spiel kräftig mit, getrieben von vage keynesianischen Ideen einer aktiven Konjunktursteuerung. 2007 war jedoch der Punkt gekommen, an dem dieses scheinbare Perpetuum mobile nicht mehr weiterkam.

Die Krise verbreitete sich deshalb so rasend schnell um den Globus, weil die Hypothekenkredite durch Verbriefungen, vor allem ABS (Asset Backed Securities) und CDO (Collateralized Debt Obligations), weiterverkauft worden waren. Hunderttausende Hypotheken waren in diesen Wertpapieren zusammengefasst, die in mehrere Tranchen mit unterschiedlichen Renditen unterteilt waren. Da so viele Kredite in den Papieren zusammensteckten, galt das Risiko als gering, weil es breit gestreut schien. Allerdings waren die Risiken positiv korreliert, sobald der gesamte amerikanische Häusermarkt nachgab. Die Verbriefungen waren in Wirklichkeit eine Methode, die Risiken zu verschleiern und weiterzureichen. Auch dies hebelte das marktwirtschaftliche Prinzip der Haftung aus. Im Jahr 2007 begann der Markt für Verbriefungen auszutrocknen; sie verloren drastisch an Wert. Nun breitete sich der Fluch des billigen Geldes über den Globus aus, im Herbst 2008 wurde die Krise zum Flächenbrand.

In Deutschland hatten sich besonders die staatsnahen Landesbanken mit Verbriefungen eingedeckt. Laut einer Studie der Ökonomen Harald Hau und Marcel Thum machten die öffentlich-rechtlichen Banken 2007 und 2008 durchschnittlich zweibis dreimal so hohe Verluste wie die privaten Banken. Zudem stellten die Ökonomen auch einen eklatanten Mangel an Kompetenz in den Aufsichtsräten fest. Am schlimmsten war es in den öffentlich-rechtlichen Instituten, den Staatsbanken. Dort hätten

viele Aufseher kaum Banken- und Finanzerfahrung, merken die Forscher kritisch an.<sup>13</sup> Diese bittere Erkenntnis sollte misstrauisch stimmen, wenn Politiker über inkompetente Banker schimpfen, die durch riskante Geschäfte hohe Verluste eingefahren haben. Politiker sind nicht die besseren Banker.

### Kapitalismus und Bankensozialismus

Ohne Zweifel trägt die private Finanzwirtschaft einen großen Anteil der Schuld an dem Debakel, da sie leichtfertig auf eine gigantische Kreditpyramide setzte. Individuelle Gier und Größenwahn ergaben eine fatale Mischung. Doch von Marktversagen zu sprechen setzt voraus, den Begriff sauber zu definieren. In der Ökonomik sind drei Situationen bekannt, in denen es zu mehr oder minder schwerem Marktversagen kommen kann: bei externen Effekten, bei öffentlichen Gütern und bei asymmetrischer Information. Diesen dritten Fall, der bis zum Zusammenbruch von (Finanz-)Märkten führen kann, haben George Akerlof und Joseph Stiglitz treffend analysiert. Die Spannungen auf dem Geldmarkt, der im Sommer 2007 stockte und im Herbst 2008 fast komplett austrocknete, war ein Beispiel dafür: Informationsasymmetrien und Intransparenz (jede Bank misstraute der anderen; jede konnte potenziell pleite sein) führten zur Lähmung des Marktgeschehens.

Der Finanzjournalist Walter Bagehot hat schon in seinem Klassiker „Lombard Street“ (1873) eine solche gefährliche Situation des allgemeinen Misstrauens beschrieben. Die Sorge der Sparer kann einen allgemeinen Run auf die Banken auslösen, wie dies in England im Zuge der letzten Krise bei Northern Rock geschehen

13 Hau, Harald / Thum, Marcel: Subprime Crisis and Board (In-)Competence. Private vs. Public Banks in Germany. CESifo Working Paper Nr. 2640, Mai 2009.

ist. Jeder Sparer handelt dabei individuell rational, indem er sein Geld abzieht, doch führt die Summe der Einzelhandlungen dazu, dass die Bank und die Ersparnisse untergehen. Bagehot folgerte, dass es einen „Lender of Last Resort“ geben müsste, eine oberste Instanz, die einschreitet, wenn illiquide Banken zu stützen sind. Heutige Notenbanken gewähren die Liquidität meist zu sehr günstigen Zinsen. Sie stützen ganze Märkte und große Akteure, indem sie die Geldschleusen öffnen. Als 1987 der Hedgefonds LTCM nach einer gewagten Spekulation zusammenzubrechen drohte, hat die Fed den Markt mit Hunderten Milliarden Dollar geflutet. Das war ein starkes Signal an die Märkte. Und Greenspan wiederholte die Übung nach dem Zusammenbruch der New Economy.

Problematisch daran ist, dass die Märkte die Existenz einer obersten Rettungsinanz mit ins Kalkül aufnehmen. Daraus entsteht das berüchtigte „Moral Hazard“-Problem. Die ausgesprochene oder unausgesprochene Garantie verleitet zu übermäßiger Risikofreude, weil davon ausgegangen wird, dass im Falle zu hoher Verluste eine staatliche oder quasistaatliche Instanz eingreift und die strauchelnden Finanzinstitutionen auffängt. Sogenannte „systemrelevante“ Banken, die als „too big to fail“ (oder als „too connected to fail“) gelten, genießen einen impliziten Bestandsschutz. Aus Sicht der Bankmanager ist es daher rational, Spekulationen mit mehr Risiko einzugehen, die den Erwartungswert der Gewinne und individuellen Einkünfte maximiert.

Die implizite Staatsgarantie hebt die Konkursgefahr aus, die untrennbar zur Disziplin des Marktes gehört. Es fehlt im Finanzsektor an privater Haftungspflicht, die konstitutiv für die Marktwirtschaft ist: Wer auf Gewinne spekuliert, muss auch für Verluste haften. Wer Chancen sucht, muss auch Risiken tragen. Walter Eucken, der Vordenker der neo- bzw. ordoliberalen Freiburger Schule und Gründervater der deutschen Sozialen Marktwirtschaft, formulierte in seinem Lehrbuch „Grundsätze

der Wirtschaftspolitik“: „Investitionen werden um so sorgfältiger gemacht, je mehr der Verantwortliche für diese Investitionen haftet.“ Und weiter schrieb Eucken: „Die Haftung wirkt insofern also prophylaktisch gegen eine Verschleuderung von Kapital und zwingt dazu, die Märkte vorsichtig abzutasten. Nur bei fehlender Haftung kommt es zu Exzessen und Zügellosigkeit.“<sup>14</sup>

Genau das ist in der Krise geschehen. Da allgemein die Erwartung eines rettenden „Greenspan-Put“ vorherrschte, wurde Kapital zu sorglos eingesetzt – und letztlich verschleudert. Nur eine Verstärkung der Haftung im Finanzsektor könnte solch unverantwortliches Verhalten zügeln. Das gilt für ganze Banken, die keine Bestandsgarantie haben dürfen, wie auch für einzelne Manager, die übermäßige Risiken eingehen. Daher müssen die Banken ihre Vergütungsstrukturen ändern, die durch asymmetrische Anreize die Risikoneigung verschärft haben. Bankmanager werden durch Boni, die an kurzfristige Gewinne gekoppelt sind, zu hochspekulativen Geschäften verleitet. Als Gegenmittel empfehlen sich Vergütungsstrukturen, die den Anteil der variablen Boni verringern und Haltefristen für Aktienoptionen vorsehen. Zum Bonus muss ein Malus kommen, wenn Verluste auflaufen. Das dämpft den individuellen Risikoappetit von Bankmanagern. Finanzsystemisch sind höhere Eigenkapitalvorschriften die richtige Antwort auf die Krise. Mit dem internationalen Regulierungswerk Basel III sollen die Eigenkapitalquoten schrittweise auf 10,5 Prozent der risikogewichteten Aktiva erhöht werden. Mehr haftendes Eigenkapital bedeutet größere Sicherheitspolster, die Verluste abfedern, sodass Banken auf einer stabileren Grundlage stehen.

Das „Moral Hazard“-Problem gegenüber der Gesellschaft – dem Staat – bleibt aber bestehen, solange Banken eine implizite staatliche Bestandsgarantie genießen. „Der Umgang mit systemrelevanten Instituten – die schwerste Hinterlassenschaft

14 Eucken, Walter: Grundsätze der Wirtschaftspolitik. A. a. O. S. 279–280.

aus der Finanzkrise – ist weiterhin ungeklärt“, heißt es warnend im jüngsten Gutachten der deutschen „Wirtschaftsweisen“. Das Ziel der Staaten, „nie wieder in Geiselhaft durch den Finanzsektor genommen zu werden“, sei verfehlt worden.<sup>15</sup> Sehr große und stark vernetzte Finanzinstitute werden deshalb systemrelevant genannt, weil von ihnen, wenn sie in Schieflage geraten, eine Gefahr für das gesamte Finanzsystem ausgeht. Es kann zu Dominoeffekten auf andere Finanzinstitute oder ganze Finanzmärkte kommen. Um das zu verhindern, werden die Systemrelevanten gestützt.

„Das Problem ist, dass die Gläubiger der systemrelevanten Finanzinstitute dies wissen, dass sie implizit eine Garantie durch den Staat genießen und dass diese wie eine Subvention wirkt“, kritisiert Beatrice Weder di Mauro, Ökonomeprofessorin in Mainz und Mitglied des Sachverständigenrats. Daraus folgen „massive Verzerrungen und Fehlanreize im Finanzsektor“<sup>16</sup>. Beispielsweise können Banken einen Anreiz zu übermäßigem Wachstum sehen. Für die Volkswirtschaft – gerade in kleineren Staaten wie der Schweiz, Irland oder Island – erwachsen Risiken aus der Existenz übergroßer Banken.

Wie hoch diese Subventionen für die Großbanken sind, haben Ökonomen mit verschiedenen Methoden zu ermitteln versucht. Sie kommen auf unterschiedliche, doch stets sehr hohe Summen. Der Hauptwert der Garantie liegt darin, dass sich die Banken, die als „too big to fail“ (TBTF) gelten, am Kapitalmarkt günstiger finanzieren können, weil das Ausfallrisiko geringer ist. Nach Berechnungen von Dean Baker und Travis McArthur ergeben

15 Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: Chancen für einen stabilen Aufschwung. Jahresgutachten 2010/2011, Seiten 7, 136–178.

16 Zit. n. Plickert, Philip: Die Staaten als Geiseln der Banken. FAZ 22/11 2010.



sich aus der Staatsgarantie um bis zu 0,5 Prozentpunkte geringere Zinskosten. Im untersten Rechenszenario kamen Baker und McArthur auf knapp 5 Milliarden US-Dollar, im obersten Szenario schätzten sie fast 35 Milliarden Dollar Subvention jährlich durch die impliziten Garantien für die amerikanischen Banken.<sup>17</sup> Eine andere Studie hat anhand von Übernahmepremien bei Fusionen, aus denen TBTF-Banken hervorgingen, den Wert der Subvention in den Vereinigten Staaten auf 14 bis 25 Milliarden Dollar geschätzt.<sup>18</sup>

Kritischer gegenüber ihren Großbanken sind auch die Schweizer geworden. 2008 machten UBS und Credit Suisse Verluste von rund 30 Milliarden Schweizer Franken, die UBS wurde anschließend vom Staat gestützt. Die Bilanzsummen der beiden Großbanken machten damals rund das Sechsfache des Schweizer BIP aus. Angesichts dieser Dimension wuchs in Fachkreisen und in der Öffentlichkeit die Sorge, ob ein Zusammenbruch einer Großbank nicht die ganze Volkswirtschaft der Eidgenossenschaft gefährden würde. Nationalbankchef Philipp Hildebrand sagte, man müsse nun ohne Tabus über die Zukunft der Banken reden. Auch in Großbritannien regte sich heftige Kritik. Zentralbankchef Mervyn King regte ein „Testament“ für Großbanken an, damit diese im Krisenfall rasch aufgespaltet und abgewickelt werden könnten.

Gerade liberale Ökonomen wünschen sich Reformen der Bankenregulierung, um die Marktordnung wiederherzustellen. „Die Erwartung, dass es immer eine Rettung, einen Bail-out, geben wird, muss gebrochen werden“, fordert Boris Zürcher vom

17 Baker, Dean / McArthur, Trevis: The Value of the “Too Big to Fail” Big Bank Subsidy. Center for Economic and Policy Research, CEPR Reports and Issue Briefs, 2009-36.

18 Jagtiani, Julapa / Brewer, Elijah: How Much Did Banks Pay to Become Too-Big-To-Fail and to Become Systemically Important? Federal Reserve Bank of Philadelphia, Working Paper 09-34.

liberalen Schweizer Thinktank Avenir Suisse, der eine kritische Studie über das „Too big to fail“-Problem verfasst hat.<sup>19</sup> Wenn die Aussicht auf Rettung schwinde, habe dies einen disziplinierenden Effekt auf die Banker und ihre Gläubiger. Zürcher schätzt den Wert der impliziten Subventionen für UBS und Credit Suisse auf 3 bis 6 Milliarden Franken im Jahr. Das sei mehr Subvention für die Banker als für die Bauern der Schweiz. Darüber hinaus resultiert daraus ein Wohlfahrtsverlust, weil der Wettbewerb zu Lasten der kleineren und mittleren Banken verzerrt wird.

Eine von der Berner Regierung berufene „Expertenkommission zur Limitierung von volkswirtschaftlichen Risiken durch Großunternehmen“ hat recht radikale Vorschläge gemacht: Auf mindestens 19 Prozent der risikogewichteten Aktiva sollten die Eigenkapitalquoten der Großbanken erhöht werden (das wäre fast das Doppelte der Basel-III-Zielvorgaben), davon 10 Prozent hartes Eigenkapital und 9 Prozent in Form von bedingten Pflichtwandelanleihen (Contingent Convertibles). Mit solchen „CoCo-Bonds“ würden auch die Gläubiger einer Bank in die Pflicht genommen, wenn die Verluste einer Bank so hoch sind, dass die Eigenkapitalquote unter eine bestimmte Schwelle sinkt. Die Anleihenbesitzer würden dann automatisch zu Aktionären, die Risiken übernehmen. „Das Ziel ist, dass sich die Aktionäre und Anleihegläubiger nicht mehr darauf verlassen können, dass sie Verluste auf den Staat überwälzen können“, erklärt der St. Galler Wirtschaftsprofessor Manuel Ammann, der den Vorschlag in die Diskussion gebracht hat.

In Deutschland hat die Regulierung einen anderen Schwerpunkt: Für Banken soll es eine wirksame Insolvenzordnung geben, sodass auch systemrelevante Banken bei Überschuldung vom Markt geräumt werden. Nach dem neuen Restrukturierungsge-

19 Zürcher, Boris: Too big to fail und die Wiederherstellung der Marktordnung. Avenir Suisse Diskussionspapier, März 2010.

setz sollen quasi-bankrotte Banken aufgespaltet und geordnet abgewickelt werden. Finanziert werden soll das aus dem Topf der Bankenabgabe, in den jährlich 1,3 Milliarden Euro fließen sollen, die vor allem die großen Institute mit mehr als 100 Milliarden Euro Bilanzsumme zahlen müssen. Die Abgabe geht in die richtige Richtung, um aber wirklich die „Too big to fail“-Garantie auszugleichen und dem Wachstumsanreiz entgegenzuwirken, müsste sie höher sein, hat der Sachverständigenrat klargemacht. Ob das geplante Restrukturierungsregime im Ernstfall wirklich greifen würde, ist völlig ungewiss. „Die Gefahr ist, dass solche Gesetze nicht funktionieren, weil im Notfall sehr wenig Zeit und die Unsicherheit groß ist“<sup>20</sup>, so Ammann. Die systemischen Großbanken bleiben also ein Risiko für die Allgemeinheit.

Wie in den 30er-Jahren hat die jüngste Krise das öffentliche Image der Banker ruiniert. Finanzinstitute, die 1931 in einer Kettenreaktion zusammenbrachen, nachdem sie in den 20er-Jahren, begünstigt durch das starke Geldmengenwachstum und riskante Investments, hohe Gewinne gemacht hatten, galten als Hauptschuldige für das Desaster, das in die Weltwirtschaftskrise führte. Der Schimpfname „Bankster“ wurde geläufig. In der aktuellen Krise richtete sich die öffentliche Wut gegen Banker, die trotz hoher Verluste noch Millionen-Boni erhielten. Sie galten als Verkörperung eines perversen Kapitalismus. Doch mit echtem Kapitalismus – verstanden als Wirtschaftssystem, das auf privaten Eigentumsrechten und privater Haftung basiert – hat dieses Finanzsystem eben nur begrenzt zu tun. Vielmehr erinnert es an halbseitigen Sozialismus: Gewinne landen auf privaten Konten, große Verluste werden sozialisiert.

Wie hoch die Kosten durch Bankenkrise, Bankenrettung und Wirtschaftskrise letztlich ausfallen, kann nur schwer geschätzt

werden. Vieles ist noch im Fluss. In Deutschland stellte der Staat im Herbst 2008 knapp 500 Milliarden Euro – diese gigantische Summe entspricht rund 20 Prozent des BIP – als Garantien und Kapitalhilfen in Aussicht, doch nur ein Teil wurde in Anspruch genommen. Die Kapitalhilfen, die zwischenzeitlich 21 Milliarden ausmachten, werden zum Großteil zurückgezahlt, nur in den Landesbanken sind einige Milliarden wohl dauerhaft verloren. Der Wert der „toxischen“ Papiere, die in den „Bad Banks“ für die Münchner Hypo Real Estate und die Landesbank WestLB ausgelagert wurden, ist unbestimmt. Der Bund hat für die Verbindlichkeiten der beiden „Bad Banks“ im Haushaltsjahr 2010 vorsorglich Schulden von 231 Milliarden Euro verbucht, doch können sich die Kurse erholen. Einen Teil der Hilfen für quasi-insolvente Banken muss der Staat aber wohl abschreiben. In Amerika hingegen könnte die Bankenrettung sogar einen Gewinn abwerfen, wie aus dem Finanzministerium im April 2011 verlautet.

Eine Studie der Deutsche Bank Research machte schon früh eine relativ glimpfliche Rechnung aus. Dieser zufolge waren die direkten Kosten der Finanzkrise für die Steuerzahler geringer als angenommen – in den meisten Industriestaaten unter 1 Prozent. „Überraschenderweise dürfte die Krise damit im historischen Vergleich eine der am wenigsten kostspieligen werden“, schreiben die DB-Ökonomen.<sup>21</sup> Zu den direkten fiskalischen Kosten kämen jedoch noch „enorme indirekte Kosten“ der Krise, räumten sie ein. Dazu zählen Verluste an Wirtschaftsleistung, Steuerausfälle, die Kosten für Konjunkturpakete und Ausgaben der Sozialsysteme wegen der Rezession sowie künftig höhere Zinslasten durch Staatsschulden und ein gedämpftes Wachstumspotenzial.

<sup>20</sup> Zit. n. Plickert, Philip: Die Staaten als Geiseln der Banken. FAZ 22/11 2010.

<sup>21</sup> DB Research: Direkte fiskalische Kosten der Finanzkrise. Voraussichtlich weit geringer als befürchtet. Research Briefing 1, Juli 2010.

## Lehren aus der Krise: Marktwirtschaft statt Finanzauber

Das bislang Gesagte erlaubt ein Zwischenfazit zur Finanzkrise. Sie hatte mehrere Ursachen, kann aber nicht als reines Marktversagen klassifiziert werden. Eine moralisierende Erklärung mit der „Gier der Banker“ greift zu kurz. Vielmehr müssen institutionelle und politische Faktoren mit ins Bild genommen werden. Die Finanzkrise entstand zu einem großen Teil aus Politikversagen: Zum einen war es die Geldpolitik, die mit real negativen Zinsen eine übermäßige Verschuldung der amerikanischen Haushalte und einen Boom in bestimmten Sektoren anregte, begleitet von einer Sozialpolitik, die Immobilienkredite ohne Sicherheiten förderte; zum anderen gab es eine Bankenregulierung, die es erlaubte, mit zu wenig Eigen- und zu viel Fremdkapital übermäßige Risiken einzugehen und diese mit Verbriefungen über die ganze Welt zu verteilen.

Zwei Hauptlehren für eine marktwirtschaftliche Ordnungspolitik nach der Krise sind zu ziehen:

Die erste Lehre betrifft die Zentralbanken; sie müssen künftig viel vorsichtiger agieren. Ein Überangebot an billigem Geld führt zu Preisblasenbildung und Fehllenkung von Kapital. Doch verfolgt man die Krisenpolitik der Fed unter ihrem Vorsitzenden Ben Bernanke, der ungeachtet der wirtschaftlichen Erholung weiter massenhaft Liquidität in den Markt drückt, kommen Zweifel auf, ob hier nicht die nächste Krise programmiert wird. Der ehemalige IWF-Chefökonom Rajan warnt vor dem „Risiko, dass wir von Blase zu Blase gehen“<sup>22</sup>. Ebenso sieht es Ex-BIZ-Chefökonom William White.<sup>23</sup> Nach Ansicht vieler Beobachter wird die Fed

22 Rajan, Raghuram G.: *Fault Lines. How Hidden Fractures Still Threaten the World Economy*. Princeton/Oxford 2010, S. 119.

23 White, William: „Niedrige Zinsen sind kein Free Lunch“, Interview von Philip Plickert, *FAZ* 18/8 2010.

die Leitzinsen noch für lange Zeit nahe null lassen. Die Billiggeld-Lawine wird einen Anstieg der Inflationsraten zur Folge haben. Aufhorchen lässt, dass einflussreiche Ökonomen in Amerika und im IWF höhere Inflation gar nicht schlecht fänden.<sup>24</sup> Schon jetzt droht die amerikanische Liquiditätsschwemme die Schwellenländer zu destabilisieren, die mit hohen Kapitalzuflüssen kämpfen. Zudem führen die extrem niedrigen Zinsen zu einer verzerrten Wahrnehmung von Risiken, zu möglichen Kapitalfehllenkungen und damit zu neuen Gefahren für die Finanzstabilität, wie die BIZ in ihrem jüngsten Bericht warnt. Eindringlich mahnt sie, die Geldpolitik nicht zu spät zu straffen.<sup>25</sup> Von einer symmetrischen Geldpolitik, die sich Regeln unterwirft und strikt das Ziel der Preisstabilität verfolgt, ist nichts zu sehen. Abermals steht in den Vereinigten Staaten die kurzfristige Konjunkturstimulierung im Vordergrund.

Die zweite Lektion betrifft die Regulierung der Banken. Wir brauchen nicht einfach mehr, sondern eine bessere Regulierung und mehr Transparenz. Vor allem muss es künftig deutlich höhere Anforderungen an das haftende Eigenkapital der Banken geben. Wer die Chance auf Gewinn haben will, muss auch bei Misserfolgen die Konsequenzen tragen. Durch geeignete Insolvenzordnungen müssen Banken der Disziplin des Marktes unterworfen werden, und ihre Risiken müssen sich in höheren Finanzierungskosten ausdrücken. Jüngst hat sich der Basler Ausschuss für Bankenaufsicht sogar dazu durchgerungen, höhere Eigenkapitalanforderungen von 1 bis 2,5 Prozent für systemrelevante Großbanken zu beschließen – dies erscheint aber noch bei weitem nicht ausreichend. Die umfassende Stärkung der privaten

24 Vgl. z. B. Blanchard, Olivier / Dell'Ariccia, Giovanni / Mauro, Paolo: *Rethinking Macroeconomic Policy*. IMF Staff Position Note, 12. Februar 2010. <http://www.imf.org/external/pubs/ft/spn/2010/spn1003.pdf>

25 Bank for International Settlements: *81st Annual Report* 26/06 2011.

Haftung ist der einzige anreizkompatible Weg der Regulierung, der eine Einmischung des Staates in die Geschäfts- und Kreditpolitik der Banken vermeidet, ebenso künftige Erpressung durch quasi-bankrotte Banken.

Wenn diese Reformen greifen würden, ergäben sie eine ordnungspolitische Revolution: Die Ohnmacht des Staates, der sich in der Not zur Rettung gezwungen sieht, würde zur tatsächlichen Stärke, die Hilfesuche abzulehnen und private Finanzhasardeure nicht mit Steuergeld zu stützen.

Die heute viel gescholtenen neoliberalen Ökonomen haben schon vor 70 Jahren, als Reaktion auf die damalige Wirtschaftskrise, ganz ähnliche Gedanken formuliert. Ihr Ansatz für eine echte Wettbewerbsordnung ist unverändert aktuell, und sie widersprechen dem populären und politisch gezeichneten Zerrbild des historischen Neoliberalismus. Keinesfalls huldigte dieser einem regellosen „Laissez-faire“; zumindest auf die frühen Neoliberalen trifft das Gegenteil zu. Sie plädierten für einen starken Staat, der Regeln für den Wettbewerb setzt und durchsetzt. Die historischen Neoliberalen suchten, nachdem in den frühen 30er-Jahren „der Kapitalismus“ in Verruf geraten war, nach einem modifizierten wirtschaftsliberalen Ansatz.<sup>26</sup>

„Der neue Liberalismus jedenfalls, der heute vertretbar ist, und den ich mit meinen Freunden vertrete, fordert einen starken Staat, einen Staat oberhalb der Wirtschaft, oberhalb der Interessenten, da wo er hingehört“, erklärte Alexander Rüstow, später Mitstreiter von Ludwig Erhard. Sein Vortrag 1932 vor der Ökonomenorganisation Verein für Socialpolitik gilt als die Geburtsstunde

26 Vgl. Plickert, Philip: Der Neoliberalismus zwischen starkem Staat und Laissez-faire, in: Kersting, Wolfgang (Hg.): Freiheit und Gerechtigkeit. Die moralischen Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft. Frankfurt 2010, sowie Plickert, Philip: Wandlungen des Neoliberalismus. Eine Studie zu Entwicklung und Ausstrahlung der „Mont Pèlerin Society“. Stuttgart 2008.

des deutschen Neoliberalismus. Er kritisierte das Ausgreifen des Staates über die Grenzen des Regelsetzens, das Eindringen in wirtschaftliche und gesellschaftliche Bereiche, die Interventionen, Subventionen und Hilfsmaßnahmen. All dies sei kein „Zeichen übermäßiger Stärke des Staates“, sondern „das genaue Gegenteil davon: nicht Staatsmacht, sondern Staatsohnmacht. Es ist Zeichen unwürdigster und jämmerlichster Schwäche.“ Der Staat werde nun von den Interessengruppen ausgenommen. „Jeder Interessent reißt sich ein Stück Staatsmacht heraus und schlachtet es für seine Zwecke aus“, warnte Rüstow.<sup>27</sup>

Walter Eucken, der Kopf der Freiburger Schule, fand zur selben Zeit eine ganz ähnliche Position. Er beklagte einen Verflechtungsprozess von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft, der seit dem 19. Jahrhundert zu beobachten sei. Der in den Wirtschaftsablauf intervenierende postliberale Staat rufe die politische Aktivität der betroffenen Gruppen hervor und werde in der Folge von organisierten Interessen okkupiert. Der Staat werde zur Beute der Lobbygruppen.<sup>28</sup> In erster Linie richteten sich die Klagen dieser frühen Neoliberalen gegen Interventionen, die den Strukturwandel der Wirtschaft aufzuhalten versuchten; sie können aber auch auf die Strukturverzerrungen angewandt werden, die durch implizite staatliche Garantien etwa im Finanzsektor entstehen. Die Lobbymacht der Banken ist besonders stark – und ihr gegenüber erscheint der genötigte Retter Staat besonders schwach.

27 Rüstow, Alexander: Die staatspolitischen Voraussetzungen des wirtschaftspolitischen Liberalismus, in: Rede und Antwort. Ludwigsburg 1963, S. 249–258.

28 Eucken, Walter: Staatliche Strukturwandlungen und die Krise des Kapitalismus. Weltwirtschaftliches Archiv 36 (1932), S. 327.

## Ein fragwürdiges Keynes-Revival

Neben der Bankenrettung hat die staatliche Konjunkturstimulierung in der Krise ein ungekanntes Ausmaß erreicht. Im Herbst 2008, nach dem Zusammenbruch von Lehman Brothers, fielen die Investoren zunächst in Schockstarre. Die Wirtschaftsleistung, zuvor durch kreditfinanzierten Überkonsum und Überinvestition angeregt, brach ein. Damit war jener Moment gekommen, in dem John Maynard Keynes, der britische Krisenökonom (1883–1946), staatliche Ausgabenprogramme empfahl. Die Unsicherheit über die Zukunft war so groß, dass ein staatlicher Impuls notwendig schien, um wieder Vertrauen zu schaffen, damit die Wirtschaft nicht ins Bodenlose fallen würde. Schon vor Keynes haben (neo-)liberale Ökonomen für besonders schwere Krisen, wenn eine sich selbst verstärkende Abwärtsspirale droht, konjunkturstimulierende Maßnahmen empfohlen. Wilhelm Röpke empfahl 1930/1931 eine staatliche „Initialzündung“, um die darniederliegende Wirtschaft wieder anzukurbeln. Allerdings war für Röpke klar, dass staatliche Arbeitsbeschaffungsprogramme nur in absoluten Ausnahmeständen gerechtfertigt wären.<sup>29</sup> Doch nicht diese maßvolle, sondern die radikalere Version von Keynes wurde populär.

Als der Keynesianismus nach dem Zweiten Weltkrieg fast die ganze Volkswirtschaftslehre sowie die Wirtschaftspolitik der angelsächsischen, später auch kontinentaleuropäischen Länder erfasste, simplifizierte und vulgarisierte Keynes' Anhänger die Lehre ganz erheblich.<sup>30</sup> Aus dem Rat, in absoluten Krisen mit

29 Vgl. Plickert, Philip: Wandlungen des Neoliberalismus. A. a. O. S. 69–70.

30 Was als Keynesianismus firmiert, hatte oft nur noch wenig mit der differenzierten Sicht des „Meisters“ zu tun. Im Zentrum von Keynes' Denken stand die fundamentale Unsicherheit wirtschaftlichen Handelns sowie die des treibenden „animal spirit“. Später wurden keynesianische Theorie und Politik immer mechanischer ausgelegt. Wirtschaft galt als eine große

kreditfinanzierten Ausgabenprogrammen die Wirtschaft anzuschieben, wurde in der Praxis ein dauerhaftes Deficit Spending und zudem eine expansive Geldpolitik, um die Arbeitslosigkeit auf ein Minimum zu drücken. Auch bürgerliche Politiker hingen dem an. Präsident Richard Nixon etwa kündigte 1971 eine „Vollbeschäftigungsfiskalpolitik“ mit den Worten an: „Ich bin jetzt ein Keynesianer.“<sup>31</sup>

Doch die Praxis der staatlich induzierten Nachfragebelebung endete im Desaster der Stagflation (stagnierende Wirtschaft bei steigender Inflation). Die Wirtschaft antizipierte die zusätzlichen Staatsausgaben und erhöhte schlicht die Preise; statt mehr Wachstum war mehr Inflation die Folge. Die Arbeitslosigkeit stieg nach dem Ölpreisschock, dagegen kamen immer neue fiskalische Impulse nicht an. Die Wirtschaft stagnierte, einzig die Inflation und die Schulden stiegen. Konjunkturpolitik wirkte wie ein Rauschmittel, das in immer größeren Dosen konsumiert wird: Erst stimuliert es kurzfristig, doch langfristig macht die Einnahme süchtig und ist extrem ungesund. Nach dieser Erfahrung der 70er-Jahre schien der Keynesianismus diskreditiert.<sup>32</sup> Nun ist der Geist des Keynesianismus erneut aus der Flasche gekrochen.

Maschine, in die Inputs („deficit spending“) hineingepumpt werden und die Wachstum und Arbeitsplätze auswirft.

31 Der oft Nixon zugeschriebene Satz „We are all Keynesians now“ stammt von Milton Friedman, dem Monetaristen und Anti-Keynesianer, der im *Time*-Magazin vom 31. Dezember 1965 verkürzt zitiert wurde. In einem Leserbrief ergänzte Friedman den Satz: „In one sense, we are all Keynesians now; in another, nobody is any longer a Keynesian.“ (*Time*, 4. Februar 1966).

32 Dabei muss zwischen Keynes und dem Keynesianismus unterschieden werden. Vgl. dazu Hutchison, T. W.: Keynes versus the Keynesians, in: *The Politics and Philosophy of Economics*, New York / London 1981, S. 108–154, Straubhaar, Thomas / Wohlgemuth, Michael / Zweynert, Joachim: Rückkehr des Keynesianismus. Anmerkungen aus ordnungspolitischer Sicht. *Aus Politik und Zeitgeschichte* 20/2009, und Plickert, Philip: Keynes und die Turbo-Keynesianer. *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung* 27/6 2010.

Zumindest unter ernsthaften Ökonomen bleibt die Effektivität der Konjunkturpakete aber stark umstritten. Das Geheimnis der keynesianischen Ökonomie, das die staatlichen Konjunkturpakete in ihren Augen so attraktiv macht, ist der erhoffte Multiplikatoreffekt: Für jeden Dollar, den der Staat zusätzlich ausgibt, soll die Wirtschaftsleistung um deutlich mehr als einen Dollar steigen, weil die Unternehmen und Arbeitnehmer, die das Geld erhalten, ihrerseits Ausgaben tätigen und weitere Geschäfte anregen. Ein Multiplikator zum Beispiel von 5 hieße, dass der Staat 1 Euro in die Volkswirtschaft pumpt und damit 5 Euro Wirtschaftsleistung anregt – durch zusätzlichen privaten Konsum und mehr Investitionen. Die frühen Anhänger von Keynes glaubten tatsächlich an so gewaltige Multiplikatoren.

Nach den Enttäuschungen der 70er-Jahre wurde man bescheidener. Immerhin noch einen Multiplikator von 1,6 errechneten die amerikanischen Regierungsberater Christina Romer und Jared Bernstein 2009 für das 800 Milliarden Dollar schwere Konjunkturpaket der Vereinigten Staaten. Das hieße, dass die staatlichen Ausgaben fast 1,3 Billionen Dollar Wirtschaftsleistung anregen würden. Präsident Obama sprach von mehreren Millionen Arbeitsplätzen, die mit dem Programm „geschaffen oder gesichert“ würden. Wenn aber der Ausgabenmultiplikator unter 1 läge, würde der staatliche Impuls weniger Wirtschaftsleistung anschieben als er kostet. Die ganze Aktion wäre ein eklatantes Verlustgeschäft für die Steuerzahler. Genau dies legen aber neuere Studien zur Wirkung der jüngsten Konjunkturpakete nahe.

Zur Berechnung der Wirkung der europäischen Konjunkturpakete haben die Ökonomen Volker Wieland und Tobias Cwik von der Universität Frankfurt fünf unterschiedliche makroökonomische Modelle benutzt.<sup>33</sup> Es sind allesamt Modelle, die (neo-)keynesi-

<sup>33</sup> Cwik, Tobias / Wieland, Volker: Keynesian Government Spending Multipliers and Spillovers in the Euro Area. ECB Working Paper Series 1267, November 2010.

anische Eigenschaften haben, vor allem Preis- und Lohnrigiditäten. Ihr ernüchterndes Ergebnis: Vier der fünf Modelle ergaben einen Multiplikatorwert von weniger als 1. Nur ein Modell, das erwartungsgetriebene Verhaltensänderungen von Konsumenten und Unternehmen weitgehend ausblendet, brachte einen Multiplikator knapp darüber.

Nach diesen Berechnungen erscheint es wahrscheinlich, dass die Konjunkturprogramme insgesamt mehr gekostet als gebracht haben. Die geringe konjunkturelle Wirkung liegt vor allem an den Reaktionen der privaten Haushalte und Unternehmen, die der Absicht des Ausgabenprogramms entgegenlaufen. Weil die Bürger erwarten, künftig höhere Steuern zahlen zu müssen, um die Staatsschulden zu bedienen, schränken sie ihre Konsumausgaben ein. Hinzu kommt, dass bei höheren Finanzierungskosten durch höhere Zinsen die Unternehmen weniger investieren. Staatliche Ausgaben verdrängen somit privaten Konsum und private Investitionen (Crowding-out).

Fragwürdig ist auch, ob mit direkten Staatsausgaben, zum Beispiel für Infrastrukturprojekte, eine bessere und vor allem antizyklische Wirkung erzielt werden kann. Bauinvestitionen, Straßen und Brücken sind Investitionen, die einen längerfristigen Nutzen stiften. Allerdings haben sie den Nachteil, dass sie nur mit einer Zeitverzögerung angestoßen werden können. Nimmt man die Reaktionsfrist der Regierung hinzu, bis sie die Rezession erkennt und Bauprojekte beschließt und dann tatsächlich beginnt, ergibt sich eine kritische Verspätung von mehreren Quartalen. Sie führt dazu, dass die konjunkturpolitischen Maßnahmen oft gar nicht mehr antizyklisch wirken. Sie setzen nicht im Abschwung ein, sondern erst in der Erholung und wirken somit prozyklisch, verstärken den Konjunkturzyklus, statt ihn zu glätten.

Das lässt sich empirisch auch anhand der jüngsten Rezession nachweisen. Sie begann im Euro-Raum schon im Januar 2008, wie die CEPR-Statistiken in der Rückschau ergaben, was damals aber

noch nicht klar war. Dass sich die Wirtschaft in der Rezession befand, wurde allgemein erst im Spätsommer 2008 erkannt. Die großen Konjunkturpakete wurden Ende 2008 und Anfang 2009 verabschiedet. Ein Großteil der damit beschlossenen Projekte wurde aber erst 2010 verwirklicht. Die Baugeräte rollten erst, als die Rezession schon geendet hatte. Insgesamt haben die elf wichtigsten europäischen Staaten Konjunkturpakete beschlossen, die fast 100 Milliarden Euro im Jahr 2009 und 80 Milliarden Euro im Jahr 2010 umfassen. Das war jeweils rund 1 Prozent des BIP.<sup>34</sup> Ihre Wirkung sollte dennoch nicht überschätzt werden, wogegen die Schulden dauerhaft bleiben.

Eine besondere Vergünstigung erhielt 2009 die Autoindustrie. Um sie in der Krise zu stützen, zahlte der Staat Abwrackprämien für das Verschrotten eines Altwagens beim Kauf eines Neuwagens. In Deutschland betrug die Prämie 2.500 Euro, damit wurde der Absatz von mehr als 1,7 Millionen Autos, vor allem Kleinwagen, subventioniert. Insgesamt kostete die Förderung den Steuerzahler fast 5 Milliarden Euro. Die Autoindustrie jubelte über den Stimulus, doch Ökonomen erkannten darin lediglich ein Strohfeder. Denn viele Käufer hatten wegen der staatlichen Prämie einfach einen geplanten Autokauf vorgezogen. Nach dem Ende der Prämie fiel der Absatz entsprechend schwächer aus. Eine Studie über die amerikanische Abwrackprämie (im Volksmund „Cash for Clunkers“, das Programm kostete rund 2,9 Milliarden Dollar) hat gezeigt, dass der Effekt der Prämie nach nur acht Monaten

34 Österreich leistete sich 2009 und 2010 je knapp 5 Milliarden Euro Mehrausgaben und Steuersenkungen (1,7 und 1,6 Prozent des BIP). Deutschland, das aus dem Ausland, vor allem aus Frankreich und Amerika, scharf kritisiert wurde, weil es angeblich zu wenig tat, hat Konjunkturimpulse von 40 und 50 Milliarden Euro (1,6 und fast 2 Prozent des BIP) eingesetzt – die mit Abstand größten in der EU. Vgl. Saha, David / von Weizsäcker, Jakob: Estimating the size of the European stimulus packages for 2009. An Update. Briefing Paper für das Committee on Economic and Monetary Affairs des EU-Parlaments, 2009.

komplett verpufft war.<sup>35</sup> Der Nettoeffekt für die Branche war also längerfristig gleich null – der Staat und die Steuerzahler blieben aber auf zusätzlicher Verschuldung in Milliardenhöhe sitzen.

Schon während der Rezession waren die kritischen Stimmen nicht völlig verstummt, die von keynesianischer Politik keine Wunder erwarten. In Amerika protestierten 200 Ökonomen, darunter die Nobelpreisträger James Buchanan, Vernon Smith und Edward Prescott, in Anzeigen gegen den Ausgabenrausch der Regierung Obama. Sie erinnerten an das Schicksal Japans: Immer mehr Staatsausgaben konnten dort das „verlorene Jahrzehnt“ in den 90er-Jahren nicht verhindern. Die japanische Regierung legte damals fast ein Dutzend Konjunkturprogramme auf, die die Wirtschaft belebte sich aber nicht. Einzig die Baukonzerne profitierten, die noch die letzten Küstenstreifen mit Straßen zubetonierten und Tunnel und Brücken bauten. Japans Nettoschuldenposition verschlechterte sich von rund 20 auf 120 Prozent des BIP, die Bruttoverschuldung stieg über 200 Prozent des BIP. Noch schafft es der japanische Staat, seine gering verzinnten Anleihen im Inland – bei der staatlichen Postbank und in Pensionsfonds unterzubringen. Doch schon bald wird er sich auch auf dem internationalen Kapitalmarkt finanzieren müssen. Dann wird der Schuldendienst extrem belastend.

Die große Finanz- und Wirtschaftskrise war ein Turbo für die Zunahme öffentlicher Schulden. Niemals zuvor in Friedenszeiten sind die öffentlichen Schulden so rasend schnell gestiegen; der Harvard-Historiker Ferguson verglich die finanziellen Auswirkungen der Krise gar mit denen eines Weltkrieges.<sup>36</sup> Im Durch-

35 Mian, Atif / Sufi, Amir: The Effects of Fiscal Stimulus: Evidence from the 2009 „Cash for Clunkers“ Program. NBER Working Paper 16351, September 2010.

36 Ferguson, Niall: „Wir erleben die finanziellen Symptome eines Weltkrieges“, Interview von Philip Plickert, FAZ 24/2 2009.

schnitt sind die Industrieländer nun mit rund 100 Prozent ihrer Wirtschaftsleistung verschuldet: Japan hält den traurigen Rekord, die Vereinigten Staaten liegen bei rund 100 Prozent, Großbritannien und Frankreich über 85 Prozent, Italien bei fast 120 Prozent Schuldenquote. Deutschland kann sich bei 75 Prozent stabilisieren (inklusive der Bad-Bank-Schulden sind es 82 Prozent), Österreich knapp darunter bei 72 Prozent. Im Durchschnitt des Euro-Raums ist die Schuldenquote laut EU-Kommission von 66 Prozent im Jahr 2007 auf 86,5 Prozent im Jahr 2011 geklettert.

Derart hohe Schuldenstände sind Gift für künftiges Wirtschaftswachstum. Sie nähern sich dem kritischen Schwellenwert von 90 Prozent des BIP, ab dem die Wirtschaft deutlich geschwächt wird, wie Carmen Reinhart von der University of Maryland und ihr Harvard-Kollege Kenneth Rogoff empirisch ermittelt haben. Bei 90 Prozent Schuldenquote ist das Wachstum im Mittel um etwa einen Prozentpunkt niedriger. Für Schwellenländer liegt die kritische Marke schon bei 60 Prozent.<sup>37</sup> Die Volkswirtschaften schleppen dann zu große Schulden mit sich; hohe Steuern dämpfen die Investitionen, das Produktivitätswachstum schwächt sich ab. Nach einer Studie von IWF-Ökonomen bremst eine Zunahme der Staatsschuld um zehn Prozentpunkte das Wirtschaftswachstum um 0,2 Prozentpunkte, bei sehr hohen Schuldenständen nimmt der Bremseffekt überproportional zu.<sup>38</sup>

Die offiziell ausgewiesenen, expliziten Schulden sind nicht die ganze Wahrheit. Hinzu kommen in allen Staaten mit umlagefinanzierten Sozialsystemen weitere, noch größere implizite Schulden. Darunter fallen alle Verpflichtungen aus den Rentenversicherungen, die Pensionszusagen an die Beamten sowie die stetig

37 Reinhart, Carmen M. / Rogoff, Kenneth S.: Growth in a Time of Debt. NBER Working Paper 15639, Januar 2010.

38 Kumar, Manmohan S. / Woo, Jaejoon: Public Debt and Growth. IMF Working Paper 10/174, Juli 2010.

steigenden Sozial- und Gesundheitskosten, die über staatliche Versicherungen finanziert werden. In Deutschland beträgt die explizite Staatsschuld inklusive Bad-Bank-Schulden rund 2 Billionen Euro – also knapp 80 Prozent des BIP. Hinzu kommt laut Schätzung des Sachverständigenrats ein verdeckter Schuldenberg von 270 Prozent des BIP.<sup>39</sup> Das wären aktuell mehr als 6 Billionen Euro. Schulden in Sozialsystemen zu verstecken erscheint als bequemer Weg, um Kosten in die Zukunft zu verschieben.

„Fiskalischen Kindesmissbrauch“ nennt das der amerikanische Ökonom Laurence Kotlikoff, der als einer der Ersten auf das Problem der verdeckten Schulden hingewiesen und sogenannte Generationenbilanzen und Nachhaltigkeitslücken ausgerechnet hat. Einer schrumpfenden Zahl von künftigen Beitragszahlern stehen die wachsenden Ansprüche der Transferempfänger in einer alternden Gesellschaft gegenüber. Unterbleiben drastische Reformen der Renten-, Sozial- und Gesundheitssysteme, dann werden die impliziten Schuldenberge nach und nach als Defizite sichtbar. Was für ein Schulden-Himalaja sich auf türmen könnte, hat die Ratingagentur Standard & Poor's in einer Studie<sup>40</sup> zu quantifizieren versucht. In den meisten entwickelten Staaten würden die Schuldenquoten bis zum Jahr 2050 theoretisch auf 300 Prozent des BIP steigen – völlig untragbare Lasten. Bevor es aber so weit kommt, wären die Staaten längst finanziell zusammengebrochen.

### Stimulieren um jeden Preis

Schon die „große Rettung“ des Jahres 2009 hat die meisten Staaten völlig erschöpft. Ihre Reserven sind verausgabt, ihr künftiger Handlungsspielraum ist klein. Nun müsste das Ruder entschlossen herumgerissen werden. Statt Stimulus ist Sparen

39 Sachverständigenrat, Jahresgutachten 2003/2004, S. 435.

40 Standard & Poor's: Global Ageing: An Irreversible Truth. Oktober 2010.



angesagt. Auch in den Vereinigten Staaten wäre eine entschlossene fiskalische Bremsung notwendig, doch sind dort Regierung und Opposition über diese Frage tief zerstritten. Dort hoffen einige, die Schuldenquote durch Wachstum reduzieren zu können. Diese Hoffnung kann aber trügen. Hohe Wachstumsraten weisen die Schwellenländer auf, die von der Krise kaum berührt waren. Deutschland profitiert mit seinem großen Exportsektor vom asiatischen Aufschwung, daher das Wachstum von 3,6 Prozent im Jahr 2010 und noch immer über 3 Prozent in diesem Jahr. Die deutsche Erholung sowie das osteuropäische Wachstum strahlen auf Mitteleuropa aus. Österreich erreichte 2 Prozent Wachstum und lag damit deutlich über dem Durchschnitt der Euro-Länder.

Die meisten westlichen Industrieländer sowie die Volkswirtschaften der Euro-Peripherie schleppen sich aber nur mühsam aus der Krise. Sie müssen sich schmerzhaft umorientieren. Verzerrte Wirtschaftsstrukturen mit aufgeblähtem Finanzsektor oder überdimensioniertem Bausektor gibt es in den Vereinigten Staaten, Großbritannien und Irland sowie in Spanien. Das Potenzialwachstum dieser Länder ist für absehbare Zeit gedämpft, da die Finanzsektor- und Immobilienkrisen nachwirken.<sup>41</sup> Bevor die Wirtschaft wieder stärker wächst und die Arbeitslosigkeit signifikant sinken kann, müssen sie sich strukturell neu ordnen; einige Bereiche müssen „gesundschrumpfen“. In den Jahren des kreditgetriebenen Booms sind in Amerika viele Arbeitsplätze in der Industrie abgebaut und stattdessen höher bezahlte Jobs im (Finanz-)Dienstleistungssektor geschaffen worden. Das vermeintliche Produktivitätswunder hat das nominelle BIP aufgebläht, war aber nicht nachhaltig.<sup>42</sup>

41 Vgl. Janssen, Nils / Scheide, Joachim: Growth Patterns after the Crisis. This Time is not Different. Kiel Policy Brief 22, Dezember 2010.

42 Biggs, Michael / Mayer, Thomas: The Output Gap Conundrum. CEPS, Intereconomics 2/2010.

Gegen den schmerzhaften Prozess der Anpassung und Rückbildung sträuben sich mächtige Interessengruppen und Wählerschaften. Wird versucht, mit immer weiteren fiskal- oder geldpolitischen Stimuli eine Rückkehr zum alten, aufgeblähten Wachstumspfad zu erzwingen, wie dies in den USA Regierung und Zentralbank tun, läuft die Politik ins Leere. Sie hinterlassen einen wachsenden Schuldenberg und legen die Saat für Inflation.

Damit könnte sich die Erfahrung der 1970er-Jahre wiederholen, die der zypriotische Ökonom Athanasios Orphanides, heute EZB-Ratsmitglied, analysiert hat. Auch damals überschätzten einige Zentralbanker die „Output-Lücke“ und unterschätzten folglich die „natürliche“, also strukturelle Arbeitslosenquote. Sie schossen aus vollen Rohren mit billigem Geld, um die Wirtschaft nach der Ölpreiskrise anzufeuern. Die Folge war aber nicht mehr Wachstum, sondern anziehende Inflationsraten.<sup>43</sup>

Angesichts der ungebremsten Liquiditätsschwemme der Fed und der hohen amerikanischen Staatsverschuldung, die schon mehr als 14 Billionen Dollar beträgt, erscheint auf längere Sicht die Position des Dollar nicht mehr gesichert. China, der Hauptgläubiger der Vereinigten Staaten, macht sich Gedanken, wie es seine Devisenreserven (fast 2 Billionen Dollar) besser diversifizieren könnte. Davon könnte der Euro profitieren, wenn die europäische Gemeinschaftswährung nicht gerade selbst eine tiefe Krise durchliefe.

### Die Währungsunion in der Zerreißprobe

Das Beben der Finanzkrise hat in der dritten Welle zu extrem hohen Staatsdefiziten geführt und in Europa schonungslos die

43 Orphanides, Athanasios / Williams, John C.: The Decline of Activist Stabilization Policy. Natural Rate Misperceptions, Learning and Expectations. Federal Reserve System, International Finance Discussion Papers Nr. 804, 2004.

Schwachstellen der Währungsunion offengelegt. Nach gut zehn Jahren Schönwetterperiode, in der die Währungsunion trotz Regelverstößen recht gut zu funktionieren schien, ist sie in einen Sturm geraten, der sie zu zerreißen droht. Schon vor der Festschreibung der Wechselkurse 1999 und der Einführung des Euro gab es zahlreiche Warnungen: Ein gemeinsames Währungsdach für Volkswirtschaften mit unterschiedlicher Wettbewerbskraft kann zu Spannungen führen. Der Euro-Raum ist kein „optimaler Währungsraum“, denn für eine gemeinsame Währung sind die Volkswirtschaften zu heterogen, die (Arbeits-)Märkte zu inflexibel und die Faktormobilität zu gering, um exogene Schocks auszugleichen. Ein grundlegender Irrtum der europäischen Politik war, in der Währungsunion auf eine immer weitere Konvergenz der Volkswirtschaften zu hoffen.<sup>44</sup> Das Gegenteil trat ein: Nach 1999 gab es keine Konvergenz zu beobachten, sondern ein Auseinanderdriften, was die Wettbewerbsfähigkeit angeht. Das zeigte sich in den Leistungsbilanzen.

Die Südeuropäer erlebten zunächst eine Sonderkonjunktur, getrieben durch den EZB-Einheitsleitzins. Für Deutschland und Österreich, die mit niedrigen Inflationsraten in die Währungsunion gingen, war der EZB-Leitzins real zu hoch. Für die Peripherie, die höhere Inflationsraten hatten, war er zu niedrig. Die realen Zinsen lagen dort über Jahre im negativen Bereich. Dies war eine ungeheure Verlockung zur Verschuldung, die Kreditvolumina wuchsen rapide. In Spanien und Irland kam es zu Baubooms, der plötzliche scheinbare Reichtum heizte den Konsum an. Insgesamt leisteten sich die Südländer, die allgemein stärkere, kampfbereite Gewerkschaften haben, übermäßig hohe Lohnzuwachsrate, die nicht von der Arbeitsproduktivität gedeckt waren. Die Lohnstückkosten in Griechenland, Portugal, Spanien, Italien und Irland stiegen gegenüber der Vor-Euro-Zeit um rund ein Drittel,

44 Vgl. Paqué, Karl-Heinz: Das Ende einer Illusion, FAZ 01/04 2011.

in gleichem Maß sank ihre preisliche Wettbewerbsfähigkeit.

Daraus folgten stark steigende Leistungsbilanzdefizite in den „PIIGS“-Staaten Portugal, Irland, Italien, Griechenland und Spanien und steigende Auslandsverschuldung, die in Finanzkrisen besonders gefährlich werden kann. In Griechenland wuchs das Leistungsbilanzdefizit 2009 auf extrem hohe 14 Prozent des BIP, Portugal kam auf mehr als 10 Prozent, Spanien auf 5,5 Prozent und Italien und Irland auf mehr als 3 Prozent des BIP.<sup>45</sup> Griechenland und Portugal hatten auch ihren schwerfälligen öffentlichen Dienst erheblich ausgeweitet, die Ausgaben für die vom Staat Beschäftigten verdoppelten sich in einem Jahrzehnt. In jeder Hinsicht lebten diese Länder über ihre Verhältnisse. Zunächst konnte der Überkonsum durch Kapitalzuflüsse aus dem Norden und die drastisch sinkenden Zinsen finanziert werden. Als mit der Finanzkrise die Kapitalmärkte plötzlich die Entwicklung der öffentlichen Verschuldung misstrauischer beobachteten, verlangten sie von den „PIIGS“-Staaten schlagartig höhere Risikoprämien.

Konnten die südeuropäischen Länder vor dem Euro noch ihre Währungen abwerten, um ihre preisliche Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern, ist dieser Ausweg nun versperrt. Statt Wechselkursabwertung droht Zahlungsunfähigkeit – was die Gläubiger, allen voran französische und deutsche Banken, schwer treffen würde. Hinter den Kulissen drohten die Banken der Politik mit einer möglichen Kettenreaktion im Finanzsystem, falls die Anleihen von Griechenland oder anderen Peripherie-Staaten ausfielen.

45 Leistungsbilanzdefizite müssen kein Alarmsignal sein. Bei unterentwickelten Ländern, die eine wirtschaftliche Aufholjagd machen, sind sie der Theorie nach sogar zu erwarten, weil Investitionen in diese Länder fließen. Allerdings waren die Leistungsbilanzdefizite in den südeuropäischen Peripheriestaaten zu einem zu großen Teil durch Importe von Konsumgütern verursacht. Wenn es Investitionen gab, dann überwiegend im Bausektor. Die Produktivität wurde davon nicht gesteigert.

So wurde abermals eine Rettung mit Steuergeld erwirkt. Eigentlich schloss der Maastricht-Vertrag einen „Bail-out“ aus. Es hieß klar, dass die Teilnehmer der Währungsunion nicht für die Schulden anderer Mitglieder haften. Doch dieser Grundsatz wurde über Bord geworfen. Die solideren Mitglieder der Euro-Zone, allen voran Deutschland, haften nun für die Schulden der Peripherie.

Als sich die Schuldenkrise zuzuspitzen begann, hatte der frühere EZB-Chefvolkswirt Otmar Issing noch eindringlich vor einer Verletzung der „No bail-out“-Klausel gewarnt. Wer diesen Grundsatz aufweiche, der lege „die Axt an den Stabilitätspolitischen Rahmen der Währungsunion“. Dass jeder Staat für seine eigenen Schulden und Defizite hafte, sei entscheidend für die finanzpolitische Disziplin. „Ohne das gäbe es kein Halten mehr“, warnte Issing.<sup>46</sup> Im Mai 2010 gab es kein Halten mehr. Die Regierungen der Euro-Länder, die EU-Kommission und der IWF richteten eine Kreditlinie von 110 Milliarden Euro für Griechenland und dann einen Rettungsfonds mit 750 Milliarden Euro für sämtliche finanzschwachen Euro-Länder ein. 2013 soll an seine Stelle der European Stability Mechanism (ESM) treten, der sogar nominal 700 Milliarden Euro Volumen haben soll. Entsprechend den EZB-Kapitalquoten gibt Deutschland den Löwenanteil von maximal 168 Milliarden Euro Garantien und leistet von 2013 an schrittweise eine Bareinlage von fast 22 Milliarden Euro, Österreich haftet für bis zu 17,3 Milliarden Euro mit, zahlt 2,2 Milliarden Euro in die unverzinsten Bareinlage.

Aus der Währungsunion droht damit eine Transferunion zu werden. Die Gefahr, dass der Euro zur Haftungsgemeinschaft mutiert, haben Kritiker, etwa der Tübinger Ökonom Joachim Starbatty, von Anfang an vorausgesagt. Viele deutsche

Wirtschaftsprofessoren standen den Plänen für eine Europäische Wirtschafts- und Währungsunion (EWU) in den 90er-Jahren skeptisch bis ablehnend gegenüber. Doch ihre Vorbehalte wurden ignoriert. Denn der Euro war in erster Linie ein politisches, kein ökonomisches Projekt. Die ökonomischen Begründungen der angeblichen Vorteilhaftigkeit einer gemeinsamen Währung wurden nachgeschoben.

Ein Damm gegen unsolide Fiskalpolitik sollte der Stabilitätspakt sein, der aber in den Jahren 2003 bis 2005 von Deutschland und Frankreich gemeinsam aufgeweicht wurde. Nun soll der Pakt zwar verschärft werden. Es bleibt aber dabei, dass es bei überhöhten Defiziten keinen Sanktionsautomatismus gibt. Der Prozess bleibt politisiert, weiterhin richten potenzielle Sünder über aktuelle Sünder. Das schwächt die Glaubwürdigkeit von Sanktionsdrohungen. Fragwürdig ist auch die Diskussion über Euro-Bonds, die von einigen Regierungen und der Kommission gefordert werden, denn sie führt auf die schiefe Bahn zur Vergemeinschaftung von Altschulden. Gemeinsame Anleihen würden den „schlechten“ Schuldnern eine Entlastung auf Kosten der relativ guten Schuldner wie Deutschland, Österreich, Niederlande, Finnland und anderen bringen. Dass der ESM künftig Anleihen finanzschwacher Euro-Staaten ankaufen darf, führt die Euro-Bonds durch die Hintertür ein.

Statt einer Vergemeinschaftung von Schulden empfehlen viele Ökonomen eine Insolvenzregel für Staaten. Griechenland, das bald 160 Prozent Schuldenquote hat, sollte eine Umschuldung gewährt werden. Damit gäbe es eine Beteiligung der Gläubiger an der Sanierung der Staatsfinanzen. Zumindest müssten EU-Hilfskredite aus Steuermitteln mit einem Schuldenmoratorium in Form einer Verlängerung der Laufzeiten verbunden werden. Die Anleger, die hoch rentierende PIIGS-Anleihen gekauft haben, würden dann wenigstens einen Teil der Risiken tragen, statt sie komplett auf die europäischen Steuerzahler abzuwälzen. Eine

<sup>46</sup> Zit. n.: Regierung blickt mit Sorge auf Euro-Schuldenländer, FAZ 20/02 2009.

solche Regelung würde disziplinierend wirken, weil sie künftige übermäßige Schuldenmacherei bremst.

Wenn jedoch der Eindruck entsteht, dass die Steuerzahler der solideren Länder, allen voran Deutschland, die Niederlande und Österreich, die Zahlmeister der EU sind, wird die Akzeptanz der EU beschädigt. Die Euro-Verdrossenheit hat in der Krise einen Höhepunkt erreicht. Nach den Allensbach-Umfragen haben in Deutschland fast zwei Drittel der Bürger wenig oder gar kein Vertrauen mehr in die EU.<sup>47</sup> Ohnehin hat sich die Mehrzahl der Bürger nur widerwillig in das Euro-Projekt gefügt, das wie vieles in der EU insbesondere von den Eliten vorangetrieben wurde.<sup>48</sup> Auch diese sind nun ratlos. Die Kluft zwischen Politik und Bürger scheint sich zu verbreitern. In einer Transferunion würden sich die Nettozahler ausgenutzt und getäuscht fühlen, zumal wenn offenkundige Statistikfälschung wie in Griechenland vorliegt. Finanzielle Spannungen können zu politischen Spannungen führen. Der Euro würde dann zum Sprengsatz für Europa werden. Eine solche Entwicklung hat der amerikanische Ökonom Martin Feldstein in einem vieldiskutierten Aufsatz schon vor Beginn des EWU-Experiments prophezeit.<sup>49</sup>

Im „Haus Europa“ sind die Risse seit 2010 nicht mehr zu übersehen. Manch führender EU-Politiker griff auf eine martialische Rhetorik zurück. Von einem „Angriffskrieg“ ominöser internationaler Spekulanten war die Rede, gegen den Frankreichs Präsident Sarkozy eine „Generalmobilmachung“ ankündigte. Er wolle

47 Vgl. Petersen, Thomas: Das gemeinsame Interesse an Europa ist in Gefahr. *FAZ* 26/01 2011.

48 Haller, Max: Die Europäische Integration als Elitenprozess. Das Ende eines Traums? Wiesbaden 2009, S. 42.

49 Feldstein, Martin: The Political Economy of the European Economic and Monetary Union. Political Sources of an Economic Liability. *Journal of Economic Perspectives* 11, 1997, S. 3–22.

„ohne Gnade die Spekulation bekämpfen“<sup>50</sup>. Einige prominente Ökonomen widersprachen diesen Ideen, so etwa Otmar Issing, der frühere Chefvolkswirt der Europäischen Zentralbank, der in seinem Artikel „Die Mär von der Spekulation“ fragte: „Ist es Spekulation zu nennen, wenn Pensionsfonds und Lebensversicherungen versuchen, griechische Anleihen abzustoßen, um Schaden von ihren Versicherten abzuwenden?“<sup>51</sup> Der Wirtschaftshistoriker Werner Plumpe nennt den Verweis auf die „notorischen Spekulanten ... eine Art Schadenszauber, weiß doch mittlerweile jedes Kind, dass die Probleme nicht auf Spekulation zurückzuführen sind, sondern nicht selten auf handfeste Misswirtschaft“<sup>52</sup>.

Da viele mitteleuropäische Steuerzahler über die Euro-Rettung nicht begeistert waren, sprachen führende EU-Politiker von katastrophalen Folgen, falls einzelne Mitglieder wegen Zahlungsschwierigkeiten die Währungsunion verlassen müssten. Auf den Wirtschaftshistoriker Plumpe wirken diese Szenarien wenig überzeugend. Er erinnert daran, dass es schon die verschiedensten Währungsunionen in der Geschichte gab, die alle irgendwann auseinanderfielen. „Ihr Zerfall trat in der Regel ein, wenn die wirtschaftlichen Unterschiede zwischen den Teilnehmerländern zu groß wurden, um eine gemeinsame Währung sinnvoll erscheinen zu lassen, oder wenn sich ein oder mehrere Teilnehmer nicht mehr an die vereinbarten Spielregeln hielten. Ihr Zerfall war bisher kaum je ein ökonomisches Desaster.“ Die schleichende Transformation der Währungsunion in eine Haftungsunion steht nach Meinung vieler Experten<sup>53</sup> erst am Anfang. Flankierend

50 Zit. n. Plickert, Philip: Wer hat Angst vor Spekulanten? *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung* 02/01 2011.

51 Issing, Otmar: Die Mär von der Spekulation. *FAZ* 27/05 2010.

52 Plumpe, Werner: Der Euro ist nicht unser Schicksal, *FAZ* 06/01 2011.

53 Nach Ansicht des Mannheimer Ökonomeprofessors Roland Vaubel ist die Kommission jene Institution, die am stärksten an einer weiteren

fordert die französische Regierung seit Jahren eine „Wirtschaftsregierung“, wogegen die deutsche Kanzlerin einen „Pakt für Wettbewerbsfähigkeit“ vorgeschlagen hat. Die Diskussion im Jahr 2010 drehte sich immer mehr um „makroökonomische Ungleichgewichte“, die es abzubauen gelte. Französische Politiker und Ökonomen plädierten für eine Art europäische Makro-Globalsteuerung; auch in Deutschland finden sich im linken Lager ein paar Fürsprecher dieser Idee. Wenn die Peripherie in den kommenden Jahren nicht wettbewerbsfähig wird, weil sie unter zu hohen Schulden leidet und zu geringe Innovationskraft hat, wird der Ruf nach Transferflüssen oder nach politischer Steuerung der Leistungsbilanzen immer lauter werden. Frankreich hat die zu geringen Lohnsteigerungen in Deutschland kritisiert. Die Forderung nach „Harmonisierung“ der Lohnpolitiken ist dabei in den Augen einiger Experten nur der wenig kaschierte Versuch, die Produktionskosten des Konkurrenten zu erhöhen.<sup>54</sup>

Die Schritte zu einer supranationalen, gemeinsamen Wirtschaftspolitik führen in jedem Fall zu mehr Vereinheitlichung. Dabei besteht die Gefahr, dass durch mehr supranationale Vorgaben nicht nur die nationale demokratische Souveränität ausgehebelt wird. Eine zentralistische Politik nach dem Motto „one size fits all“ ist auch ökonomisch höchst fragwürdig in einem heterogenen Wirtschaftsraum. In der Geldpolitik hat sie zu Verzerrungen und Fehllenkungen geführt. Die von Frankreich

Zentralisierung interessiert ist. Vgl. dazu: Roland Vaubel: *The European Institutions as an Interest Group. The Dynamics of Ever-closer Union*, London 2009.

54 Die Strategie ist im Ökonomenjargon als „Raising Rival's Costs“ bekannt. Vgl. Vaubel, Roland: *The European Institutions as an Interest Group*. A. a. O., S. 57–60. Ohnehin bietet die EU ein Vehikel für eine Vielzahl von protektionistischen und interventionistischen Praktiken, die Vorteilsstreben (Rent Seeking) von Interessengruppen zulasten der Konsumenten und Steuerzahler ermöglichen. Vgl. Vaubel, Roland: *Europa-Chauvinismus. Der Hochmut der Institutionen*. München 2001, bes. S. 135–147.

propagierte „Wirtschaftsregierung“ bedeutete im Extrem eine Gleichschaltung der länderspezifischen Fiskal-, Sozial-, Tarif-, Renten- und Bildungspolitiken. Dies würde die europäische Vielfalt planieren und in eine Sackgasse führen. Europa wäre nicht mehr Europa. Denn gerade die Vielfältigkeit hat, historisch gesehen, das Entdeckungsverfahren ermöglicht, das Europa zu einer einzigartigen und führenden Region in der Welt macht. Es war dieser produktive Systemwettbewerb, der das historische „Wunder Europas“ (Eric L. Jones) ermöglichte.<sup>55</sup> Durch mehr zentralistische Planierung würde Europa nicht „fit“ für den globalen Wettbewerb, wie die Befürworter einer „Wirtschaftsregierung“ versprechen, sondern sein Wachstumspotenzial tendenziell gemindert.<sup>56</sup>

### Die tickende demografische Zeitbombe am „alten Kontinent“

Die Wachstumsaussichten sind ohnehin gedämpft: kurz- und mittelfristig wegen der Folgen der Finanz- und Schuldenkrise, die strukturelle Veränderungen erzwingt. Mittel- bis längerfristig werden die Auswirkungen des demografischen Wandels immer schärfer zutage treten. Die Bezeichnung Europas als „alter Kontinent“ bekommt einen neuen, düsteren Sinn. Mit einer überalternden Bevölkerung geht Dynamik verloren. Jeder Einzelne wird natürlich die Verlängerung der Lebenserwartung als Geschenk zusätzlicher Zeit sehen.<sup>57</sup> Gesamtgesellschaftlich dürften die Konsequenzen stark überalternder Bevölkerungen und einer

55 Jones, Eric L.: *The European Miracle. Environments, Economies, and Geopolitics in the History of Europe and Asia*. Cambridge 1987.

56 Vgl. Steltzner, Holger: Risiko Wirtschaftsregierung. *FAZ* 16/02 2011.

57 Vgl. Schwentker, Björn / Vaupel, James W.: Eine neue Kultur des Wandels. *Aus Politik und Zeitgeschichte* 10-11 2011.

fehlgesteuerten Zuwanderung jedoch zu existenziellen Belastungsproben führen. Schon heute gibt es in Mitteleuropa mehr 65-Jährige als Unter-20-Jährige. Vor allem im Zusammenspiel mit der Verschuldung wird die Herausforderung deutlich: Immer weniger Nachkommen müssen immer größere Lasten schultern.

Mitte der 1960er-Jahre erreichte die Geburtenrate mit deutlich über zwei Kindern je Frau – der sogenannten Babyboomer-Generation – einen kurzen Höhepunkt. Als die Geburtenraten dann einbrachen, wurden die Konsequenzen zunächst verdrängt, eine Debatte sollte nicht stattfinden und wurde gar diffamiert.<sup>58</sup> Bevölkerungswissenschaft galt nach den NS-Missbräuchen als anrühlich. Dennoch bleibt die Demografie eine zentrale Größe, die sich nicht aus Gründen vermeintlicher „Political Correctness“ ignorieren lässt. Bevölkerungsentwicklungen sind träge Phänomene, doch gewinnen sie an Fahrt, wenn ein Einbruch der Geburtenrate so lange anhält. Seit fast 40 Jahren liegt sie nun bei etwa 1,4 Kindern je Frau. Das ist rund ein Drittel weniger als das bestandserhaltende Niveau. Im Klartext heißt das: Jede nachgeborene Generation wird um ein Drittel kleiner sein als ihre Elterngeneration. Dieser Prozess führt in eine sich selbst verstärkende demografische Abwärtsspirale.

Die absoluten Zahlen verdeutlichen die epochale Verschiebung. 1964, im letzten Jahr des Babybooms, kamen in Deutschland (West und Ost) rund 1,35 Millionen Kinder zur Welt, dann sank die Geburtenzahl um mehr als ein Drittel. Vordergründig wird dies als „Pillenknicke“ bezeichnet. Als tiefere Gründe erscheinen ein kultureller und ideologischer Wandel, das Forcieren neuer, emanzipierter Frauenrollenbilder, die das Muttersein in den Hintergrund drängten, sowie die zunehmende Individualisierung und Auflösung der traditionellen Familienstrukturen, deren Aufgaben zum Teil der Sozialstaat übernahm. Ökonomisch kann

<sup>58</sup> Vgl. Schirmmacher, Frank: Deutschland-Thriller. FAZ 07/03 2005.

der Verzicht auf Nachwuchs als Reaktion auf veränderte (Opportunitäts-)Kosten der Erziehung der Kinder gedeutet werden, deren „Wert“ (emotional und materiell) geringer geachtet wird.<sup>59</sup> Nicht zu unterschätzen ist auch der demografische Effekt des Sozialstaats: Während die Kosten der Kindererziehung weitgehend bei den Eltern liegen, wird ihr ökonomischer „Nutzen“ sozialisiert, indem sie Rentenbeiträge ins Umlagesystem zahlen, aus dem auch die Renten der Kinderlosen finanziert werden.

Den bisherigen Tiefpunkt der Geburtenzahl markiert in Deutschland das Jahr 2009, als nur noch 651.000 Kinder zur Welt kamen. Innerhalb von 45 Jahren hat sich die Basis des Nachwuchses halbiert. In Österreich lag die Geburtenzahl im Höhepunkt 1963 bei fast 135.000, heute werden weniger als 77.000 Kinder im Jahr geboren. Dies ist ein Rückgang der Geburtenzahl um mehr als 40 Prozent in nicht einmal zwei Generationen. Noch stehen die Babyboomer mehrheitlich im Erwerbsleben, doch werden sie etwa zur Mitte des Jahrzehnts ausscheiden. In den kommenden Jahrzehnten wird die Alterung in eine beschleunigte Schrumpfung der Bevölkerung übergehen. Das Ausmaß der zu erwartenden Bevölkerungsverluste nennt der bekannte Bielefelder Demograf Herwig Birg vergleichbar mit denen im Dreißigjährigen Krieg, der die Einwohnerzahl um etwa ein Drittel dezimierte und ganze Landstriche in Mitteleuropa entvölkerte.<sup>60</sup>

Zum Teil füllen Einwanderer und ihre Nachkommen die demografische Lücke, doch nicht vollständig. Bis zum Jahr 2050 wird die Bevölkerungszahl der Bundesrepublik von 82 Millionen auf 68 Millionen sinken, darunter sind laut der Berechnung von Birg dann rund 19 Millionen mit Migrationshintergrund. 2100

<sup>59</sup> Zur ökonomischen Theorie der Fertilität vgl. Becker, Gary: A Treatise on the Family. Cambridge (Mass.) 1981, S. 155–174.

<sup>60</sup> Birg, Herwig: „Schlimmer als der 30jährige Krieg“. Interview in: *Die Welt*, 05/10 2005.

könnte die Bevölkerungszahl der Bundesrepublik, wenn die demografischen Trends sich nicht drastisch ändern, auf 46 Millionen geschrumpft sein. Davon wäre eine Minderheit von nur 21 Millionen ethnisch deutsch, gegenüber einer Mehrheit von 25 Millionen Zugewanderten mit ihren Nachkommen.<sup>61</sup>

Für Österreich ist eine noch schnellere Verschiebung der ethnischen Relationen anzunehmen. Nach der mittleren Schätzung von Statistik Austria wird die Bevölkerungszahl zwar bis 2050 von 8,4 auf 9,4 Millionen zunehmen, aber nicht wegen nennenswert steigender Geburtenzahlen, sondern als Folge einer erwarteten hohen Zuwanderung.<sup>62</sup> Die autochthone österreichische Bevölkerung schrumpft bis zur Jahrhundertmitte um 2 Millionen, ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung sinkt laut der Prognose von Vonach und Tagesen auf etwa 52 Prozent. Am stärksten sind die demografischen Verschiebungen in den Städten und in der jungen Bevölkerung. In Wien könnte der Migrantenanteil bei den Unter-40-Jährigen schon zur Jahrhundertmitte auf 73 Prozent der Bevölkerung anwachsen.<sup>63</sup>

Langfristige demografische Prognosen stehen unter dem Vorbehalt, dass künftige Trends sich ändern können. Doch die mittelfristige Bevölkerungsentwicklung ist unentrinnbar durch den Geburtenstreich der vergangenen 40 Jahre determiniert. Der Kinder-

61 Birg, Herwig: Was auf Deutschland zukommt – die zwingende Logik der Demographie. *Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte* 35, Demographie, Demokratie und Geschichte. Deutschland und Israel 2007, S. 292–309.

62 Es wird eine Nettozuwanderung von meist mehr als 30.000 jährlich angenommen. Vgl. Statistik Austria: Bevölkerungsvorausschätzung 2010 bis 2075. Wien 2010.

63 Vonach, Herbert / Tagesen, Siegfried: Bevölkerungsvorausschau für die autochthone Bevölkerung Österreichs und die Bevölkerung mit Migrationshintergrund, Wien 2010. Prof. Birg hat dem Autor diese Studie von zwei Physikprofessoren der Universität Wien empfohlen.

mangel bedeutet künftigen Elternmangel. Europas Bevölkerung wird demnach in nie gekanntem Maße schrumpfen. Abgesehen davon, dass der Mangel an Nachwuchs starke Zweifel am kulturellen Überlebenswillen aufkommen lässt, verdüstert er die volkswirtschaftlichen Perspektiven. Schon in diesem Jahrzehnt, wenn die Babyboomer in Rente gehen, werden die Ressourcen an qualifizierten und leistungsfähigen Arbeitskräften deutlich knapper. Zugleich steigt deren Belastung durch Beiträge in die Sozialsysteme und die Versorgung der zunehmenden Zahl von Älteren.

Heute kommen noch drei Erwerbstätige auf einen Rentner, in einer Generation dürften es weniger als zwei sein.<sup>64</sup> Wegen der schrumpfenden Basis an Erwerbspersonen (bis 2035 in Deutschland um rund 5 Prozent, danach beschleunigt) ist mit schwächerem Wachstum zu rechnen. Das Schweizer Institut Prognos schätzt, dass selbst im günstigsten Szenario mit einer steigenden Erwerbsbeteiligung von Frauen, Älteren und Migranten die Wachstumsrate bis 2035 im Durchschnitt nur noch 1 Prozent beträgt und zuletzt auf 0,6 Prozent sinken wird.<sup>65</sup>

Der demografische Wandel, der seit einigen Jahrzehnten schleichend abläuft, ist träge und dennoch so wuchtig, dass er die bisherigen Gesellschaftsordnungen in eine Zerreißprobe führen wird. Es drohen Verteilungskonflikte: Junge gegen Ältere, Gesunde gegen Kranke, Einheimische gegen Migranten. Die finanziellen Ressourcen des Sozialstaates werden härter als je zuvor umkämpft sein. In der Demokratie, in der die Präferenzen des Median-Wählers entscheidend sind, droht eine beschleunigte

64 Der sogenannte Altenquotient, das zahlenmäßige Verhältnis von Rentnern zu Erwerbspersonen, beträgt heute noch 0,34 (ein Rentner auf drei Erwerbsfähige), in 25 Jahren wird er auf 0,58 geschätzt. Dies wäre eine Steigerung um 70 Prozent mit gravierenden Folgen für die Rentensysteme. Die Belastung kann durch ein höheres Renteneintrittsalter gemildert werden. Vgl. Prognos AG: Deutschland Report 2035. Basel 2010, S. 3.

65 Vgl. Prognos-Report: Deutschland 2035. A. a. O.

nigte Umverteilung. Die Zahl der Sozialleistungsbezieher, die ein Interesse am Ausbau der Umverteilung haben, steigt, während die Steuern und Abgaben zahlende erwerbstätige Mitte schrumpft. Schon heute gehören in Deutschland 42,4 Prozent der Wahlberechtigten zur Gruppe derer, die ihr Einkommen hauptsächlich vom Staat beziehen. Dazu zählen Rentner, Arbeitslose sowie Empfänger anderer Sozialleistungen. „Es fehlt also nicht mehr viel, bis jeder zweite Wahlberechtigte vom Staat alimentiert wird“, warnt das Institut der deutschen Wirtschaft.<sup>66</sup>

Angesichts der demografischen Entwicklung ist der Zeitpunkt absehbar, an dem die Sozialleistungsbezieher die Mehrheit der Wahlberechtigten stellen. Zwar sind Transferbezieher kein geschlossener Wählerblock, doch tendenziell eint sie ihr Interesse an einem stetigen Transferfluss. In Deutschland ist zu beobachten, dass neben den Arbeitslosen die Rentner eine zunehmende Wählergruppe der Linkspartei bilden, die sich gegen die Rentenreformen mit dem demografischen Ausgleichsfaktor und der Anpassung des Renteneintrittsalters stemmt. Als in der Rezession 2009 die Arbeitseinkommen sanken, wurden die Renten nicht entsprechend gekürzt, stattdessen beschloss die schwarzrote Regierung eine „Rentengarantie“. Das Aufweichen der Regel erfolgte rein aus politischem Opportunismus.

Die mächtigsten Wählerbataillone sind künftig die Älteren, die Transfer- und Sozialleistungsbezieher. Dies fällt ins Gewicht, wenn über die Verteilung knapper Ressourcen, etwa für junge Familien, für Bildung oder für die Rentenempfänger, gestritten wird. FAZ-Herausgeber Frank Schirrmacher hat den Begriff „Methusalem-Komplot“ geprägt, der Münchner Ökonom Hans-Werner Sinn warnte vor einer „Gerontokratie“. Nur die Abwanderungsdrohung der Jüngeren, der Steuer- und Abgaben-

<sup>66</sup> Institut der deutschen Wirtschaft: Sozialleistungen: Gefährdete Balance. IWD 4/2010, 28. Januar 2010.

zahler, kann den Zugriff des Sozialstaates auf ihre Einkommen bremsen.<sup>67</sup> In den vergangenen Jahrzehnten hat der Staat die Wünsche der Wähler bedient, indem er sich zulasten kommender Generationen verschuldet hat. Während die Sozialausgabenquote des deutschen Staatshaushalts seit den 1970er-Jahren stark ausgeweitet wurde und nunmehr ein Drittel des BIP beträgt, ist die Investitionsquote des Bundes unter 9 Prozent gesunken. Der Schwerpunkt der Ausgaben liegt also auf Sozialkonsum.

In der demografischen Falle erscheint der Staat, der ein umfassendes, aber nicht mehr finanzierbares soziales Sicherheitsversprechen gegeben hat, nicht mehr souverän. Er hat Handlungsspielräume verloren. Er ist nicht mehr Gestalter einer sozialen Ordnung, sondern Getriebener von Interessengruppen. Um heutige Wählerinteressen zu bedienen, schmälert er Zukunftschancen. Immerhin hat Deutschland mit der Schuldenbremse weiterem opportunistischen Schuldenmachen finanzpolitisch einen Riegel vorgeschoben. Von 2016 an muss der Bund und von 2020 an müssen die Länder mit nur noch minimaler struktureller Neuverschuldung auskommen. Solche Schuldenregeln sind der einzige Schutz der künftigen Generationen gegen eine Ausgabenpolitik zu ihren Lasten.

Die Lebenserwartung der Menschen in Mitteleuropa steigt seit Mitte des 19. Jahrhunderts. Selbst nach konservativen Schätzungen könnte sie jedes Jahrzehnt um etwa weitere zwei Jahre zunehmen.<sup>68</sup> Während das allein ein Grund zur Freude sein könnte, bringt das drastische Schrumpfen der jungen Generation die Gesellschaft aus der Balance. Um die politischen Kämpfe um Rentenanpassungen zu entschärfen, wäre eine Regel zur dynamischen Anpassung des Renteneintrittsalters notwendig.

<sup>67</sup> Man denke in diesem Zusammenhang an das klassische politökonomische Paradigma von „Exit and Voice“, das auf Albert Hirschman zurückgeht.

<sup>68</sup> Vgl. Schwentker, Björn / Vaupel, James W., a. a. O. S. 4–5.



Die hinzukommenden Lebensjahre würden dann nach einem festen Verhältnis auf Arbeits- und Pensionszeit verteilt – etwa zwei Drittel zu einem Drittel. Analog zur Schuldenbremse wäre dies ein Selbstschutz der Politik gegen die Versuchung einer wahltaktisch motivierten, opportunistischen Rentenpolitik auf Kosten der kleiner werdenden jüngeren Generationen.<sup>69</sup>

### Ausländer rein – aber die richtigen

Auf dem Arbeitsmarkt wird sich schon Mitte dieses Jahrzehnts die Nachwuchsknappheit schmerzhaft bemerkbar machen. Die Babyboomer gehen in den Ruhestand, geburtenschwache Jahrgänge treten ins Erwerbsleben ein. Einige Branchen klagen schon heute über Fachkräftemangel. Eine stärkere Aktivierung von Älteren und Arbeitslosen kann die Knappheit lindern, doch nur zum Teil. Daher ist Zuwanderung notwendig, die aber in radikaler Weise neu zu steuern ist. Sie muss an den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes ausgerichtet sein und darf zugleich die sozialkulturelle Aufnahmefähigkeit nicht überschreiten. Skepsis, ob dies gelingt, ist angebracht, denn gerade in der Einwanderungsfrage haben sich die westeuropäischen Staaten über Jahrzehnte konzeptlos und schwach gezeigt.

„Insgesamt muss hier von einem Politikversagen gesprochen werden“, urteilt der Bremer Migrationsforscher Stefan Luft. „Der demokratische Rechtsstaat ist nicht in der Lage gewesen, die sich dynamisch entwickelnde Zuwanderung – von der Gastarbeiteranwerbung über den Familiennachzug – wirkungsvoll zu begrenzen.“<sup>70</sup> Zunächst wurden vor allem Ungelernte ins Land

69 Vgl. Börsch-Supan, Axel: Über selbststabilisierende Rentensysteme. MEA Discussion Paper 133-2007.

70 Luft, Stefan: Einwanderung ohne Steuerung. FAZ 17/11 2010. Vgl. auch Luft, Stefan: Abschied von Multikulti. Gräfelting 2007.

geholt, danach ein ungesteuerter Zuzug geduldet, der zu einem erheblichen Teil in die Sozialsysteme ging. Insbesondere die Türkei, die 1961 auf ein eigenes Gastarbeiterabkommen mit Deutschland drang, hatte einen Anreiz, ihren Bevölkerungsüberschuss nach Westeuropa abzuschieben. Von 1962 bis 1973 gab es einen Nettozuzug von etwas mehr als 3 Millionen Menschen aus Südeuropa und der Türkei nach Deutschland.

Die Erwerbsquoten waren anfangs hoch, die Situation wandelte sich aber mit der Rezession Mitte der 1970er-Jahre. Während die meisten Italiener, Spanier, Griechen und Jugoslawen, die arbeitslos wurden, in ihre Heimat zurückgingen, blieb der Großteil der Türken. Sie waren die einzige Ausländergruppe in Deutschland, deren Zahl trotz des Anwerbstopps von November 1973 und der steigenden Arbeitslosigkeit weiter wuchs. Die türkische Zuwanderung fand mehr und mehr über den Familiennachzug statt. In einer regelrechten Kettenwanderung siedelten halbe ostanatolische Dörfer in mitteleuropäische Großstädte um. Hinzu kam in den frühen 1990er-Jahren ein anschwellender Strom von Asylbewerbern.

Der großzügige deutsche Sozialstaat wirkt dabei als „zweipoliger Zuwanderungsmagnet“, wie es der Chef des Münchner ifo-Instituts, Hans-Werner Sinn, formuliert. „Mit der einen Seite stößt er die reichen Nettozahler ab, und mit der anderen zieht er die armen Kostgänger des Staates an.“<sup>71</sup> Eine Studie seines Instituts hat für jeden Migranten im Durchschnitt jährlich knapp 2.370 Euro Nettogewinn durch staatliche Leistungen ergeben. Dazu gehören Sozialhilfe, Wohngeld, Kindergeld, Mitversicherung von Angehörigen in der Krankenversicherung und die Nutzung öffentlicher Einrichtungen. Eine türkische Familie mit drei Kindern erhielt über zehn Jahre einen Nettotransfer des Sozialstaates von

71 Sinn, Hans-Werner: Ist Deutschland noch zu retten? München 2003, S. 429.

im Durchschnitt 118.350 Euro als „Wanderungsprämie“.<sup>72</sup> Dieser Einwanderungsanreiz durch den Sozialstaat erklärt einen großen Teil der Fehlsteuerung der Migrationsströme.

„Von 1970 bis 2003 stieg die Zahl der Ausländer in Deutschland von 3 auf 7,3 Millionen. Die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Ausländer blieb dagegen mit 1,8 Millionen konstant. Ein Großteil der Einwanderung nach Deutschland ging also am Arbeitsmarkt vorbei in das Sozialsystem“, stellt der *FAZ*-Herausgeber Holger Steltzner fest. Wer aber „unkorrekt“ das Tabuthema der Einwanderung in das Sozialsystem anspreche, müsse mit der Empörung der Wohlfahrtsanhänger rechnen.<sup>73</sup> Inzwischen hat sich eine regelrechte Integrationsindustrie herausgebildet. Zu ihr gehört das Heer von Sozialarbeitern, Sozialverbänden und auch Kirchen, kommunalen Ausländerbeauftragten, Antidiskriminierungsstellen und multikulturellen Vereinen mit öffentlicher Förderung. Sie alle gehören zu den Stützen der Migrantenmilieus und haben versucht, Probleme mit der Sprachregulierung der „Political Correctness“ zu vertuschen.

Unbequeme Fakten zur Zuwanderung, die ein partielles Scheitern und hohe Kosten der Integration anzeigen, wurden viel zu lange tabuisiert. Verschweigen hilft aber nicht beim Lösen der Integrationsprobleme. Die Arbeitslosenquote von 18 Prozent unter den Ausländern in Deutschland beträgt im Vergleich zur gesamtdeutschen Quote von gut 7 Prozent mehr als das Doppelte. In Österreich sind etwa 10 Prozent der Ausländer arbeitslos, zweieinhalbmal so viel wie bei den Einheimischen. Die Durchschnittswerte sind indes nur begrenzt aussagekräftig. Unter den westeuropäischen Ausländern ist die Arbeitslosenquote kaum

72 Ebd. S. 432.

73 Steltzner, Holger: Sozialstaat in Schiefelage, *FAZ* 26/01 2010. Vgl. auch Caldwell, Christopher: Einwanderung in die Sozialsysteme, *FAZ* 07/12 2009.

höher als unter den Einheimischen. Extrem hoch sind Arbeitslosigkeit und Integrationsdefizite dagegen bei Zuwanderern aus dem arabischen und afrikanischen Raum sowie aus der Osttürkei, also aus Kulturkreisen, die dem europäischen fern stehen.

Von den in Deutschland lebenden Libanesen, die überwiegend als Asylanten kamen, beziehen ganze 90 Prozent Langzeitarbeitslosengeld (Hartz IV), wie die Zahlen der Bundesagentur für Arbeit zeigen. Von den Irakern sind 65 Prozent, von den Afghanen 53 Prozent langzeitarbeitslos. Von den laut Statistik 1,65 Millionen türkischen Staatsbürgern in der Bundesrepublik beziehen immerhin 26 Prozent Hartz IV. Deutlich besser schneiden Kroaten und Serben ab, deren Hartz-IV-Quote von 8 Prozent nur wenig über dem deutschen Durchschnitt liegt.<sup>74</sup> Hauptgründe für die erheblich höhere Arbeitslosigkeit sind schlechte Qualifikation und mangelnde Sparfreude. 76,5 Prozent der nicht-deutschen Arbeitslosen haben laut Statistik keine Berufsausbildung, unter den deutschen Arbeitslosen waren es 36,8 Prozent.

Unübersehbar wachsen in den Großstädten migrantische Milieus, die weder integrationsfähig noch willig sind. Eine verfehlte multikulturalistische Duldungspolitik hat dazu beigetragen. „Die Vision einer multikulturellen Gesellschaft, in der jede Herkunftsgruppe unbeeinflusst ihre Eigenart ausleben sollte, ließ echte Integration nie zu, sondern stärkte das Leben in jenen Parallelgesellschaften, in denen sich die Unterschichten der Großstädte konzentrieren“, heißt es in einer viel beachteten Studie des politisch neutralen Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung.<sup>75</sup> Laut dieser Studie unterscheiden sich

74 Diese Zahlen hat die *Bild*-Zeitung (nicht gerade das Fachblatt für seriöse Berichterstattung) nach den offiziellen Statistiken publiziert. Im linksliberalen Milieu rümpfte man die Nase über die Schlagzeile „Die bittere Wahrheit über Ausländer und Hartz IV“ (23/11 2010), doch sind die nackten Zahlen nicht zu widerlegen.

75 Klingholz, Reiner et al. (Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwick-

Migranten unterschiedlicher Herkunftsregionen signifikant nach ihren Integrationserfolgen und -misserfolgen. Am besten schnitten die aus Osteuropa gekommenen Spätaussiedler mit deutschen Wurzeln ab, die sich relativ problemlos einfügten. Mit Abstand am schlechtesten integriert ist die Gruppe mit türkischem Hintergrund. In keiner anderen Herkunftsgruppe finden sich mehr Menschen ohne Bildungsabschluss (30 Prozent) und weniger mit Hochschulberechtigung (14 Prozent).<sup>76</sup> In keiner Gruppe war zudem die Tendenz zur Vermischung durch bikulturelle Ehen so gering wie bei den Türkischstämmigen, die mit 2,5 Millionen (etwa 800.000 sind eingebürgert) die größte Einwanderergruppe in Deutschland ausmachen. Nur jeder zwanzigste Türkischstämmige heiratete einen deutschen Partner.<sup>77</sup> Offenbar stellt der Islam eine zusätzliche Integrationsbarriere dar. Ehepartner holen türkische Familien gerne aus dem Heimatland. Der Zustrom der „Importbräute“, wie sie die deutsch-türkische Soziologin Necla Kelek bezeichnet, erschwert es in jeder Generation neu, Anschluss an die Gesellschaft und den Arbeitsmarkt zu finden. Sprach- und Bildungsmängel werden von Generation zu Generation weitergegeben.

### Von Europa nach Eurabia?

Mit der etwa doppelt so hohen Geburtenrate ist absehbar, dass der Anteil der türkischen und arabischen Migrantenpopulation exponentiell steigt. In manchen großstädtischen Vierteln wird er dominierend. In den Kindergärten und Schulen im Berliner Bezirk Neukölln, wo oftmals 90 Prozent einen nicht-

lung): Ungenutzte Potenziale. Zur Lage der Integration in Deutschland. Berlin 2009, S. 4.

<sup>76</sup> Vgl. ebd. S. 36.

<sup>77</sup> Vgl. ebd.

deutschen Hintergrund haben, müssen sich faktisch die verbliebenen wenigen deutschen Jugendlichen integrieren. Aus Sicht der verbliebenen alternden einheimischen Bevölkerung sind diese Viertel überfremdet. Die sozialen Probleme vertreiben Eltern der Mittelschicht, übrig bleibt eine weitgehend perspektivlose Unterschicht. Viele Jahre galt Kritik an der ungesteuerten Zuwanderung als unanständig oder wurde als „ausländerfeindlich“ diffamiert. Nach Jahren des Verharmlosens und Beschönigens hat der Problemdruck indes so zugenommen, dass die Verheißung einer multikulturellen „Bereicherung“ der Alltagserfahrung immer weniger entspricht.

In dieser Situation wirkte das provokante Buch „Deutschland schafft sich ab“ des ehemaligen Berliner SPD-Finanzsenators und Bundesbankers Thilo Sarrazin wie ein Befreiungsschlag für eine offene Debatte über Migration und Integration. Die überwältigend zustimmende Reaktion aus der Bevölkerung gab es nicht für die umstrittenen erbbiologischen Thesen, sondern für den Mut, ohne Rücksicht auf „Political Correctness“ die Konsequenzen des demografischen Wandels, der ungesteuerten Zuwanderung und der mangelnden Integration zu diskutieren. Weitere kritische Stimmen haben sich in jüngster Zeit hervorgewagt. So nennt der amerikanische Journalist Christopher Caldwell, der mehr als ein Jahrzehnt an den Brennpunkten islamischer Migrantenmilieus recherchiert hat, die gegenwärtige demografisch-kulturelle Umwälzung eine „Revolution in Europa“, die ein soziales Pulverfass schafft.<sup>78</sup>

Im Extremfall kann gescheiterte Integration zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen führen. Ende 2005 sind erstmals offene Unruhen in den französischen Banlieues ausgebrochen. Die betongrauen Sozialsiedlungen vieler Vorstädte, bewohnt überwiegend

<sup>78</sup> Caldwell, Christopher: Reflections on the Revolution in Europe. London 2009.

von nord- und schwarzafrikanischen sowie arabischen Einwanderern und ihren Kindern, sind Zonen der Perspektivlosigkeit. Die Arbeitslosenquote liegt bei 40 Prozent, viermal so hoch wie der nationale Durchschnittswert. Unter den Jugendlichen ist weit über die Mehrheit ohne Job. Im Oktober 2005 löste der Unfalltod zweier Jugendlicher wochenlange Brandstiftungen und Kämpfe mit der Polizei aus. Im Gesamtjahr 2005 wurden knapp 30.000 Autos und 5.700 Bushaltestellen angezündet. *Der Spiegel* beschrieb die Unruhen als „Intifada vor den Toren der französischen Hauptstadt“.<sup>79</sup>

Der „Aufruhr in Eurabia“ könnte ein Menetekel für die Zukunft sein. Tausende Polizisten standen zigtausend aufgebracht arabischen und afrikanischen Jugendlichen gegenüber. Erst Notstandsmaßnahmen und Ausgangssperren stoppten die offene Gewalt, die Spannungen bestehen weiter. Von Anzeichen, dass es auch in hiesigen Zuwanderervierteln brenzlich wird, berichtet die deutsche Polizeigewerkschaft. „Es gibt Straßenzüge in manchen Vierteln Berlins, Hamburgs, Duisburgs, Essens oder Kölns, in die sich Polizisten nicht mehr alleine hineintrauen“, sagt der Gewerkschaftschef Rainer Wendt. Bei Verhaftungen von türkischen oder arabischen Jungkriminellen komme es zu Zusammenrottungen. Es sei „bundesweit bekannt, dass diese Blitzmobilisierungen meist von jungen Männern mit türkischem oder arabischem Hintergrund ausgehen“ berichtet der Polizeigewerkschafter Wendt. „In solchen Vierteln wankt das staatliche Gewaltmonopol.“<sup>80</sup>

79 Falksohn, Rüdiger et al.: Aufruhr in Eurabia, *Der Spiegel* 07/11 2005.

80 <http://www.morgenpost.de/politik/article1289220/Polizei-warnt-vor-Chaos-in-Migrantenvierteln.html>

## Keine Zuwanderung mehr ins Sozialsystem

Über Jahre hat der Staat seine innere Schwäche durch die Zahlung von Sozialleistungen verdeckt und perspektivlose Zuwanderer auf diese Weise ruhigzustellen versucht. Das Alimentieren der Problemmilieus kann jedoch die Probleme noch verfestigen, da es den Druck zu eigener Anstrengung mindert. Wer das Abgleiten junger, gering qualifizierter Zuwanderer in Arbeits- und Perspektivlosigkeit verhindern will, muss früher und intensiver ihre Bildung fördern und fördern. Sanktionen für Integrationsverweigerer, die Kurse und Angebote nicht wahrnehmen, sollten selbstverständlich sein. Zwar haben jüngst die Regierungschefs Merkel, Sarkozy und Cameron „Multikulti“ für gescheitert erklärt, was als Wende in der Migrationsdebatte gesehen wurde, doch ist dieser Feststellung bislang wenig Konkretes gefolgt. Die deutsche „Leitkultur“-Debatte blieb weitgehend folgenlos. Allenfalls ist der Spracherwerb in den Fokus gerückt. Noch vor nicht allzu langer Zeit beklagten grüne Politiker die Anweisung zum Deutschsprechen auf dem Schulhof als „Zwangsgermanisierung“; solche Selbstverleugnungsverrenkungen sind vorbei.

Integration kann jedoch nur glücken, wenn die Umwelt, im Viertel wie in der Schule, noch von der Mehrheitskultur geprägt ist. Ist ein Viertel mehrheitlich von Migranten bewohnt, wird die Integration chancenlos. Die Politik schreckt dabei vor Konsequenzen aus der Erkenntnis zurück, dass die Vergrößerung der zugewanderten Unterschicht zum Teil auch auf staatliche Sozialleistungen zurückzuführen ist. Gerade Geringverdienern setzen sie finanzielle Anreize zu einer höheren Reproduktion. Diese aber führt in einen Teufelskreis: Die Familien der Unterschicht haben mehr Kinder als in der Mittelschicht, die abwandert. Ihre materielle, Sprach- und Bildungsarmut wird weitergegeben. Das Problem der gering qualifizierten, oft arbeitslosen und desintegrierten Milieus verfestigt sich über die Generationen.

Der Bremer Soziologe und Demograf Gunnar Heinsohn hat in mehreren bemerkenswerten Aufsätzen an den sozialpolitischen Paradigmenwechsel der Amerikaner erinnert, der in den 1980er-Jahren unter der Regierung Reagan begann und unter der Regierung von Bill Clinton vollendet wurde.<sup>81</sup> Während in den kontinentaleuropäischen Wohlfahrtsstaaten ein dauerhafter Sozialhilfebezug für die Unterschicht möglich ist, hat man in den Vereinigten Staaten seit 1997 den bislang lebenslangen Anspruch auf fünf Jahre begrenzt. Sozialhilfe kann kein Lebensmodell sein, hieß Clintons Botschaft. Vorbereitet hatte diese Reform die Studie „Losing Ground“ des Politologen und Ökonomen Charles Murray. Seine brisante These: Obwohl die Ausgaben für Sozialhilfe seit den 60er-Jahren stark gestiegen waren, hatte dies die Armut nicht verringert, sondern die Zahl der Empfänger immer weiter erhöht, weil junge Frauen sich mit unehelichen Kindern auf Kosten von „Vater Staat“ durchbringen konnten. Mehr Geldangebote verlockten dazu, Kinder als Einnahmequelle zu sehen.<sup>82</sup>

Daraus zog Clinton schließlich die Konsequenz für eine radikale Reform: den Übergang von „Welfare“ zu „Workfare“. Für körperlich gesunde Menschen gibt es nur noch fünf Jahre Sozialhilfe, da diese kein „Way of Life“ sein dürfe. Während die amerikanische Linke laut „Rassismus“ schrie, weil vorrangig schwarze Familien betroffen seien, und prophezeite, die Reform werde zur massenhaften Verelendung führen, trat das Gegenteil ein. Der Druck, sich auf dem Arbeitsmarkt selbst seinen Unterhalt zu verdienen, erwies sich als heilsam. Die Zahl der Neuanträge von „Welfare Mothers“ sank. In Deutschland hingegen wagt sich die politische Führung nicht an solche Reformen. „Während deutsche Frauen

81 Heinsohn, Gunnar: Wie man mit viel Geld Armut vermehrt. *Die Welt* 09/02 2010.

82 Murray, Charles: *Losing Ground*. American Social Policy. 1950–1980, New York 1984.

außerhalb von Hartz IV im Durchschnitt nur ein Kind haben und leistungsstarke Migrantinnen sich diesem Reproduktionsmuster nähern, vermehrt sich die vom Sozialstaat unterstützte Unterschicht stärker – mit allen Folgeproblemen“, warnt Heinsohn. „So sind in der Hartz-IV-Musterkommune Bremerhaven die Jungen in Sozialhilfe mit einem Anteil von rund 40 Prozent an der männlichen Jugend für mehr als 90 Prozent der Gewaltkriminalität verantwortlich.“<sup>83</sup>

Zuwanderung ist kein Schicksal, sondern kann und muss gesteuert werden. Echte Einwanderungsländer wie Australien, Neuseeland oder Kanada machen es vor. Dort werden mit einem Punktesystem junge, intelligente und qualifizierte Zuwanderer ausgewählt. Wer Universitäts- oder Berufsausbildung sowie Sprachkenntnisse vorweisen kann, der erhält eine Einwanderungs- und Arbeitserlaubnis. Solche Zuwanderer bringen Nutzen für die Volkswirtschaft, sind leicht in den Arbeitsmarkt und die Gesellschaft zu integrieren und tatsächlich eine Bereicherung. Sie sollten mit offenen Armen empfangen werden. In Australien und Kanada ist diese Politik ein voller Erfolg gewesen. Ihre Zuwanderer, darunter ein hoher Anteil von Asiaten, weisen im Durchschnitt sogar ein höheres Bildungsniveau als die Einheimischen auf.

In Europa haben die Erfahrungen der ungesteuerten Zuwanderung von Geringqualifizierten die Bürger misstrauisch gemacht. Nach jahrzehntelangen Versäumnissen wäre es die richtige Konsequenz, die Migration in die Sozialsysteme zu stoppen und endlich Zuwanderer nach Bedarf und Qualifikation auszuwählen. Auch die Wirtschaft muss umdenken. Sie hat Migranten als billige Arbeitskräfte angesehen; bei Arbeitslosigkeit oder Familiennachzug wollte sie die Kosten auf den Sozialstaat abwälzen. Gegen eine solche Zumutung muss sich ein selbstbewusster Staat

83 Heinsohn, Gunnar: Hartz IV und die Politische Ökonomie, *FAZ* 15/03 2010.

verwahren. Zuwanderungsgewinne privatisieren und Zuwanderungskosten sozialisieren ist mit den Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft nicht vereinbar.

### Das Drama des überdehnten Staates

Die Herausforderungen in den kommenden Jahren sind gewaltig. Nach der Krise muss eine neue Balance zwischen Wirtschaft, Staat und Gesellschaft gefunden werden. Die Rufe nach einem starken Staat, der mehr regulieren soll, kontrastieren mit einem realen Staat, der schon jetzt extrem viel eingreift. „Ist der Staat schwach, gehen wir unter; ist der Staat stark, erdrückt er uns“, zitiert Guy Kirsch, ein in der Schweiz lehrender Ökonom und Philosoph, den Schriftsteller Paul Valéry.<sup>84</sup> Die Finanzkrise hat in drastischer Weise vor Augen geführt, dass ein schwacher Staat, der keinen festen Ordnungs- und Wettbewerbsrahmen vorgibt, durch die Eigendynamik einer Spekulation, die auf öffentliche Rettung vertraut, an den Rand des Abgrunds geraten kann. Die „Gier der Banker“ konnte nur vor dem Hintergrund mangelnder Haftung ihren zerstörerischen Lauf nehmen. In ihrer dritten Phase hat sich die Finanz- zu einer Staatsschuldenkrise ausgeweitet. Sie erzwingt nun, dass der Staat sich auf seine Kernaufgaben besinnt.

Stark ist nur der schlanke Staat, nur er bleibt auf Dauer handlungsfähig. Die real existierenden Staaten indes haben sich in vielerlei Hinsicht überdehnt. Die Staatsquoten und Staatsinterventionen nehmen nach der Quantität zu, doch die wachsenden Ansprüche der Interessengruppen überfordern letztlich die Mittel des Staates. Mit trockenem Sarkasmus schrieb der Publizist Rüdiger Altmann über den hypertroph wachsenden Staat, der immer weitere Bereiche der Gesellschaft überlagert und dennoch

<sup>84</sup> Kirsch, Guy: Starker, schwacher Staat. *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung* 21/10 2010.

– es war die Zeit der Achtundsechziger – an Autorität verliert: „Er gleicht einem kastrierten Kater, der an Umfang zunimmt – was ihm fehlt, ist die Potenz.“<sup>85</sup>

Von einer Ordnungsinstanz ist der heutige Staat zu einer Umverteilungsinstanz verkommen, die erpressbar wird, sei es von Banken, die als „systemrelevant“ gelten, sei es von großen Konzernen, die Sonderkonditionen für Investitionen aushandeln, sei es von zahlenstarken Wählergruppen, die Subventionen oder Sozialleistungen fordern. Diese Dialektik des überdehnten und damit geschwächten Staates haben die frühen Neoliberalen, etwa Wilhelm Röpke und Alexander Rüstow, früh erkannt und kritisiert. Sie kritisierten die erkennbare Tendenz zur sozialstaatlichen Bevormundung und Entmündigung und forderten eine Rückverlagerung von Verantwortung auf die Individuen. Weniger Staatsabhängigkeit, weniger Steuern und mehr Freiheit sollten den Leistungswillen wecken. Ein verengter, moralisch blinder Liberalismus, der übertriebenen Individualismus und reine „Selbstverwirklichung“ propagiert, war ihnen aber fremd. Eigenständigkeit und Eigenverantwortung sahen sie stets im sozialen Kontext von Familie, Nachbarschaft, Kirche und Vereinen.<sup>86</sup>

Die frühen Neoliberalen Röpke und Rüstow lehnten einen ökonomistisch verengten, moralisch blinden Blick auf die Wirtschaft ab. Stattdessen betonten sie die soziologischen, die nichtmateriellen Voraussetzungen einer funktionierenden Marktwirtschaft, die auf Werten „jenseits von Angebot und Nachfrage“ beruht.<sup>87</sup>

<sup>85</sup> Altmann, Rüdiger: Späte Nachricht vom Staat. Stuttgart 1968, S. 49.

<sup>86</sup> Der Verfassungsrichter Udo Di Fabio hat mit seinem Buch „Die Kultur der Freiheit“ (München 2005) eine in vielen Aspekten geistesverwandte, konservativ-liberale Schrift vorgelegt, die ein großes Echo ausgelöst hat.

<sup>87</sup> Vgl. Röpke, Wilhelm: *Jenseits von Angebot und Nachfrage*. Neuauflage Düsseldorf 2009 (Erstauflage 1958). Vgl. auch Hennecke, Hans Jörg: Wilhelm Röpke. Ein Leben in der Brandung, Stuttgart 2005.

In den Familien wird jenes Fundament an Human- und Sozialkapital gebildet, ohne das eine bürgerliche Gesellschaft brüchig wird. Im Gegensatz dazu hat ein hedonistischer, bindungsfeindlicher Individualismus seit 1968 die kernfamiliären Bande der Solidarität stark gelockert. Ihre Funktion übernahmen zunehmend wohlfahrtsstaatliche Strukturen. „Vater Staat“ ermöglicht und fördert die Entledigung von herkömmlichen Pflichten zur familiären Solidarität. Zugleich wird damit die Klientel, die seiner Hilfe bedarf, immer größer, bis schließlich die kollektiven Sozialsysteme, auch durch die ungesteuerte Zuwanderung, überlastet sind.

Eine nachhaltige „Kultur der Freiheit“ hat der deutsche Verfassungsrichter Udo Di Fabio zu skizzieren versucht, der in seinem gleichnamigen Buch sowohl konservative als auch liberale Vorstellungen einer eigenverantwortlichen bürgerlichen Gesellschaft vorstellt. Er plädiert für eine Überwindung der etatistischen Selbstblockade und mehr Vertrauen auf die Selbstorganisationsfähigkeit komplexer Systeme wie der menschlichen Gesellschaft. Der Bürger soll von den Fesseln des überbordenden Steuerstaates befreit werden. Gleichzeitig plädiert Di Fabio – in Abgrenzung zum bindungsfeindlichen Individualismus – für mehr Sinn für diejenigen Gemeinschaften, ohne die individuelle Freiheit gar nicht möglich wäre, allen voran die Familien.

Der Ruf nach einem „starken Staat“, der in der Wirtschaftskrise laut geworden ist, darf nicht zu einer weiteren Aufblähung und Überdehnung des Staatsapparats führen. Vielmehr ist ein Rückbau des Staates notwendig, um Ressourcen für dessen Kernaufgaben freizulegen. Zum Kern eines freiheitsgerechten, ordnungspolitisch gefestigten Staates gehört es, die innere und äußere Sicherheit zu wahren, Eigentum zu schützen und Regeln für die Wirtschaft aufzustellen. Eine solche Rahmenordnung geht vom Prinzip des Wettbewerbs, der Vertragsfreiheit, aber auch der privaten Haftung aus. Finanzinstitute, die durch ihre schiere Größe im Krisenfall staatliche Hilfen erpressen können, darf es

in einer Wettbewerbsordnung nicht geben. Ein wahrhaft starker Staat muss geeignete Insolvenzregeln finden, um solche Institute geordnet abzuwickeln. Und auf supranationaler Ebene dürfen die Staaten nicht zu gegenseitiger Schuldenübernahme in Europa genötigt werden; auch hierfür braucht es geeignete Insolvenzregeln mit echter, substanzieller Beteiligung der Gläubiger.

Ein wahrhaft starker Staat muss sich zudem den Wünschen von Unternehmen und Interessengruppen entgegenstellen, die Subventionen oder Konjunkturlösungen fordern. Diese gehen zu Lasten der Allgemeinheit, die durch hohe Steuern und Abgaben belastet wird. Berechnungen des Kieler Instituts für Weltwirtschaft zufolge addierten sich alle Subventionen sowie steuerlichen Vergünstigungen in Deutschland 2009 auf 164,7 Milliarden Euro.<sup>88</sup> Würden sämtliche sofort kündbaren Subventionen in einem Volumen von 119 Milliarden gestrichen, könnten im Gegenzug die Steuern radikal gesenkt werden. Der Spitzensteuersatz könnte von 47,5 auf 28,5 Prozent sinken, der Eingangssteuersatz könnte von 15,8 auf 9,5 reduziert werden.<sup>89</sup> Oder die frei werdenden Mittel könnten zur Haushaltskonsolidierung eingesetzt werden. So wäre die Schuldenbremse spielend einzuhalten.

Ein Staat, der nachhaltig agiert, darf zudem die demografische Entwicklung nicht negativ beeinflussen. Dies geschieht auf mehrere Weisen: Zum einen gibt die Umverteilungsmechanik einen Anreiz dafür, dass sich eine alimentierte Unterschicht auf Kosten des Sozialstaates vermehrt. Dies müsste wie in den Vereinigten Staaten durch eine Reform des Sozialhilfebezugs verhindert werden. Zum anderen ist der umlagefinanzierte Sozialstaat auch für die Kinderlosigkeit vieler in der Mittelschicht mitverantwortlich. Auch diese entscheiden sich aus ökonomischem Kalkül

88 Boss, Alfred / Rosenschon, Astrid: Subventionen in Deutschland. Der Kieler Subventionsbericht. Kiel 2010.

89 Lt. IfW-Pressemitteilung vom 27. Mai 2008.

gegen (mehr) Kinder. Ihre Erziehung ist teuer und belastet das elterliche Haushaltsbudget, ihre späteren Rentenbeiträge werden dagegen in den großen Rententopf für alle, auch die Kinderlosen, geworfen. „Der Staat sozialisiert die Erträge dieses Humankapitals“, kritisiert ifo-Präsident Hans-Werner Sinn.<sup>90</sup>

Durch diese finanzielle Umverteilung beeinflusst das Sozialsystem die demografische Entwicklung, indem es Kinderlosigkeit finanziell privilegiert. Das führt demografisch in den Abgrund. Wollte der Staat seine demografische Basis sichern, müsste er Familien mit Kindern steuerlich entlasten, etwa durch viel höhere Kinderfreibeträge oder ein Familiensplitting wie in Frankreich. Eltern mehrerer Kinder könnten höhere Renten entsprechend den Beiträgen ihrer Kinder erhalten, schlägt Sinn vor.<sup>91</sup> Der Verfassungsrichter Udo Di Fabio nennt es die „neue soziale Frage“, warum der Fleiß und das Engagement der Mütter und Väter nicht als unentbehrliche Leistung anerkannt werden.<sup>92</sup>

Die Illusion der Rundum-Versicherung in allen Lebenslagen, die der ausgedehnte Sozialstaat seit den 1970er-Jahren vorgegaukelt hat, kann ein freiheitsgerechter Staat im 21. Jahrhundert nicht mehr bieten. Er muss seine knappen Mittel zukunftsgerichtet einsetzen, eben für den Nachwuchs und für dessen Bildung. Die Finanzkrise, die eine Abkehr vom Schuldenkurs erzwingt, bietet Chancen, sich von Überflüssigem zu trennen und auf das Wesentliche zu besinnen. Die ordnungspolitische Herausforderung nach der Krise besteht darin, eine neue Balance von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft zu finden, die Freiheit mit Verantwortung verbindet.

90 Sinn, Hans-Werner: Ist Deutschland noch zu retten? A. a. O. S. 372.

91 Vgl. ebd. S. 369–397.

92 Di Fabio, Udo, a. a. O. S. 140–163.

### *Literatur:*

Altmann, Rüdiger: Späte Nachricht vom Staat. Stuttgart 1968

Baker, Dean / McArthur, Trevis: The Value of the “Too Big to Fail” Big Bank Subsidy. Center for Economic and Policy Research, CEPR Reports and Issue Briefs, 2009-36

Bank for International Settlements: 81st Annual Report 26/06 2011

Becker, Gary: A Treatise on the Family. Cambridge (Mass.) 1981

Biggs, Michael / Mayer, Thomas: The Output Gap Conundrum. CEPS: Intereconomics 2/2010

Birg, Herwig: Was auf Deutschland zukommt – die zwingende Logik der Demographie. Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte 35, Demographie, Demokratie und Geschichte. Deutschland und Israel 2007

Blanchard, Olivier / Dell’Ariccia, Giovanni / Mauro, Paolo: Rethinking Macroeconomic Policy, IMF Staff Position Note, 12. Februar 2010, <http://www.imf.org/external/pubs/ft/spn/2010/spn1003.pdf>

Börsch-Supan, Axel: Über selbststabilisierende Rentensysteme. MEA Discussion Paper 133-2007

Boss, Alfred / Rosenschon, Astrid: Subventionen in Deutschland. Der Kieler Subventionsbericht. Kiel 2010

Caldwell, Christopher: Reflections on the Revolution in Europe. London 2009

Caldwell, Christopher: Einwanderung in die Sozialsysteme, FAZ 07/12 2009

Cwik, Tobias / Wieland, Volker: Keynesian Government Spending Multipliers and Spillovers in the Euro Area. ECB Working Paper Series 1267, November 2010



- DB Research: Direkte fiskalische Kosten der Finanzkrise. Voraussichtlich weit geringer als befürchtet. Research Briefing 1. Juli 2010
- Di Fabio, Udo: Die Kultur der Freiheit. München 2005
- Eichengreen, Barry / O'Rourke, Kevin H.: A Tale of Two Depressions, <http://www.voxeu.org/index.php?q=node/3421#jun09>
- Eucken, Walter: Staatliche Strukturwandlungen und die Krise des Kapitalismus. Weltwirtschaftliches Archiv 36 (1932)
- Eucken, Walter: Grundsätze der Wirtschaftspolitik. Tübingen 1990 (Erstauflage 1952)
- Falksohn, Rüdiger et al.: Aufruhr in Eurabia, *Der Spiegel* 07/11 2005
- Feldstein, Martin: The Political Economy of the European Economic and Monetary Union. Political Sources of an Economic Liability. *Journal of Economic Perspectives* 11, 1997
- Ferguson, Niall: Wall Street Lays Another Egg. *Vanity Fair*, Dezember 2008
- Ferguson, Niall: „Wir erleben die finanziellen Symptome eines Weltkrieges“. Interview von Philip Plickert, *FAZ* 24/02 2009
- Haller, Max: Die Europäische Integration als Elitenprozess. Das Ende eines Traums? Wiesbaden 2009
- Hanika, Alexander (Statistik Austria): Bevölkerungsvorausschätzung 2010 bis 2075. Wien 2010
- Hau, Harald / Thuma, Marcel: Subprime Crisis and Board (In)Competence: Private vs. Public Banks in Germany, CESifo Working Paper Nr. 2640, Mai 2009
- Heinsohn, Gunnar: Wie man mit viel Geld Armut vermehrt. *Die Welt* 09/02 2010

- Heinsohn, Gunnar: Hartz IV und die Politische Ökonomie. *FAZ* 15/03 2010
- Hennecke, Hans Jörg: Wilhelm Röpke. Ein Leben in der Brandung, Stuttgart 2005
- Hoffmann, Andreas / Schnabl, Gunther: A Vicious Cycle of Manias, Crashes and Asymmetric Policy Responses - An Overinvestment View. CESifo Working Paper Nr. 2855, November 2009
- Hutchison, T. W.: Keynes versus the Keynesians, in: *The Politics and Philosophy of Economics*, New York / London 1981, S. 108–154
- Institut der deutschen Wirtschaft: Sozialeleistungen: Gefährdete Balance. IWD 4/2010, 28. Januar 2010
- Issing, Otmar: Die Mär von der Spekulation. *FAZ* 27/05 2010
- Jagtiani, Julapa / Brewer, Elijah: How Much Did Banks Pay to Become Too-Big-To-Fail and to Become Systemically Important? Federal Reserve Bank of Philadelphia, Working Paper 09-34
- Jannsen, Nils / Scheide, Joachim: Growth Patterns after the Crisis. This Time is not Different. Kiel Policy Brief 22, Dezember 2010
- Kirsch, Guy: Starker, schwacher Staat, *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung* 21/10 2010
- Klingholz, Reiner et al. (Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung): Ungenutzte Potenziale. Zur Lage der Integration in Deutschland. Berlin 2009
- Kumar, Manmohan S. / Woo, Jaejoon: Public Debt and Growth. IMF Working Paper 10/174, Juli 2010
- Luft, Stefan: Abschied von Multikulti. Gräfelfing 2007

- Luft, Stefan: Einwanderung ohne Steuerung. *FAZ* 17/11 2010
- Mian, Atif / Sufi, Amir: The Effects of Fiscal Stimulus: Evidence from the 2009 „Cash for Clunkers“ Program. NBER Working Paper 16351, September 2010
- Murray, Charles: *Losing Ground. American Social Policy. 1950–1980*, New York 1984
- Orphanides, Athanasios / Williams, John C.: The Decline of Activist Stabilization Policy. Natural Rate Misperceptions, Learning and Expectations. Federal Reserve System, International Finance Discussion Papers Nr. 804, 2004
- Paqué, Karl-Heinz: Das Ende einer Illusion, *FAZ* 01/04 2011
- Petersen, Thomas: Das gemeinsame Interesse an Europa ist in Gefahr. *FAZ* 26/01 2011
- Plickert, Philip: Wandlungen des Neoliberalismus. Eine Studie zu Entwicklung und Ausstrahlung der „Mont Pèlerin Society“. Stuttgart 2008
- Plickert, Philip: Der Neoliberalismus zwischen starkem Staat und Laissez-faire, in: Kersting, Wolfgang (Hg.): *Freiheit und Gerechtigkeit. Die moralischen Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft*. Frankfurt 2010
- Plickert, Philip: Keynes und die Turbo-Keynesianer, *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung* 27/6 2010
- Plickert, Philip: Die Staaten als Geiseln der Banken. *FAZ* 22/11 2010
- Plickert, Philip: Wer hat Angst vor Spekulanten? *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung* 02/01 2011
- Plumpe, Werner: Der Euro ist nicht unser Schicksal, *FAZ* 06/01 2011
- Prognos AG: *Deutschland Report 2035*. Basel 2010
- Rajan, Raghuram G.: *Fault Lines. How Hidden Fractures Still Threaten the World Economy*. Princeton/Oxford 2010

- Reinhart, Carmen M. / Rogoff, Kenneth S.: *Growth in a Time of Debt*. NBER Working Paper 15639, Januar 2010
- Rogoff, Kenneth S.: What is the Deficit Endgame? <http://www.project-syndicate.org/commentary/rogoff54/German> (März 2009)
- Röpke, Wilhelm: *Jenseits von Angebot und Nachfrage*. Düsseldorf 2009 (Erstauflage 1958)
- Rüstow, Alexander: Die staatspolitischen Voraussetzungen des wirtschaftspolitischen Liberalismus, in: *Rede und Antwort*. Ludwigsburg 1963
- Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: *Chancen für einen nachhaltigen Aufschwung. Jahresgutachten 2010/2011*
- Saha, David / von Weizsäcker, Jakob: Estimating the size of the European stimulus packages for 2009. An Update. Briefing Paper für das Committee on Economic and Monetary Affairs des EU-Parlaments, 2009
- Schirrmacher, Frank: *Deutschland-Thriller*. *FAZ* 07/03 2005
- Schivelbusch, Wolfgang: *Entfernte Verwandtschaft. Faschismus, Nationalsozialismus, New Deal, 1933–1939*. München/Wien 2005
- Schwentker, Björn / Vaupel, James W.: Eine neue Kultur des Wandels. Aus *Politik und Zeitgeschichte* 10–11/2011
- Sinn, Hans-Werner: *Ist Deutschland noch zu retten?* München 2003
- Standard & Poor's: *Global Ageing: An Irreversible Truth*. Oktober 2010
- Steltzner, Holger: *Sozialstaat in Schieflage*, *FAZ* 26/01 2010
- Holger Steltzner: *Risiko Wirtschaftsregierung*. *FAZ* 16/02 2011

Stiglitz, Joseph: The Fall of Wall Street Is to Market Fundamentalism What the Fall of the Berlin Wall Was to Communism.

[http://www.huffingtonpost.com/nathan-gardels/stiglitz-the-fall-of-wall\\_b\\_126911.html](http://www.huffingtonpost.com/nathan-gardels/stiglitz-the-fall-of-wall_b_126911.html)

Stoldt, Till-R.: Polizei warnt vor Chaos in Migrantenvierteln. *Berliner Morgenpost* 30/04 2010 (Interview mit dem Chef der Polizeigewerkschaft Rainer Wendt)

Straubhaar, Thomas / Wohlgemuth, Michael / Zweynert, Joachim: Rückkehr des Keynesianismus. Anmerkungen aus ordnungspolitischer Sicht. Aus *Politik und Zeitgeschichte* 20/2009

Taylor, John B.: Getting off Track. How Government Actions and Interventions Caused, Prolonged, and Worsened the Financial Crisis. Hoover Institution Press, Stanford 2009.

*Time*-Magazin: We are all Keynesians now. 31/12 1965

Vaubel, Roland: The European Institutions as an Interest Group. The Dynamics of Ever-Closer Union. London 2009

Vaubel, Roland: Europa-Chauvinismus. Der Hochmut der Institutionen. München 2001

Vonach, Herbert / Tagesen, Siegfried: Bevölkerungsvorausschau für die autochthone Bevölkerung Österreichs und die Bevölkerung mit Migrationshintergrund. Wien 2010

White, William: „Niedrige Zinsen sind kein Free Lunch“, Interview von Philip Plickert, *FAZ* 18/8 2010

Wohlgemuth, Michael: Asche auf ihrem Haupt. *Internationale Politik* 12/2008, S. 48–53

Zürcher, Boris: Too big to fail und die Wiederherstellung der Marktordnung. *Avenir Suisse* Diskussionspapier, März 2010

Roland Freudenstein

## Achtundsechzig und wir:

Bürgerliche (und linke) Reaktionen auf die Studentenrevolte und ihre Folgewirkungen

Die breite Mischung aus Ideen, die ihren Ursprung in der Studentenbewegung und der Neuen Linken Nordamerikas und Westeuropas in der zweiten Hälfte der 1960er-Jahre hatte, und die Elemente von Sozialismus, Neo-Marxismus, Feminismus und später alternativen und ökologischen Lebensstilen beinhaltete, wird allgemein gern mit dem Etikett „1968“ versehen. Diese Denkweisen und ihre Anhänger haben einen unbestreitbaren Einfluss auf die meisten Gesellschaften des Westens im ausgehenden 20. Jahrhundert gehabt. Besonders in Deutschland wird 1968 heute als eine Art Zeitenwende gesehen, die zwei Jahrzehnte unmittelbarer Nachkriegszeit klar zum Abschluss brachte, eine präzedenzlose Serie von gesellschaftlichen Konflikten heraufbeschwor und im damaligen Westdeutschland eine neue gesellschaftliche Entwicklung einleitete.

Die bürgerlichen Kräfte Deutschlands, das heißt liberale, christdemokratische und konservative Politiker und Intellektuelle, hatten erkannt, dass sich der Geist von 1968 vor allem gegen sie richtete. In den folgenden Jahrzehnten entwickelten sich hintereinander drei Arten von Reaktion, von klarer Ablehnung (bis Mitte der 1970er-Jahre) zu einer allmählichen Absorption einiger zentraler Elemente von 1968 (Mitte der 1970er-Jahre bis 1989) und dann zu einer komplexen Phase des Realignments, die im Prinzip bis heute andauert und in der sowohl innerhalb des konservativen Spektrums als auch aufseiten der Linken eine Debatte mit neuen Paradigmen einsetzte, in der die Beurteilung von 1968 zumindest implizit eine zentrale Rolle spielt.

Diese drei Reaktionen überlappten einander in Wirklichkeit natürlich, aber in den genannten Zeiträumen dominierte jeweils eine von ihnen. Sie mündeten in einen Zustand der neuen Unübersichtlichkeit, in dem die festen Frontlinien von 1968 ferner denn je scheinen, trotzdem aber die Chiffre „1968“ eine überragende Bedeutung im politischen und gesellschaftlichen Diskurs der Bundesrepublik beibehält.

## Ablehnung

*Wir haben Hitler bewältigt (...), was wir aber nicht bewältigt haben, ist die Art, Hitler zu bewältigen, die zur Studentenrevolte von 1968 geführt hat und der darauf folgende Wertewandel. Wir haben uns von unserer eigenen Geschichte entfremdet, und wir müssen versuchen, diese Entfremdung rückgängig zu machen.*

– Ludolf Herrmann, Chefredakteur der CDU-nahen Monatszeitschrift *Die Politische Meinung*, 1983<sup>1</sup>

Am Anfang stand die Ablehnung. Bürgerliche Politiker, Akademiker und Journalisten reagierten mit einer Mischung aus ernsthafter Kritik und unverhohlener Wut auf das, was sie als Frontalangriff gegen alles empfanden, wofür sie selbst standen: parlamentarische Demokratie, Marktwirtschaft, Patriotismus und moderne Bürgerlichkeit. Dieser Eindruck wurde noch dadurch verstärkt, dass der Wandel des Zeitgeistes offensichtlich auch die bürgerlich-konservative Dominanz im politischen Leben der ersten beiden Jahrzehnte der jungen Bundesrepublik beendete. Der Linkstrend hatte auch zum Bonner Machtwechsel von 1969 beigetragen. Willy Brandt war nun Kanzler einer sozialliberalen Koalition, während die Unionsparteien erstmals

1 Herrmann, Ludolf: Hitler, Bonn und die Wende. *Die Politische Meinung* 209, Juli/August 1983, S. 17.

seit 1949 auf den Oppositionsbänken landeten. Die Wut der Bürgerlichen war eine direkte Reaktion auf den Inhalt ebenso wie die Methoden der Revolte. Die fünf zentralen Kritikpunkte gegen die Achtundsechziger waren, dass sie sich auf sehr alte Ideen stützten, dass sie ein gefährlich relativierendes Verhältnis zu bestimmten Totalitarismen entwickelten, dass sie wertvolle soziale Hierarchien schwächten oder zerstörten, dass sie einem radikalen Antiamerikanismus Vorschub leisteten, und schließlich, dass sie zu Wegbereitern des Terrorismus wurden.

Zunächst herrschte unter den Bürgerlichen Konsternation darüber, dass die Achtundsechziger von Ideen und Theorien inspiriert wurden, die offensichtlich aus dem 19. Jahrhundert und den 1920er- und 1930er-Jahren kamen: Marxismus, Psychoanalyse und die Kritische Theorie der Frankfurter Schule hatten in der jungen Bundesrepublik, in den 1950er- und frühen 1960er-Jahren, sogar unter Intellektuellen als hoffnungslos überholt gegolten.<sup>2</sup> Nun wurden sie plötzlich zur Speerspitze der größten intellektuellen Revolution, welche die Bundesrepublik bisher gesehen hatte.

Zweitens, und dies war noch wichtiger, konzentrierte sich ein großer Teil der Kritik auf die Totalitarismusfrage. Die Bürgerlichen beklagten vor allem die bewusste Absage der Achtundsechziger an den – auch grundgesetzlich verankerten – antitotalitären Konsens der bundesrepublikanischen Nachkriegszeit. In der Sprache von 1968 wurde der deutsche Totalitarismus zum „Faschismus“, während der Kommunismus, inklusive des real existierenden Sozialismus, von grundsätzlicher Kritik fast vollkommen ausgenommen wurde. Das Etikett „Faschismus“ wurde schließlich geradezu inflationär auf alles angewandt, was irgendwie mit Marktwirtschaft, dem Westen oder jedweder Form

2 Vgl. Bracher, Karl Dietrich: *Zeit der Ideologien. Eine Geschichte politischen Denkens im 20. Jahrhundert.* Stuttgart 1982.

von sozialer Hierarchie zu tun hatte. Diejenigen Bürgerlichen hingegen, die aus den eigenen Biografien heraus dem antitotalitären Widerstand im Dritten Reich tief verbunden waren, empfanden die Idee, Faschismus und „bürgerliche Gesellschaft“ seien gewissermaßen zwei Seiten derselben Medaille<sup>3</sup>, als unglaubliche Provokation. In einem weiteren logischen Schritt begann die bürgerliche Achtundsechziger-Kritik, Parallelen zwischen der Studentenrevolte von 1968 und den ähnlich antibürgerlichen und antiparlamentarischen jugendlichen Anhängern des Nationalsozialismus zu betonen.<sup>4</sup> Bedenkt man, dass die Revolte in Deutschland viel mit dem unterstellten Schweigen der Vätergeneration in der Diktatur zu tun hatte, könnte man sagen: In gewisser Weise bezeichneten sich an diesem Punkt Bürgerliche und Achtundsechziger gegenseitig als Nazis.

Drittens wurde die Revolte als Anfang vom Ende aller sozialen Hierarchien gesehen, von denen viele den Bürgerlichen als durchaus sinnvoll erschienen, weil sie die Funktionsfähigkeit der Gesellschaft, auch in wirtschaftlicher Hinsicht, erhielten. 1968 erschien so als ernsthafte Bedrohung des Wirtschaftswunders und des relativen sozialen Friedens, der die beiden Nachkriegsjahrzehnte geprägt hatte.<sup>5</sup>

Viertens war eine der schwersten Anschuldigungen, die das bürgerliche Deutschland seinen linken Zeitgenossen machen konnte, die des Antiamerikanismus. Ganz im Gegensatz zu den intellektuellen Traditionen des 19. und frühen 20. Jahrhunderts (und auch im Gegensatz zu einigen Tendenzen im deutschen

3 Vgl. Kühnl, Reinhard: *Formen bürgerlicher Herrschaft. Liberalismus – Faschismus.* Reinbek 1971.

4 Vgl. Sontheimer, Kurt: *Der Überdruß an der Demokratie. Neue Linke und alte Rechte – Unterschiede und Gemeinsamkeiten.* Köln 1970.

5 Vgl. Scheuch, Erwin K.: *Die Wiedertäufer der Wohlstandsgesellschaft. Eine kritische Untersuchung der „Neuen Linken“ und ihrer Dogmen.* Köln 1968.

Konservatismus nach dem Beginn des Irak-Kriegs 2003) galt im bürgerlichen Spektrum der 1960er- und 1970er-Jahre jede Amerika-Kritik als politisch inkorrekt.

Fünftens, und dies war einer der Vorwürfe, den die Achtundsechziger selbst am meisten übel nahmen, wurden ihre Ideen und Methoden (Definition von Marktwirtschaft und repräsentativer Demokratie als Versionen des Faschismus sowie die Akzeptanz von Gewalt gegen Sachen, später auch Menschen) als Wegbereiter des Terrorismus der Roten Armee Fraktion und anderer Gruppen gesehen.<sup>6</sup>

Insgesamt wurde 1968 kritisiert als monumentale Schwächung des Westens im globalen Ost-West-Konflikt. Im Gegensatz zu ihrem eigenen Anspruch, einen klaren Bruch mit Deutschlands unbewältigter Vergangenheit zu repräsentieren, waren die Achtundsechziger in den Augen ihrer bürgerlichen Kritiker gefährliche Träumer oder – in der Sprache der *Bild*-Zeitung – „Hitlers Kinder“.

## Absorption

*Kritisch – offen – zielbewusst*

– Motto eines Regionalkongresses der CDU in Donaueschingen, ca. 1977

*1968 hat unser Land auf dialektische, aber höchst erfolgreiche Weise stabilisiert und zu einer offenen, demokratischen Gesellschaft gemacht.*

– Warnfried Dettling, Berater der CDU in den 1980er-Jahren<sup>7</sup>

6 Vgl. Bohrer, Karl Heinz: Die gefährdete Phantasie, oder Surrealismus und Terror. München 1970 sowie Lübke, Hermann: Endstation Terror. Rückblick auf lange Märsche. Stuttgart 1978.

7 Vgl. Dettling, Warnfried: Das Erbe Kohls. Bilanz einer Ära. Frankfurt 1994.

Zwischen den Jahren 1974 (Rücktritt Willy Brandts) und 1976 (als die CDU/CSU wieder stärkste Fraktion im Bundestag wurde) endete diese Phase der bedingungslosen Ablehnung. Große Teile der Öffentlichkeit hatten zwei wichtige Tatsachen erkannt: dass es den Achtundsechzigern nicht gelungen war, einen Systemwandel in Politik oder Wirtschaft herbeizuführen, und dass die Ideen der Neuen Linken einfach nicht mehr ohne Weiteres den intellektuellen Zeitgeist repräsentierten. Terrorismus, wirtschaftliche Stagnation und globale Krisenerscheinungen schufen eine „Tendenzwende“, in der „links“ nicht mehr unbedingt mit Fortschritt gleichgesetzt wurde und in deren Verlauf sogar einige der von den Achtundsechzigern attackierten traditionellen Tugenden ein bescheidenes Comeback in der bundesrepublikanischen Gesellschaft erlebten.

Aber während 1968 als politisches Projekt nun offensichtlich gescheitert war, wurden die weitreichenden gesellschaftlichen Konsequenzen für die Gesellschaft der Bundesrepublik langsam sichtbar. Dies betraf auch und gerade die Bürgerlichen, am unmittelbarsten in ihren Parteien, der CDU und der CSU, sowie, schon vor 1970, in der FDP. Die C-Parteien begannen, sich um eine für sie neue, junge und urbane Wählerschaft zu bemühen, zusätzlich zur Stammwählerschaft aus katholischen Arbeitern, konservativer Mittelschicht und ländlicher Bevölkerung. Gleichzeitig begannen beide Parteien, sich strukturell zu modernisieren – mit großem Erfolg: Ihre Wiedergeburt als „moderne Volksparteien“ ist aus heutiger Sicht ein unmittelbares Ergebnis der Revolte von 1968 und der Bundestagswahl-niederlage von 1969.<sup>8</sup>

Als Jürgen Habermas 1988 gefragt wurde, was denn von der Studentenbewegung übrig geblieben sei, antwortete er listig: „Rita Süßmuth!“ Damit war gemeint, dass die Bewegung von

8 Vgl. Schönbohm, Wulf: Die CDU wird moderne Volkspartei. Selbstverständnis, Mitglieder, Organisation und Apparat 1950–1980. Stuttgart 1985.

1968 wahrscheinlich und paradoxerweise ihre größten Erfolge im Lager ihrer ehemaligen Gegner feiern konnte, zumindest in Gestalt eines gemäßigten Konservatismus, der einige der zentralen Elemente von 1968 im weitesten Sinne aufgriff. Dies betrifft die Rolle von Frauen in der Gesellschaft, eine generelle Diskussionsbereitschaft, flachere Hierarchien und eine Demokratisierung von Machtstrukturen, einen rationaleren Umgang mit der Immigration und, last but not least, eine sehr innovative Sicht auf die deutsche Geschichte im Vergleich zu den unmittelbaren Nachkriegsjahren. Als der damalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker am 8. Mai 1985 seine berühmte Rede zum 40. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkriegs hielt, stellte er mindestens drei für das bürgerliche Deutschland gewöhnungsbedürftige Thesen auf: dass der 8. Mai 1945 vor allem ein Tag der Befreiung (und nicht der Niederlage) gewesen sei, dass viele Deutsche mehr von der Shoah wussten, als sie später zugaben, und dass unter den zu ehrenden Widerstandskämpfern selbstverständlich auch Kommunisten waren. 1985 wurde diese Rede von wenigen Konservativen kritisiert und vom Gros der Gesellschaft mit Begeisterung aufgenommen. 20 Jahre früher, also vor 1968, wäre diese Reaktion nur schwer denkbar gewesen.

Die lose Gruppe innerhalb der CDU, die diese Absorption vordachte, bestand außer aus Rita Süßmuth (Bundesministerin und später Bundestagspräsidentin) und Richard von Weizsäcker (Bundespräsident 1984–1994) aus Heiner Geißler (CDU-Generalsekretär 1977–1989) und Friedbert Pflüger (MdB). An ihren Rändern bewegten sich auch Spin-Doctors und Funktionäre, die man aus zwei Gründen sehr passend als „CDU-Achtundsechziger“ bezeichnen kann: Erstens waren sie Alters- und Zeitgenossen der eigentlichen Achtundsechziger und stellten an den Universitäten die Speerspitze des Widerstands gegen die Studentenrevolte – meist in einer hoffnungslosen Minderheitsposition; gleichzeitig aber spielten sie innerhalb der eigenen Partei

eine geradezu ikonoklastische Rolle gegenüber Traditionen und Strukturen, von denen sie wussten, dass sie hoffnungslos veraltet waren, und die daher verändert werden mussten, wenn die Unionsparteien je wieder an die Macht im Bund zurückkehren wollten. Auf bestimmte Weise befand sich diese Gruppe sowohl intern als auch extern permanent in Opposition.<sup>9</sup> Einige der scharfsinnigsten Kritiken von 1968 und der Neuen Linken kommen aus dieser Gruppe.

All dies heißt natürlich nicht, dass 1968 plötzlich von der CDU-Führung, geschweige denn jener der CSU, oder auch nur der Mehrheit ihrer Mitglieder oder Wähler begeistert akzeptiert wurde. Im Gegenteil, für kurze Zeit intensivierte sich die bürgerliche Kritik an 1968 nach der für die Union unter Helmut Kohl gewonnenen Bundestagswahl 1982. Aber die von der neuen Regierung versprochene (oder angedrohte, je nach Standpunkt) „geistig-moralische Wende“ führte zu gar nichts und verschwand schnell aus dem öffentlichen Diskurs. Eigentlich war sie darauf ausgerichtet, viele der Trends, die das öffentliche, gesellschaftliche und politische Leben Deutschlands nach 1968 geprägt hatten, umzukehren. Schon 1984 gebrauchte niemand in der Bundesregierung oder ihrem Umfeld mehr diesen Begriff. Sowohl Befürworter als auch Kritiker der neuen Koalition waren sich darin einig, dass es in Bildung und Justiz bezüglich der öffentlichen Rolle von Religion oder sogar in der Frage der Abtreibung keine breit angelegte Rückkehr zu den Strukturen von vor 1968 gegeben hatte. 1968 hatte also in gewissem Sinne gesiegt. Heute lässt sich gar nicht mehr sagen, was wichtiger war, die Wende

9 Wulf Schönbohm, Gerd Langguth und Peter Radunski waren typische Vertreter dieser Gruppe. Sie haben die Strukturen sowie Strategie und Taktik der CDU von den 1970er- bis zu den 1990er-Jahren wesentlich beeinflusst. Eine gute Darstellung des Selbstverständnisses dieser Gruppe findet sich bei Schönbohm, Wulf: Die 68er – politische Verirrungen und gesellschaftliche Veränderungen. Aus *Politik und Zeitgeschichte* 14–15/2008, S. 16.

im Zeitgeist während der 1970er-Jahre, weg vom revolutionären Eifer der Aktivisten und hin zum „langen Marsch durch die Institutionen“, der nach den ersten Enttäuschungen propagiert wurde, oder die bewusste oder unbewusste Integration von zentralen Werten der Achtundsechziger in das breite Ideengebäude bürgerlicher Politik. Jedenfalls brachten auch die Revolten-Rückfälle der späten 1970er- und frühen 1980er-Jahre – mit postmateriellen Werten, Anti-Atomkraft-Protesten und einer mächtigen Friedensbewegung – keine Wiederholung der breiten, die gesamte Gesellschaft erfassenden Konflikte von 1968. Einige der Ur-Achtundsechziger fanden ab 1983 über die Grünen den Weg in den Bundestag und legten damit die Idee von der Außerparlamentarischen Opposition (APO, eine zentrale Erfindung von 1968) endgültig zu den Akten.

1988, zwei Jahrzehnte nach der Studentenrevolte, zeichneten die allermeisten Kommentare anlässlich des 20. Jahrestages ein insgesamt versöhnliches Bild, und zwar auf beiden Seiten der ehemaligen Barrikade. 1968 hatte in mehrfacher Hinsicht nicht nur den gesellschaftlichen Mainstream, sondern auch große Teile des bürgerlichen Lagers erreicht.

## Realignment

*Das ist der Appell des globalen Kapitals an die Linke: Erkennt eure Utopie im real existierenden Kapitalismus, erkennt die Emanzipation des Subjekts in Deregulierung und Flexibilität, erkennt den gesellschaftlichen Fortschritt in der Modernisierung! Ihr müsst nur bedingungslos die Freiheit akzeptieren – und die Gerechtigkeit vergessen!*

– Jan Roß, 1998<sup>10</sup>

<sup>10</sup> Roß, Jan: Die neuen Staatsfeinde. Was für eine Republik wollen Schröder, Henkel, Westerwelle und Co.? Eine Streitschrift gegen den Vulgärliberalismus. Berlin 1998, S. 77.

Die Bestandsaufnahme von 1988 war gerade vorbei, als die Berliner Mauer fiel. Das Jahr 1989 hob die gesamte Debatte über das Erbe von 1968 auf ein neues Niveau: Der Staatssozialismus war am Ende, die deutsche Einheit zum Greifen nah und die Linke in der strategischen Defensive. Die Grünen verschwanden für eine Legislaturperiode sogar aus dem Bundestag (1990–1994), unter anderem weil sie sich so klar vom gesellschaftlichen Mainstream eines wieder vereinigten Deutschlands entfernt hatten. Das Ende des europäischen Kommunismus führte nicht nur zu einer neuen Welle konservativer Kritik an 1968, sondern auch zu erheblicher kritischer Selbsthinterfragung unter manchen Achtundsechzigern. Diese Diskursveränderungen waren schon damals sichtbar. Was aber erst aus heutiger Sicht klar wird, ist ein viel wichtigerer Paradigmenwechsel, der in diesem Kapitel analysiert werden soll: Nach 1989 verschwanden nicht nur Kommunismus und Antikommunismus, die immerhin ein zentrales Paradigma Westdeutschlands darstellten, und mit ihnen ein großer Teil der klassischen Unterscheidungsmerkmale zwischen Links und Rechts. An ihre Stelle traten nun die langsam sichtbar werdenden tiefgreifenden Probleme in Deutschlands sozioökonomischer Struktur. Die Frage nach ihrer Lösung wurde nun zur überragenden Herausforderung und schuf neue Spaltungen und Allianzen in der politischen und intellektuellen Landschaft.

Der folgende runde Geburtstag der Studentenrevolte im Jahr 1998 traf mit dem Bundestagswahlsieg der rot-grünen Koalition zusammen. Während also auf Bundesebene die Achtundsechziger im Rahmen der Regierung Schröder-Fischer erstmals an die Schalthebel der Macht gelangt waren und den „langen Marsch in die Institutionen“ damit gewissermaßen siegreich beendet hatten, war auf bürgerlicher Seite ein neuer Konflikt entstanden, der durch den generellen Paradigmenwechsel der 1990er-Jahre beschleunigt wurde. Eine neue Frontstellung aus Modernisierern und Neuen Konservativen wurde sichtbar.



Mitte der 1990er-Jahre war ein neuer intellektueller Konservatismus entstanden, der zwei Elemente beinhaltete: eine Fundamentalkritik der – bislang im bürgerlichen Lager sakrosankten – Westbindung Deutschlands und eine zunehmende Distanzierung in Politik und Ökonomie von einem Neoliberalismus, dem man vollkommene patriotische, moralische und soziale Indifferenz vorwarf.<sup>11</sup> Diese neuen Konservativen zogen eine direkte Verbindungslinie zwischen 1968 und den Neoliberalen der Millenniumsjahre. Die Kernbehauptung lautete, dass ohne die Apotheose des Ichs und die bewusste Zerstörung gesellschaftlicher Hierarchien durch die Achtundsechziger der Siegeszug des postmodernen, globalisierten Kapitalismus der letzten beiden Jahrzehnte undenkbar gewesen wäre. Anders ausgedrückt: In den Augen der Neuen Konservativen hat die 68er-Bewegung dem nihilistischen Kapitalismus nicht nur den Weg geebnet – sie hat sogar einige der Methoden entwickelt, derer sich neoliberale Unternehmer und Politiker wie Guido Westerwelle (FDP-Vorsitzender) und Hans-Olaf Henkel (damals Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie) bedienen.

Diese Analyse war nicht vollkommen grundlos. In ihrem fast revolutionären Ansatz bezüglich wirtschaftlichen Wandels und Modernisierung, aber auch in einem absoluten Fortschrittsglauben, begannen die Modernisierer in der Tat, einige zentrale Elemente des Geistes von 1968 zu übernehmen. Dasselbe gilt für ihre Idee einer auf einem starken Individualismus basierenden modernen Konsumgesellschaft, die Ablehnung des Nationalstaats als Hindernis für die Entwicklung globaler Märkte und ihre emphatische Bejahung der Migration, sei es von Kapital oder von

11 Vgl. Schwilk, Heimo / Schacht, Ulrich (Hg.): Die selbstbewusste Nation. „Anschwellender Bocksgesang“ und weitere Beiträge zu einer deutschen Debatte. Berlin 1994. Trotz einiger intellektueller Schwächen war dieser Sammelband seiner Zeit weit voraus und kann mit Recht als Manifest eines neuen deutschen Konservatismus bezeichnet werden.

Menschen, als wichtiges Instrument, um komparative Kostenvorteile zu erreichen. Manche konservativen Kritiker haben sogar die Modernisierer direkt mit den Neomarxisten verglichen, mit Verweis auf ihren Utopismus und ihren Glauben an *eine* Lösung für die gesamte Menschheit – in diesem Fall: den Markt als entscheidendes Instrument zur Befreiung des Menschen.

Außerdem gab es zumindest in den Feuilletons tatsächlich eine Art neuer Koalition zwischen zunehmend ikonoklastisch gesinnten Neoliberalen und enttäuschten Achtundsechzigern, die anfangen, den globalen Kapitalismus zu verteidigen. Der Journalist Richard Herzinger, der in den 1970er-Jahren radikaler Marxist war und heute für konservative Tageszeitungen schreibt, verkörpert diese Tendenz.<sup>12</sup> Auch prominentere Alt-Achtundsechziger, wie Hans Magnus Enzensberger, legten ähnliche Tendenzen an den Tag, wenn auch in moderaterer Form als Herzinger. Das traf besonders auf ihre Kritik am Antiamerikanismus und Antizionismus der alten „Neuen Linken“ und an deren spezifischem Multikulturalismus sowie dem Appeasement gegenüber antiwestlichen Diktatoren unter dem Etikett des Antiimperialismus zu.

Eine ganz besondere Radikalität in dieser Richtung entwickelten die „Antideutschen Kommunisten“ nach dem 11. September 2001. Ursprünglich war diese relativ kleine, aber vielschichtige und lautstarke Gruppe linker Intellektueller Anfang der 1990er-Jahre, nach der deutschen Wiedervereinigung, aus versprengten kommunistischen Gruppen hervorgegangen und hatte sich vor allem gegen einen vermeintlich erstarkenden deutschen Nationalismus gewandt, den die Antideutschen auch auf der Linken ausmachten und dessen historische Wurzeln sie durch das gesamte 20. Jahrhundert zurückverfolgten. Nach 9/11 und besonders in der Zeit des Irak-Kriegs ab 2003 konzentrierten sie

12 Vgl. Herzinger, Richard: Die Tyrannei des Gemeinsinns. Ein Bekenntnis zur egoistischen Gesellschaft. Berlin 1997.

sich auf Antiimperialismus, Globalisierungskritik, Zionismuskritik, Antiamerikanismus und Appeasement gegenüber dem Islamismus der Mainstream-Linken.<sup>13</sup> In ihrer Fundamentalkritik der deutschen Linken, ihrem bedingungslosen Eintreten für ein wehrhaftes Israel und ihrem als global gültig aufgefassten Eintreten für die Aufklärung kamen sie stellenweise bürgerlichen Positionen bemerkenswert nahe.<sup>14</sup> Dem von ihnen umfassend kritisierten Ideenkomplex 1968 setzten sie in Rückbezug auf Kritische Theorie, freudsche Psychoanalyse und Elemente des originären Marxismus die Chiffre „1967“ entgegen, also eine linke Gesellschaftskritik, die bestimmte proamerikanische, prozionistische und in einigen Punkten durchaus bürgerliche Elemente enthielt bzw. bewahrte und oft in Theodor W. Adorno personifiziert wurde.

Natürlich blieben diverse Alt-Achtundsechziger viel näher an den alten Glaubensinhalten. Einige behaupteten sogar bewundernd, die globalisierungskritische Bewegung, wie sie sich in Attac manifestierte, oder in noch radikaleren Varianten wie dem französischen „Unsichtbaren Komitee“<sup>15</sup> von 2007, seien das 1968 des frühen 21. Jahrhunderts, mit nur leicht veränderten Inhalten und Methoden<sup>16</sup>: Seattle und Genua als würdige Nachfolger von Paris im Mai 1968.

13 Eine gute Darstellung des antideutschen Spektrums findet sich bei Weinthal, Benjamin: Letter from Berlin. The anti-anti-Zionists. *Haaretz* 07/08 2007.

14 Vgl. z. B. den Sammelband Uwer, Thomas / von der Osten-Sacken, Thomas / Woeldike, Andrea (Hg.): Amerika. Der „War on Terror“ und der Aufstand der Alten Welt. Freiburg 2003.

15 Vgl. Le Comité Invisible: L'Insurrection qui vient. Paris 2007.

16 Vgl. Leggewie, Claus: 1968 ist Geschichte. Aus *Politik und Zeitgeschichte* B 22-23, 2001, S. 3–6.

Vom Rollback zur Konvergenz: Die neue Unübersichtlichkeit

*Achtundsechzig sitzt wie ein Pfahl im Fleische dieser nach neuer Übersichtlichkeit und verlässlicher Ordnung verstärkter Ausschau haltenden Gesellschaft.*

– Oskar Negt, 2008

*Nur hat er [Jan Fleischhauer, d. Verf.] leider nicht gerade das Buch der Stunde, sondern ein Achtziger-Jahre-Buch geschrieben. Die Welt, in der er lebt, sorgfältig eingeteilt in links und rechts, ist so sehr eine Welt von gestern, dass man aus dem Staunen gar nicht mehr herauskommt.*

– Julia Encke, in einer Kritik von Jan Fleischhauers „Unter Linken“<sup>17</sup>

Während der Streit zwischen Modernisierern und neuen Konservativen auf der bürgerlichen Seite anfangs auf die Universitäten und Feuilletons beschränkt blieb, zeigte er sich in der Politik nach 2000 in Gestalt gegenseitigen Nörgelns zwischen CDU und CSU. In gewisser Weise, und in abgemilderter Form, wurde dieser Streit von der Konfrontation zwischen Angela Merkel und Edmund Stoiber in den Jahren von 2000 bis 2005 personifiziert: die pragmatische, eher wirtschaftsliberale, säkulare „kinderlose Protestantin aus dem Osten“ gegen den mild chauvinistischen und wertkonservativen Populisten aus Bayern. Den Versuch einer Synthese beider Grundströmungen unternahm der in der ersten Jahrzehnhälfte recht erfolgreiche Zeithistoriker Paul Nolte. Einerseits kommunitaristisch angehaucht und sehr bedacht auf eine Restauration bürgerlicher Werte, nimmt er dennoch positiv Bezug auf die eigene Sozialisierung in den 1970er-Jahren – und

17 FAZ 11/5 2009. Vgl. auch Fleischhauer, Jan: Unter Linken. Von einem, der aus Versehen konservativ wurde. Hamburg 2009.

daher auch im Geist von 1968.<sup>18</sup> Wenn es noch eines Beweises bedurfte, hat ihn Nolte geliefert: Am Beginn des 21. Jahrhunderts sind wir alle Kinder von 1968 – auch viele Bürgerliche.

Das vierzigste Jubiläum von 1968, kurz vor Ausbruch der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise, war weniger versöhnlich als die vorangegangenen. Besonders das Feuilleton gab sich, auf der einen wie der anderen Seite der ehemaligen Barrikade, kämpferisch. Auf der Linken attackierten Achtundsechziger-Renegaten wie Götz Aly ihre eigene Vergangenheit schonungsloser als je zuvor.<sup>19</sup>

Außerdem glaubten Alt-Achtundsechziger wie Oskar Negt, in diversen neukonservativen Tendenzen in der deutschen Publizistik ein rechtes Rollback gegen alles Fortschrittliche von 1968 zu erkennen.<sup>20</sup> In der Tat verschärfte sich in der zweiten Hälfte der Nullerjahre eine neukonservative Fundamentalkritik an 1968 und seinen Folgen.<sup>21</sup> Zu diesen Folgen wird aber von den konservativen Kritikern auch der schwache Zustand der schwarz-gelben Koalition in Berlin am Beginn des neuen Jahrzehnts gerechnet: Durch konsequente Aufgabe konservativ-bürgerlicher Positionen in der Familien-, Wirtschafts- und auch

18 Vgl. Nolte, Paul: *Risikante Moderne. Die Deutschen und der neue Kapitalismus*. München 2006. Nolte beschäftigt sich auch mit einem neuen Gebiet, auf dem sich derzeit ein Realignement zwischen Bürgerlichen und Achtundsechzigern abzeichnet: Die Frage universeller Werte im Zusammenhang mit dem säkular/religiösen Paradigma und der Rolle des Islams unter Immigranten.

19 Vgl. Aly, Götz: *Unser Kampf – 1968*. Frankfurt/Main 2008. Schon bei der Formulierung des Titels werden Parallelen zum Nationalsozialismus gezogen.

20 Vgl. Negt, Oskar: *Demokratie als Lebensform. Mein Achtundsechzig*. Aus *Politik und Zeitgeschichte* 14–15/2008, S. 3–8

21 Vgl. hierzu den ausführlichen Beitrag von Christian Sebastian Moser in diesem Band.

(nach der Katastrophe von Fukushima) in der Energiepolitik hätten CDU und FDP Achtundsechziger-Inhalten endgültig den Siegeszug in der deutschen Politik ermöglicht. Gleichzeitig ist schon die Betonung des Wertkonservatismus in der Rhetorik der in Landtagswahlen triumphierenden Grünen des Jahres 2011 ein Hinweis auf Konvergenz von der anderen Seite.<sup>22</sup>

Sollten sich die Wahlerfolge der Grünen verstetigen und die FDP weiter an Stärke verlieren, wäre das daraus resultierende, im Wesentlichen dreipolige Parteiensystem aus CDU/CSU, Grünen und Sozialdemokraten von einer strukturellen Mehrheit der unmittelbaren Nachfahren der Achtundsechziger geprägt. Es bestünde auf Bundes- wie Landesebene nur noch die Wahlmöglichkeit zwischen einer linken Mehrheit und einer Koalition der verbliebenen bürgerlichen Volkspartei mit Teilen dieser linken Mehrheit, also entweder rot-grüne oder schwarz-rote bzw. schwarz-grüne Koalitionen. Diese strategische Perspektive ist auf politischer Ebene der deutlichste Hinweis darauf, dass der „lange Marsch“ auch auf politischer Ebene beendet ist, und zwar siegreich. Durch die neue Stärke der Grünen sind auch die Achtundsechziger endgültig in der Mitte der Gesellschaft angekommen, wenn auch um den Preis einer klaren Verbürgerlichung.

## Fazit

1968 spielt eine unbestreitbar wichtige Rolle in der deutschen Geschichte. Es hat zu verschiedenen Zeiten sehr unterschiedliche Bedeutungen für den bürgerlichen Teil des politischen Spektrums in Deutschland gehabt. Die Tatsache, dass Hunderttausende intelligenter, relativ wohlhabender junger Leute mit hervorragender Ausbildung sich dazu hinreißen ließen, einen

22 Vgl. <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,753479,00.html>

brutalen asiatischen Diktator wie Mao Zedong zu verehren, bleibt eine Schande – für Deutschland und den Westen insgesamt. Aber egal wie gefährlich, fehlgeleitet oder utopistisch die Ideen der Achtundsechziger auch waren, egal wie offensichtlich sie mit dem Versuch der Veränderung des politischen oder ökonomischen Systems scheiterten – die Konfrontation mit ihren Ideen war für Deutschlands Bürgerliche ein Ringen mit der Realität. Nach einer Phase der totalen Ablehnung begannen sie ab Mitte der 1970er-Jahre, Methoden und sogar Inhalte der Achtundsechziger teilweise zu übernehmen. Nach 1989 entwickelten sich sowohl im bürgerlichen Teil des Spektrums als auch aufseiten der Linken wichtige Neukonstellationen, in denen der Bezug zu 1968 immer wieder eine wichtige Rolle spielte. Ermöglicht wurde dies durch den Paradigmenwechsel der 1990er Jahre, mit neuen umfassenden Fragestellungen bezüglich der Herausforderungen durch Globalisierung, Demografie und Immigration. Dieser insgesamt in eine neue Unübersichtlichkeit mündende Paradigmenwechsel könnte die CDU/CSU wie auch die SPD schwächen und deren Volkspartei charakter in Frage stellen. Andererseits mag er neue Interessenkoalitionen im politischen und intellektuellen Spektrum unterstützen, vielleicht sogar eine schwarz-grüne Koalition auf Bundesebene ermöglichen. Dies wäre dann der endgültige Brückenschlag zwischen 1968 und den Bürgerlichen. 1968 ist in der Tat Geschichte, aber sein sich wandelndes Narrativ wird auch in absehbarer Zukunft noch die Paradigmenwechsel deutscher Politik im 21. Jahrhundert reflektieren.

### *Literatur:*

Aly, Götz: *Unser Kampf* – 1968. Frankfurt/Main 2008

Bohrer, Karl Heinz: *Die gefährdete Phantasie, oder Surrealismus und Terror*. München 1970, sowie Lübke, Hermann: *Endstation Terror. Rückblick auf lange Märsche*. Stuttgart 1978

Bracher, Karl Dietrich: *Zeit der Ideologien. Eine Geschichte politischen Denkens im 20. Jahrhundert*. Stuttgart 1982

Detting, Warnfried: *Das Erbe Kohls. Bilanz einer Ära*. Frankfurt 1994

Fleischhauer, Jan: *Unter Linken. Von einem, der aus Versehen konservativ wurde*. Hamburg 2009

Herrmann, Ludolf: *Hitler, Bonn und die Wende. Die Politische Meinung* 209, Juli/August 1983, S. 17

Herzinger, Richard: *Die Tyrannei des Gemeinsinns. Ein Bekenntnis zur egoistischen Gesellschaft*. Berlin 1997

Kühnl, Reinhard: *Formen bürgerlicher Herrschaft. Liberalismus – Faschismus*. Reinbek 1971

Le Comité Invisible: *L'Insurrection qui vient*. Paris 2007

Leggewie, Claus: *1968 ist Geschichte. Aus Politik und Zeitgeschichte* B 22–23, 2001

Negt, Oskar: *Demokratie als Lebensform. Mein Achtundsechzig. Aus Politik und Zeitgeschichte* 14–15/2008, S. 3–8

Nolte, Paul: *Riskante Moderne. Die Deutschen und der neue Kapitalismus*. München 2006

Roß, Jan: *Die neuen Staatsfeinde. Was für eine Republik wollen Schröder, Henkel, Westerwelle und Co.? Eine Streitschrift gegen den Vulgärliberalismus*. Berlin 1998

Scheuch, Erwin K.: Die Wiedertäufer der Wohlstandsgesellschaft. Eine kritische Untersuchung der „Neuen Linken“ und ihrer Dogmen. Köln 1968

Schönbohm, Wulf: Die 68er – politische Verirrungen und gesellschaftliche Veränderungen. *Aus Politik und Zeitgeschichte* 14–15/2008

Schönbohm, Wulf: Die CDU wird moderne Volkspartei. Selbstverständnis, Mitglieder, Organisation und Apparat 1950-1980. Stuttgart 1985

Schwilke, Heimo / Schacht, Ulrich (Hg.): Die selbstbewusste Nation. „Anschwellender Bocksgesang“ und weitere Beiträge zu einer deutschen Debatte. Berlin 1994

Sontheimer, Kurt: Der Überdruß an der Demokratie. Neue Linke und alte Rechte – Unterschiede und Gemeinsamkeiten. Köln 1970

Uwer, Thomas / von der Osten-Sacken, Thomas / Woeldike, Andrea (Hg.): Amerika. Der „War on Terror“ und der Aufstand der Alten Welt. Freiburg 2003

Weinthal, Benjamin: Letter from Berlin. The anti-anti-Zionists. *Haaretz* 07/08 2007

*Christian Sebastian Moser*

## Volk ohne Volksparteien?

Fortschritt oder Gefahr für die Demokratie?

Die Proklamation vom Ende der Volksparteien ist auch schon etwas in die Jahre gekommen – sie kann mittlerweile auf eine fast vierzigjährige Tradition zurückblicken. Schon 1972 verkündete der revolutionäre Sozialist Joseph Buttinger in seinem gleichnamigen Buch „Das Ende der Massenpartei“<sup>1</sup>. Seit damals verlieren die Volksparteien kontinuierlich Wähler und stehen ständig unter Druck – in den 1970er-Jahren durch die Neuen Sozialen Bewegungen, das Erstarken der Zivilgesellschaft, die Entstehung der Grünen, und in den 1980er-Jahren durch die Zunahme des Rechtspopulismus und dessen Schwarz-Weiß-Appelle an Ressentiments der Bürger. In den 2000er-Jahren formierte sich mit der Tea Party und Protestbewegungen wie jene gegen das Bahnhofprojekt „Stuttgart 21“ zudem ein bürgerlicher Protest, der sich nicht Links oder Rechts zuordnen lässt, sondern vor allem als antiparteipolitische Bewegung der Zivilgesellschaft zu verstehen ist. Klaus Detterbeck benennt drei Krisenfaktoren: erstens die *elektorale Krise* (schwindende Dominanz der beiden Großparteien bei Wahlen), zweitens die *organisatorische Krise* (nachlassende Verankerung in der Bevölkerung) und drittens die *governmentale Krise* (der Prozess der Regierungsbildung wird für die ehemaligen Großparteien schwieriger).<sup>2</sup>

1 Buttinger, Joseph: Das Ende der Massenpartei am Beispiel Österreichs. Frankfurt 1972

2 Detterbeck, Klaus: Die Veränderung sozialer Milieus und die Krise der Volksparteien, in: Breit, Gotthard / Massing, Peter (Hg.): Soziale Milieus. Politische und gesellschaftliche Lebenswelten in Deutschland. Schwalbach 2011

In diesen Verabschiedungschor stimmt auch ein Beitrag von Christoph Seils in der *Zeit* ein, der hier stellvertretend für die kritische, ja ablehnende Distanz von Journalisten und Medienarbeitern gegenüber den Volksparteien zitiert werden soll. Seils stellt gleich im Vorspann seines Artikels apodiktisch fest: „Die Volksparteien sind am Ende. Die Bürger wenden sich ab und protestieren.“<sup>3</sup> Laut Seils besteht die Gefahr für die Demokratie nun in folgender Entwicklung: Je weniger die Parteien in der Gesellschaft verankert sind, desto größer wird der – von ihm negativ bewertete – Einfluss von Lobbyisten auf die Politik. Positiv bewertet er hingegen den wachsenden Einfluss direktdemokratischer Elemente und den wachsenden Einfluss von Nichtregierungsorganisationen durch die Krise der Volksparteien, wenngleich er bemängelt, dass die Vertreter von NGOs, Vereinen und Zivilgesellschaft meist Vertreter der Mittelschicht sind und daher direkte Demokratie vor allem die politische Macht des Mittelstandes stärken, die Unterschicht und Migranten aber weiterhin strukturell diskriminieren. Für Seils steht auf jeden Fall fest, dass der Parteienstaat eine neue Legitimationsgrundlage braucht. Unsere individualisierte Gesellschaft ist insgesamt heterogener und vielschichtiger geworden: mehr Singles, mehr Migranten, mehr Scheidungen, mehr Arbeitslose, mehr Individualisierung, weniger Vertrauen in Institutionen und weniger Solidarität. Diese Konfliktlinien werden nicht ohne große politische Kraftanstrengung überwunden werden können.

In Österreich haben die Volksparteien SPÖ und ÖVP in den vergangenen 30 Jahren fast 40 Prozent ihrer Wähler an die neuen Mitbewerber verloren. Ähnlich die Situation in Deutschland: Wurden SPD und CDU in Deutschland noch von mehr als 90 Prozent der Bevölkerung gewählt, sind es heute weniger als 60

3 <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2011-02/ende-volksparteien-seils/seite-1>

Prozent. Auch die Mitgliederzahlen gehen zurück: In Deutschland verringerten sich die Mitgliederzahlen von CDU und SPD von je etwa 1 Million auf unter 600.000. In Österreich verloren SPÖ und ÖVP ebenfalls Mitglieder. Dieser Wähler- und Mitgliederverlust droht den Volksparteien ihre Legitimation als Volksparteien zu entziehen, denn neben weniger Geld (durch Parteienförderung und Mitgliedsbeiträge) verlieren sie auch ihre Verankerung in Vereinen und somit ihre Präsenz vor Ort. Ihr Status als Vertreter aller Schichten könnte somit endgültig und unwiederbringlich verloren gehen. Nur der Bauernbund in Österreich, die CSU in Bayern und die Linkspartei in den neuen deutschen Bundesländern sind organisatorisch noch bis in den letzten Weiler tief verankert.

Diese Veränderungen bedeuten für den Bremer Zeithistoriker Paul Nolte einen Strukturbruch im Parteiensystem. Er schlägt vor, nicht mehr von „Volksparteien“, sondern von „Drittelparteien“ zu sprechen. Auch der Politikwissenschaftler Karl-Rudolf Korte sieht die Volksparteien<sup>4</sup> in einer echten und strukturellen Krise. Denn neben den sozialdemokratischen und den christdemokratischen Parteien haben sich in Deutschland linke und linkspopulistische Parteien (Die Grünen, Die Linke) und in Österreich rechtspopulistische Parteien (FPÖ) Wähleranteile von bis zu einem Drittel erkämpft. In einer Forsa-Umfrage vom September 2010 für den *Spiegel* haben in Deutschland die Grünen erstmals die SPD überholt, bei der Wiener Gemeinderatswahl 2010 konnte die FPÖ zu den Volksparteien SPÖ und ÖVP aufschließen. Diese Situation gab es in Österreich bereits 1999. Damals verdrängte die FPÖ die ÖVP vom zweiten Platz. SPÖ, ÖVP und FPÖ hatten und haben jeweils ein Potenzial von zwischen einem

4 Vgl. dazu: Korte, Karl-Rudolf : Die neue Qualität des Parteienwettbewerbs, S. 109–114; Jürgen Rüttgers (Hrsg.): Berlin ist nicht Weimar. Zur Zukunft der Volksparteien. Essen 2009.

Viertel und einem Drittel der Wähler. Dieses Wählerdrittel der von den Volksparteien abgewanderten eint weniger ein konzises Weltbild, sondern vielmehr eine tiefe Abneigung gegenüber den staatstragenden Traditionsparteien. „Volksparteien-Bashing“ ist ein Volkssport, dabei drohen die systemstabilisierenden und positiven Eigenschaften dieses Parteientypus verloren zu gehen. So sind für ÖVP-Vordenker Andreas Khol Volksparteien historisch betrachtet eine emanzipatorische Weiterentwicklung der „Klassenparteien“.<sup>5</sup> Während Klassenparteien nur die Interessen einiger weniger Bevölkerungsschichten wahrnahmen, standen die Volksparteien dafür, die Interessen der Mehrheitsteile der Bevölkerung zu vertreten. Khol zufolge können Volksparteien daher auch im 21. Jahrhundert den Ansturm von Single-Issue-Parteien und Protestparteien abwehren, wenn sie den Dreiklang *Programm/Person/Bilanz* berücksichtigen. Also benötigt eine Volkspartei ein problemorientiertes Programm, eine integrierende Person und einen Erfolgsnachweis, um den Wähler für die Ideen von Volksparteien zu gewinnen. Die Segmentierung bewertet Khol nicht als Bedrohung, sondern als Herausforderung bei der inhaltlichen Modernisierung der Volksparteien. Volksparteien in der kholschen Lesart sind also nicht durch Naturgesetze oder historische Notwendigkeiten schwächer geworden, sondern auch und vor allem, weil sie noch keine zwingenden neuen Politikkonzepte entwickelt haben.

Wie kam es also – historisch betrachtet – zur schleichenden Erosion der Volksparteien? Die Abschwächung der Parteienbindung wird in der Politikwissenschaft als *Dealignment* bezeichnet. Seit den 1970er-Jahren haben sich die traditionellen politischen Strukturen und das Wahlverhalten der Bevölkerung dramatisch geändert, das allgemeine Interesse an Politik ist sogar leicht gestiegen. So interessierten sich zum Beispiel im Jahr 1986 Umfragen

5 Vgl. <http://www.polak.at/16520/?MP=61-14463>

zufolge 21 Prozent der Befragten stark für Politik, während es 2003 26 Prozent waren. Die Zahl jener, die sich überhaupt nicht dafür interessieren, lag im selben Zeitraum stabil zwischen 14 und 15 Prozent. Es kann also nicht unbedingt von Politikverdrossenheit gesprochen werden, es handelt sich eher um Parteienverdrossenheit. Noch bis Anfang der 1970er-Jahre war die Parteibindung an soziale Milieus und die Einbettung in sozioökonomische Berufslager, Interessenvertretungen und organisatorische Netzwerke gebunden und das Wahlverhalten sehr stabil. Seitdem kam und kommt es zu einer kontinuierlichen Abschwächung der traditionellen Bindungen und somit auch zur Erosion der Parteidentifikation. Das *Dealignment*, also das Aufbrechen der Verbindung zwischen sozialer Schicht und Wahlverhalten, wird von Fritz Plasser als Prozess in vier Phasen eingeteilt:<sup>6</sup>

Erste Phase – strukturelles *Dealignment*: In den späten 1960er-Jahren begannen strukturelle Parteieigungen aufgrund des sozioökonomischen Wandels zu schwinden. Die Produktionsstrukturen modernisierten sich in der Hochblüte des Fordismus, die Agrarquote ging ebenso wie der sekundäre Sektor zurück. Hingegen sichert der tertiäre Sektor immer mehr Menschen den Lebensunterhalt, die Dienstleistungsgesellschaft entsteht. Letzteres wird allein daran sichtbar, dass 68 Prozent aller Erwerbstätigen in Österreich im Jahr 2009 im tertiären Sektor beschäftigt waren. Durch den zunehmenden Wohlstand und die steigenden Anforderungen der Arbeitswelt erhöhten sich die regionale und die berufliche Mobilität. Der Arbeitsmarkt erweist sich zudem durch die von ihm in Gang gesetzte Mobilität (Berufs-, Orts-, Betriebs- und Arbeitsplatzmobilität, Auf- und Abstiege) als ein Motor der Individualisierung von Lebensläufen. Die Konsequenz ist die Erosion der traditionellen Milieu- und Gruppenstrukturen.

6 Plasser, Fritz / Ulram, Peter A.: Das österreichische Politikverständnis. Von der Konsens- zur Konfliktkultur? Wien 2002, S. 72.

Zweite Phase – affektives Dealignment: Politische Skandale, Parteienkritik und neue Konfliktlinien wie die ökologische Spannungslinie („Cleavage“) führen zu einer generellen Politikverdrossenheit. Dabei werden besonders die emotionale Bindung zu Parteien und das Image des Politikers angegriffen. Eine erste Welle dieser Politikverdrossenheit der Bevölkerung wird in Österreich bei der Protestbewegung gegen das AKW Zwentendorf und der Besetzung der Wiener Arena unübersehbar, und die sich jetzt formierenden Neuen Sozialen Bewegungen werden zum Ausdruck eines neuen bürgerschaftlichen Engagements jenseits parteipolitischer Grenzen. Soziomoralische Gewissheiten, politische Bindungen und die damit verbundenen traditionellen Lebensstile und Werthaltungen werden nicht mehr absolut gesetzt, sondern kritisch hinterfragt und gehen verloren oder werden aufgegeben.

Dritte Phase – Wählerprotestkultur: Kritik am Proporzsystem und antipolitische Ressentiments führen Ende der 1980er-Jahre zur Entstehung einer Wählerprotestkultur mit dem Aufstieg der Haider-FPÖ und zu einem weiteren Abschmelzen traditioneller Parteibindungen. Mobilität und Wechselbereitschaft des Elektorats erhöhen sich weiter, die Traditionsparteien SPÖ und ÖVP werden substanziell geschwächt. Ebenso ist ein starker Rückgang bei den Parteimitgliedschaften zu beobachten. In Umfragen wird das Ausmaß deutlich: Umfangreiche Studien zeigen, dass sich zwischen 1986 und 2003 die Zahl jener, die „keine Zuneigung zu einer bestimmten Partei“ haben, von 21 Prozent auf 40 Prozent fast verdoppelt hat. Im Gegenzug haben sich die Mitgliederzahlen von 24 Prozent auf 12 Prozent der Befragten halbiert.

Vierte Phase – Auswirkungen der Wählerprotestkultur auf das Parteiensystem: Fortschreitende Individualisierung in Verbindung mit sozialer Differenzierung lässt das bislang klassenspezifische Wahlverhalten weiter erodieren. Dieses „Class Voting Dealignment“ korreliert mit einer Neuorientierung des Wahlver-

haltens der Arbeiterschaft, dem „Working Class Realignment“ oder „Blue Collar Realignment“.

Während dieser vier Phasen sind die Stammwähleranteile immer weiter gesunken, mit der Folge, dass die Wählermärkte volatiler werden und als Erklärungsmuster für Wahlmotive von der empirischen Sozialforschung heute weniger gesellschaftliche-, milieu- und schichtspezifische Gründe herangezogen werden, sondern vor allem die Leitthese der Hyperindividualisierung vertreten wird: Der Wähler wählt jene Partei, von der er sich den größten Nutzen für sich selbst verspricht. Ein Kennzeichen der postindustriellen Dienstleistungsgesellschaften und individualistischen Konsumgesellschaften ist die abnehmende Bindekraft traditioneller gesellschaftlicher Gruppierungen. Ursachen dafür waren eine erhöhte Kaufkraft der Arbeiterschaft, der Ausbau der sozialstaatlichen Leistungen, die Verstärkung und der Trend zu höherer Ausbildung und größerem Wohlstand breiter Bevölkerungsschichten. Das führte vor allem in den westlichen Demokratien dazu, dass sich neue Rollenbilder und Identitätsmuster bildeten, die zu einer Ausdehnung von Wertvorstellungen und Rechtsansprüchen auf immer weitere und neue gesellschaftliche Gruppen führten (Stärkung der Frauenemanzipation, Kampf um Anerkennung minoritärer Lebensweisen, Chancengleichheit für Menschen mit Behinderung etc.). Der gesellschaftspolitische Diskurs verlagerte sich hin zur Auseinandersetzung über die Schaffung neuer bzw. größerer Teilhabe- und Lebenschancen. In heutiger Zeit ist hier eine Verschiebung zu konstatieren: Die Verteilungsprobleme (materieller, ökologischer und kultureller Ressourcen) rücken im Jahr drei der großen Wirtschaftskrise wieder ins Zentrum gesellschaftlicher Auseinandersetzung. Sie werfen neue Fragen nach dem Verhältnis zwischen sozioökonomischer Position und Interessenlagen bzw. Werthaltungen, zwischen realer Lebens- und politischer Durchsetzungschance sowie zwischen Lebensstil und politischer Präferenz auf. Auch



Fragen der Verteilungsgerechtigkeit und die Frage nach der Haftung der Allgemeinheit für Verfehlungen der Finanzbranche harren noch befriedigender politischer Lösungen. Eines steht auf jeden Fall außer Streit: Die gesellschaftspolitischen Entwicklungen seit den 1970er-Jahren haben die Beziehung zwischen sozialstrukturellen Merkmalen und dem Wahlverhalten nachhaltig verändert. Parteien können sich heute nicht mehr auf einen festen, sozialstrukturell definierten Bestand an Wählern verlassen, sondern müssen Wahl für Wahl ihre Wähler neu für sich und ihre Programme gewinnen.

Warum die zunehmende Wählervolatilität vor allem die Volksparteien trifft, versucht der deutsche Politologe Franz Walter in den Büchern „Baustelle Deutschland“ und „Im Herbst der Volksparteien“<sup>7</sup> zu erklären; mit beiden Schriften gelingt ihm eine Synopse des vorliegenden sozialwissenschaftlichen Forschungsstandes. Für Walter befindet sich das Volk nach einer Periode der Politikverdrossenheit und den vier Stufen des Dealignment bereits in einer Phase der Gleichgültigkeit gegenüber der Politik.

Sinkende Wahlbeteiligung ist ein Indiz für die zunehmende Apathie des Elektorats. Walter vertritt die These, dass das Zeitalter der Volksparteien unwiederbringlich zu Ende geht. Die Befunde, die Walter zur Untermauerung seiner Thesen vorlegt, gründen vor allem auf der zunehmenden Heterogenität der westlichen Demokratien. Die früher starken christlichen und gewerkschaftlichen Milieus von Christ- und Sozialdemokratie sind quantitativ und qualitativ erodiert. Bis in die 1960er-Jahre haben diese Milieus die Heimatwelten im Vor- und Umfeld der Parteien gebildet. Dort hat die kulturelle Verarbeitung ökonomischer, sozialer und politischer Konflikte stattgefunden, Parteien haben von dort

<sup>7</sup> Vgl. dazu: Walter, Franz: Baustelle Deutschland, Frankfurt/Main 2008; Walter Franz: Im Herbst der Volksparteien. Eine kleine Geschichte von Aufstieg und Rückgang politischer Massenintegration, Bielefeld 2009.

kräftige lebensweltliche Wurzeln und Ideen bekommen und ihre Alltagsrituale und Symbole entwickelt. Die klassischen Milieus haben emotionalen Zusammenhalt und Gruppenzugehörigkeit vermittelt. Diese Milieus sind heute verschwunden; damit haben die Volksparteien zwangsläufig ihre Leitziele und historischen Subjekte verloren. Der Kern der politischen Überzeugungen – Sozialismus und Wirtschaftsdemokratie bei der Sozialdemokratie, Religion, Nation und Antikommunismus bei der Christdemokratie – hat sich damit erledigt, trivialisiert und ist nicht mehr relevant.

### Sozialdemokratie ohne Arbeiter?

Zur empirischen Untermauerung nennt Walter einige Entwicklungen innerhalb der deutschen Sozialdemokratie: Dort ist inzwischen fast die Hälfte der Mitglieder über 60 Jahre alt. Nicht einmal mehr jeder zehnte Sozialdemokrat ist jünger als 36. Und was die Sozialdemokratie besonders schmerzen dürfte: Der Anteil der Arbeiter innerhalb der Partei liegt nur noch bei 11 Prozent. Der typische Funktionär der SPD ist heute Bildungsaufsteiger und hat studiert; die untersten 35 Prozent der Gesellschaft, Erwerbslose, Alleinerzieher, aber auch Handwerker und Vertreter von Einpersonunternehmen oder Klein- und Mittelbetrieben tauchen in den Parlamenten und im Personalstand der Parteien nicht mehr auf.

### Christdemokratie ohne Christen?

Auch die Entwicklung der Christdemokratie beschreibt Walter in düsteren Farben. Die modernen bürgerlichen Lebenswelten hätten sich weit von den überkommenen christlichen Moralvorstellungen entfernt. Das moderne Bürgertum sei hedonistisch und ich-zentriert, Freiwilligenarbeit und Engagement für die

Gemeinschaft sowie der Anteil von Kirchengebundenen und Kirchnahen seien in der Generationenfolge erdrurtschartig zurückgegangen.

Damit sind die traditionellen Inspirationsquellen der Volksparteien und ihrer Anhänger versiegt, und bislang ist nichts nachgewachsen. Mit gravierenden Folgen für die Parteien: Ihre Anhängerschaft zerfällt heute in wenig kompatible Kulturen, Orientierungen und Einstellungen, was zu einer schleichenden Desintegration und wachsenden Labilität der Parteien geführt hat. Nachdem die Parteien keine gesellschaftliche Vermittlerrolle mehr spielen, beschränkt sich ihre wesentliche Aufgabe heute auf die Auswahl des Personals für Parlamente und Regierungen. Parteien entwickeln sich damit zu Kaderorganisationen ohne substanzielle Kader.

Der neuen Politikergeneration fehlt es laut Walter an Kreativität und programmatischen Ideen. Ihm zufolge scheitert sie daran, für den Wähler und innerhalb der Parteien Identifikation zu schaffen und langfristige Bindungen herzustellen. Zum Schluss wird Walter gar fatalistisch: Seit über 30 Jahren sei aus den Parteidiskussionen keine originelle Idee mehr hervorgegangen. Ist Walter die Euro-Einführung oder die EU-Erweiterung und vieles mehr entgangen? Hinter diesem Pessimismus versteckt sich bei Walter wohl vor allem eine falsche Erwartungshaltung der Politik gegenüber. Er wünscht sich von Parteien und Politikern konkrete Versprechen, konkrete und verbindliche Ansagen, Visionen und weniger Tagesgeschäft, kurz: Walter sieht Politik als multiple Wunscherfüllungsmaschine. Und gerade in dieser unrealistischen Erwartungshaltung liegt das zentrale Problem der regierenden Volksparteien. Denn Politik ist die Kunst des Machbaren, und der budgetäre Spielraum ist denkbar gering. Das zentrale Problem liegt weniger in der Politik, sondern mehr in den explodierenden Grundkosten zur Aufrechterhaltung des Sozialstaats. Die Logik des Additiven, des Immer-mehr-Zahlens

ist durch steigende Budgetdefizite und die Finanzkrise an ihr natürliches Ende geraten. Selbst Staatsbankrotte sind mittlerweile innerhalb der EU möglich, und etwa Irland oder Griechenland sind auf dem besten Weg dorthin.

Dennoch haben diese Entwicklungen bei der Wählerschaft nicht zu einer neuen Bescheidenheit geführt; stattdessen sind die Erwartungshaltungen an Staat und Politik durch den jahrzehntelangen Ausbau des Wohlfahrtsstaats exponentiell gewachsen. Dieses Anspruchsdenken ist bis heute nicht überwunden, angesichts leerer Kassen aber nicht länger finanzierbar. Die Folgen sind nicht erst seit gestern bekannt: Die Wähler strafen die staatstragenden Parteien ab, weil diese ihnen nicht mehr jeden monetären Wunsch erfüllen können, und setzen stattdessen auf Protestparteien, die zwar ebenfalls keine Lösungen anbieten, aber wenigstens gekonnt auf der Klaviatur der Ressentiments spielen.

Die Volksparteien haben auf linken und rechten Populismus nach wie vor keine Antworten gefunden. Eine der besonderen Baustellen aus Sicht der Volksparteien ist die schwindende institutionelle Anbindung der Bevölkerung. Bei der ÖVP werden nur noch die Interessen von Bauern und Beamten ohne Streuverluste abgedeckt, in großen Städten wie Wien und bei Berufsgruppen wie den Neuen Selbstständigen, zunehmend aber auch bei Arbeitnehmern sowie kirchlichen und sonstigen zivilgesellschaftlichen Interessenvertretungen hat die ÖVP aber strukturelle Probleme, die ein sachgemäßes Ansprechen dieser Zielgruppen erschweren. Auch die SPÖ hat strukturelle Probleme: Ihre klassischen Stammwähler wie Industriearbeiter und Bewohner von geförderten Gemeindebauwohnungen wählen schon lange nicht mehr automatisch rot – vor allem männliche, ungelernete Arbeiter präferieren die „neue Arbeiterpartei“ FPÖ. Diese mangelnde Erdung und der fehlende Rückhalt der Volksparteien innerhalb der Bevölkerung haben zu einer Reihe von Fehleinschätzungen seitens der öffentlichen Meinung und damit der Wähler geführt.

Was schmerzlich fehlt, sind „Kümmerer vor Ort“ – authentische Ansprechpartner im Wohnblock, auf der Straße, im Betrieb, im Verein oder in der Schule, welche die politische Willensbildung ohne mediale Verzerrung direkt zu den Parteispitzen kommunizieren. So gibt es bei den Sozialdemokraten im Parlament kaum mehr Fach- und Industriearbeiter unter den Abgeordneten, bei der ÖVP wiederum sind die Selbstständigen unterrepräsentiert. Organisatorische Antworten auf diese Probleme gibt es bislang nicht; bei beiden Volksparteien steht jedoch außer Streit, dass die flächendeckende Präsenz in ganz Österreich auf jeden Fall aufrechtzuerhalten ist, wenn man weiterhin den Begriff Volkspartei für sich reklamieren möchte. Das ist nicht mehr selbstverständlich; die SPÖ hat sich in Niederösterreich, Tirol und Vorarlberg marginalisiert, die ÖVP steht in Wien und Kärnten vor ähnlich großen strukturellen Problemen. Eine bürgerliche Volkspartei, die in der Bundeshauptstadt Wien nur 14 Prozent der Wähler für sich gewinnen kann, ist keine Volkspartei mehr.

Wenn diese massiven Wählerverluste so fortschreiten wie in den letzten 30 Jahren, wird die Parteienlandschaft in 40 Jahren nicht mehr dieselbe sein. Dass „den Volksparteien das Volk davonläuft“, wie *Die Welt*<sup>8</sup> treffend titelte, hat auch etwas mit der geänderten Erwartungshaltung der Bürger an die Politik zu tun. Der moderne Staat inszeniert sich nicht mehr als Helfer des Bürgers in allen Lebenslagen (bei Job und Wohnungssuche etwa), sondern fordert vom Bürger ständig mehr Eigenverantwortung ein. Auch die Bürger und ihre Wahlmotive haben sich verändert. Heute wird nicht mehr aufgrund abstrakter Loyalitäten (Tradition, Weltbild, Grundsätze) gewählt, sondern nach dem Kriterium der individuellen Nutzenmaximierung. Es wird nicht

8 Schmergal, Cornelia: Den Volksparteien läuft das Volk davon. *Die Welt*, 25/09 2005.  
[http://www.welt.de/print-wams/article132678/Den\\_Volksparteien\\_laeuft\\_das\\_Volk\\_davon.html](http://www.welt.de/print-wams/article132678/Den_Volksparteien_laeuft_das_Volk_davon.html)

gefragt: „Wie kann ich mit meiner Stimme dem Gemeinwohl dienen?“ Im Vordergrund steht stattdessen die Frage: „Was bringt mir meine Stimmabgabe persönlich?“ Dieses utilitaristische Wahlverhalten begünstigt Klein- und Klientelparteien, während es Volksparteien, die den Anspruch erheben, alle Interessen einer Gesellschaft zu vertreten, strukturell benachteiligt. Auf die Gretchenfrage „Was kann eine Partei für mich tun?“ haben die beiden Volksparteien eben bislang noch keine zufriedenstellende Antwort gefunden. Jedes Budget, jedes neue Gesetz muss aber auf dieser Frage aufbauen.

Nach dieser Argumentationskette müssten Volksparteien in pluralistischen Gesellschaften quasi naturgemäß schrumpfen. Man kann aber auch anders argumentieren: Speziell in ausdifferenzierten, multiethnischen und pluralistischen Gesellschaften kommt Volksparteien eine große Verantwortung zu. In partei-internen Debatten werden Interessengegensätze artikuliert und abgeschliffen, Extreme vermieden und kleinste gemeinsame Nenner gesucht. Volksparteien gelingt es besser, Interessen des Gemeinwohles zu artikulieren und durch die Heterogenität ihrer Mitglieder abzubilden, als das Single-Issue- oder Klientel-Parteien vermögen. Parteien als Akteure der Interessenaggregation beeinflussen nicht nur die politische Medienagenda, sondern auch den Themenhaushalt im politischen Entscheidungsbereich. Und wenn man die Themenschwerpunkte der christdemokratischen und sozialdemokratischen Volksparteien in Österreich mit denen der Opposition vergleicht, fällt auf, dass die Volksparteien inhaltlich und thematisch breiter aufgestellt sind als die Oppositionsparteien. Volksparteien sind für Mitglieder aller gesellschaftlichen Schichten und unterschiedliche Weltanschauungen im Prinzip offen. Als Catch-all-Parteien mit unterschiedlichen Flügeln, Traditionen und Schwerpunktsetzungen schaffen sie es schon in der innerparteilichen Debatte, Interessengegensätze abzuschleifen und solche Positionen zu erarbeiten, die für die Mehrheit

der Bürger Vorteile bringen und so dem Gemeinwohl am besten dienen. Die Funktionäre von Volksparteien stammen aus unterschiedlichen Schichten, Alterskohorten und Berufsständen, und so treffen bei den Volksparteien auch verschiedenste weltanschauliche Strömungen aufeinander. Durch diese Heterogenität wirken Volksparteien systemstabilisierend. Es ist daher zu fragen, ob Volksparteien durch ihre Offenheit für eine sehr große Bandbreite von Ansichten und durch ihre Fixierungen auf mehrheitsfähige Themen und Lösungswege wirklich an Profil verlieren, oder ob nicht gerade dieser Parteientypus prädestiniert ist, einen für alle Bürger akzeptablen Grundkonsens zu formulieren.

Denn die Oppositionsparteien Grüne und Freiheitliche sind nicht so breit und heterogen aufgestellt wie die Volksparteien. Sie decken nicht alle Politikfelder ab, was auch an ihrer Schwäche in Gewerkschaften und sonstigen institutionellen Interessenvertretungen sichtbar wird. Die Grünen haben überhaupt sachverhaltsorientierte Politik durch einen neuen Politikstil substituiert: Sie argumentieren in Debatten vor allem moralisch mit dem Kampfinstrument der Political Correctness (PC) und mit ökologischen Endzeitszenarien – Artensterben, Klimawandel, Kohlendioxid, Ozonloch, Waldsterben, saurer Regen, vergiftete Böden, genmanipulierte Nahrung, schmelzende Polkappen, ausbreitende Versteppung, Peak Oil etc. pp. – im lustvoll-wahnhaften Ausmalen von Untergangsszenarien sind die Grünen erfindungsreich. Hinter diesen grünen Prophetien, die seit den 1970er-Jahren artikuliert werden, aber freilich nie eingetreten sind, steckt weniger Altruismus als vielmehr handfeste Klientelpolitik des mit Steuergeldern hoch subventionierten ökologisch-sozialindustriellen Komplexes. Die Interessen des einfachen Volkes werden dabei häufig ausgeblendet. Politische Korrektheit ist nach dem Abflauen des Postmaterialismus der für das grüne Selbstbild entscheidende Essenzialismus, um Partikularinteressen durchzusetzen. Beliebte Themen des PC-Diskurses sind (natio-

nale) Identität, Geschlecht, Minderheiten, Migration, Quoten und positive Diskriminierung. Neben diesem selbstgerechten Anspruch sind auch die inhaltlichen Angebote der Grünen für einen Großteil der Bevölkerung nicht leistbar. Der Luxus einer postmaterialistischen Nabelschau wird durch die Wirtschaftskrise für immer weniger Bürger erschwinglich; in Perioden von Sparpaketen und hoher Arbeitslosigkeit werden die Verteilungsspielräume für die Politik enger, und der Wähler interessiert sich eher für seine Brieftasche und harte Themen wie Arbeitsplatzsicherheit, Kaufkraftstärkung und Sicherung der Sozialsysteme als für weiche Nischenthemen wie Ehezeremonielle für gleichgeschlechtliche Partnerschaften, Kampf gegen Burschenschaften, Gender-Ideologie und orthodoxen Feminismus.

Diese Vorliebe für Themen, die mit den Alltagssorgen des durchschnittlichen Österreichers kaum Schnittmengen aufweisen, ist unter dem Parteivorsitz von Eva Glawischnig gestiegen. *Presse-Journalist* Oliver Pink moniert, dass er aufgrund dieser Themenvorlieben der Wähler bei den Grünen durchdachte Konzepte zu Politikfeldern wie Wirtschaft und Arbeitsplatzsicherung vermisst. Und selbst wenn Grüne harte Themen wie Migrations- oder Sicherheitspolitik verhandeln, tun sie dies wertend und moralisierend, aber nicht lösungs- und sachverhaltsorientiert. Generell, so die Schlussfolgerung von Pink, scheitern die Grünen unter Glawischnig daran, verständliche Botschaften an die Wähler auszusenden: „Wofür stehen die Grünen? Wer ist die Zielgruppe? Wohin will die Partei?“<sup>9</sup> Was die Grünen wollen, scheinen vor allem Einschränkungen der Freiheitsrechte des steuerzahlenden Bürgers zu sein. Beim rot-grünen Wiener Koalitionsübereinkommen fallen einige solcher Passagen ins Auge.<sup>10</sup>

9 Vgl. <http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/593763/Gruen-in-der-Krise>

10 Vgl. <http://wien.gruene.at/2010/11/12/koalitionspapier>

Wie schon bei Glawischnigs Forderung nach einem generellen Rauchverbot in Gaststätten, das einen unzulässigen Eingriff in die Autonomie von Unternehmern darstellt, fordern die Grünen nun in Wien weitere gravierende Eingriffe in das Privatleben der Bürgerinnen und Bürger. So steht im Koalitionsabkommen: „Ziel ist es, den MIV (motorisierten Individualverkehr) in Wien um rund ein Drittel zu reduzieren, den ÖV-Anteil (öffentlicher Verkehr) auf 40 Prozent bzw. den Radverkehrsanteil auf 10 Prozent zu steigern.“

Wie möchten die Grünen diese Quote ohne Fahrverbote erreichen? Wie schon bei der Einführung einer „Watchgroup gegen sexistische Werbung“, dem geplanten Verbot von Plastiktaschen und Einwegflaschen, dem ebenfalls geplanten Fahrverbot für umweltschädliche Pkws<sup>11</sup> oder der neuesten Erfindung, dem Migrant Mainstreaming<sup>12</sup>, tritt hier ein elitäres Politikverständnis zutage, das sich durch Ge- und Verbote emanzipatorische Fortschritte für die Gesellschaft erhofft. Der Bürger bekommt „richtiges Verhalten“ von der grünen Obrigkeit vermittelt. Begründet werden diese Verbote mit höchst fragwürdigen Kausalitätsketten: Wenn etwa Grüne dem Bürger die Einschränkung des Fleischkonsums als Beitrag zur Rettung des Weltklimas nahelegen oder das Ende der „unsäglichen Subventionierung heterosexueller Liebe durch das Ehegattensplitting“ fordern, muss die Frage gestattet sein, ob das denn ernst gemeint sein soll. Esoterische Forderungen wie diese beweisen nicht unbedingt ein ernsthaftes Interesse an gehaltvoller Oppositionspolitik.

Während sich die Grünen vor allem in den Nischen der Orchideenthemen aufhalten, die mit den realen Alltagsproblemen

11 Bei einem durchschnittlichen Brutto von 23.602 Euro pro Jahr kann sich nicht jede Familie ein ökologisch korrektes Hybridauto um 40.000 Euro leisten.

12 Vgl. <http://oe1.orf.at/artikel/261884>

der Bevölkerung wenig gemein haben, setzen die Freiheitlichen monothematisch auf „Ausländer und Sicherheit“. Sonst tut sich inhaltlich wenig; das politische Wirken der Oppositionspartei FPÖ beschränkt sich auf Variationen des Verschwörungsmythos: „Die da oben“ haben sich gegen das Volk verschworen. „Die da oben“, das können für Strache die Regierung genauso sein wie der ÖRE, Bürokraten, Manager, Banker, aber auch Migranten oder andere willkürlich zum Sündenbock abgestempelte gesellschaftliche Gruppierungen. Straches bisherige „Leistung“ besteht darin, dem Wähler für diverse politische Probleme Schuldige zu präsentieren. Seine Politik appelliert notwendigerweise an die Ressentiments der Wählerschaft, in Sprache und Gestik gibt er sich polternd, aggressiv und unversöhnlich. Ist man allerdings nicht betroffener Sündenbock, sondern Teil dieser imaginierten Gemeinschaft, erzeugt ein solcher Politikstil ein starkes Wir-Gefühl.

In der Emotion, nicht in der Kraft des sachlich richtigen Arguments, liegt die Stärke des Rechtspopulismus. Dieser Stil, eine europäische Entwicklung der 1980er-Jahre<sup>13</sup>, ist heute ein etabliertes Oppositionsmodell rechtspopulistischer Parteien mit fixen Abläufen und Ritualen. Strache bediene dieses Wählersegment nicht schlecht, so das Urteil des früheren FPÖ-Vordenkers Lothar Höbelt in der Strache-Biografie<sup>14</sup> der Journalistinnen Nina Horaczek und Claudia Reiterer. Für Höbelt agiert Strache als „One Trick Pony“, das immer und immer wieder denselben Slogan variiert. Thematisch beschränke sich die FPÖ vor allem auf die Themen Ausländer und Sicherheit.

13 Vgl. Holtmann, Everhard: Die Droge Populismus. Zur Kritik des politischen Vorurteils. Wiesbaden 2006.

14 Horaczek, Nina / Reiterer, Claudia: HC Strache. Sein Aufstieg, seine Hintermänner, seine Feinde. Wien 2009.

Allerdings hat sich die FPÖ in der Ausländerfrage modernisiert, sie hat den „guten Ausländer“ für sich entdeckt. Seit 2005 wettet die FPÖ nicht mehr gegen Ausländer in toto, sondern hat als neue Dichotomie den „guten Ausländer“ versus den „bösen Ausländer“ etabliert. Auch beim Wording hat die FPÖ dazugelernt – die FPÖ ist nicht ausländerfeindlich, sondern inländerfreundlich. Die Rolle des bösen Ausländers wird dabei Muslimen zugeschrieben, während die serbischstämmigen Zuwanderer als „Leistungsträger, die sich integriert haben“ als Wähler gezielt umworben werden. Der „gute Ausländer“ hat sich an die österreichische Lebensart angepasst, während der „schlechte Ausländer“ den Sozialstaat ausnutzt und aktiv an der Islamisierung Österreichs arbeitet. Diese beachtliche Kehrtwende – weg von einer strikten Ausländer-raus-Haltung – ist nicht nur eine rein wahltaktische, sondern markiert eine Strategieänderung der Freiheitlichen. Während Freiheitliche früher vor allem ihre Zugehörigkeit zur deutschen Kulturnation betonten und biologistisch argumentierten, haben sie mittlerweile die kulturalistische Wende der Neuen Rechten für sich adaptiert. Unterschiede zwischen Menschen werden nicht mehr ethnisch, sondern kulturell codiert. Der Moslem ist gefährlich, weil er einer angeblich mit dem Westen unverträglichen Kultur entstammt.

An dieser Stelle sollten sich die zahlreichen Kritiker der Volksparteien – und es gibt kaum noch Wissenschaftler, die das emanzipatorische Potenzial dieses Parteidotyps beschreiben und/oder würdigen – selbstkritisch folgende Frage stellen: Werden Demokratien wirklich stabiler und funktionsfähiger, wenn statt zweier großer Volksparteien die Willensbildung monothematischen Parteien oder Parteien mit idiosynkratischen Vorlieben für esoterische Nischenthemen überantwortet wird? Wohl kaum. Volksparteien erscheinen im direkten Vergleich nachgerade als Anker der Stabilität und Orte des Interessenausgleichs, wo das Gemeinwohl mehr gilt als Partikularinteressen.

Das Jahr 2010 brachte mit der Tea Party eine neue Protestkultur hervor; Peter Sloterdijk, betagte Beamte wie Thilo Sarrazin und vom Ennui geplagte Industrielle wie Hans-Olaf Henkel entdecken den Rebellen in sich und opponieren gegen das herrschende politische System, rufen zum Widerstand auf und wollen mit einfachen Antworten auf schwierige Problemkomplexe Eindruck schinden. Das ist zweifellos ein Beitrag zum politischen Entertainment, trägt aber nicht zur vorurteilsfreien Sachverhaltsanalyse bei. Befeuert von den Medien wird so ein Primat des Bauchgefühls befördert, mit der Folge, dass der politische Ton rauer wird. Man spricht heute wieder pauschalisierend von „Asylbetrügnern“, „Kinderschändern“, „kriminellen Ausländern“, oder „Wirtschaftskriminellen“. Bestes Gegenmittel gegen diese Eskalationsspirale sind die langwierigen Meinungsbildungsprozesse innerhalb der Volksparteien. Partikularinteressen von Gemeinden, Bezirksparteiorganisationen, den Ländern und anderen Teilorganisationen (Jugend, Senioren, Frauen, Arbeitsgruppen wie engagierte Christen etc.) müssen bei der Willensbildung berücksichtigt werden. Diese Prozesse sind langatmig, manchmal nervenaufreibend, haben aber aus demokratiepolitischer Sicht einen großen Vorteil: Das Verbindende wird über das Trennende gestellt. Es wird versucht, die Interessen von Arbeitnehmern und Arbeitgebern gleichermaßen zu befriedigen. So standen und stehen Christdemokraten seit jeher für große Integrationsleistungen, etwa zwischen Konfessionen oder großen politischen Traditionen. Die Integration von Kräften und Gruppen, die einander bis dahin unversöhnlich gegenüberstanden und in ihrer Unversöhnlichkeit der freiheitlichen und demokratischen Entwicklung des Gemeinwesens im Wege standen, ist ein Alleinstellungsmerkmal der Volksparteien. Der soziale Friede wird davon abhängig sein, ob es weiterhin starke Volksparteien gibt, die in einem klugen politischen Wettbewerb über die besten gesellschaftspolitischen Konzepte stehen, die integrierend und nicht spaltend

wirken. Gesellschaftspolitische Integrationsleistungen müssen auch künftig erbracht werden, heute sind vor allem Fragen der Generationengerechtigkeit, Verteilungsgerechtigkeit und Migration virulent. Daher brauchen wir auch eine Weiterentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft als dritten Weg zwischen Neoliberalismus und Sozialismus. Die Soziale Marktwirtschaft ist ihrem Selbstverständnis nach eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, die den einzelnen Menschen in den Mittelpunkt stellt. Ihr Ziel ist es, dass sich Menschen ihren Fähigkeiten entsprechend entfalten können. Soziale Marktwirtschaft will optimale Entfaltungschancen für alle, unabhängig von sozialer Herkunft, Alter und Geschlecht. Jeder wird gebraucht, keiner darf verloren gehen. Die Ökosoziale Marktwirtschaft ist ein Integrationsmodell sui generis, ihr Wesen besteht in der Synthese zwischen wettbewerbsfähiger Wirtschaft, sozialer Fairness und ökologischer Verantwortung. Speziell in Zeiten der Weltwirtschaftskrise bekommt diese Art der politischen Willensbildung einen emanzipatorischen Spin: Gesellschaftlichen Ausgleich zwischen unterschiedlichen Interessen zu ermöglichen ist eine Kerneigenschaft gewachsener Volksparteien. Ihr emanzipatorisches Potenzial für die Demokratien entfalten Volksparteien dadurch, dass sie statt Extremen den Ausgleich befördern. Kein geringer Beitrag zur Stabilisierung demokratischer politischer Systeme.

### *Literatur:*

Buttinger, Joseph: Das Ende der Massenpartei am Beispiel Österreichs. Frankfurt 1972

Detterbeck, Klaus: Die Veränderung sozialer Milieus und die Krise der Volksparteien, in: Breit, Gotthard / Massing, Peter (Hg.): Soziale Milieus. Politische und gesellschaftliche Lebenswelten in Deutschland. Schwalbach 2011

Holtmann, Everhard / Krappidel, Adrienne / Rehse, Sebastian: Die Droge Populismus. Zur Kritik des politischen Vorurteils. Wiesbaden 2006.

Plasser, Fritz / Ulram, Peter A.: Das österreichische Politikverständnis. Von der Konsens- zur Konfliktkultur? Wien 2002

Walter, Franz: Baustelle Deutschland. Frankfurt/Main 2008

Walter, Franz: Im Herbst der Volksparteien. Eine kleine Geschichte von Aufstieg und Rückgang politischer Massenintegration. Bielefeld 2009

### *Onlinequelle:*

<http://www.zeit.de/politik/deutschland/2011-02/ende-volksparteien-seils?page=2>

Till Kinzel

## Konservative Theorie – konservative Praxis: Bildungspolitik

Konservatismus gilt als verstaubt, als bieder, auch als untheoretisch. Man hat die Konservativen sogar als *stupid Party*, als dumme Partei, bezeichnet. Was also wäre eine konservative Theorie? Neue Herausforderungen brauchen neue Ideen, so könnte man sagen, nicht altes Gedankengut aus vergangenen Epochen. Wie kann man da vom Wert oder gar von der Verwertbarkeit konservativer Theorie für die aktuelle Politik sprechen? Diese Fragen sind keineswegs abwegig, denn Konservatismus, so eine denkbare Option, sollte keineswegs als Theorie, sondern vor allem als politische Praxis verteidigt und entwickelt werden. Welchen Sinn nämlich sollte ein bloß im Reich der Theorie existierender Konservatismus haben? Konservatismus muss also als Lebensform Gestalt annehmen. Kann dies aber ohne Theorie, ohne intensive geistige Auseinandersetzung geschehen? In der sogenannten reflexiven Moderne muss die Antwort auf diese Frage eindeutig lauten: nein. Denn alle Affirmationen können mit Blick auf andere Werte bestritten werden, nichts ist mehr selbstverständlich im Sinne von unhinterfragt gültig. Wenn Konservatismus im gesellschaftlichen Diskurs und in der politischen Praxis Wirkung erzeugen möchte, muss er in der Lage sein, auf einem gehobenen geistigen Niveau aufzutreten, auf dem Klarheit besteht über das, was sein soll. Der amerikanische Philosoph Allan Bloom hat die theoretische Herausforderung richtig gesehen, als er feststellte: „Unsere Probleme sind so groß und ihre Quellen so tief, dass wir für ihr Verständnis der Philosophie bedürfen, und zwar mehr als je zuvor, wenn wir nicht an den Problemen verzweifeln wollen.“ Nicht Kulturpessimismus kann

daher die Antwort des Konservatismus auf die gegenwärtige Lage sein, sondern Vorwärtsverteidigung.<sup>1</sup>

In diesem Essay kann dieser hohe Anspruch selbstredend nicht eingelöst werden – immerhin soll aber doch am Beispiel der Bildungspolitik erläutert werden, wie sich die aktuelle Lage aus konservativer Sicht darstellt. Dabei sollte auch die Rolle deutlich werden, die ein Bewusstsein für Theorie für die Verbreitung und Durchsetzung genuin konservativer Bildungsvorstellungen spielt.

Der Blick über die bloße Tagespolitik hinaus, über die von den Medien im Schweinezyklus durch das Global (oder Local) Village getriebenen Themen hinaus, kann dem Konservatismus als grundsätzlicher Option einen strategischen Vorteil verschaffen. Denn wenn Konservatismus unter anderem bedeutet, sich an dem zu orientieren, was immer gültig ist, muss eben dieses immer Gültige auch für jede Zeit neu und verständlich, aber auch in der nötigen Komplexität formuliert werden. Der kolumbianische Denker Nicolás Gómez Dávila sagt daher mit einigem Recht: „Was nicht kompliziert ist, ist falsch.“

Es bedarf eines Prüfsteines dafür, was als konservative Politik gelten kann, die sich nicht auf Rückzugslinien schon verlorener Kämpfe reduzieren lässt. Die Vergegenwärtigung konservativer Theorie aus dem Fundus der Ideengeschichte kann dabei helfen, den Kern eines zeitgemäßen Konservatismus herauszuschälen. Entscheidend ist dabei nicht, dass dieser Kern konservativ genannt werden muss, doch sind alternative Bezeichnungen nicht in Sicht. Der Begriff *konservativ* muss daher offensiv mit dem Gehalt gefüllt werden, der ihn durchaus auch über die enge Anbindung an eine Partei heraushebt, denn auch Parteien, die sich als konservativ verstehen, müssen selbst an den Maßstäben gemessen werden, die den Kern konservativer Theorie ausmachen. Nicht sie selbst und ihr Handeln kann der Maßstab

1 Bloom, Allan: *The Closing of the American Mind*. New York 1988, S. 382.



für Konservatismus sein, zu unterschiedlich und zu sehr von konkreten Gemengelagen abhängig ist dieses nämlich.

Nötig ist vor allem eine – durchaus vopolitische – Verständigung über Grundeinsichten der philosophischen Anthropologie und Staatstheorie. Denn der (relative, nicht absolute) Wert des Staates steht und fällt damit, welches Menschenbild sich in ihm verkörpert. Das Hauptproblem der „Anwendbarkeit“ oder „Verwertbarkeit“ konservativer Theorie für die Praxis liegt in einer Paradoxie: Konservative Theorie ist ihrem Wesen nach eher skeptisch gegenüber optimistischen Erwartungen von Verwertbarkeit und Anwendbarkeit.<sup>2</sup> Denn es ist gerade die Aufmerksamkeit auf die Grenzen menschlichen Handelns und menschlicher Planbarkeit, die für den Konservatismus charakteristisch ist. Die Anerkennung einer anthropologisch oder ontologisch bestimmten und bestimmaren Grenze für Veränderungen und Gestaltungsmöglichkeiten kann als Grundvorstellung fast aller Formen von Konservatismus angesehen werden. Gerade diese Konzeption aber gerät unter den Bedingungen einer sich verstärkt dynamisierenden Moderne mehr und mehr unter Rechtfertigungsdruck und -zwang, weil sich die bloß skeptischen Verweise auf Grenzen und mögliche (nicht direkt sichtbare) Nebenkosten als schwaches Argument angesichts enthusiastisch vorgebrachter Verheißungen und Erwartungen erscheinen müssen. Dies ist auch keineswegs nur ein Problem der Rhetorik, für das sich ein kommunikationstechnisches oder medientheoretisches Problemlösungsverfahren bestimmen ließe. Das Problem ist tiefer verankert.

Die Schwierigkeit konservativer Argumentation besteht oft darin, dass die verborgenen Kosten von Innovationsvorschlägen der Gesellschaftsreformer nicht offensichtlich sind oder oft

<sup>2</sup> Siehe dazu grundlegend Scruton, Roger: *The Uses of Pessimism and the Danger of False Hope*. London 2010, auf den ich mich im Folgenden stütze.

erst später anfallen. Dann aber müssen andere als die heutigen Entscheidungsträger die Rechnung bezahlen. Dies ist etwa im Bereich des Schul- und Hochschulwesens oft der Fall, weshalb im folgenden Beispiele daraus aufgegriffen werden.

Der englische Philosoph Roger Scruton, einer der gegenwärtig bedeutendsten Denker, die den Konservatismus auf einem hohen theoretischen Niveau vertreten, hat in seinem grundlegenden Buch „*The Uses of Pessimism and the Danger of False Hope*“ einige wichtige Denkfiguren eingeführt. Scruton führt insgesamt sieben Trugschlüsse vor, auf die hier nicht umfassend eingegangen werden kann. Da sein wichtiges Buch jedoch noch nicht ins Deutsche übersetzt wurde, sei hier wenigstens auf einige Beispiele hingewiesen. Von unmittelbarer Relevanz sind in unserem Zusammenhang der Nullsummentrugschluss (*Zero Sum Fallacy*), der Planungstrugschluss (*Planning Fallacy*), der Utopietrugschluss (*Utopian Fallacy*) und der *Best-Case-Trugschluss*, der vergisst, die Kosten des Scheiterns einzubeziehen. All diese Trugschlüsse lassen sich immer wieder beobachten, sie zu kennen hat daher einen enormen praktischen Wert. Auch wenn man sich etwa mit dem englischen Philosophen Michael Oakeshott skeptisch geben mag, was große politische Veränderungen durch theoretische Erkenntnis betrifft, so kann doch die politische Philosophie dazu beitragen, schiefes Denken zu beseitigen. Die Bildung, die an Schulen und Hochschulen gefördert werden sollte, wäre schon einigermaßen erfolgreich, wenn man sich nicht mehr so häufig von unklaren Behauptungen und irrelevanten Argumenten täuschen lassen würde. Dazu gehört auch eine Grundausbildung im Erkennen von Trugschlüssen.

Der Nullsummentrugschluss beispielsweise suggeriert, dass das Scheitern des einen auf den Erfolg des anderen zurückgehen muss, dass jeder Gewinn der einen auf Kosten der anderen gehen muss. Scruton weist zu Recht darauf hin, dass diese Denkfigur zutiefst in die sozialistische Weltanschauung mit ihrem

Egalitarismus eingegraben ist. Der Nullsummentrugschluss führt nach Scruton auch zu der weitverbreiteten, aber irrigen Meinung, Gleichheit sei dasselbe wie Gerechtigkeit. Der Best-Case-Trugschluss wiederum blickt bloß auf ein zu erreichendes Ziel, während Nebenwirkungen außer Acht gelassen werden und daher auch nicht als Kosten auftauchen – die aber immer von jemand anderem getragen werden müssen.

Diese Denkfiguren sind eine unschätzbare Hilfe bei der auch und gerade auf konservativer Seite unabdingbaren Arbeit der Kritik, die nur scheinbar destruktiv ist. Denn gegenüber den Reformideen der Linken, die aus einem begrenzten Arsenal schöpfen, ist nicht zuletzt logische Klarheit von großem Wert. Denn könnte man in der öffentlichen Auseinandersetzung wenigstens die Logik auf seine Seite ziehen, wäre der eiskalte interessenpolitische Ansatz mancher linker Lieblingsvorstellungen schneller und deutlicher zu erkennen. Logik erweist sich dann als Hilfsmittel der Gerechtigkeit. So sind etwa die heute dominierenden Vorstellungen zur sogenannten Gleichstellungspolitik, die de facto und de jure eine Diskriminierungspolitik zuungunsten von Männern darstellt, nur gegen die freiheitliche Logik der Gleichheit als Rechtsnorm durchzusetzen. Eine auf bloßer Gruppenzugehörigkeit basierende Ungleichbehandlung einzelner ist eine Ungerechtigkeit gegen diese, die das Vertrauen in die Legitimität einer solchen zulassenden Rechtsordnung mittelfristig untergraben muss. Gleichstellungspolitik unterliegt aber auch dem Planungsstrugschluss insofern, als sie ein kollektives Ziel anstrebt, dem alle ausnahmslos verpflichtet sein sollen – aber nur gemäß der offiziell verkündeten Interpretation von Gleichstellung. Denn niemand denkt ja im Ernst daran, die feministische Gleichstellungslogik auf ausnahmslos alle Bereiche der Gesellschaft anzuwenden. Wurde bisher die sogenannte Gleichstellungspolitik mit allen Mitteln von Zuckerbrot und Peitsche an den Hochschulen „implementiert“, von willfähigen Hochschullehrern und anderen Mitläufern

leichtfertig unterstützt, richtet sich im deutschen Sprachraum inzwischen sogar das Streben „bürgerlicher“ Politiker darauf, den Werte schaffenden Unternehmen Gleichstellungsvorgaben aufzudrängen. Auf Kosten einer ganzen Volkswirtschaft werden hier Entwicklungen bewusst herbeigeführt und gesteuert, vor allem aber in Kauf genommen, von der sich die treibenden politischen Kräfte offenbar eine Prämie auf ihre angeblich höhere Moral versprechen. (Konservativ wäre an dieser Stelle eine moralkritische Analyse, die diese Waffe – die Berufung auf die höhere Moral – unschädlich macht.)

Ideologisch muss dieser Verstoß gegen elementare freiheitlich-rechtsstaatliche Grundprinzipien mit einer heuchlerischen Rhetorik verdeckt werden, die sich des weithin emotional positiv ansprechenden Gleichheitskonzepts bedient, auch wenn man statt Gleichheit heute meist von Gleichstellung spricht. Dabei werden aber – man muss wohl sagen: systematisch – alle diejenigen Fälle ignoriert, in denen eine Gleichstellung nicht zugunsten von Frauen wirken müsste. Die Analyse der „Doppelstandards der Gleichstellung“, so etwa der Berliner Soziologe Jens Alber<sup>3</sup>, führt dazu, dass man dieser Politik mindestens zwei Vorwürfe nicht ersparen kann: mangelnde Logik und mangelnde Fairness, was sich zu einer manifesten Ungerechtigkeit summiert.

Hinzu kommt, dass die in vielen Bereichen inzwischen anzutreffenden und oft obligatorischen „Gleichstellungsbeauftragten“ (vulgo: Frauenbeauftragten) jeweils nur von den dort beschäftigten Frauen gewählt werden können, obwohl Männer regelmäßig von den Entscheidungen dieser Delegierten mitbetroffen sind. Damit ist eine tendenzielle Entdemokratisierung verbunden, da ein großer Teil der Betroffenen aus gruppenspezifischen Gründen – nämlich Zugehörigkeit zum „falschen“ Geschlecht – von der Partizipation ausgeschlossen bleibt. Konservative Politik

3 Alber, Jens: Doppelstandards der Gleichstellung. *FAZ* 23/03 2011, S. N5.

muss auf die Abstellung solcher Ungerechtigkeiten hinarbeiten, womit zugleich ein Gewinn an Sachlichkeit verbunden wäre.

Vielfach wird in der Bildungsdiskussion durch die Konzentration auf einzelne Punkte, die sich zum Beispiel im Bildungssystem angeblich verbessern lassen, die Gesamtstruktur mitsamt ihren gesellschaftlichen Funktionen aus dem Blick verloren, etwa wenn ideologisch motivierte Gesamt- und Gemeinschaftsschulverfechter auf der Linken immer wieder – von der unsanften Wirklichkeit unbelehrt – partout das „gemeinsame Lernen“ einfordern. Dies geschieht nämlich auf der Ebene von Prinzipien, die zunächst einmal gut klingen, aber letztlich auf unzutreffenden Vorstellungen beruhen, was die Möglichkeit angeht, das Bildungssystem als Gleichstellungsmaschinerie zu instrumentalisieren.

Blickt man auf die aktuellen bildungspolitischen Diskussionen, so gelangt hier regelmäßig ein Trauerspiel zur Aufführung, und zwar immer dann, wenn Linke aller Art – Sozialdemokraten, Grüne oder gar Postkommunisten – Einfluss auf die Bildungspolitik gewinnen.<sup>4</sup> Denn immer wieder wird das Volk mit Vorschlägen aus der Mottenkiste der linken Ideologie konfrontiert, denen es bestens gelungen ist, sich trotz mannigfacher wirklichkeitsgestützter Kritik an der Gesamtschulideologie am Leben zu erhalten. Die linken Vorstellungen von Bildung und Pädagogik gehen mindestens bis auf die Achtundsechziger-Bewegung zurück – immer noch Grund genug, sich nicht von der Überzeugung abbringen zu lassen, dass es zu einer Wiedergewinnung des bildungspolitischen Realismus auch einer ideologiekritischen Delegitimierung der Achtundsechziger bedarf.<sup>5</sup>

4 Vgl. z. B. Kraus, Josef: Spaßpädagogik. Sackgassen deutscher Schulpolitik. München 1998. Obwohl vor über zehn Jahren erschienen, hat das Buch nichts an Gültigkeit verloren.

5 Vgl. z. B. Neumann, Dieter: Die „68er“-Bewegung und ihre pädagogischen Mythen. Auswirkungen auf Erziehung und Bildung. Sankt Augustin / Berlin 2008.

Die bildungspolitische Linke verfolgt seit Jahrzehnten eine Bildungspolitik auf der Basis eines umfassenden Gleichheitspostulats. Dieses Gleichheitspostulat möchte sie am liebsten durch Abschaffung des Gymnasiums krönen, wenn sie auch „vorerst“ noch davon Abstand nimmt. Dieses „vorerst“ hat jedoch allein taktische, nicht prinzipielle Gründe; ein Zurückrudern gibt es nur, wenn man sich nicht auf eine Frontalkonfrontation einlassen möchte.

Warum aber ist das Gymnasium ein strategisches Angriffsziel linker Schulpolitik? Das Gymnasium als Schulform stellt die einzige noch verbliebene Erinnerung an Maßstäbe intellektueller Art dar, die eben nicht für alle erreicht werden können. (Von „Erinnerung“ muss man deshalb sprechen, weil heutzutage, nach Jahrzehnten bildungspolitischer Achterbahnfahrten, selbst das Gymnasium vielfach keine Gewähr mehr für eine solide Bildungsgrundlage bietet.) Das linke Ziel einer Einheitsschule für alle hält sich hartnäckig, und immer wieder vermögen ihre eifrigen Propagandisten den Schein zu erwecken, es handle sich dabei um eine frische Reformidee – mit tatkräftiger Unterstützung ihrer publizistischen Helfershelfer. Doch nichts könnte falscher sein. Am liebsten wäre es der bildungspolitischen Linken in ihrem Planungseifer, könnte sie die Einheitsschule so durchsetzen, dass es keine Fluchtmöglichkeit „uneinsichtiger“, also mit „falschem Bewusstsein“ ausgestatteter Eltern mehr gibt.

An diesem Ziel wird gegen jede mögliche und eigentlich bitter nötige Korrektur durch die Wirklichkeit festgehalten. Grüne und Sozialdemokraten sind sich im Prinzip darin einig, dass man „eine Schule für alle“, das heißt aber, eben *eine* Schule für alle will. Abstriche davon werden nicht aus prinzipiellen, sondern lediglich aus (wahl-)taktischen Gründen gemacht. Denn man weiß sehr wohl, dass ein großer Teil der Eltern, die an einer soliden Bildung ihrer Kinder interessiert sind, sich anders verhält, als es diese Bildungsideologen mit ihrem „richtigen“ Bewusstsein

vorsehen. Sie versuchen Schulen zu finden, oft unter privater oder kirchlicher Trägerschaft, die ihrer Auffassung nach ihre Kinder vor der schlimmsten Niveaulosigkeit bewahren. In der jüngsten Zeit war sogar eine schwarz-grüne Koalition in Hamburg auf dem besten Wege, das Bildungssystem weiter im grünen Sinne zu ruinieren, was jedoch deshalb zu einem Debakel wurde, weil eine ausreichend große Masse von Bürgern Einspruch erhoben hatte. Konservative Politik muss aber andere Ziele als die Umsetzung links-grüner Bildungspolitik haben. Dies kann ihr jedoch nur gelingen, wenn sie sich eines realistischen Menschenbilds vergewissert und wenn sie sich von der jahrzehntelangen Geringschätzung der Bildungspolitik löst. Konservative Bildungspolitik müsste aus dem Bewusstsein der abendländischen Überlieferung heraus formuliert werden, statt kurzatmigen Moden hinterherzuecheln, die nur immer wieder neue Unruhe in die Schulen tragen. Bildung braucht zur Erfüllung ihrer gesellschaftlichen Funktionen nicht nur die Überprüfung schulischer Standards, sondern auch die Freiheit zur scheinbaren oder gar tatsächlichen Nutzlosigkeit. Insbesondere im Bereich der Hochschulen wird man daher eine rein outputorientierte „Ökonomisierung“ sehr skeptisch betrachten müssen, auch wenn „Bildung“ selbstverständlich ökonomisch in Anschlag gebracht werden kann und muss, da es sich bei ihr eben auch um ein marktfähiges Gut handelt.<sup>6</sup>

Bei jeder Gelegenheit, wenn wieder einmal internationale Schultests ausgewertet wurden, ereignet sich die Wiederkehr des

6 Vgl. Bund Freiheit der Wissenschaft (Hg.): Die Ökonomisierung der Universität. Wege und Irrwege der Hochschulerneuerung, 32. Bildungspolitisches Forum, 30. November 2001 in Berlin. Berlin 2002; sowie Reinschke, Kurt: Bologna-Prozess und Bachelorisierung der deutschen Hochschulen, Nachschrift zu einem Vortrag am 23. Mai 2008 in Berlin. Berlin 2008. Wichtig ist nach wie vor der grundlegende Aufsatz von Hans Willgerodt, „Markt und Wissenschaft – kritische Betrachtungen zur deutschen Hochschulpolitik“, in: ORDO. Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft 53 (2002), S. 59–110.

ewig Gleichen: die Forderung, man müsse das gegliederte Schulwesen, weil angeblich gescheitert, abschaffen. Zwar wird dies oft nicht offen ausgesprochen, doch was soll hinter der angepeilten Errichtung einer sogenannten Gemeinschaftsschule stehen, wenn nicht eben diese Vorstellung?

Auch die integrierte Gesamtschule, so wurde den Studenten der Erziehungswissenschaft jahrzehntlang von ihren Professoren eingeredet, habe nur deshalb leider nicht funktionieren können, weil man daneben das gegliederte System bestehen ließ. Es kann aber kaum einem vernünftigen Zweifel unterliegen, dass auch im Falle einer flächendeckenden Einführung integrierter Gesamtschulen eine massive Absenkung des Leistungsniveaus eingetreten wäre – wie auch ein Blick auf die Vereinigten Staaten zeigt. Schon der politische Philosoph Leo Strauss hatte darauf hingewiesen, dass der menschliche Wunsch, „Bildung für jeden erreichbar zu machen, (...) zu einer immer größer werdenden Vernachlässigung der Qualität der Bildung“ führt.<sup>7</sup>

In den USA hatte auch schon vor Jahren der Philologe E. D. Hirsch davor gewarnt, dass linke Bildungspolitik nicht zu den erklärten Zielen führt.<sup>8</sup> Im Gegenteil: Wer eine sozial verträgliche Bildung an den Schulen haben möchte, muss konservative Bildungs- und Schulpolitik betreiben. Diese Position findet sich im Grunde auch – *cum grano salis* – in Thilo Sarrazins Buch<sup>9</sup>, das in mancher, wenn auch nicht in jeder Hinsicht als Kompendium konservativer (weil auf realistischer Anthropologie basierender)

7 Vgl. Kinzel, Till: Politische Philosophie und die Frage nach dem Guten [Leo Strauss], in: Stichwortgeber für die Politik I, hg. von Günther R. Burkert-Dottolo und Christian Sebastian Moser. Wien 2006, S. 74.

8 Hirsch, E. D. Jr.: *The Schools We Need and Why We Don't Have Them*. New York 1996.

9 Sarrazin, Thilo: *Deutschland schafft sich ab. Wie wir unser Land aufs Spiel setzen*. München 2010.

Grundvorstellungen bezeichnet werden kann.<sup>10</sup>

Die Geschichte der Gesamtschulideologie ist kompliziert, nicht alle ihre Vertreter lassen sich über einen Kamm scheren. Auch ist es wahr, dass eine Schule nicht schon deshalb schlecht sein muss, weil es sich um eine Gesamtschule handelt, zumal viele Lehrerschultypenabhängig gute Arbeit leisten. Die finnischen Gesamtschulen etwa, auf die man sich oft beruft, sind offenkundig zu guten Leistungen in der Lage. Doch wird oft unterschlagen, dass andere Faktoren – etwa die Größe der Schule, Personalausstattung, Ausländeranteil usw. – einen Vergleich mit den deutschen integrierten Gesamtschulen schlechterdings nicht zulassen. War es in den 1970er-Jahren die „Systemüberwindung“ (Helmut Schelsky), für die die integrierte Gesamtschule nach dem Wunsch einiger Erziehungswissenschaftler und Politiker instrumentalisiert werden sollte, so zeigte sich indes auch bald, dass trotz der großzügigen Mittelausstattung die tatsächlichen pädagogischen Ergebnisse der Gesamtschulen sehr zu wünschen übrig ließen.

In den 90er-Jahren waren es vor allem enttäuschte Gesamtschullehrer selbst, wie etwa Ulrich Sprenger schon 1994, die in klaren und eindeutigen Worten das Scheitern dieser Schulform diagnostizierten und die fatalen „Großversuche mit Schutzbefohlenen“ kritisierten. Die Befunde der Lehrer um Sprenger, die sich zu einem „Arbeitskreis Gesamtschule“<sup>11</sup> zusammenschlossen, waren deshalb von so entscheidender Bedeutung, weil es sich dabei um Lehrer handelte, die selbst jahrzehntelang zu den Trägern der Gesamtschulbewegung gehörten und aus voller Überzeugung an solchen Schulen unterrichteten. Das ernüchternde (wenn auch für Realisten keineswegs überraschende) Resultat der Bestandsaufnahme lautete, dass sich insgesamt ein

10 Vgl. auch: Schlüsselwerke (Staatspolitisches Handbuch Band 2), hg. von Erik Lehnert und Karlheinz Weißmann. Schnellroda 2011, S. 47–48.

11 <http://www.ak-gesamtschule.de>

Absinken der Leistungen ergab. Besonders schockierend musste aber wirken, dass auch da, wo die Gesamtschulen als besonders fortschrittlich angepriesen worden waren, nämlich bei der Förderung der sozialen Kompetenz der Schüler, die Ergebnisse nicht den Erwartungen entsprachen. Die ursprünglich behauptete Absicht, mittels der Gesamtschule Chancengleichheit für schwächere Schüler herzustellen, erwies sich als nicht durchführbar. Wollte man tatsächlich radikal Chancengleichheit herstellen, müsste man das Recht der Familien auf die Erziehung der Kinder aufgeben und diese völlig der Verantwortung des Staates unterstellen – aber selbst dann wäre nicht damit zu rechnen, dass sich alles so entwickelt, wie es die linke Utopie vorsieht. Schlimm ist, dass auch leistungsstarke und begabte Schüler, die ja gerade das Innovationspotenzial in geistiger und technischer Hinsicht ausmachen, unter dem Diktat der Gleichheit unter ihren Möglichkeiten bleiben. Kein Wunder also, dass Sprenger zu dem Schluss kam, er würde seine Kinder heute nicht mehr auf eine Gesamtschule schicken.<sup>12</sup>

Das Menschenbild der Linken, das hinter den pädagogischen Gleichheitsträumen steht, gehört zu den Musterbeispielen unrealistischer Anthropologie. Darauf hatte schon vor vielen Jahren der Erziehungswissenschaftler Wolfgang Brezinka in seinem nach wie vor lesenswerten Klassiker „Die Pädagogik der Neuen Linken“ nachdrücklich hingewiesen.<sup>13</sup> Man sperrte und sperrt sich vielfach schon gegen die bloße Tatsache, dass Kinder unterschiedliche Auffassungsgaben, Begabungen und Lerngeschwindigkeiten haben, also auch unterschiedliche Leistungen erbringen. Lange Zeit wurden im Gefolge der Achtundsechziger-Bewegung

12 Vgl. Felten, Michael (Hg.): Neue Mythen in der Pädagogik. Warum eine gute Schule nicht nur Spaß machen kann. Donauwörth 1999.

13 Brezinka, Wolfgang: Die Pädagogik der Neuen Linken – Analyse und Kritik. München 1981 (6. Auflage).

vor allem aufseiten der Sozialdemokratie Forderungen, Schulen sollten Leistung fördern und Wissen vermitteln, als inhumane Zumutungen betrachtet, als wäre Leistung als formaler Begriff schon immer ein Zeichen inhumaner Zustände.

Die Abwertung von (scheinbar nutzloser) Allgemeinbildung als Lehrziel selbst für die Gymnasien breitete sich bis in die Lehrerbildung hinein aus, was kaum ohne Folgen bleiben konnte. Neuere Tendenzen in Lehrplänen und sogenannten Referenzrahmen, die Rolle der Literatur und des Fachwissens für die schulische Bildung stark zu reduzieren und herunterzuspielen, tun ein Übriges und dürften dazu führen, dass das ohnehin schon reichlich ausgedünnte Wissen über gemeinsame kulturelle Überlieferungen weiter abnimmt. Dies aber ist eine Entwicklung, die angesichts der mit dem Stichwort *Einwanderung* verbundenen Herausforderungen unserer Gesellschaft einer kulturellen Kapitulation gleichkommt. Konservative Bildungspolitik sollte daher das Augenmerk auch auf eine inhaltliche Ausgestaltung des Unterrichts richten. Die Verdrängung der Lektüre von Literatur bzw. überhaupt von fundiertem Wissen zugunsten von Präsentationstechniken und sogenannten aktuellen Themen und Ähnlichem ist nämlich auch unter dem Aspekt der Persönlichkeitsbildung ein höchst bedenklicher Weg. Denn damit werden nicht zuletzt Blendung und lernpsychologisch sinnloses Metage-rede gefördert, nach dem Motto: „Warum hast du da eine Folie und keine PowerPoint-Präsentation gewählt?“ Diese ungute Entwicklung hat sich heute schon bis auf die Ebene des Abiturs durchgesetzt. Hier wären Korrekturen und Schnitte höchst angebracht, die zum Kernbereich einer soliden konservativen Bildungspolitik gehören müssten. Eine solche Politik hätte schlicht das eigentlich Selbstverständliche zu stützen, nämlich dass Lehrer in erster Linie Unterricht gestalten und nicht verwalten sollen; dass Schule in erster Linie Unterricht zu bieten hat, statt wertvolle Zeit mit politisch und behördlich eingeforderten „Schulprogrammen“ zu

vergeuden. So wie ein starker Staat ein Staat ist, der sich auf die Kernbereiche seiner Kompetenz konzentriert, wäre eine Schule eine starke Schule, die zuallererst guten Unterricht bietet statt wohlklingender Schulprogramme voller pädagogischer Blümenträume.

Da das Leistungsprinzip für eine bürgerliche und freiheitliche Gesellschaft konstitutiv ist, sollten Menschen lernen, auch diejenigen Ungleichheiten als legitim anzuerkennen, die auf der Grundlage der Freiheit aus den unterschiedlichen Begabungen und Talenten resultieren. Wer Freiheit will, muss deshalb lernen, tatsächliche Ungleichheiten anzuerkennen.<sup>14</sup> Das aber fällt nicht leicht, und gerade die linke Pädagogik und Bildungsideologie hat hier in fataler Weise geradezu das Gegenteil bewirkt. Indem, wie Brezinka sagte, mit der abstrakten Forderung nach Chancengleichheit ein offensichtlich utopisches, also nicht realisierbares Ziel gefordert wurde, gelang es der Linken zugleich, Unbehagen über das gegenwärtige Schulsystem zu schüren, weil dieses das angeblich so hehre Ziel eben nicht herbeizuführen vermochte – wie auch nicht anders zu erwarten war. Daran lässt sich trefflich die negative gesellschaftspolitische Wirkung des Utopietrugschlusses im Sinne Scrutons illustrieren: Bis man die Spitzenleistungen des Bildungswesens endgültig ruiniert haben wird, kann man immer weiter neue Forderungen im Namen der Chancengleichheit stellen.

Dabei kann gerade die Anerkennung von Ungleichheit eine Erleichterung dafür sein, allen Schülern bei der Entfaltung ihrer Möglichkeiten in angemessener Weise zu helfen. Denn auch bei ungleichen Begabungen und Fähigkeiten, die sich unter anderem ganz schlicht in unterschiedlicher Lerngeschwindigkeit zeigen,

<sup>14</sup> Vgl. Kinzel, Till: Schlüsselbegriff Eigentum. Eigentum und die gute politische Ordnung, in: Schlüsselbegriffe der Demokratie, hg. von Christian Sebastian Moser, Peter Danich und Dietmar Halper. Wien 2008, S. 43–56.

bleibt in einer demokratischen Gesellschaft die normative Vorgabe bestehen, jeden einzelnen Schüler so gut zu fördern wie möglich. Dies ist eine Forderung der Gerechtigkeit. Dass dies jedoch nicht auf dem Wege der Gleichheit bzw. Gleichmacherei funktionieren kann, ist eine Grundeinsicht konservativen Bildungsdenkens. Der Sachbuchautor Thilo Sarrazin hat daher mit seinen Aussagen zum Bildungssystem in vieler Hinsicht recht; jedenfalls ist es unklug, die von ihm nüchtern analysierten Fakten in den Wind zu schlagen, wie das – unter Berufung auf das mit moralistischem Eifer geschützte Dogma von der Gleichheit der Begabungen – vielfach geschieht.<sup>15</sup>

Die falsche Anthropologie utopischer Erziehungsideologien, die für die schulpolitischen Irrwege der letzten Jahrzehnte mitverantwortlich ist, entspringt bestenfalls einer philosophisch unzureichenden Reflexion auf die Bedingungen des Menschseins, schlimmstenfalls aber politischem Machtwillen, der sich aus offensichtlichen Gründen hinter der Maske „Emanzipation“ verbirgt. Die absurde Vorstellung, die Schule (im Klartext: die Lehrer) sollte die Schüler „begaben“, hat damit zu tun und steht in der Tradition eines utopischen Verständnisses von Aufklärung. Das Ziel, mittels *einer* sicheren Methode allen alles zu lehren, das bereits der Pädagoge Johann Amos Comenius seiner „Großen Didaktik“ zugrunde legte, lässt sich aber nicht erreichen, weil der Erziehungs- und Bildungsprozess in vielen Punkten unwägbar ist. Der damalige Berliner Landesschulrat Herbert Bath, ein

15 Das Problem von Bildung unter den Bedingungen einer Einwanderungsgesellschaft kann hier nicht eigens angesprochen werden, es darf aber nicht vernachlässigt werden. Eine angemessene Antwort kann aber nicht unter dem Vorzeichen des kulturellen Selbsthasses geschehen, der sich bei manchen Europäern bemerken lässt. Vgl. dazu Luft, Stefan: Abschied von Multikulti. Wege aus der Integrationskrise. Gräffling 2006, S. 269–314 sowie Ateş, Seyran: Der Multikulti-Irrtum. Wie wir in Deutschland besser zusammenleben können. Berlin 2007, S. 219–248.

konservativer Sozialdemokrat, erinnerte an diesen Sachverhalt, als er 1980 in damals naturgemäß heiß umstrittenen Thesen zu Schule und Erziehung ausführte: „Bildung und Erziehung sind technokratisch nicht machbar; ihre Tragfähigkeit hängt nicht zuletzt von dem personalen Bezug zwischen Erzieher und Zögling ab.“<sup>16</sup> Indem Bath auf die personale Dimension des Bildungsprozesses verwies, zeigte er auch die Grenze auf, die der schulischen Organisation von Lernbedingungen gesetzt ist. Wenn aber der Lehrer, wie es in heutigen Modellen oft gefordert wird, vorwiegend als *Lernbegleiter*, *Lernberater* oder *Coach* erscheint, nicht als jemand, der über charakterliche Reife und ein fundiertes Fachwissen verfügt, dann muss man sich über den mangelnden Respekt, der Lehrern entgegengebracht wird, nicht wundern. Ebenso wenig kann dann aber auch verwundern, wenn es angesichts der oft fatalen Zustände an den Schulen, wie sie die zahlreichen Presseberichte der letzten Jahre dramatisch offenbarten, immer weniger gut ausgebildete und vor allem eben auch weniger gebildete Lehrer an die Schulen treibt.

Was wäre angesichts dieser Umstände und Zustände Aufgabe konservativer Bildungspolitik? Zunächst muss wohl wieder ein Bewusstsein für die Bedeutung unserer kulturellen Traditionen geschaffen werden. Tradition kann aber nicht nur als Festhalten an bestimmten Dogmen verstanden, sondern muss als lebendige Gestalt begriffen werden. Dies gilt auch dann, wenn diese Tradition zu einem bedeutenden Teil unbewusst ist. Der angloamerikanische Dichter T. S. Eliot zum Beispiel versteht entsprechend unter Tradition „all jene gewohnheitsmäßigen Handlungen, Gewohnheiten und Bräuche von dem bedeutungsvollsten religiösen Ritus an bis zu der bei uns üblichen Weise, einen Fremden zu grüßen, die die Blutsverwandtschaft ,derselben Leute, die an

16 „Die 30 Thesen des Landesschulrats Herbert Bath“, in: *Tagesspiegel*, 5. Februar 1980.

demselben Orte leben', darstellen."<sup>17</sup> Traditionen sind in diesem Sinne nichts Unveränderliches; man darf das Lebendige nicht mit dem wesenlos Gewordenen, das Wirkliche nicht mit dem Sentimentalen verwechseln. Es kann daher auch von konservativer Seite nicht darum gehen, eine sentimentale Haltung gegenüber der Vergangenheit einzunehmen – eine solche Haltung verhindert fast immer eine realistische Analyse der Lage, und eine realistische Lageanalyse vorzunehmen und ihr medial Geltung zu verschaffen, wäre im Bereich der Bildungspolitik bereits eine Leistung, die in einem zweiten Schritt die nachhaltige Delegitimierung bildungsutopischer Reformkonzepte bewirken sollte.

Die abendländische Kultur verfügt über Traditionen der Würde und der Ordnung, die auch für das Projekt der Bildung unabdingbar sind. Gegenüber den radikalen und liberalen Bildungskonzeptionen müsste so etwas wie eine „orthodoxe“ Bildungspolitik vertreten werden, wie sie dem abendländischen Überlieferungszusammenhang entspricht. Kernpunkt dieser „orthodoxen“ Konzeption ist die Einsicht, dass es für wahre Bildung wichtig ist, sich für Dinge zu interessieren, mit denen man zunächst einmal nicht das Geringste anfangen kann. Darin liegt auch die nach wie vor gültige Einsicht der Thesen, die aus Anlass des Kongresses „Mut zur Erziehung“ in den 1970er-Jahren – nicht zuletzt in Reaktion auf die kulturevolutionäre Herausforderung durch die Achtundsechziger-Bewegung – formuliert wurden. Nicht nur machten die Autoren der Thesen schon auf den erst jüngst wieder deutlicher artikulierten Umstand aufmerksam, dass Chancengleichheit „stets ungleich verteilte Möglichkeiten ihrer Nutzung“ freisetze und „diese Ungleichheit, die sich als Folge realisierter Chancengleichheit erst herstellt“, politisch und moralisch anerkannt werden müsse. Sie wiesen auch darauf hin,

17 T. S. Eliot: *After Strange Gods. A Primer of Modern Heresy*. London 1934, S. 18.

dass „Interessen“ daraus erwachsen, dass man in Lebensverhältnisse eingeführt wurde, in denen sich eigene Interessen erst bilden. Diesen Umstand müssen Schulen zur Grundlage ihres Wirkens machen.<sup>18</sup> Das aber bedeutet für heute: Es ist zwingend erforderlich, dass die Idee eines Kanons, der in sich selbst einen Wert darstellt, bildungspolitisch zur Geltung gebracht wird.<sup>19</sup>

Aus einem missverstandenen Demokratiebegriff leitete die Linke ab, dass nur eine einheitliche Schule für alle dem demokratischen Gleichheitspostulat entspräche. Die normativ gemeinte Gleichheit der bürgerlichen Rechte sowie der Menschenwürde wurde in einen substanziellen Gleichheitsbegriff umgemünzt. Damit wurde der absurden Vorstellung Vorschub geleistet, es bedürfe gewissermaßen des Abiturs, um der Menschenwürde in vollem Umfang teilhaftig zu werden. Das Abiturzeugnis ist heute nicht mehr ohne Weiteres der Ausweis dessen, dass sein Besitzer über einen verlässlichen Grundstock an Allgemeinbildung verfügt. Dies aber ist bereits das Resultat der Entwicklung der letzten Jahre, die man keineswegs verstärken sollte, indem man aus politischen Gründen etwa fordert, bis zur Hälfte oder gar noch mehr eines Jahrgangs sollten Abitur machen. Denn es ist tatsächlich so, wie es Josef Kraus vom Deutschen Lehrerverband einmal treffend sagte: „Je mehr Schüler mit formal höheren Abschlüssen ausgestattet werden, desto geringer ihr Leistungsniveau.“<sup>20</sup> Diese Tendenz, die sich auch an den Universitäten fortsetzt, lässt sich

18 Vgl. *Mut zur Erziehung*. Beiträge zu einem Forum am 9./10. Januar 1978 im Wissenschaftszentrum Bonn / Bad Godesberg. Stuttgart 1978, S. 164.

19 Gauger, Jörg-Dieter / Kraus Josef: *Bildung braucht einen Kanon*. Die politische Meinung 385 (Dezember 2001), S. 17–26.

20 Josef Kraus: „Fünfzehn Fragen und Antworten zur innerdeutschen PISA-Studie“, in: Heike Schmoll/Josef Kraus, Jörg-Dieter Gauger/Hartmut Grewe, *PISA-E und was nun? Bilanz des innerdeutschen Schulvergleichs*. Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin 2002, S. 25. Siehe auch online unter <http://www.lehrerverband.de/kaspisae.pdf>.



nicht durch die Einführung zentraler Prüfungen aufhalten, denn diese müssen aus politischen Gründen meist einen kleinsten gemeinsamen Nenner im Kern der Prüfungen haben. Dass es indes heute überhaupt Prüfungen und damit Leistungsüberprüfungen gibt, ist grundsätzlich ein Fortschritt, denn lange Zeit herrschte in der deutschen Pädagogik eine wissenschaftsfeindliche Ablehnung des Testens und Messens – von linker Seite politisch gewollt, weil man im tiefsten Innern stets wusste, dass die Ergebnisse auch und vor allem im Vergleich der SPD- und CDU-geführten Bundesländer im Prinzip zuungunsten der SPD-Bildungspolitik ausfallen würden. Bildung aber braucht ein hohes Anforderungsniveau und dementsprechend anspruchsvolle Prüfungen. Es ist daher ein Fehler, wenn heute die früheren Staatsexamensprüfungen komplett an die Universitäten verlegt werden, ohne Mitwirkung unabhängiger und auch fachlich kompetenter Staatsprüfer, die „von außen“ ein Auge darauf werfen, was und wie geprüft wird. Der allenthalben zu beobachtende Rückzug des Staates in diesem Punkt sollte daher unbedingt überdacht werden. Der bayrische Gymnasiallehrer Hans Maier hat in seiner nach wie vor vorbildlichen Analyse zum Thema den zentralen Punkt lakonisch festgehalten, ein gymnasiales Bildungs- und Leistungsniveau könne es nur geben, „wenn es noch ein Gymnasium gibt, und das heißt wiederum, wenn es ein dreigliedriges Schulsystem gibt“.<sup>21</sup> Wer eine Einheitsschule will, möchte (wenn er weiß, was er tut) auch kein gymnasiales Bildungsniveau mehr, sondern die egalitäre Gleichheit des Mittelmaßes. Das aber kann nicht Ziel konservativer Bildungspolitik sein. Diese muss vielmehr bei möglichst breiter Grundbildung für möglichst viele Menschen auch die geistigen Spitzenleistungen in ihrem Wert für die ganze Gemeinschaft fördern, ohne sich von den Propagandisten der „Gemein-

21 Maier, Hans: Standort: Deutschland – Tatort: Gymnasium. Bildungsbetrug an unseren Schulen. Selbstverlag 1996.

schafts“-Ideologie ins Bockshorn jagen zu lassen.

Die konservative Kritik an dem Irrglauben der Planbarkeit gesellschaftlicher Entwicklungen sollte freilich nicht dazu führen, das Heft aus der Hand zu geben, wenn es darum geht, dringend nötige Korrekturen anzubringen. Politik kann zwar nicht, wie etwa Oakeshott sagte, den „Turm zu Babel“ errichten, indem angeblich irrationale Elemente des Daseins ausgeschaltet werden. Sie kann aber sehr wohl dafür sorgen, dass Institutionen eine verlässliche Dauer bekommen und vor unnötigen Reformen geschützt werden, die für die Erfüllung der eigentlichen Funktionen dieser Institutionen tödlich sind. Musterhaft lässt sich das Versagen einer solchen Politik an der gegenwärtigen Universität studieren, die in weiten Bereichen einer bildungsfeindlichen Verschulung unterworfen worden ist. Mit diesen Reformen im Zeichen des Bologna-Prozesses ging auch die weitere Zerstörung vielfältiger nicht explizierbarer Traditionen einher, die aber nicht einfach verzichtbar sind.

Konservativ ist nach Oakeshott die Schätzung von etwas, das hier und jetzt existiert, weil es uns vertraut ist und wir daran hängen. Konservativ zu sein bedeute, das Vertraute dem Unbekannten vorzuziehen, das Bewährte dem Unbewährten, die Tatsache dem Mysterium, das tatsächlich Gegebene dem bloß Möglichen, das Begrenzte dem Unbegrenzten, das Nahe dem Fernen, das Ausreichende der Überfülle, das Praktische dem Perfekten und die Freude im Jetzt dem utopischen Heil. Konservativ ist also die Ablehnung von Gleichmacherei und Utilitarismus und die Bejahung des unerschöpflichen Reichtums und der Geheimnisse des Lebens. Als Verhaltensdisposition kann Konservatismus daher nur existieren, wenn es ausreichende Gründe dafür gibt, sich an der Gegenwart zu erfreuen. Das aber ist in der gegenwärtigen Lage problematisch geworden; konservatives Handeln in der Bildungspolitik kann sich daher nicht einfach an der Gegenwart erfreuen und im Übrigen alle Fünfe gerade sein

lassen. Sie muss offensiv die Agenda besetzen, indem sie Vorstellungen entwickelt, wie „gute Schule“ als Teil des guten Lebens im aristotelischen Sinn verstanden werden kann. Denn alle Politik muss letztlich darauf ausgerichtet sein, das gute Leben aller in der gemeinsamen Republik zu ermöglichen und zu schützen.

Der englische Philosoph Anthony O’Hear argumentiert entschieden dagegen, Erziehung und Bildung in einer Demokratie als Vehikel für die Propagierung egalitärer und überhaupt gegen Eliten gerichteter Vorstellungen zu verstehen. Erziehung und Bildung sind doch ihrem Wesen nach nicht egalitär, wie O’Hear in Erinnerung ruft, weil sie einen Anspruch auf Autorität erheben. Diese Autorität besteht darin, dass sie als Ziel der Erziehung und Bildung ein an der Sache orientiertes Studium des besten, was gedacht und gesagt wurde, ermöglicht, und zwar für diejenigen, die fähig oder willens sind, von einem solchen Studium zu profitieren.<sup>22</sup> Ein solches Studium schafft notwendig Eliten, aber wenn diese sich auf nachvollziehbare Leistungen gründen und nicht auf Dünkel und eingebildeter Exzellenz, werden sie auch mit gesellschaftlicher Akzeptanz rechnen können. Konservative Bildungspolitik müsste, so schwer das in der heutigen Mediengesellschaft vermittelbar scheint, Wege zu einer Politik der Sachlichkeit finden, um die negativen Wirkungen der Bildungsideologien zu unterwandern. So könnte ein Klima geschaffen werden, in dem die dringend nötigen Korrekturen überhaupt erst wieder möglich sind.

<sup>22</sup> Vgl. O’Hear, Anthony: *Education and Democracy. Against the Educational Establishment (Blasts)*. London 1991, S. 39. Vgl. auch Reiser, Marius: *Bologna. Anfang und Ende der Universität*. Bonn 2010.

### *Literatur:*

- Alber, Jens: Doppelstandards der Gleichstellung. *FAZ* 23/03 2011
- Ateş, Seyran: *Der Multikulti-Irrtum. Wie wir in Deutschland besser zusammenleben können*. Berlin 2007
- Bloom, Allan: *The Closing of the American Mind*. New York 1988
- Brezinka, Wolfgang: *Die Pädagogik der Neuen Linken – Analyse und Kritik*. München 1981 (6. Auflage)
- Bund Freiheit der Wissenschaft (Hg.): *Die Ökonomisierung der Universität. Wege und Irrwege der Hochschulerneuerung*, 32. Bildungspolitisches Forum, 30. November 2001 in Berlin. Berlin 2002
- Felten, Michael (Hg.): *Neue Mythen in der Pädagogik. Warum eine gute Schule nicht nur Spaß machen kann*. Donauwörth 1999
- Gauger, Jörg-Dieter / Kraus Josef: *Bildung braucht einen Kanon. Die politische Meinung* 385 (Dezember 2001)
- Hirsch, E. D. Jr.: *The Schools We Need and Why We Don’t Have Them*. New York 1996
- Kinzel, Till: *Politische Philosophie und die Frage nach dem Guten* [Leo Strauss], in: Burkert-Dottolo, Günther / Moser, Christian Sebastian (Hg.): *Stichwortgeber für die Politik I*. Wien 2006
- Kinzel, Till: *Schlüsselbegriff Eigentum. Eigentum und die gute politische Ordnung*, in: Moser, Christian Sebastian / Danich, Peter / Halper, Dietmar (Hg.): *Schlüsselbegriffe der Demokratie*. Wien 2008
- Kraus, Josef: *Spaßpädagogik. Sackgassen deutscher Schulpolitik*. München 1998
- Luft, Stefan: *Abschied von Multikulti. Wege aus der Integrationskrise*. Gräfelfing 2006

Maier, Hans: Standort: Deutschland – Tatort: Gymnasium. Bildungsbetrug an unseren Schulen. Selbstverlag 1996

Neumann, Dieter: Die „68er“-Bewegung und ihre pädagogischen Mythen. Auswirkungen auf Erziehung und Bildung. Sankt Augustin / Berlin 2008

O’Hear, Anthony: Education and Democracy. Against the Educational Establishment (Blasts). London 1991

Reinschke, Kurt: Bologna-Prozess und Bachelorisierung der deutschen Hochschulen, Nachschrift zu einem Vortrag am 23. Mai 2008 in Berlin. Berlin 2008

Reiser, Marius: Bologna. Anfang und Ende der Universität. Bonn 2010

Sarrazin, Thilo: Deutschland schafft sich ab. Wie wir unser Land aufs Spiel setzen. München 2010

Scruton, Roger: The Uses of Pessimism and the Danger of False Hope. London 2010

### *Onlinequelle:*

<http://www.ak-gesamtschule.de>

*Christian Kasper*

## Ratlos in der Krise – die Sozialdemokratie im 21. Jahrhundert

„Oskar Lafontaine gönnte sich zwei Glas Bier. Gerhard Schröder, der Triumphator, zog an seiner Zigarre, während aus einem billigen Ghetto-Blaster metallische Guildo-Horn-Töne röhren. Aber trunkene Siegesstimmung wollte im Keller der Vertretung des Landes Niedersachsen in Bonn, wohin sich Gerhard Schröder mit seinen engsten Freunden und Mitarbeitern zurückgezogen hatte, in dieser Nacht vom 27. auf den 28. September 1998 nicht aufkommen. Wahlnacht war, und was für eine: Ein politischer Erdbeben hat Helmut Kohl, den ewigen Kanzler, aus dem Kanzleramt hinaus- und Gerhard Schröder hineingeschwemmt. Doch hier wurde die neue rot-grüne Mehrheit als die natürlichste Sache der Welt hingenommen, als wäre sie eine Fügung des Schicksals. Und ein bisschen lag über der Szene auch der auch der Schrecken, nun wirklich das tun zu müssen, was man so lange gewollt hatte: regieren. (...)“

Als dann um zwei, drei Uhr die Gäste aus Schröders Keller langsam nach Hause gingen, wurden Vergleiche gezogen. In Paris 1981 haben die Menschen auf den Straßen getanzt, auch als Tony Blairs New Labour die Torys aus dem Amt jagte, war am Trafalgar Square Partyzeit. In Wien hätte man schon längst die ‚Internationale‘ gesungen, würde die SPÖ einen solchen Wahlsieg feiern, sagte ein österreichischer Gast. Schröders Replik: ‚Die Internationale? Wir sind doch jetzt die Neue Mitte.‘<sup>1</sup>

1 Misik, Robert: Die Suche nach dem Blair-Effekt. Schröder, Klima und Genossen zwischen Tradition und Pragmatismus. Berlin 1998, S. 13.

## Einleitung

Der Wahlsieg Gerhard Schröders im Oktober 1998 war für viele der vorläufige Höhepunkt des „sozialdemokratischen Jahrzehnts“. Die europäischen Sozialdemokraten eilten von Sieg zu Sieg. Tony Blair in Großbritannien, Lionel Jospin in Frankreich, Viktor Klima in Österreich, Göran Persson in Schweden und Romano Prodi in Italien bildeten eine sozialdemokratische Achse. Nicht nur im Erfolg waren sich die neuen Ministerpräsidenten ähnlich, sondern auch in den Leitlinien ihrer Politik. Die sozialdemokratischen Grundsätze wurden langsam unterminiert. So war das Bekenntnis zur verstaatlichten Wirtschaft in den sozialdemokratischen Parteiprogrammen immer noch sakrosankt, wurde aber von der aktiven Förderung zahlreicher Privatisierungswellen realpolitisch unterminiert. Diese „Doppelzüngigkeit“ wurde verschärft, indem die Proponenten der „Neuen Mitte“ diese Widersprüchlichkeit auch öffentlich auslebten. Dynamisch, pragmatisch und erfolgsorientiert: Das „Macherimage“ wurde zwar bürgerlichen und konservativen Politikern sehr oft vorgeworfen, galt nun aber unter den neuen Sozialdemokraten als zeitgemäß, modern und Sinnbild der neuen Sozialdemokratie.

Wesentliches ordnungspolitisches Kennzeichen des dritten Weges war für den Globalisierungsexperten David Held die Auflösung der Bindung zwischen der Beschäftigungssicherheit und der sozialen Verantwortlichkeit des Staates.<sup>2</sup> Das hat die Möglichkeiten der Realpolitik eingeschränkt, sozialen Ausgleich und soziale Gerechtigkeit aktiv zu verwirklichen. Held stellt fest, dass der große Bruch zwar mit den konservativen Politikern Ronald Reagan und Margaret Thatcher begonnen hat, aber erst die Sozialdemokraten Tony Blair, Gordon Brown und ihre

<sup>2</sup> Vgl. Das Band ist zerrissen. Der Globalisierungsexperte David Held über die Zukunft der sozialen Gerechtigkeit. *Die Zeit* 17/02 2011, S. 31.

europäischen Nachahmer ein neues ordnungspolitisches Fundament verwirklicht hätten: Europas Bürger leben in einer neuen globalen Ära. Wichtigste Aufgabe der Staaten ist es, die Wettbewerbsfähigkeit ihrer Bevölkerungen sicherzustellen.

Zehn Jahre nach dem Höhepunkt des „Dritten Weges“, der begrifflich eine Alternative zu den bürgerlichen und sozialdemokratischen Volksparteien vortäuscht, scheint bei den Sozialdemokraten alles im Argen. Mit einem Verlust von 6,2 Prozent bei den letzten Wahlen zum Unterhaus fiel die Abwahl Gordon Browns deutlich aus. In Österreich und Deutschland streiten sich Politikwissenschaftler, ob sozialdemokratische Parteien noch den Beinamen „Volksparteien“ verdienen. Und angesichts eines Ergebnisses von 23 Prozent bei den letzten Bundestagswahlen scheint diese Frage nicht unberechtigt. In Italien kommt ernst zu nehmende Oppositionspolitik eher noch von den bürgerlichen Regierungsparteien als von der Linken – und das, obwohl Silvio Berlusconi privat wie politisch seit Jahren kein Fettnäpfchen auslässt. Und selbst die erfolgsverwöhnten skandinavischen Sozialdemokraten finden sich plötzlich auf der Oppositionsbank wieder. In Schweden regierten die Sozialdemokraten seit der Einführung des allgemeinen Wahlrechts bis 2006 nur insgesamt neun Jahre nicht (1976–1982 und 1991–1994). Fredrik Reinfeldt von der Zentrumsparterie konnte diese Vorherrschaft brechen: Die Socialdemokraterna erzielte bei den Wahlen 2010 mit 30,7 Prozent ihr schlechtestes Ergebnis seit 1914. Ein ähnliches Bild ergibt sich in Dänemark. Dort sind zwar liberal-konservative Regierungen keine Seltenheit, dass die Koalition von Venstre und Det Konservative Folkeparti nun aber schon ins zehnte Regierungsjahr geht, verdient Anerkennung.

Vom Image des dynamischen Machers Ende der 90er-Jahre blieb wenig übrig. Die Sozialdemokratie befindet sich in einem Sinkflug. Das eigentliche Phänomen dabei ist, dass diese Entwicklung über nationale Grenzen in Europa hinweg zu beobachten

ist. Mangelndes Charisma eines Kandidaten / einer Kandidatin, strukturelle innerparteiliche Probleme oder mangelnde kommunikative Befähigungen mögen im Einzelfall den Niedergang einer Partei erklären, nicht jedoch einen europaweiten Abwärtstrend (der sich im Übrigen auch in den Europawahlen niederschlägt).

Begleitet wird dieser Niedergang auch von moralischem Verfall und ethisch bedenklichen Usancen einzelner sozialdemokratischer Politiker, deren Amtsverständnis für die Basisfunktionäre sittlich untragbar ist. So moniert etwa das sozialdemokratische Urgestein Manfred Bauer den für einen Sozialdemokraten eigentlich inakzeptablen Beratungsvertrag beim kasachischen Diktator Nursultan Nasarbajew, Gusenbauers „selbstgefälliges Lächeln (...) lässt sich als habitueller Ausdruck von Ignoranz und Arroganz verstehen und gewährt einen tiefen Einblick in sein Verständnis von politischer Kultur“.<sup>3</sup> Der dritte Weg hat bei sozialdemokratischen Mandataren und Funktionären zu einer fragwürdigen Kultur geführt, die zu einer tiefen Entfremdung zwischen Parteibasis und Parteiführung geführt hat. Die Frage muss daher lauten: Was also ist in diesen zehn Jahren passiert? Hat die Sozialdemokratie nicht mehr die passenden Antworten auf die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts?

### Grundlagen sozialdemokratischer Positionen

Im Gegensatz zu vielen anderen Ideologien kann die Sozialdemokratie auf eine einheitliche Tradition verweisen. Der Kern der Sozialdemokratie lässt sich auf Karl Marx' gesellschafts- und wirtschaftstheoretische Grundlagen zurückführen. Karl Marx' und Friedrich Engels' Wirtschaftstheorie geht von einer grundlegenden Ungerechtigkeit zwischen Arbeitnehmer (Arbeitskraft)

<sup>3</sup> Bauer, Manfred: Ignorant, arrogant – Gusenbauer.  
<http://diepresse.com/home/meinung/gastkommentar/634764/Ignorant-arrogant-Gusenbauer>

und Arbeitgeber (Kapitalist) aus. Letztendlich ist das einzige Ziel allen kapitalistischen Strebens die Vermehrung des Vermögens. In der industrialisierten Gesellschaft, so die Interpretation von Marx und Engels, lässt sich der Gewinn vor allem durch die Ausbeutung der Arbeitnehmer steigern; die Löhne werden auf ein Minimum reduziert. Die zunehmende Verelendung der breiten Masse der Arbeitnehmer ist das unvermeidliche Resultat der Wirkungsweise der Kräfte des freien Marktes. Der Kapitalismus ist per se ungerecht. Der Staat bezieht in diesem ungleichen Verhältnis immer Stellung für die Besitzenden. Nur eine soziale (kommunistische) Revolution ist in der Lage, die wirtschaftlichen Unverhältnismäßigkeiten zu durchbrechen und somit die soziale Lage zu entspannen. Am Ende der kommunistischen Revolution steht die klassenlose Gesellschaft ohne Staat. Die klassenlose Gesellschaft vereint jene Gegensätze, die einander im kapitalistischen System widersprechen: sowohl die ganzheitliche Entwicklung der Individuen als auch die Optimierung der Produktionskraft der gesamten Gesellschaft.

Eine erste grundlegende Veränderung vom Kommunismus zu einer sozialistischen Weltanschauung erfuhren die Theorien von Marx und Engels durch den Revisionismus. „Als Gegenströmung zur marxistischen Theorie entwickelte sich um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert in der SPD der Revisionismus, der den Kapitalismus nicht auf dem Wege der sozialen Revolution, sondern der schrittweisen sozialen Reform überwinden wollte. Als geistiger Vater des Revisionismus gilt Eduard Bernstein (1850–1932). In seiner Folge entwarfen eine Reihe wichtiger Ökonomen die Ansätze einer revisionistischen Wirtschaftspolitik. Ihre Gedanken kreisten um die Möglichkeit sozialpolitischer Reformen innerhalb der Marktwirtschaft sowie um die Neugestaltung der Eigentumsordnung. Dieser Strömung sind Vorstellungen über die Gemeinwirtschaft und gemischtwirtschaftliche Systeme mit privaten, öffentlichen und genossenschaftlichen

Eigentumsformen zu verdanken.“<sup>4</sup> Die Trennung des Sozialismus vom Kommunismus definiert sich somit nicht über die Änderung der Ziele – weder beim Gesellschaftsmodell noch bezüglich der Notwendigkeit der „Überwindung“ des kapitalistischen Wirtschaftsmodells gibt es Auffassungsunterschiede. Der Gegensatz zwischen Kommunismus und Sozialismus wird ausschließlich durch den Weg zum Ziel definiert: Während der Kommunismus an der Revolution durch die Arbeiterklasse festhält, sieht der Sozialismus die klassenlose Gesellschaft als Endprodukt sozialer Reformen.

John Maynard Keynes (1883–1946) entwickelte den Revisionismus schließlich weiter. Keynes ging davon aus, dass das marktwirtschaftliche System versagt. Der Kapitalismus habe irrationale Eigenschaften und müsse vor sich selbst geschützt werden. Bereits Max Weber wies auf eine Unschärfe in diesem Verständnis von Kapitalismus hin: Kapitalismus werde von den Sozialisten als System ohne Gesetzmäßigkeiten oder rechtlichen und moralischen Rahmen dargestellt. Tatsächlich bezeichne Kapitalismus jedoch ein ausbalanciertes System von Angebot und Nachfrage. Ein kapitalistischer Wirtschaftsakt ruht laut Weber auf der Erwartung von Gewinn durch die Nutzung von friedlichen Erwerbchancen und bändigt somit das irrationale Treiben schrankenloser Erwerbsgier. Ein ökonomisches System ohne Grenzen, in dem sich ausschließlich die Macht des Stärkeren durchsetzt, wäre im Gegensatz dazu anarchistisch.<sup>5</sup>

Keynes sprach dem Markt die Fähigkeit zur Selbstregulierung ab. Diese Aufgabe müsse vom Staat über das Instrument der Nachfrageorientierung übernommen werden. Einige Wirtschaftszweige

4 Engelhard, Peter: Die Ökonomen der SPD. Eine Geschichte sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik in 45 Porträts. Bielefeld 2010, S. 10 f.

5 Vgl. Kaesler, Dirk: Max Weber. Eine Einführung in Leben, Werk und Wirkung. Frankfurt/Main 2003, S. 179.

müssten gänzlich vom Markt genommen werden, weil sie von nationaler Bedeutung sind und nicht dem Spiel der freien Kräfte am Markt ausgesetzt werden dürfen (beispielsweise Banken). Die Verstaatlichung von Betrieben wurde somit essenzieller Bestandteil keynesianischer Wirtschaftspolitik. Die Expertise des Staates, die Betriebe zu verwalten und zu führen, wurde dabei freilich nicht hinterfragt. Die Idee etatistischer Steuerungsmaßnahmen in der Wirtschaftspolitik (neben Verstaatlichung auch steuerliche Verteilungsmaßnahmen), um eine aktive Nachfragepolitik zu lenken, fand vor allem unter dem Eindruck der Weltwirtschaftskrise zahlreiche Anhänger.

Dem Staat wird jedoch nicht nur das Funktionieren des Marktes überantwortet, er ist auch für die Einhaltung der Grundwerte der Gesellschaft – Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit (bzw. Solidarität) – verantwortlich. Die Sozialdemokratie betrachtet Freiheit und Gleichheit nicht als gleichberechtigt mit der Solidarität. Vielmehr sieht sie Freiheit und Gleichheit durch die gesellschaftliche Solidarität bedingt. „Im Gegensatz zum klassischen Liberalismus sind aus sozialdemokratischer Sicht Freiheit und Gleichheit erst dann möglich, wenn Solidarität („Brüderlichkeit“) das Handeln der Menschen untereinander verbindet und die ökonomischen Verhältnisse nicht dem freien Spiel der Kräfte überlassen bleiben.“<sup>6</sup> Die Freiheit des Individuums ordnet sich dem Wert der Verantwortung für die Gesellschaft unter. Da aber den Menschen die Fähigkeit zur Solidarität nicht zugetraut wird, muss der Staat diese Verantwortung tragen. Gleichheit wird hingegen nach sozialistischer Lesart rein ökonomisch interpretiert. Fiskalpolitische Maßnahmen und staatliche Umverteilung sollen Gleichheit gewährleisten. *Arbeit* wird einem Prozess kontinuierlicher

6 Merkel, Wolfgang et al.: Die Reformfähigkeit der Sozialdemokratie. Herausforderungen und Bilanz der Regierungspolitik in Westeuropa. Wiesbaden 2006, S. 26.

Ausbeutung gleichgesetzt, der dem Wunsch nach ökonomischer Gleichheit zuwiderläuft. Das individuell sinnstiftende Element von Arbeit wird komplett ausgeblendet.

Auf ein zentrales Problem des etatistischen Ansatzes verwies Edmund Burke schon ein Jahrhundert vor Keynes: Staatlicher Protektionismus wird zum Hemmschuh jeder individuellen Initiative. Durch die Überhöhung eines Gemeinschaftszieles (bei Keynes ist dies Schutz vor wirtschaftlicher Instabilität) werden individuelle Ziele hintangestellt. Diese *Gemeinschaft* setzt sich aber aus eben jenen Individuen zusammen und ist keine homogene Masse mit einem eigenen Bewusstsein. Ziele werden nicht von *der Gemeinschaft* bestimmt, sondern im Diskurs vieler Individuen ausverhandelt, festgelegt, umgestoßen, oder es werden neue bzw. für unterschiedliche Teile der Gesellschaft widersprüchliche Ziele definiert. Nur wenn der Einzelne seine Vorstellungen in den Zielvorgaben wiederfindet, werden Initiative, Aktivität und Anteilnahme an einem größeren Ganzen gefördert.

### Entwicklung zur Sozialdemokratie

Während die Christdemokratie mit der Sozialen Marktwirtschaft von Ludwig Erhard einen entscheidenden Fortschritt erfuhr, bedeutete der Keynesianismus für die Sozialdemokratie weitgehend den Endpunkt der programmatischen Entwicklung. In Deutschland, Österreich und den skandinavischen Ländern wurde der Keynesianismus an die nationalstaatlichen Wirtschaftssysteme angepasst (beispielsweise durch unterschiedliche Staatsquoten). Eine Reihe von sozialdemokratischen Wirtschaftswissenschaftlern versuchte zudem, Keynes mit marxistischer Wirtschaftslehre zu verbinden (Linkskeynesianer). Die Grundidee von Keynes wurde jedoch nicht adaptiert. Nachfragesteuerung durch den Staat blieb das zentrale Element der sozialdemokratischen Wirtschaftsphilosophie. Der Kapita-

lismus als ökonomisches Wirtschaftssystem wurde nur dann akzeptiert, wenn der Staat mögliche Krisen wie Arbeitslosigkeit und soziale Unsicherheit auffing.

Wolfgang Merkel stellte bei der Entwicklung vom klassischen Keynesianismus zu den sozialdemokratischen Parteien am Ende des 20. Jahrhunderts mehrere Phasen fest. In der Entwicklungs- und Konstituierungsphase bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges war die Politik der Arbeiterparteien von Oppositionsarbeit geprägt. In dieser Zeit wurde der zentrale ideologische Unterbau formuliert, somit auch die klare Abgrenzung zu bürgerlicher, liberaler und konservativer Politik vollzogen. Vom Ende des Ersten Weltkrieges und der Russischen Revolution bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges vollzogen die Parteien die Trennung zwischen Kommunismus und Sozialismus. Sozialistische Parteien übernahmen erstmals Regierungsverantwortung, ein wichtiger Schritt für die Entwicklung zu Massenparteien.

In der Zeit nach 1945 prägte der Ost-West-Gegensatz auch die Entwicklung der sozialdemokratischen Parteien. Merkel bezeichnet diesen Zeitraum als „goldenes Zeitalter der europäischen Sozialdemokratie“. Auf diese folgt ab Anfang der 1970er-Jahre die „Phase des Niederganges“. In ihren Bezeichnungen wenden sich die europäischen Parteien vom Diktum „sozialistisch“ ab. Der Begriff „Sozialdemokratie“ sollte die Anerkennung demokratischer Grundwerte verdeutlichen. „Erst nach 1945 gaben die letzten sozialdemokratischen Parteien ihre früheren Forderungen nach einer revolutionären Veränderung der Gesellschaft auf, um fortan nur noch *innerhalb* der Logik eines parlamentarischen Systems zu agieren. Damit entstand die Notwendigkeit, in Wahlen einen hinreichend großen Teil der Bevölkerung zu gewinnen, um Veränderungen durchsetzen zu können.“<sup>7</sup>

7 Merkel, Wolfgang et al.: Die Reformfähigkeit der Sozialdemokratie. Herausforderungen und Bilanz der Regierungspolitik in Westeuropa. Wiesbaden 2006, S. 26.

Die Sozialdemokratie bewegte sich also immer in dem Widerspruch, in einem System zu agieren, dessen Überwindung ihr eigentliches Ziel war. Ein weiterer Antagonismus bestand in der Eigendefinition als Arbeiter- und Gewerkschaftsorganisation (und somit als Klassenbewegung) und dem Anspruch auf Volksparteienstatus. Auf der einen Seite stand die programmatische und ideologische Identität, vor allem den Interessen einer Bevölkerungsgruppe zu dienen, auf der anderen Seite wollten sozialdemokratische Parteien natürlich auch einen großen Teil der Bevölkerung ansprechen, um Mehrheiten im demokratischen Wettbewerb lukrieren zu können. „Leaders of class based parties must choose between a party homogenous in its class appeal but sentenced to perpetual electoral defeats or a party that struggles for electoral success at the cost of diluting its class orientation. This is the alternative preset to socialist, social democratic, labor, communist, and other parties by the particular combination of class structure and political institutions in democratic capitalist countries.“<sup>8</sup>

### Herausforderungen für die sozialdemokratischen Volksparteien

Die Sozialdemokratie verschloss sich nicht nur jeder theoretischen Weiterentwicklung, sie hatte auch zunehmend Schwierigkeiten, ihre Widersprüche aufzulösen. Die Wirtschaftskrise der 1970er-Jahre verstärkte den Abwärtstrend des Keynesianismus. Aufgrund der stagnierenden Wirtschaft fehlten die finanziellen Voraussetzungen für eine aktivierende Rolle des Staates. Für das sozialdemokratische Konzept von fiskal-, sozial- und beschäf-

8 Przeworski, Adam: *Capitalism and Social Democracy*. Cambridge University Press. Cambridge 1985. Hier zitiert nach Merkel, Wolfgang et al.: *Die Reformfähigkeit der Sozialdemokratie. Herausforderungen und Bilanz der Regierungspolitik in Westeuropa*. Wiesbaden 2006, S. 27.

tigungspolitischen Maßnahmen als Instrumente staatlicher Regulierung stellt vor allem die Zunahme von Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalströmen über die nationalstaatlichen Grenzen hinweg eine große Herausforderung dar. Die Internationalisierung und Verflechtung der Märkte schränkt den Handlungsspielraum des Staates und der nationalstaatlich agierenden Volksparteien erheblich ein. Diese zunehmende Verflechtung ist etwa in den Handelsbeziehungen erkennbar. In nahezu allen Ländern Europas hat sich die Exportquote moderat, aber stetig erhöht. Die steigende Bedeutung der Exportwirtschaft führt zu einer stärkeren Abhängigkeit vom internationalen Markt (in kleinen Staaten wie Österreich aufgrund des kleineren Binnenmarktes überproportional). Außerdem bedeutet die Integration der Finanzmärkte einen Abbau der nationalen Kapitalverkehrskontrollen. Die Globalisierung brachte das staatliche Instrument der Steuerpolitik nicht zuletzt auch deswegen unter Druck, weil sich die Staaten zusehends einem Wettbewerb um die Unternehmen ausgesetzt sahen. Vermehrte Steuerlast für den international agierenden Unternehmer erhöhte die Gefahr der Abwanderung.

Gerade eine politische Partei, die vor allem Umverteilung propagiert, stellen sinkende Steuereinnahmen vor große Herausforderungen. Sinkende Steuereinnahmen brachten einen Kernwert der Sozialdemokratie, den umfassenden Wohlfahrts- und Sozialstaat, ins Wanken. Der sozialdemokratische Versorgungsstaat der 70er-Jahre setzte sich noch für eine nahezu umfassende Deckung der persönlichen Lebensrisiken der Menschen ein, ungeachtet der Kosten (in Österreich etwa Heiratsgeld). Unter dem Gesichtspunkt der Unfinanzierbarkeit dieses Systems gab sich auch die Sozialdemokratie in den 80er-Jahren mit dem prinzipiellen Erhalt des Sozialsystems und der Sicherung elementarer Bedürfnisse der Menschen (Kranken- und Pensionsversicherung, Bildung etc.) zufrieden.

Auch durch das Zusammenwachsen von Politik und Wirtschaft



in der Europäischen Union unterliegen die Nationalstaaten formalen und materiellen Zwängen. Die Ebenen der EU bestimmen die rechtlichen und politischen Grenzen des Handlungsspielraums der Mitgliedsstaaten. Eigenständige Politik ist nur mehr in jenen Bereichen möglich, in denen keine bindenden europäischen Normen bestehen. Gerade in Politikbereichen, die die Sozialdemokratie für sich als besonders relevant erachtet, ist das Durchgriffsrecht der Union vergleichsweise groß. Besonders im Bereich der Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik haben die nationalen Akteure mit der Geldpolitik ein traditionelles Politikinstrument verloren.

Eine weitere grundlegende Veränderung war der Wandel der Sozialstruktur. Sozialdemokratische Parteien konnten (und können) zwar auch in der postindustriellen Gesellschaft mit der „Arbeiterschicht“ auf eine sehr geduldige Stammwählerklientel (Arbeiter wählen bis heute überproportional sozialdemokratisch) zurückgreifen, allerdings traf sie dabei der rapide Rückgang des Arbeiteranteils an der Gesamtbevölkerung.<sup>9</sup> Wollte die Sozialdemokratie demnach mehrheitsfähig werden, konnte sie sich nicht mehr auf ihre „Stammklientel“ verlassen. Dies bedeutete jedoch auch, dass ihre politischen Forderungen mehrheitsfähig formuliert werden mussten. „Ideologische Immobilität würde sozialdemokratische Parteien in einer sich wandelnden Gesellschaft mittel- bis langfristig tatsächlich in einen unaufhaltsamen Niedergang führen. Sowohl der Wandel der Beschäftigungsstruktur als auch die Individualisierung und der Wertewandel zwingen die Sozialdemokratie zu einer weiteren Abschwächung der ‚Klassenpolitik‘. (...) Das Wahldilemma der Sozialdemokratie besteht heute nicht mehr darin, zwischen den ökonomischen Interessen der Arbeiter und der Angestellten vermitteln zu

9 Vgl. Merkel, Wolfgang et al.: Die Reformfähigkeit der Sozialdemokratie. Herausforderungen und Bilanz der Regierungspolitik in Westeuropa. Wiesbaden 2006, S. 83.

müssen. Es liegt vielmehr darin, die eher materialistische Stammklientel der Sozialdemokratie in Wertefragen nicht zu überfordern und gleichzeitig postmateriell orientierte Wähler zu gewinnen.“<sup>10</sup> Zudem verloren sozialstrukturelle Variablen wie „Schicht“ im politischen Wettbewerb an Bedeutung. Traditionen gerieten unter Druck. Politische Werte und Positionen wurden einer ständigen Prüfung und Kontrolle unterzogen.<sup>11</sup>

Anthony Giddens zeigte außerdem die Schwächen der Sozialdemokratie hinsichtlich der fehlenden Berücksichtigung ökologischer Aspekte im Wirtschaftssystem auf. „Im Großen und Ganzen stand die Sozialdemokratie alten Stiles ökologischen Fragen nicht feindlich gegenüber, konnte aber kaum mit ihnen umgehen. Ihre Betonung des Korporatismus, ihre Verpflichtung auf Vollbeschäftigung und die Priorität, die sie dem Wohlfahrtsstaat einräumte, machten sie für eine systematische Auseinandersetzung mit ökologischen Aufgaben ungeeignet.“<sup>12</sup>

### Der „Dritte Weg“ als Antwort?

Unter dem Namen „Dritter Weg“ oder „Neue Mitte“ sollte eine tiefgreifende Veränderung der europäischen Sozialdemokratie zusammengefasst werden. Durch den Dritten Weg sollte die Sozialdemokratie programmatisch den Wandel von der Arbeiterpartei zu einer Volkspartei vollziehen. Anthony Giddens beschrieb den „Dritten Weg“ dabei als einheitliches Programm, das alle wesentlichen Bereiche der Gesellschaft einbezieht. Der umfassende Wohlfahrtsstaat wird als überholt und unfinanzierbar angesehen; er soll einem schlankeren und moderneren Verwaltungsapparat

10 Ebd. S. 92.

11 Vgl. Giddens, Anthony: Der dritte Weg. Die Erneuerung der sozialen Demokratie. Frankfurt/Main 1999, S. 48.

12 Ebd. S. 21.

weichen. Die Eckpunkte von Giddens' „Drittem Weg“ sind:

– Neue Definition der Rolle des Staates: Ein dezentraler Staat erfüllt die Herausforderungen in einer globalisierten Gesellschaft besser. Die Subsidiarität, ein ureigener bürgerlicher Wert, wird also von der Sozialdemokratie neu entdeckt. Gerade in Europa, so argumentiert Giddens, ist die subsidiäre Struktur „wegweisend für den Aufbau einer politischen Ordnung, die weder ein Superstaat noch eine reine Freihandelszone ist und gleichzeitig der Nation neues Gewicht verleiht“<sup>13</sup>.

– Eine stärkere Einbindung der Öffentlichkeit: Giddens tritt für Verfassungsreformen zugunsten größerer Transparenz und Offenheit ein. Die Regierungen und die Bevölkerung leben zunehmend in einem einheitlichen Informationsumfeld. Die Bürger werden zunehmend kritischer. Auch hier ist ein bürgerliches Konzept zu erkennen, nämlich das des *mündigen Bürgers* in einer selbstbestimmten Bürgergesellschaft.

– Eine schlankere Bürokratie: Giddens nimmt dabei explizit Anleihen bei der Privatwirtschaft: „Da die Unternehmen gegenwärtig rasch auf Veränderungen reagieren und äußerst beweglich agieren, hinkt der Staat häufig hinterher. (...) Die meisten Regierungen können immer noch einiges von den Methoden erfolgreichen Managements übernehmen.“<sup>14</sup>

### Beispiele der „Neuen Mitte“

Der „Dritte Weg“ der Sozialdemokratie nahm mit den expliziten Verweisen auf die Subsidiarität der selbstbestimmten Bürgergesellschaft und der privatwirtschaftlich organisierten Verwaltung viele Anleihen bei bürgerlichen und konservativen Ideen. Besonders prominente Vertreter des „Dritten Weges“ waren Tony Blair

13 Ebd. S. 89.

14 Ebd. S. 90.

und Gerhard Schröder. „Ebenso wie Schröder die Agenda-2010-Politik seiner eigenen Partei aufzwang und unter dem Postulat der Alternativlosigkeit verkaufte, hatte zuvor der britische Premierminister Tony Blair diesen Weg der sozialstaatlichen Reformen eingeschlagen. Die Parallelen sind dabei offensichtlich. Was so hoffnungsvoll als Zeitenwende angepriesen wurde, mündete letztlich für beide Parteien in elektoralem Niedergang und beispielloser Orientierungslosigkeit der Anhängerschaft.“<sup>15</sup>

### Tony Blairs „Third Way“

Wie kein anderer Politiker der Sozialdemokratie verkörperte Tony Blair den neuen sozialdemokratischen Machthaber. Die neue Regierungspolitik unter der Labour Party sollte weniger proletarisch, weniger etatistisch, sondern frisch, dynamisch, modern und marktwirtschaftlich orientiert wirken. „Ich schlage (...) eine grundsätzliche Perspektive vor: Sie können das einen ‚dritten Weg‘ nennen, ‚New Labour‘ oder wie immer Sie wollen. Ich glaube schon, daß das etwas ist, was sich die Menschen erwarten und erhoffen – das ist wohl der Grund für diese erstaunliche Resonanz. Denn die Menschen wissen sehr gut: Es gibt einen massiven Wandel – einen Wandel der Technologien, am Arbeitsplatz, in der globalen Wirtschaft –, eine unglaublich dramatische Phase der Entwicklung. Demgegenüber gibt es drei mögliche Positionen. Die erste, die viele der alten Linken vertreten haben, ist: Bekämpft den Wandel! Die Haltung der Konservativen ist: Der Wandel passiert, was immer man tut. Unser ‚dritter Weg‘ ist, daß man die Menschen auf den Wandel vorbereiten muß.“<sup>16</sup>

15 Walter, Franz: Vom Milieu zum Parteienstaat. Lebenswelten, Leitfiguren und Politik im historischen Wandel. Wiesbaden 2010, S. 113.

16 Misik, Robert: Die Suche nach dem Blair-Effekt. Schröder, Klima und Genossen zwischen Tradition und Pragmatismus. Berlin 1998, S. 24.

Als inhaltliche Eckpunkte bezeichnete Blair die Abkehr vom sozialen Versorgungsstaat und die Zuwendung zur *Chancengesellschaft*. In der Chancengesellschaft sollte jedem Bürger die Möglichkeit eröffnet werden, seine eigene Lebenssituation durch Fleiß und Leistung bei Arbeit und Bildung, durch soziales Engagement oder andere Initiativen zu verbessern. Das eigentlich Bürgerliche an diesem Ansatz ist der Wert der eigenen Leistung.<sup>17</sup> „Verbesserung der Lebenschancen statt Gleichheit der Einkommen“ oder „Leistung statt Versorgung“ – das sozialdemokratische Konzept des Versorgungsstaates blendet die Ebene des individuellen Engagements weitgehend aus. Blair versuchte die soziale Gießkanne durch die „Welfare to Work“-Strategie zu ersetzen. Das Recht von Arbeitslosen auf Sozialsicherungen wurde gekoppelt an die Pflicht zur Arbeit beziehungsweise Ausbildung. Staatliche Zuwendung und Leistung gab es nur gegen den Nachweis des Willens zur Leistung.<sup>18</sup>

Die strategische Überlegung hinter dieser Zuwendung zu bürgerlichen und liberalen Tugenden war klar: Blair versuchte die Sozialdemokraten für eine breitere Öffentlichkeit wählbar zu machen. Die Labour Party sollte aus der „linken Ecke“ herausgelöst werden und auch die bürgerliche Mitte ansprechen. Tony Blair vermochte der neuen „sozialdemokratischen Mitte“ auch durch seine Person besondere Authentizität zu verleihen. Seit frühen Jahren Mitglied der Partei (obwohl sein Vater Tory war) und sich gegen das Establishment auflehnd (u. a. als Bandmitglied der *Ugly Rumours*) verkörperte er das Bild eines idealtypischen Labour-Politikers. Mit seiner offen zur Schau gestellten Religiosität und seiner Rolle als fürsorglicher Familienvater sprach er jedoch auch bürgerliche und konservative Kreise an.

17 Vgl. Pofalla, Ronald: Frei und sicher leben in der Chancengesellschaft. [http://www.kas.de/wf/doc/kas\\_11320-544-1-30.pdf?070801092635](http://www.kas.de/wf/doc/kas_11320-544-1-30.pdf?070801092635)

18 Vgl. Interview mit Anthony Giddens: [http://www.zeit.de/2000/16/Wie\\_links\\_ist\\_Tony\\_Blair](http://www.zeit.de/2000/16/Wie_links_ist_Tony_Blair)

Darüber hinaus repräsentierte Blair den Typus des jugendlichen und dynamischen Machers.

Langfristig sollte das Projekt „Neue Mitte“ in Großbritannien jedoch scheitern. Vor allem langjährige Stammwähler der Labour Party verweigerten Blair auf seinem „Third Way“ bald die Gefolgschaft. Die sozialdemokratische Basis konnte sich zwar für die eine oder andere Wahl mit dem „Dritten Weg“ anfreunden, für eine ideologische Neuausrichtung im Sinne Blairs war die Basis allerdings nicht bereit. Gleichheit im Sinne der Nivellierung via staatliche Transfers, von der Chancengesellschaft weitgehend ausgehebelt, blieb für die Parteibasis ein zentrales Element sozialdemokratischer Identität. Der massive Bruch zwischen Blair und der Parteibasis lässt sich auch und vor allem in der unterschiedlichen Beurteilung von Privatisierung und dem Wert der Arbeit festmachen. Unter Blair fand eine bis dahin nie da gewesene Privatisierungswelle statt. Selbst im Gesundheits- und Bildungswesen wurden öffentliche Dienste privatisiert.<sup>19</sup> Dies sorgte vor allem bei den Gewerkschaften für Entsetzen. Sie reagierten darauf mit einem öffentlichen Vertrauensbruch. „Während des TUC-Kongresses (Trades Union Congress; d. Verf.) hatte der GMB (General, Municipal, Boilermakers and Allied Trade Union, eine der größten Gewerkschaften Großbritanniens; d. Verf.) unter dem Motto ‚Keep public services public‘ in fast allen Tageszeitungen ganzseitige Anzeigen geschaltet: Neben Bildern einer Kinderkrankenschwester des staatlichen Gesundheitswesens NHS und von Tony Blair fragte der GMB provokant: ‚Can they trust him not to privatise the NHS (National Health Service; d. Verf.)?‘“<sup>20</sup>

19 Vgl. Marsden, Chris: England: Der Tod des Informanten Kelly erschüttert die Blair-Regierung. <http://www.wsws.org/de/2003/jul2003/kell-j30.shtml>

20 Maaß, Gero: Der TUC-Kongress 2001. Die Gewerkschaften und das britische Modell industrieller Beziehungen in einer fragilen Übergangsperiode. London 2001. <http://www.feslondon.dial.pipex.com/pubs98/tucProzent28dProzent29.htm>

Blairs „Dritter Weg“ verstand Arbeit ausschließlich unter der Prämisse des Ökonomismus. Wesentliche Funktionen der Arbeit wie Selbstverwirklichung oder Eigenverantwortung wurden dabei ausgespart. „Der Arbeitszentrismus von New Labour fand seinen Zweck in sich selbst. Hauptsache Arbeit – nach dem Sinn, der Substanz, der Lebensqualität, der Perspektive des produktivistischen Tuns wurde im Labourismus nicht gefragt. Es war dieser pure und rigide Ökonomismus, der nach zehn Jahren New Labour Regierungen gerade die früheren Multiplikatoren und Fußsoldaten der Partei verstört und entmutigt hatte.“<sup>21</sup>

Als Katalysator für die ideologische Entfremdung diente das zunehmende Verständigungsproblem zwischen Basis und der regierenden Elite. Die Sprache der akademischen und besser situierten Minister kam bei der Basis nicht an. Der Eindruck, Blair und seine Regierungsmannschaft repräsentierten die Elite, nicht aber jede Person und alle Ideale, für die die Partei eintreten sollte, verstärkte sich dadurch. Ein Blick auf die nackten Zahlen untermauert dieses Gefühl: Der Anteil der reichsten zehn Prozent des Landes am Gesamtvermögen nähert sich wieder dem Stand der 1930er-Jahre. Über 11 Millionen Menschen (darunter 3,4 Millionen Kinder) lebten am Ende der Amtszeit Blairs unter der Armutsgrenze (immerhin mehr als ein Sechstel der Gesamtbevölkerung).

Der „Third Way“ von Tony Blair stellte sich also für die Sozialdemokratie nicht als Weg aus der Krise, sondern als Weg in die Krise heraus. Weder gelang es, der gemäßigten Mitte attraktive Angebote und kompetente Lösungsansätze in Zeiten wirtschaftlicher Rezession anzubieten, noch konnten die eigenen Parteimitglieder mit dem Entwurf einer modernen Sozialdemokratie angesprochen werden. Zwischen 1996 und 2006, der

21 Vgl. Walter, Franz: Vom Milieu zum Parteienstaat. Lebenswelten, Leitfiguren und Politik im historischen Wandel. Wiesbaden 2010, S. 116.

Amtszeit von Tony Blair, verlor die Labour Party die Hälfte ihrer Mitglieder.<sup>22</sup> Blair hinterließ der Sozialdemokratie einen Identitätskonflikt sowie zahlreiche offene Fragen, die Entwicklungen des 21. Jahrhunderts betreffend. Der „Dritte Weg“, die Öffnung hin zur Mitte, ist gescheitert.

### Der „Dritte Weg“ in Deutschland

Ende der 1990er-Jahre standen die Sozialdemokraten in Deutschland vor ähnlichen Herausforderungen wie Labour in Großbritannien. Nach einer langen Periode in der Opposition suchte die SPD nach Möglichkeiten, die Zustimmung in der Bevölkerung wiederzugewinnen und politisch gegen den „ewigen Kanzler“ Helmut Kohl wieder einen Fuß in die Tür zu bekommen. Und wie in Großbritannien ist dieser „Dritte Weg“ zur „Neuen Mitte“ vor allem mit einer Person verbunden: Gerhard Schröder. Auch die Ergebnisse der Regierungsarbeit betreffend ist der „Dritte Weg“ in Deutschland jenem in Großbritannien sehr ähnlich: Die sozialen Klüfte in der Gesellschaft haben sich dramatisch verbreitert, die Wirtschaftsdaten Deutschlands haben sich kontinuierlich verschlechtert. So ist etwa der Anteil der Erwerbslosen im erwerbsfähigen Alter von 8,2 Prozent 1999 auf 10,6 Prozent 2005 (Ende der Amtszeit Schröders) gestiegen.<sup>23</sup>

Auch die SPD definierte ihre ideologische Erneuerung vor allem über das Schlagwort der „Chancengesellschaft“. Bürger wurden als „Chancenbefähigte“ definiert, die durch Bildung, lebenslanges

22 Vgl. Hillebrand, Ernst: Großbritannien. Die Lage Labours am Ende der Ära Blair. FES-Analyse, Berlin 2006. <http://library.fes.de/pdf-files/id/04817.pdf>, S. 3.

23 Vgl. Statistisches Bundesamt Deutschland: Entwicklung von Erwerbstätigkeit und Erwerbslosigkeit. <http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Grafiken/Arbeitsmarkt/Diagramme/ErwerbErwerbslos,templateId=renderPrint.psml>

Lernen und Leistung ihre (materiellen Verteilungs-)Verhältnisse verändern sollen und aufgefordert sind, erfolgreiche Biografien „sozialdemokratischer Aufsteiger“ zu leben. Dieses Konzept der Chancengesellschaft konterkarierte Werte, auf die sich die SPD sonst gerne berufen hat, wie Gemeinschaft und Kollektiv oder Solidarität und Gleichheit. Der Bürger und die Gemeinschaft bedingen einander nicht als wechselseitig verantwortliche Partner. Vielmehr setzt sich das Kollektiv aus Individuen zusammen, die zueinander in ständiger Rivalität um gesellschaftlichen und materiellen Aufstieg stehen. „Die moderne Chancengesellschaft, die den Kontext altsozialdemokratischer Solidarität verlässt, wird eine ziemlich kalte und rohe Angelegenheit.“<sup>24</sup>

Das unterste Drittel der Gesellschaft, quasi die „Gescheiterten“, die die SPD bis dahin als ihr politisches Sprachrohr verstanden, fühlten sich von dieser SPD weder angesprochen noch vertreten. Sie fanden sich im Kreis der „Chancenbefähigten“ nicht wieder. Die Wahlergebnisse bestätigten diese Analyse: Bildungsfremde (Unter-)Schichten entfremdeten sich von der SPD oder verstanden – wie in Großbritannien – die Sprache der neuen, erfolgreichen und dynamischen Neuen Mitte nicht mehr. Zwischen der „zurückgebliebenen Unterklasse“ und der Sozialdemokratie waren die elementaren Bindungen unterbrochen.

Unter Schröder verlor die SPD bei Arbeitern und Arbeitslosen 13 Prozent, ohne dabei eine „Neue Mitte“ zu kreieren. „Die Sozialdemokraten haben die Arbeiterschaft verloren, sie haben aber die mittleren Soziallagen nicht gewonnen. Unter Beschäftigten in der privaten Wirtschaft, in den modernen, jungen und hochqualifizierten Zukunftsmilieus der prosperierenden Großstädte schneiden sie schlecht ab. (...) Jedenfalls: Arbeiterparteien, Volksparteien, Massenparteien sind die Sozialdemokraten

24 Walter, Franz: Vom Milieu zum Parteienstaat. Lebenswelten, Leitfiguren und Politik im historischen Wandel. Wiesbaden 2010, S. 121.

nur noch aus historischen Gründen und ihrem Selbstverständnis nach, nicht aber mehr in der Wirklichkeit. Um es zuzuspitzen: In Ihren goldenen Jahren waren die sozialdemokratischen Parteien *Sowohl-als-auch*-Parteien: sowohl Klassen- als auch Volksparteien, Parteien der Unterschicht, wie der mittleren Bildungs-, Einkommens- und Statusgruppen. Heute sind sie *Weder-noch*-Parteien, die weder bei den Modernisierungsverlierern noch unter den Globalisierungsgewinnern ihre Anteile zu halten vermögen, obwohl (oder gerade weil?) sie sich zum politischen Fürsprecher einmal der einen, und dann wieder der anderen Gruppe machen.“<sup>25</sup>

Wie auch in Großbritannien zu beobachten, haben sich die Lebenswelten von Gewerkschaften und Sozialdemokratie entkoppelt. „In den 1950er und 1960er Jahren war es in der SPD noch Usus, bei Wahlen prominente Gewerkschafter auf einen der vordersten drei Plätze der Landesliste zu setzen. Doch heute gehört kein Gewerkschaftsführer mehr der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion an; überhaupt ist der Anteil von Gewerkschaftsmitgliedern in der Mannschaft von Peter Struck (1998–2002 und 2005–2009 Fraktionsvorsitzender der SPD im Bundestag; d. Verf.) gegenüber der Regierungszeit von Helmut Schmidt um 25 Prozentpunkte zurückgegangen. Insgesamt sind über zwei Drittel der SPD-Mitglieder jetzt ohne Gewerkschaftszugehörigkeit – auch hier ein historischer Tiefpunkt.“<sup>26</sup> In Deutschland etwa hat die immer größer werdende Distanz zwischen Gewerkschaft und SPD sogar Raum für eine linke politische Alternative geschaffen. Große Teile der Gewerkschaft, einst sicheres Rekru-

25 Micus, Matthias: Organisationsidentität und -reform sozialdemokratischer Parteien in Europa. Berlin 2010.  
<http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/07648.pdf>, S. 7.

26 Walter, Franz: Vom Milieu zum Parteienstaat. Lebenswelten, Leitfiguren und Politik im historischen Wandel. Wiesbaden 2010, S. 119.

tierungsfeld der Sozialdemokraten, fanden sich in der Schröder-SPD nicht wieder. Der Entfremdungsprozess zwischen Gewerkschaften und SPD gipfelte 2004 in der Gründung von „Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative“ (WASG), die 2007 mit der „Partei des Demokratischen Sozialismus“ (PDS) fusionierte und Die Linke formte. 2009 war Die Linke in Deutschland mit 11,9 Prozent viertstärkste Partei (vor den Grünen).

### Folgen des „Dritten Weges“

Auch die europäischen Schwesterparteien standen vor ähnlichen Problemen wie Labour und die SPD. In Österreich verortet etwa der langjährige sozialdemokratische Stadt- und Gemeinderat Manfred Bauer die „Verneoliberalisierung“ der SPÖ. „Gleichheit, Freiheit, Solidarität taugen in der heutigen SPÖ zuweilen nicht einmal mehr als rhetorische Pflichtübung. ‚Gerechtigkeit‘ zumal wird dann strapaziert, wenn es gilt, eine unsolidarische und sozial unausgewogene Steuerreform rhetorisch zu behübschen.“<sup>27</sup> Der „Dritte Weg“ – als Allheilmittel der Sozialdemokratie in Europa für die gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Veränderungen der Informationsgesellschaft konzipiert – stellte sich als Direttissima in eine noch größere Krise heraus und wurde von den Wählern abgestraft. Innerparteilich hinterließ er einen tiefen Graben zwischen Basis und Parteispitze. Sämtliche europäischen sozialdemokratischen Parteien verloren massiv Mitglieder. Die Mitgliederzahlen bei den ehemals so stolzen skandinavischen Sozialdemokraten schrumpften um zwei Drittel. „Das alles erscheint vergleichsweise milde gegenüber dem Mitgliedereinbruch in Österreich. Die SPÖ war einst die am dichtesten organisierte Sozialdemokratie Europas, von rund acht

27 Bauer, Manfred: Linke SPÖ? Das ist lächerlich! <http://diepresse.com/home/meinung/gastkommentar/612723/Linke-SPOe-Das-ist-laecherlich>

Millionen Österreichern besaßen 1979 über 720.000 ein rotes Parteibuch. Geblieben sind der Partei heute bloß noch 243.000 Mitglieder, gegangen oder verstorben sind folglich beinahe 500.000. Inzwischen existieren parteiinterne Berechnungen, nach denen die SPÖ bei linear fortgeschriebenem Mitgliederschwund im Jahr 2018 (!), also in sehr naher Zukunft, ihr letztes Mitglied verlieren wird.“<sup>28</sup>

Eine Intention des „Dritten Weges“ war auch die Verjüngung der Parteien. Die dynamische, moderne Bewegung sollte vor allem für politikverdrossene Jugendliche eine attraktive Alternative darstellen. Dass eine Frischzellenkur den europäischen Sozialdemokraten guttäte, zeigt ein Blick auf die Mitgliederzahlen. In den Niederlanden etwa waren zum Zeitpunkt der letzten Mitgliederstudie 1999 über 60 Prozent der Parteimitglieder älter als 50 Jahre (zehn Jahre später also älter als 60). In Dänemark waren bereits 1990 65 Prozent 50 Jahre oder älter. Parallel dazu leiden auch die sozialdemokratischen Jugend- und Vorfeldorganisationen unter dem Mitgliederschwund. Die Nachwuchsorganisation der schwedischen Sozialdemokraten ist 2008 mit 5.500 nur mehr der drittgrößte politische Jugendverband des Landes. Selbst die Jugendorganisation der schwedischen Piratenpartei hat mehr Mitglieder. Auch die SPD hat das strukturelle Problem der Überalterung. Nicht mehr als 10 Prozent aller Mitglieder sind unter 36 Jahre alt, aber beinahe 50 Prozent sind über 60.<sup>29</sup>

Der fehlende Unterbau von Jugendlichen ist ein gravierendes Problem für die Parteistruktur. Fehlt die junge Basis, kann sich auch keine Führungselite der Zukunft herausbilden. Die oft genutzten Rettungsanker sind Quereinsteiger, die aber bei den

28 Micus, Matthias: Organisationsidentität und -reform sozialdemokratischer Parteien in Europa. Berlin 2010. <http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/07648.pdf>, S. 5.

29 Vgl. ebd. S. 4–7.

Parteimitgliedern auf wenig Rückhalt stoßen, was wiederum die Kluft zwischen Basis und Parteispitze vergrößert. Zugegebenermaßen stehen beinahe alle größeren Volksparteien in Europa vor einem ähnlichen Dilemma, jedoch sind die europäischen Sozialdemokraten, insbesondere die deutschen, von dieser Entwicklung nicht nur bundespolitisch massiv betroffen, sondern auch in ihren Regional- und Landesparteien sowie in wichtigen Vorfeldorganisationen.

Nach dem „Dritten Weg“ – alter Wein in neuen Schläuchen?

Die Wirtschaftskrise um 2008 beschleunigte die Abwärtsentwicklung der Sozialdemokratie. In Krisenzeiten erwarten sich die Bürger Handlungsanleitungen und lösungsorientierte Sachpolitik, aber diese konnte sich eine Sozialdemokratie auf der Suche nach ihrer Identität nicht leisten. „Die sozialdemokratische Parteienfamilie steckt in einer tiefen Krise. Die Diagnose gilt offensichtlich für die Mitgliedsstaaten der EU insgesamt, die noch Ende der 1990er Jahre weit überwiegend von sozialdemokratischen Regierungschefs geführt worden waren, ein Anteil, der eine gute Dekade später, im Jahr 2010, auf fünf von 27 EU-Ländern zusammenschmolzen ist. Dieses Urteil stimmt, mit leichten Einschränkungen, selbst für die stolzen, erfolgsverwöhnten Sozialdemokraten in Spanien und den Niederlanden, in Österreich sowie den skandinavischen Ländern Schweden, Dänemark und Norwegen.“<sup>30</sup> Mit einer „Krise in der Krise“ müssen sich zahlreiche sozialdemokratische Parteien in Europa auseinandersetzen. Unterschiedlich sind die Antworten, die die Parteien geben. Wolfgang Merkel ortet im Groben drei unterschiedliche Ansätze nach dem „Dritten Weg“: die traditionelle Sozialdemokratie, die modernisierte Sozialdemokratie und die

30 Ebd. S. 3.

liberalisierte Sozialdemokratie.<sup>31</sup>

Die nordischen Sozialdemokratien agierten vor allem nach dem Konzept einer modernisierten Sozialdemokratie. Diese zeichnete sich vor allem durch eine aktivierende Arbeitsmarktpolitik und große Investitionen in die Aus- und Weiterbildung aus. Die aktivierende Arbeitsmarktpolitik kombiniert umfassende Sozialpolitik inklusive Ausbaus der staatlichen Dienstleistungen (Kinderbetreuung, Ganztagschulen, Altenbetreuung) mit der Einschränkung staatlicher Direkttransfers (Kindergeld, Arbeitslosengeld). Zusätzlich strebten die sozialdemokratischen Parteien in Schweden und Dänemark mit ihrer Haushaltspolitik einen klassischen Mix aus Einnahmenerhöhungen und Ausgabenkürzungen mit dem Ziel der Haushaltskonsolidierung über den Konjunkturzyklus hinweg an.

Die Steuerpolitik orientierte sich an Angebots- und Wachstumsbedingungen, zum einen durch relativ niedrige Unternehmenssteuern, zum anderen durch die privilegierte Besteuerung von Einkünften aus Kapitalvermögen. Außerdem gab und gibt es in beiden Ländern stark progressive Einkommensteuern, die vor allem höhere Einkommen belasten. In ihrer Ablehnung von Steuerentlastungen und mit ihrem Fokus auf staatliche Dienstleistungen blieben die nordischen Sozialdemokratien der Tradition der Umverteilung treu. Für Merkel sind Dänemark und Schweden Beispiele, dass es keinen unausweichlichen Konflikt zwischen fiskal- und beschäftigungspolitischen Reformen und dem Aufrechterhalten sozialpolitischer Mindeststandards geben muss. Der Erhalt eines ausgebauten Wohlfahrtsstaates braucht für seine nachhaltige Finanzierung hohe Beschäftigungsquoten. Auch die Einstellung der betrieblichen Frührenten und der Ausbau von staatlichen Kinderbetreuungseinrichtungen

31 Vgl. Merkel, Wolfgang et al.: Die Reformfähigkeit der Sozialdemokratie. Herausforderungen und Bilanz der Regierungspolitik in Westeuropa. Wiesbaden 2006, S. 375–405.

sind für den Erhalt des Wohlfahrtsstaates wichtig. Nachhaltige Sozialpolitik, das hat das nordische Modell gezeigt, heißt im 21. Jahrhundert in erste Linie Investitionen in Bildung und ein breites und qualitativ hochwertiges Angebot an fortlaufender Aus- und Weiterbildung. Im Zentrum des modernen Wohlfahrtsstaates müssen hochwertige soziale Dienstleistungen und Bildungsangebote stehen, damit er drei zentrale Funktionen erfüllen kann: soziale Sicherheit garantieren sowie gleichzeitig Beschäftigung und Wachstum fördern.

### New Labour – getarnte Konservative?

Den Weg der liberalisierten Sozialdemokratie gehen die Parteien in Großbritannien und den Niederlanden. Dieser kann als Weiterführung des Grundkonzeptes und der Ideen des „Dritten Weges“ bezeichnet werden. Klassische Elemente der liberalisierten Sozialdemokratie sind geringere fiskalpolitische Umverteilungswirkung, aktivierende Beschäftigungspolitik mit geringeren Investitionen in die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und restriktive Sozialpolitik, die zum Beispiel Erwerbslosen nicht mehr als eine Existenzsicherung anbietet. „Anstelle von ökonomischer Sicherheit und der Herstellung von mehr Ergebnisgleichheit durch sozialpolitische Transfers setzten sie in erster Linie auf wirtschaftlichen Druck oder fiskalpolitische Anreize zur Arbeitsaufnahme. In nahezu allen wirtschafts- und sozialpolitischen Bereichen wurde zunehmend auf Marktmechanismen zurückgegriffen. Entweder wurden Sozialstaatsstrukturen privatisiert oder es wurden Marktanreize eingebaut.“<sup>32</sup> Während die Tories die Amtszeit Tony Blairs sowohl programmatisch als auch personell zu einer Modernisierung und Verjüngung ihrer Politik nutzten (David Cameron, Boris Johnson), steht dieser Wandel

32 Ebd. S. 457.

bei der Labour Party noch aus. Mit Gordon Brown und Edward Miliband bestimmen ehemalige Regierungsmitglieder von Tony Blair die Geschicke der Partei. Davon, dass sich die Partei dabei vor allem von der eigenen Klientel entfernt, zeugt auch das Bonmot, Tony Blair sei Margaret Thatchers bester Mann in der Regierung gewesen.

### Sanierungsfall Sozialdemokratie in Deutschland

Als *traditionelle Sozialdemokratie* bezeichnet Merkel den Weg, den vor allem die SPD eingeschlagen hat. Nach den misslungenen Versuchen, mit dem „Dritten Weg“ Antworten auf die Globalisierung, gesellschaftliche Veränderungen und die europäische Integration zu finden, werden traditionelle Ziele wiederentdeckt. Die Finanzierungskrise der Sozialversicherungen wurde nicht zum Systemumbau genutzt, beschäftigungshemmende Sozialversicherungsbeiträge wurden nicht gesenkt. Wegen der hohen Arbeitslosenzahlen gerieten die Sozialversicherungssysteme unter immer größeren Finanzierungsdruck, was steigende Defizite im Haushalt und in den Sozialversicherungskassen zur Folge hatte. Erschwerend kommt hinzu, dass in Deutschland Sozialdemokraten das Konzept einer aktivierenden Beschäftigungspolitik implementierten. Eine strategische Fehleinschätzung, die gesellschaftliche Stagnation und eine nachhaltige Wirtschaftsflaute auslöste, die in Deutschland zu Rekordarbeitslosigkeit führte. Denn der Sozialstaat, so die Schlussfolgerung Merkels, wie ihn die traditionelle Sozialdemokratie vertritt, begnügt sich mit der Fixierung des Status quo und privilegiert lediglich jene Bürger, die vollzeitbeschäftigt sind. Mit dieser rückwärtsgerandten Politik beschleunigten und potenzierten die traditionellen Sozialdemokratien die wirtschaftliche Abwärtsspirale in ihren Ländern.

Auch in ihrer Diktion propagieren die deutschen Sozialdemokraten den Rückgriff auf „alte Werte“. „Sozialstaat“, „Solidarität“



und „Gerechtigkeit“ sind die Kampfbegriffe, mit denen Soziale Marktwirtschaft, die Bürgergesellschaft oder Verantwortung konterkariert werden sollen. „Angesichts der sozialen Schieflage in unserem Land brauchen wir einen Kurswechsel. Soziale Politik heißt nicht nur Geld, nicht nur einzelne Güter und Dienste zu verteilen, sondern bedeutet, Lebenslagen mit ihren materiellen und immateriellen Werten zu sichern. Notwendig ist eine Stärkung des Solidaritätsprinzips.“<sup>33</sup> Solidarität in dieser Diktion wird als Konzept begriffen, das der vorsorgende Sozialstaat verordnet. Vergessen wird dabei, dass gerade Solidarität ein Wert ist, der aus der Gesellschaft selbst entspringen muss. Solidarität kann nicht verordnet werden. „Es gibt keinen Rechtsanspruch auf Solidarität“, stellte etwa Erzbischof Reinhard Marx fest.<sup>34</sup> Was der Staat jedoch schaffen könnte, sind Rahmenbedingungen für solidarisches Handeln. Und während Alfred Gusenbauer als Leitwert der „Erneuerung der Sozialdemokratie“ die Schaffung einer unbestimmbaren, nicht fassbaren „internationalen Solidarität“<sup>35</sup> fordert, skizziert Andreas Khol konkrete Maßnahmen, wie mittels gesetzlicher Regelungen die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu erleichtern und somit die Solidarität mit den Familien zu stärken wäre.<sup>36</sup>

33 Sozialdemokratische Partei Deutschlands: Entwurf für ein SPD-Fortschrittsprogramm. Neuer Fortschritt und mehr Demokratie. [http://www.spd.de/linkableblob/8088/data/2011\\_entwurf\\_fortschrittsprogramm.pdf](http://www.spd.de/linkableblob/8088/data/2011_entwurf_fortschrittsprogramm.pdf), S. 20.

34 Vgl.: Europa braucht katholische Sozialbewegung. <http://www.katholisch.de/Nachricht.aspx?Nid=2511>

35 Vgl. Gusenbauer, Alfred: *Renewing Social Democracy – Designing a New Political Vision*, in: *Foundation for European Progressive Studies* (Hg.): *Next Left. Renewing Social Democracy Contributions to a European-wide Debate*. Belgien 2009, S. 11.

36 Vgl. Khol, Andreas: *Mehr Solidarität in der Gesellschaft*. [http://www.csu.de/partei/unsere\\_politik/gesundheit\\_soziales/rente/163611026.htm](http://www.csu.de/partei/unsere_politik/gesundheit_soziales/rente/163611026.htm)

Mit der Konzentration auf alte Werte versucht die Sozialdemokratie, das eigene Profil zu schärfen. Sozialstaat versus Turbokapitalismus, Solidarität versus Individualgesellschaft, Gerechtigkeit versus Liberalisierung – das Spielen auf der Klaviatur des traditionellen Sozialismus soll verstärkt die Basis ansprechen. Tatsächlich werden hier Antithesen geschaffen, deren Überwindung selbst seitens der Linken kaum mehr angezweifelt wurde. „In hochkomplexen Gesellschaften wie den unsrigen ist der Markt als Instrument der Feinsteuerung der Wirtschaft durch nichts zu ersetzen“<sup>37</sup>, schreibt etwa Johano Strasser, wenn er die Grundzüge des modernen Sozialstaates skizziert. Für das verantwortungsvolle Handeln in einer Krise ist das Inszenieren von vermeintlichen Gegensätzen freilich kontraproduktiv. Gerade in wirtschaftlich und gesellschaftlich unruhigen Zeiten geht es nicht um das Ausreizen von Gegensätzen, sondern darum, die unterschiedlichen Ansichten zu einem konzisen gesamtgesellschaftlichen Konzept zu vereinen.

Mit der Rückbesinnung auf alte Gräben werden auch alte sozialistische Positionen wieder modern. In offiziellen Papieren und Parteiprogrammen macht sich zunehmend Etatismus breit. Die verpflichtende Gesamtschule wird als bildungspolitisches Allheilmittel verkauft, Quoten als staatliches Korrektiv für eine verantwortungslose und fahrlässige Gesellschaft. Daneben wurde in den letzten Jahren die Forderung nach einer umfassenden Grundsicherung immer lauter, ohne dass man sich ernsthaft Gedanken über den Wert der Arbeit gemacht hatte. Arbeit wird dabei gleichgesetzt mit der Ermöglichung des Lebensstandards bzw. der Wohlstandsmaximierung. Diese Funktionen könnte eine Grundsicherung (angenommen, diese wäre finanzierbar)

37 Strasser, Johano: *Für eine moderne Linke?* In: *Drohse, Franziska* (Hg.): *Was ist heute links? Thesen für eine Politik der Zukunft*. Frankfurt/Main 2009, S. 136.

übernehmen. Doch wie steht es mit der identitätsstiftenden Funktion der Arbeit? Mit dem Auseinanderdividieren von materiellen und persönlichen Bedürfnissen werden auch immer nur Teillösungen angeboten, die den Bürgern als ganzheitliches politisches Konzept präsentiert werden. Die SPD ließ 2010 mit einer weiteren Idee aufhorchen, die ebenfalls in der wiederentdeckten Tradition des Etatismus steht: die Bürgerversicherung (eine verpflichtende „Zusatzversicherung“ zur Krankenversicherung). Leistungen, für die der Versicherungsnehmer derzeit eine zusätzliche Privatversicherung abschließen kann, sollen über eine verpflichtende Zusatzversicherung öffentliches Gut werden. Eine solche hätte jedoch die Absenkung der Leistungen auf ein niedrigeres Niveau zur Folge – bei zusätzlichen Belastungen für alle Bürger. Zudem wären die Auswirkungen auf das ohnehin labile Gleichgewicht von staatlicher Grundversorgung und dem Anreiz zur privaten Vorsorge kaum vorherzusehen.

In einer Phase der Orientierungslosigkeit sucht die deutsche Sozialdemokratie Halt in altgedienten Werten und Instrumenten. Die Finanzierung dieser Instrumente wird freilich nicht hinterfragt. Das Schuldenmachen wird, wie in den 1970er-Jahren, zur Staatsdoktrin. Die Generationengerechtigkeit, die Fairness gegenüber den nachfolgenden Generationen, wird gemeinhin ausgeblendet. Die SPÖ hechelt ihrer deutschen Schwesterpartei hinterher. Ohne ein gesamtgesellschaftliches Konzept abzuliefern, spielt die SPÖ auf der Klaviatur des Etatismus. Die Gesamtschule, das Grundeinkommen und der Ausbau des Angebots an Gemeindewohnungen in Wien werden von der „Reichensteuer“ (Erhöhung des Spitzensteuersatzes für Besserverdienende) finanziert.

### Eckpunkte für eine Sozialdemokratie der Zukunft?<sup>38</sup>

Auch „links der Sozialdemokratie“ ist im Übrigen die Suche nach der eigenen Identität entbrannt. Letztendlich formulierte die Vorsitzende der Linken, Gesine Löttsch, wie gering die Berührungsangst ihrer Partei mit dem Kommunismus ist: „Wir müssen lernen, Sackgassen zu verlassen und sie nicht ambitioniert als Wege zum Kommunismus zu preisen.“<sup>39</sup> Wohin der Weg des Kommunismus aber bereits geführt hat, hat Stéphane Courtois im „Schwarzbuch des Kommunismus“ nachgewiesen.<sup>40</sup> Courtois, selbst bekennender Maoist, beziffert die Zahl der Opfer auf rund 85 Millionen Menschen, allein in der Sowjetunion und in China. Ziemlich erstaunlich ist daher die Behauptung, dass gerade der Kommunismus Lösungen für die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts bieten soll. „Angenommen, der Euro geht als Währung in den nächsten zwei Jahren unter, die Europäische Union zerbricht, die USA kommen nicht aus der Wirtschaftskrise und fallen bei den nächsten Präsidentschaftswahlen in die Hände von radikal-fundamentalistischen Christen. (...) Was wir anbieten können sollten, ist eine Methode für den Umgang mit solchen Problemhaufen.“<sup>41</sup> Haben sich kommunistische Regime nicht schon an der Lösung dieser Probleme versucht? Der Warschauer Pakt zerfiel 1991 trotz militärischer Repressalien, weil er politisch,

38 Vgl. Hacker, Björn / Maaß, Gero: Ein Grundsatzprogramm für die SPE. Baustellen, Gemeinsamkeiten und Eckpunkte aus deutscher Perspektive. Berlin 2010.

39 Löttsch, Gesine: Wege zum Kommunismus. *junge Welt* 03/01 2011. <http://www.jungewelt.de/2011/01-03/001.php?sstr=GesineProzent7CLProzentF6tztzsch>

40 Vgl. Courtois, Stéphane: Das Schwarzbuch des Kommunismus. Unterdrückung, Verbrechen und Terror. München 1998.

41 Löttsch, Gesine: Wege zum Kommunismus. *junge Welt* 03/01 2011, a. a. O.

gesellschaftlich und vor allem wirtschaftlich komplett ausgehöhlt und überbeansprucht war. Bis heute leiden die Nachfolgestaaten des Warschauer Paktes unter den Folgen des Kommunismus.

Unterstützt werden linke Parteien jedoch durch zahlreiche Publizisten, die gegen die „Weltfinanzmärkte ohne Schranken“ wettern. Die argumentative Entgegnung beschränkt sich dabei aber allzu oft auf die Wiedergabe von Befindlichkeiten. Ein amorphes „linkes Lebensgefühl“, bestehend aus dem Tragen der Kufiya (Palästinensertuch) und dem Einkauf bei „Manufactum“ wird kontradiktorisch gegen Globalisierung und Marktwirtschaft gesetzt.<sup>42</sup>

Die Wiederentdeckung sozialistischer Werte und das Schärfen des eigenen Profils ist ein Versuch, den negativen Trend der letzten Jahre umzukehren. Damit wird vor allem der Kampf um die Stammklientel, die sich vermehrt linken Alternativen zuwendet, aufgenommen. Inwiefern dieser Weg die drohende Gefahr abwenden kann, sich zu einer Milieu- oder Kleinpartei zu entwickeln, ist allerdings fraglich. Die Konzentration auf Arbeiter und Gewerkschafter ist für eine „Volkspartei“ gefährlich. Im öffentlichen politischen Diskurs werden ausschließlich Interessen einer Klientel vertreten, deren Anteil an der Gesamtbevölkerung immer kleiner wird. Zum einen läuft dies den Zielen einer großen „Volkspartei“ (im Sinne der Repräsentanz eines Großteils der Bevölkerung) zuwider, zum anderen könnte sich die Einschränkung auf eine kleine Zielgruppe im machtpolitischen Gefüge als Negativum herausstellen. Was nützt es einer Partei, wenn ihr Anteil bei den Arbeiterinnen und Arbeitern wächst, deren Zahl jedoch insgesamt schrumpft.

Es gibt jedoch auch in Österreich und Deutschland solche Ansätze, sprich: nicht zurückblicken und versuchen, die Negativspirale durch die Öffnung der Parteien zu durchbrechen. Robert Misik fordert etwa einen „guten Kapitalismus“. Das System der

42 Vgl. Rickens, Christian: Links! Comeback eines Lebensgefühls. Berlin 2008.

liberalen Marktwirtschaft steht dabei nicht mehr zur Disposition. „In vielen Fällen war die Liberalisierung von Märkten für Produkte und Dienstleistungen die Triebfeder von Innovationen, die Produktivität und Lebensstandard erhöhen.“<sup>43</sup> Der Markt darf nicht sich selbst überlassen werden, er braucht einen engen Regulierungsrahmen. Der staatliche Regulierungsrahmen muss aber wesentliche Elemente der Liberalisierung der letzten Jahre enthalten. Dieses Konzept ist jedoch kein neues. Es fußt auf den Grundpfeilern der Sozialen Marktwirtschaft, einem ordnungspolitischen Rahmen der bereits vor 60 Jahren von Walter Eucken, Alfred Müller-Armack und Ludwig Erhard konzipiert wurde: eine freie Marktwirtschaft, deren Gestaltungselement (der freie Wettbewerb) durch eine staatliche Ordnungspolitik ermöglicht wird.

„Die Gefahr einer Beeinträchtigung des Wettbewerbs droht sozusagen ständig und von den verschiedensten Seiten her. Es ist darum eine der wichtigsten Aufgaben des auf einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung beruhenden Staates, die Erhaltung des freien Wettbewerbs sicherzustellen. Es bedeutet wirklich keine Übertreibung, wenn ich behaupte, daß ein auf Verbot gegründetes Kartellgesetz als das unentbehrliche ‚wirtschaftliche Grundgesetz‘ zu gelten hat. Versagt der Staat auf diesem Felde, dann ist es auch bald um die ‚Soziale Marktwirtschaft‘ geschehen. Dieses hier verkündete Prinzip zwingt dazu, keinem Staatsbürger die Macht einzuräumen, die individuelle Freiheit unterdrücken oder sie namens einer falsch verstandenen Freiheit einschränken zu dürfen. ‚Wohlstand für alle‘ und ‚Wohlstand durch Wettbewerb‘ gehören untrennbar zusammen; das erste Postulat kennzeichnet das Ziel, das zweite den Weg, der zu diesem Ziel führt.“<sup>44</sup>

43 Misik, Robert: Anleitung zur Weltverbesserung. Das machen wir doch mit links. Berlin 2010, S. 78.

44 Erhard, Ludwig: Wohlstand für alle, 8. Auflage. Düsseldorf 1964, S. 9.

Auf den Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft baut auch ein Teil des Gedankenguts der Europäischen Union auf. Im Vertrag über die Europäische Union wird auf die wettbewerbsfähige Soziale Marktwirtschaft als Grundlage des ausgewogenen Wirtschaftswachstums, der Preisstabilität, des Zieles der Vollbeschäftigung und des sozialen Fortschritts hingewiesen.<sup>45</sup> Der Ansatz der Sozialdemokratie war ehrbar, die Marktwirtschaft nach Jahrzehnten ihres Funktionierens, als brauchbares System anzuerkennen und sie durch einen rechtlichen Rahmen sozial verträglich zu machen. Neu ist der Ansatz von Robert Misik allerdings nicht, und es wird ihn freilich nicht freuen zu erfahren, dass christdemokratische Politiker diese Ideen bereits mehr als 60 Jahre vor ihm hatten.

### Schlusswort

Von der „Neuen Mitte“, die Schröder am Abend seines Wahlsieges 1998 im Sinn hatte, sind die Sozialdemokraten derzeit weit entfernt. Vielmehr war der „Dritte Weg“ der Ausgangspunkt für eine Kluft in der Sozialdemokratie, die bis heute immer breiter wird. Bis dahin konnte sich die Sozialdemokratie auf eine sehr homogene Ideologie und eine (im Vergleich zu anderen Volksparteien) geschlossene Gefolgschaft verlassen. Zwar gab es auch in den sozialdemokratischen Parteien Flügelkämpfe, diese waren jedoch verglichen mit den Auseinandersetzungen in anderen Parteien (z. B. bei den Freiheitlichen in Österreich „Nationalisten vs. Liberale“, bei den Grünen „Fundis vs. Realos“) relativ bescheiden. Mit dem „Dritten Weg“ wurde quasi die Büchse der Pandora

<sup>45</sup> Vgl.: Konsolidierte Fassung des Vertrags über die Europäische Union. Amtsblatt der Europäischen Union C 115/15 vom 9. Mai 2008. <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2008:115:0013:0045:DE:PDF>

geöffnet. Die Machtpolitiker der Sozialdemokratie entfernten sich von den Idealen der Arbeiterschaft. Und ein Jahrzehnt nach der „Erfindung“ der „Neuen Mitte“ lassen die Sozialdemokraten ihre Anhänger weitgehend ratlos zurück. Zwischen Arbeiterpartei und der „Neuen Mitte“, zwischen Volks- und Milieupartei wandert die Sozialdemokratie in Europa derzeit ziellos umher.

Wenn, wie so gerne apostrophiert wird, Krise eine Chance ist, so hat die Sozialdemokratie sehr viele Chancen eröffnet – allerdings noch keine genutzt. Die Rechnung für ihre Unsicherheit bekommt sie von den Bürgern bei nahezu allen Wahlen der Gegenwart präsentiert. Die sozialdemokratischen Parteien werden dabei aber nicht nur für ihre Unentschlossenheit zwischen der „alten Linken“ und der „Neuen Mitte“ abgestraft. Den Bürgern fehlen die Lösungsansätze, die die Sozialdemokratie in Zeiten der Krise vorschlägt.

### Literatur:

Arlt, Hans-Jürgen et al.: Alles Merkel? Schwarze Risiken. Bunte Revolutionen. Oberursel 2008

Anselm, Elisabeth et al. (Hg.): Die neue Ordnung des Politischen. Die Herausforderungen der Demokratie am Beginn des 21. Jahrhunderts. Frankfurt/Main 1999

Bauer, Manfred: Linke SPÖ? Das ist lächerlich!  
<http://diepresse.com/home/meinung/gastkommentar/612723/Linke-SPOe-Das-ist-laecherlich>

Bobbio, Norberto: Rechts und Links. Gründe und Bedeutungen einer politischen Unterscheidung. Berlin (1994)

Courtois, Stéphane: Das Schwarzbuch des Kommunismus. Unterdrückung, Verbrechen und Terror. München 1998

- Drohse, Franziska (Hg.): Was ist heute links? Thesen für eine Politik der Zukunft. Frankfurt/Main 2009
- Engelhard, Peter: Die Ökonomen der SPD. Eine Geschichte sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik in 45 Porträts. Bielefeld 2010
- Erhard, Ludwig: Wohlstand für alle, 8. Auflage. Düsseldorf 1964
- Foundation for European Progressive Studies (Hg.): Next Left. Renewing Social Democracy: Contributions to a European-Wide Debate. Belgien 2009
- Foundation for European Progressive Studies (Hg.): Next Left. The Leaders' Visions for Europe's Future. Belgien 2009
- Giddens, Anthony: Der dritte Weg. Die Erneuerung der sozialen Demokratie. Frankfurt/Main 1999
- Hillebrand, Ernst: Großbritannien. Die Lage Labours am Ende der Ära Blair. FES-Analyse, Berlin 2006  
<http://library.fes.de/pdf-files/id/04817.pdf>
- Interview mit Anthony Giddens:  
[http://www.zeit.de/2000/16/Wie\\_links\\_ist\\_Tony\\_Blair](http://www.zeit.de/2000/16/Wie_links_ist_Tony_Blair)
- Gusenbauer, Alfred: Renewing Social Democracy – Designing a New Political Vision, in: Foundation for European Progressive Studies (Hg.): Next Left. Renewing Social Democracy Contributions to a European-wide Debate. Belgien 2009
- Hacker, Björn / Maaß, Gero: Ein Grundsatzprogramm für die SPE. Baustellen, Gemeinsamkeiten und Eckpunkte aus deutscher Perspektive. Berlin 2010
- Held, David: Das Band ist zerrissen. *Die Zeit* 17/02 2011
- Kaesler, Dirk: Max Weber. Eine Einführung in Leben, Werk und Wirkung. Frankfurt/Main 2003

- Khol, Andreas: Mehr Solidarität in der Gesellschaft.  
[http://www.csu.de/partei/unsere\\_politik/gesundheit\\_soiales/rente/163611026.htm](http://www.csu.de/partei/unsere_politik/gesundheit_soiales/rente/163611026.htm)
- Lötzsch, Gesine: Wege zum Kommunismus. *junge Welt* 03/01 2011  
<http://www.jungewelt.de/2011/01-03/001.php?sstr=GesineProzent7CLProzentF6tzsch>
- Maaß, Gero: Der TUC-Kongress 2001. Die Gewerkschaften und das britische Modell industrieller Beziehungen in einer fragilen Übergangsperiode. London 2001  
<http://www.feslondon.dial.pipex.com/pubs98/tucProzent28dProzent29.htm>
- Marsden, Chris: England: Der Tod des Informanten Kelly erschüttert die Blair-Regierung.  
<http://www.wsws.org/de/2003/jul2003/kell-j30.shtml>
- Merkel, Wolfgang et al.: Die Reformfähigkeit der Sozialdemokratie. Herausforderungen und Bilanz der Regierungspolitik in Westeuropa. Wiesbaden 2006
- Micus, Matthias: Organisationsidentität und -reform sozialdemokratischer Parteien in Europa. Berlin 2010  
<http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/07648.pdf>
- Misik, Robert: Anleitung zur Weltverbesserung. Das machen wir doch mit links. Berlin 2010
- Misik, Robert: Die Suche nach dem Blair-Effekt. Schröder, Klima und Genossen zwischen Tradition und Pragmatismus. Berlin 1998
- Pofalla, Ronald: Frei und sicher leben in der Chancengesellschaft.  
[http://www.kas.de/wf/doc/kas\\_11320-544-1-30.pdf?070801092635](http://www.kas.de/wf/doc/kas_11320-544-1-30.pdf?070801092635)
- Przeworski, Adam: Capitalism and Social Democracy. Cambridge University Press. Cambridge 1985

Rickens, Christian: Links! Comeback eines Lebensgefühls. Berlin 2008

Sozialdemokratische Partei Deutschlands: Entwurf für ein SPD-Fortschrittsprogramm. Neuer Fortschritt und mehr Demokratie.  
[http://www.spd.de/linkableblob/8088/data/2011\\_entwurf\\_fortschrittsprogramm.pdf](http://www.spd.de/linkableblob/8088/data/2011_entwurf_fortschrittsprogramm.pdf)

Statistisches Bundesamt Deutschland: Entwicklung von Erwerbstätigkeit und Erwerbslosigkeit.  
<http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Grafiken/Arbeitsmarkt/Diagramme/ErwerbErwerbslos,templateId=renderPrint.psml>

Strasser, Johano: Für eine moderne Linke? In: Drohsel, Franziska (Hg.) Was ist heute links? Thesen für eine Politik der Zukunft. Frankfurt/Main 2009

Walter, Franz: Vom Milieu zum Parteienstaat. Lebenswelten, Leitfiguren und Politik im historischen Wandel. Wiesbaden 2010

Konsolidierte Fassung des Vertrags über die Europäische Union. Amtsblatt der Europäischen Union C 115/15 vom 9. Mai 2008  
<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2008:115:0013:0045:DE:PDF>

## Autorenporträts

### *Roland Freudenstein*

Geboren 1960, Studium der Politologie, Japanologie, VWL in Bonn und Los Angeles, Magisterabschluss 1988. Mitarbeiter der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik in Bonn, dann Mitarbeiter im Planungsstab für Außenpolitik der EU-Kommission in Brüssel, später Leiter des Warschauer Büros der Konrad Adenauer Stiftung. Seit 2008 stellvertretender Direktor und Forschungsleiter im Centre for European Studies, der parteinahen Stiftung der Europäischen Volkspartei.

### *Christian Kasper*

Geboren 1976 in Wien, Studium der Politikwissenschaften sowie der Publizistik- und Kommunikationswissenschaften in Wien. 2002 Forschungsaufenthalt in Berlin. Seit 2003 Mitarbeiter der Politischen Akademie, seit 2004 Lektor am Institut für Politikwissenschaft sowie am Institut für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft an der Universität Wien.

### *Till Kinzel*

Geboren 1968 in Berlin, ist ein deutscher Literaturwissenschaftler und Historiker. 2005 habilitierte er sich für Neuere Englische und Amerikanische Literaturwissenschaft. Er ist Dozent an der TU Braunschweig.

*Christian Sebastian Moser*

Geboren 1972 in Lienz/Osttirol, Dr. phil. (Studium Kommunikationswissenschaft, Politikwissenschaft, Philosophie, Cultural Studies in Wien und London), Ausbildung zum Journalisten beim Jugendsender ORF/FM4, danach PR-Texter mit dem Schwerpunkt Firmenzeitschriften. Wissenschaftlicher Leiter an der Politischen Akademie. Geschäftsführer des Friedrich Funder Instituts für Publizistik und Medienforschung.

*Philip Plickert*

Geboren 1979 in München, hat Volkswirtschaftslehre und Wirtschaftsgeschichte an der Universität München und an der London School of Economics studiert. 2007 Promotion mit einer ideengeschichtlichen Arbeit an der Universität Tübingen. Neben dem Studium freie Mitarbeit bei verschiedenen Zeitungen und dem Rundfunk. Seit April 2007 Redakteur bei der Frankfurter Allgemeinen Zeitung. 2009 erhielt er den Ludwig-Erhard-Förderpreis für Wirtschaftspublizistik, 2010 den Bruckhaus-Förderpreis der Hanns Martin Schleyer-Stiftung. Er hat einen Sohn im Grundschulalter.





